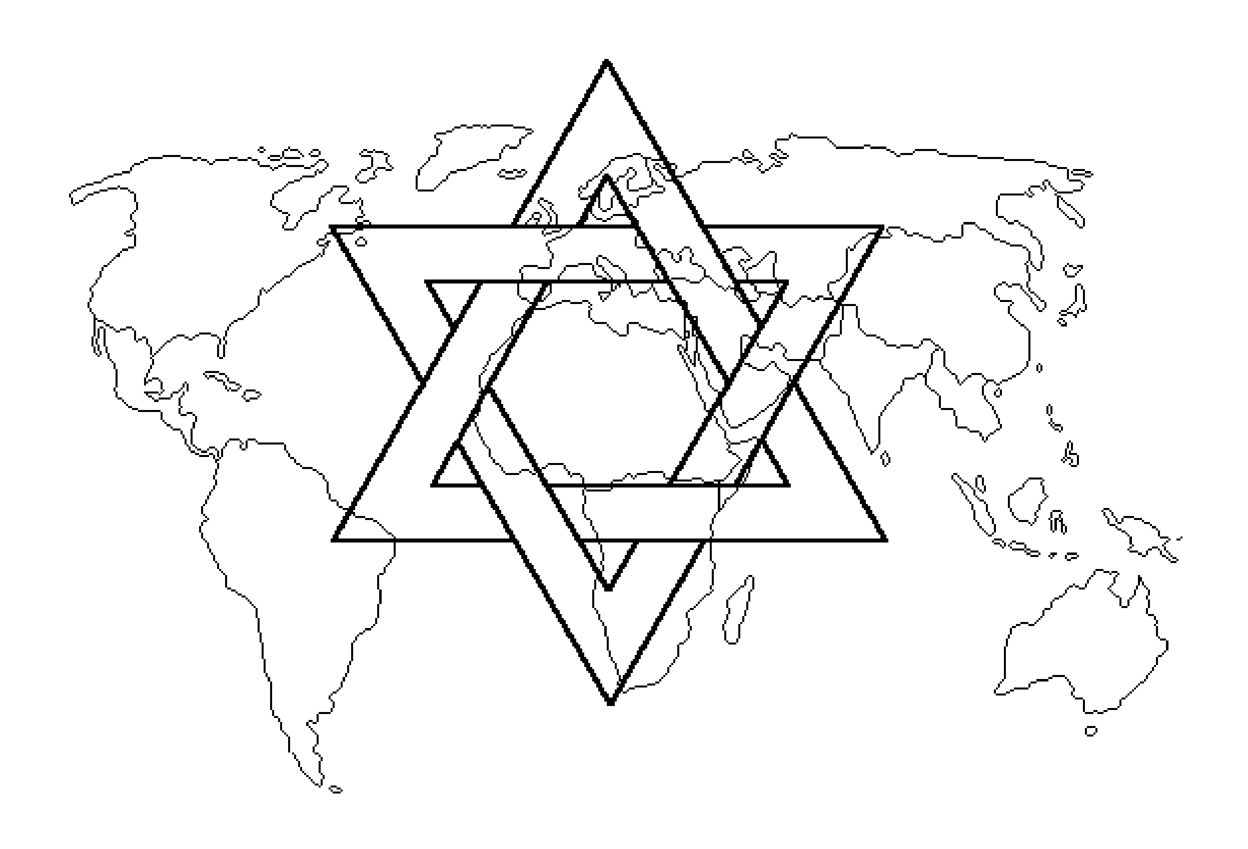
Herbert Pitlik

Die „Protokolle‘‘ der Weisen von Zion

aus der Sicht nach 100 Jahren



1999

Copyright © by Ing. Herbert Pitlik, Wien,

Herstellung und Vertrieb :

Bürger* Schutz *Offensiv

Edition SECRET NEWS

A-1070 Wien, Westbahnstraße 5

Alle Rechte vorbehalten

Inhalt

VORWORT

Zu Beginn unseres Jahrhunderts erschienen in der europäischen Öffentlichkeit die "Protokolle der Weisen von Zion". Sie waren von Anfang an sehr umstritten, wurden zeitweilig verboten, und es fanden sogar Prozesse zu ihrer Glaubwürdigkeit in den dreißiger Jahren in der Schweiz statt.
Vielfach wird heute noch immer von jüdischer Seite auf das "Schweizer Urteil" hingewiesen, das (angeblich) die "Protokolle" gerichtlich notorisch als Fälschung erkannt habe. Was allerdings dabei verschwiegen wird, daß es in dieser Causa einen "Revisionsprozeß" gegeben hat, dessen Ergebnis Sie aus nachstehender Veröffentlichung ersehen können :

Das Urteil im Prozeß um die Zionistischen Protokolle

Bern, 1. Nov. ag Am Montagnachmittag erfolgte im Revisionsprozeß um die Verbreitung der Schrift "Die Protokolle der Weisen von Zion" die Urteilsverkündung, die ungefähr 1 1/2 Stunden in Anspruch nahm. Die Erste Strafkammer des bernischen Obergerichts erkannte :

1. Die Angeschuldigten und jetzt Appellanten Silvio Schnell und Theodor Fischer werden von der Anschuldigung wegen Zuwiderhandlung gegen das bernische Schundliteraturgesetz mangels gesetzlichen Tatbestandes freigesprochen ohne Entschädigung.
2. Die Begehren der Privatkläger werden in vollem Umfang abgewiesen.
3. Die Parteikosten werden wettgeschlagen.
4. Von den Staatskosten werden 100 Fr. dem Appellanten Fischer auferlegt. Die restlichen rund 28.000 Fr. übernimmt der Staat Bern.

In der Begründung des Urteils heißt es, daß sich die Strafkammer den Kasiationsanträgen der Appellanten nicht habe anschließen können. Die Expertise über die Echtheit oder Unechtheit der Protokolle sei vollkommen überflüssig gewesen, indem die Frage der Schundliteratur dadurch überhaupt nicht berührt würde. Bedauerlich sei gewesen, daß man bei der Bestimmung der Experten nicht mit der erforderlichen Sorgfalt vorgegangen sei.
Sowohl Fleischhauer wie auch C.A. Loosli seien als Gutachter in dieser Frage bis zu einem gewissen Grad voreingenommen gewesen. Loosli habe bereits vor einigen Jahren ein Buch über die zionistischen Protokolle geschrieben, in dem er diese in unwissenschaftlichen, polemisierenden Ausführungen als Fälschung bezeichnet habe. Es sei zu hoffen, daß in Zukunft von einer solchen Expertenbestellung Umgang genommen werde.

Das bernische Schundliteraturgesetz habe nur einen eng begrenzten Geltungsbereich, indem es zum Schutz der Jugend unsittliche oder erotisch-obszöne Schriftwerke von der Verbreitung ausschalten wolle. Da nun aber die zionistischen Protokolle eine politische Streitschrift seien, könne dieses Gesetz auf dieses Druckerzeugnis keine Anwendung finden. Dasselbe gelte auch für die eingeklagten Publikationen, für die Fischer die Verantwortung übernommen habe. Diese Veröffentlichungen, wenn auch an die äußerste Grenze des Zulässigen reichend, stünden unter dem Schutz der Pressefreiheit gemäß Artikel 55 der Bundesverfassung. Wie sehr auch die inkriminierten Schriften in literarischem Sinne als Schundliteratur anzusehen seien, so könne doch keine Subsumierung unter Artikel 14 des Schundliteraturgesetzes erfolgen. Somit habe auf der ganzen Linie ein Freispruch zu erfolgen.

(Veröffentlicht in der NZZ 1967 - 2 / 2. 11. 1937)

Daß noch mit ganz anderen Mitteln versucht wurde, die "Protokolle" als "Fälschung" zu deklarieren, sei im Nachstehenden dargestellt :

Im Jahre 1933 hat der Pfarrer Gaston Ritter ein Buch mit dem Titel "Das Judentum und die Schatten des Antichrist" (Verlag Styria, Graz Steiermark) herausgegeben. Das Buch basiert auf der Ausgabe "Protokolle der Weisen von Zion" (Verlag: Wiener Vereinsdruckerei, Wien 7. Bandgasse 28).

Interessant die im Vorwort des Buches (Ritter) angeführte Geschichte :

(Auszug)

"Ein Exemplar des Nilius-Buches ist im Britischen Museum zu London mit dem Eingangsstempel vom 10. August 1906 eingelaufen und wurde unter der Nummer **3926**, d 17 eingetragen.
Die ersten Auflagen dieses Werkes wurden von den Juden glatt aufgekauft und totgeschwiegen, (1911 ist die dritte und 1917 die vierte Auflage erschienen), sodaß diese "Protokolle der Weisen von Zion" außerhalb Rußlands bis nach dem Weltkrieg unbekannt geblieben sind. - Als aber das Bekanntwerden doch nicht mehr zu unterdrücken war, kamen die anderen jüdischen Kampfmethoden.
Man sagte, die Protokolle seien ein Erzeugnis deutscher Nachkriegs-propaganda, um Schuld und Niederlage auf die Juden abzuwälzen. In Amerika verbreitete Zions Presse hauptsächlich, die Protokolle stammen aus russischen Aristokratenkreisen, welche sich an der Revolution rächen möchten. - Ja, aber das Exemplar in London von 1906 ?

Da erscheint pötzlich in der jüdischen Pressezentrale von Zürich die erlösende Meldung, ein Mitglied der Züricher Museumsgesellschaft habe in London angefragt und von einem christlichen Gelehrten aus London die Antwort erhalten, fragliches Werk von Sergei Nilius sei in London unter Nummer **3296**, 17, im Jahre 1906 nicht eingereiht worden.
Wie ein Triumphgeschrei flog jetzt diese Nachricht in großen Lettern rund durch den jüdischen Pressewald der Welt : Eine der größten Lügen der reaktionären Antisemiten ist entlarvt - die "Protokolle der Weisen von Zion" sind das Werk eines dunklen Verbrechers oder eines Wahnsinnigen.

Daraufhin hat der um die Enthüllung jüdischer Pläne sehr verdiente Monsignore Torrin von Paris ebenfalls in London nachforschen lassen mit dem bezeichnenden Ergebnis : Besagtes Werk von Nilius befindet sich wirklich im Britischen Museum unter Nummer **3926**, d 17, Einlaufsmarke vom 10. August 1906. - Wenn man beide Nummern vergleicht, sieht man sofort, daß die Juden durch Umstellen der Ziffern **9** und **2** einen echt jüdischen Betrug inszeniert hatten.

Nach dieser Niederlage wurde in der Judenpresse bekanntgegeben, daß man den Verfasser nun kenne. Die Protokolle seien nur ein Plagiat eines längst vergessenen Buches von Maurice Joly : "Dialogues aux enfers entre Macchiavelli et Montesquieu". - Gleich aber war wieder der Beweis zur Stelle, daß dieser **Joly** niemand anderer sei als Moses **Joel**, einer der Führer der Pariser Kommune vom Jahre 1871. - Und stille ward es wieder in Zions Blätterhain.

Da sonst keine Hilfe mehr, greift Juda jetzt zur Drohung und Einschüchterung. Der jüdisch-deutsche Reichstagsabgeordnete Dr. Georg Gothein läßt in der "Neuen Freien Presse" verkünden : "Die, die offenkundigen Lügen "Die Weisen von Zion" als Wahrheit nehmen, sind von Verfolgungssucht beherrscht und von ihr Besessene .... Man wird bei diesen Besessenen ihren Geisteszustand untersuchen müssen und dabei die Frage der gemeingefährlichen Geisteskrankheit zu prüfen haben".

(**Anm**.: Das Buch (Ritter) ist 1933, - also 5 Jahre vor dem Anschluß in Österreich erschienen. Inzwischen sind rund 66 Jahre vergangen.)

Überblickt man die politische und gesellschaftliche Entwicklung der letzten 100 Jahre, so ist man erschüttert über den hohen Grad des Eintreffens der Voraussagen und über die weltweite Anwendung der in

diesen Protokollen empfohlenen Methoden zur Zerstörung der europäischen Staaten und Volkskulturen.

Es lohnt sich die nachstehende Einleitung zu dem Buch des Autors Th. Fritsch aufmerksam zu lesen, der seine Erkenntnisse schon vor der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten zu Papier brachte und der nichts hinzuzufügen ist. Seine Ausgabe, "Die Zionistischen Protokolle" erreichte 1924 eine Auflage von 30.000, bis 1935 insgesamt 107.000.

Die als Grundlage für diese Zusammenstellung der wesentlichsten Passagen verwendete Ausgabe stammt aus dem Jahre 1931 und wurde ebenfalls im Hammer-Verlag gedruckt.

Heute sind die "Protokolle" aus fast allen Bibliotheken verschwunden. In allen Nachkriegslexika sind sie als Fälschung deklariert. - Wenn dem so ist, so wäre der beste Beweis, daß die historische Wirklichkeit der letzten 100 Jahre die (fälschlichen) Voraussagen der "Protokolle" widerlegt.

Meine Aufgabe sehe ich darin, auf die zwischenzeitlich eingetretenen Ereignisse und Entwicklungen in diesem Zusammenhang hinzuweisen, (in Klammer gekennzeichnet) und - oder - aus meiner Sicht darzulegen.

Wenn man bedenkt, daß die "Protokolle" aus dem Jahr **1897** (!) stammen und die hiernach eingetretenen Entwicklungen verfolgt, muß man anerkennen, daß es sich (zumindest) um eine prophetische Meisterleistung handelt.

Aus dem Wortlaut der wesentlichsten Aussagen der "Protokolle" möge sich der aufmerksame Leser durch vergleichen mit selbsterlebter Wirklichkeit während der NS-Diktatur - besonders im Hinblick auf die heutige Medien-Berichterstattung, - auf die sich heute in Europa (EU), den USA und dem nahen Osten entwickelnden politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, - den eingefügten Beilagen, und anhand der Biographien prominenter und bekannter jüdischer Persönlichkeiten, eine eigene Meinung bilden.

Wer sich näher für die Personen jüdischer Herkunft in führenden Positionen in der Politik, der Wirtschaft, sowie im Bereich der Medien im In- und Ausland innerhalb unseres Jahrhunderts interessiert, dem seien besonders die nachstehenden Bücher, sowie die jeweils angeführten Quellen zu empfehlen.

"Wer ist wer im Judentum" Bd. 1 u. 2 von David Korn, (FZ-Verlag)
"Die amerikanischen Juden" von Prof. Leo Trepp (Kohlhammer Verlag)
"Roosevelt und die intern. Hochfinanz" von Prof. A.Sutton (Grabert-Verl.)
"Die Israel Lobby" von Paul Findley, - (VGB - Verlagsgesellschaft Berg)
"Die Bankier-Verschwörung" von Roland Bohlinger, (Verlag für ganzheitl. Forschung und Kultur)
"KZ-Lügen" von Hartmut Stern (FZ-Verlag München)
"So lügt das Fernsehen" von Sven Eggers (FZ-Verlag München)
"Verheimlichte Dokumente" Bd. 1 u. 2, Erich Kern bzw. Dr. Bernhard Steidle (FZ-Verlag München)
"Todesursache Zeitgeschichtsforschung", von Jürgen Graf (Verlag Neue Visionen)

Der Verfasser

"Die Zionistischen Protokolle"
Das Programm der internationalen Geheim-Regierung

von Theodor Fritsch

Zur Einführung

Die seltsamen Gedankengänge und geradezu spitzbübischen Ratschläge der nachstehenden Schriftstücke werden jeden befremden, der sie zum erstenmal zu Gesicht bekommt. Er wird sie für die Ausgeburt einer wüsten Phantasie halten. Bei näherem Zusehen freilich wird er entdecken, daß die vorgetragenen Anschauungen und Pläne die nun bereits über 30 Jahre alt sind - in vielen tatsächlichen Vorgängen des Lebens eine überraschende Bestätigung finden. Ja man darf sagen: erst aus der genauen Kenntnis dieser sogenannten Zionistischen Protokolle werden viele Rätsel unserer Zeit verständlich.
Die Bezeichnung ,,Protokolle" ist insofern verfehlt, als es sich nicht um eine Verhandlungsniederschrift handelt, sondern um die von einer Versammlung vorgetragenen Richtlinien und Programmpunkte einer verschwörungsartigen Verbindung, die das Ziel verfolgt, durch geistige und wirtschaftliche Bevormundung der Völker eine sich über den ganzen Erdball erstreckende Oberherrschaft aufzurichten. Der Scharfsinn, die tiefen psychologischen Einblicke, die listige Verschlagenheit, mit denen dieses Ziel verfolgt wird, sind erstaunlich; und so bilden diese "Protokolle" (wir behalten diese Bezeichnung bei, da sie allgemein üblich geworden ist) geradezu ein Meisterstück machiavellischer Menschenbeherr-schungskunst - auf alle Fälle eine lehrreiche Denkübung für jeden, der sich mit politischen Dingen befassen will. - Sind sie echt ?
Der arglose, naive und vertrauensselige Deutsche wird es bezweifeln. In der Geradheit seiner Seele kann er sich nicht vorstellen, daß soviel List, Tücke und Bosheit in Menschenhirnen wohnen könnte.

Und doch sollten ihn die bitteren Erlebnisse der letzten Jahrzehnte anregen, seine Vorstellungen von allgemeiner Menschenliebe und Völkerverbrüderung einer gründlichen Nachprüfung zu unterziehen. Er wird den Gedanken zurückweisen, als ob es eine Verschwörung geben könnte, die mit allen Mitteln der List und Gewalt eine geistige und materielle Unterjochung der ganzen Menschheit erstrebt. Das ehrliche Geständnis von Walter Rathenau sollte ihn freilich nachdenklich machen, der am 25.Dezember 1909 in der "Neuen freien Presse" in Wien schrieb: "Dreihundert Männer, von denen jeder jeden kennt, leiten die wirtschaftlichen Geschicke des Kontinents und suchen sich Nachfolger aus ihrer Umgebung."

Über die Herkunft dieser ,,Protokolle" ist folgendes bekannt:
Die russische Polizei fand im Jahre 1901 bei einer Hausdurchsuchung in einer jüdischen Wohnung ein größeres Manuskript in hebräischer Sprache, dessen Übersetzung dem Orientalisten Prof. Sergei Nilius übertragen wurde. Der Inhalt erschien der russischen Regierung so bedeutsam, daß sie mehrere Exemplare der Schrift auswärtigen Regierungen zustellen ließ. Auch die englische Regierung erhielt ein solches Schriftstück, legte aber dem befremdlichen Inhalt keine Bedeutung bei und überwies die Schrift als ein Kuriosum dem Britischen Museum. Dort ist es unter dem 10. August 1906 registriert worden.

Erst die Vorgänge des Weltkrieges lenkten die Aufmerksamkeit wieder auf das geheimnisvolle Buch, denn es war nicht zu verkennen, daß viele wichtige Vorgänge sich genau im Sinne dieser "Protokolle" abspielten. So begann man denn in England und Amerika diesem rätselhaften Schriftstück erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Eines der angesehendsten englischen Blätter, die "Morning Post", hat umfängliche Auszüge aus den "Protokollen" veröffentlicht, und Henry Ford hat in seinem Buche "Der internationale Jude - ein Weltproblem", sie eingehend gewürdigt.

Wir legen unserer Wiedergabe die englische Übersetzung zugrunde, die ein namhafter englischer Schriftsteller, Viktor E. Marsden, nach dem Original im Britischen Museum herstellte.

Allem Anschein nach ist der Inhalt der "Protokolle" auf dem ersten Zionistenkongreß in Basel 1897 vorgetragen worden. Die Gedanken liegen durchaus im Rahmen der zionistischen Bestrebungen, die ja dahin zielen, ein "Messianisches Reich" unter jüdischer Oberhoheit über alle Völker aufzurichten.

Die Hebräer bestreiten selbverständlich die Echtheit dieser "Protokolle"; wie können sie anders! Sie würden ja sonst ihre Karten vor aller Welt aufdecken.

Ich will gestehen, daß ich selber bei der ersten Bekanntschaft mit diesen Schriftstücken starke Zweifel in deren Echtheit gesetzt habe, zumal die erste deutsche Ausgabe (es gibt deren bereits mehrere) durch mangelhafte Übersetzung die Unwahrscheinlichkeit ihres Inhalts erhöhte. Heute bin ich von der Echtheit der Schriftstücke völlig überzeugt - umso mehr, da ich seit 40 Jahren gründliche Kenntnisse über die talmudischen Lehren der Rabbiner besitze und in den vorliegenden

"Protokollen" nur einen in praktische Einzelheiten durchgebildeten Ausbau der rabbinischen Anschauungen wiederfinde - dh. jener auf Herrschsucht und Größenwahn gegründeten Lehre, die die Juden als bevorzugte Lieblinge Gottes hinstellt, Haß und Verachtung gegen alle nichtjüdischen Menschen lehrt und nach der Verwirklichung jener teuflischen Verheißung strebt, die der jüdische Nationaldämon Jahwe seinem Volk mit auf den Lebensweg gegeben hat: "Du wirst alle Völker fressen, die ich in deine Hand geben werde." (5. Mos. 7, 16).

Mag jeder denkende Leser aus dem Wortlaut der nachstehenden "Protokolle" selbst sich ein Urteil bilden, ob sie eine bloße Erfindung oder bittere Wahrheit sind. Wenn ich trotz der bereits vorhandenen deutschen Ausgaben diese neue Ausgabe der "Protokolle" veranstalte, so geschieht es zunächst deshalb, um eine wirklich sinngetreue Wiedergabe des Inhalts zu besitzen. Außerdem aber, um diese bedeutsamen Bekun-dungen jüdischen Machtstrebens in knappster Form den weitesten Kreisen zugänglich zu machen.

Denn die bereits bestehenden Ausgaben sind zumeist mit vielem erklärenden Beiwerk versehen und dadurch zu umfänglichen und kostspieligen Büchern geworden.

Über die bisherigen Geschicke dieser "Protokolle" und den um sie entbrannten Streit unterrichtet des näheren folgende Schrift: Gottfried zur Beek: "Die Geheimnisse der Weisen von Zion", Verlag Frz. Eher Nachf., München

Leipzig, im Oktober 1931 Theod. Fritsch

Zusammenstellung
der wesentlichsten Passagen aus dem Buch von Th. Fritsch
(Betrifft:, Anmerkungen und Hervorhebung durch H.P.)

Kapitel 1

(Betrifft : "Politiker - Moral")
4.) ... "Der Politiker hat nichts mit der Moral gemein.... - ... Große nationale Tugenden, wie Offenheit und Rechtschaffenheit, sind Laster in der Politik ... ... Solche Tugenden mögen die Eigenschaften der Königreiche der Gojim sein, aber wir dürfen uns von ihnen in keiner Weise leiten lassen."...
(**Anm**.: Der Unterschied erklärt sich selbst.)

(Betrifft : "Die Strategie zur Erreichung der Macht")
5.) ... "Vor uns liegt ein Plan, in dem die strategische Linie festgelegt ist, von der wir nicht abweichen können, ohne Gefahr zu laufen, die Arbeit so mancher Jahrhunderte zunichte werden zu sehen." ...
(**Anm**.: Dieser strategische Plan, stammt aus dem Jahre 1897 !)

(Betrifft : „Entsittlichung der Jugend„)
... Die Völker der Gojim sind entnervt von alkoholischen Getränken; Ihre Jugend ist durch Klassizismus und frühe Unsittlichkeit verdorben, in die sie von unseren besonderen Agenten geführt worden ist - von Lehrern, Dienern, Erzieherinnen in den Häusern des Reichtums, von Angestellten u.a., von unseren Frauen in Vergnügungsstätten, die von den Gojim besucht werden. Zu denen rechne ich auch die sog. "Gesellschaftsdamen", willige Nachfolgerinnen der anderen in Verdorbenheit und Luxus. ...
(**Anm**.: vgl. Telefon-Sex - Sendungen in Telemedien - Pornografie in TV)

(Betrifft : "Oberregierung durch Gewalt und Täuschung")
6.) ... "Unsere Losung ist : - Gewalt und Täuschung. Nur die Gewalt siegt in politischen Angelegenheiten, ... Gewalt muß der Grundsatz sein und Schlauheit und Täuschung die Richtschnur für Regierungen, die ihre Kronen nicht vor die Füße einer neuen Macht legen wollen." ...

... "Darum dürfen wir mit Bestechung, Betrug und Verräterei nicht aufhören, wenn diese Dinge zur Erreichung unseres Zieles dienen soll. In der Politik muß man die Schwächen der anderen ohne Zaudern zu benutzen wissen, denn durch sie sichern wir uns Unterwerfung und Oberherrschaft." ...

(**Frage**: Ist also Korruption, Betrug und Verrat - diese Delikte wurden in der NS-Zeit als "unehrenhaft" bzw. "Verbrechen gegen das Volk" angesehen und mit KL - Zwangsarbeit bestraft - in der heutigen Zeit nur eine bewußt herbeigeführte Untergrabung des Volks-Charakters zu seiner "Unterwerfung" unter eine bestimmte Oberherrschaft ?)

(Betrifft : "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit")
7.) ... Überall in der Welt kamen die Worte Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit aus unseren Reihen, dank unserer Agenten - ganzen Legionen, die unser Banner mit Begeisterung trugen. Und zu allen Zeiten waren diese Worte Bohrwürmer, damit beschäftigt, sich in das Wohlbefinden der Gojim zu bohren; überall den Frieden, die Ruhe, die Einigkeit zu zerfressen und alle Grundlagen der nichtjüdischen Staaten zu zerstören. ...

Kapitel 2

(Betrifft : "Internationales Recht")
... "Unser internationales Recht wird dann die nationalen Rechte auslöschen und wird die Völker genau so beherrschen wie das Zivilgesetz der einzelnen Staaten " ...
(**Frage**: Wie etwa das "internationale Recht" der EU ?)

(Betrifft : "Presse")
2.) ... "In den Händen der heutigen Staaten befindet sich eine große Macht, die die Bewegung des Denkens im Volke lenkt ; das ist die Presse." ...

..."In der Presse findet der Sieg der Freiheit des Wortes seine Verkörperung. Aber die Gojimstaaten haben von dieser Kraft keinen Gebrauch zu machen gewußt, und so ist sie in unsere Hände gefallen." ...

... "Durch die Presse haben wir die Macht der Beeinflussung gewonnen, während wir selbst im Dunkel bleiben. " ...

(**Anm.**: Vor 100 Jahren waren die modernen Medien wie Rundfunk und Fernsehen noch nicht erfunden, daher nur die "Presse". Inzwischen wurden auch diese Medien einbezogen. - vgl. wer kontrolliert, bzw. besitzt sie, - vgl. auch Kriegshetze durch Greuelmeldungen !)

Kapitel 3

(Betrifft : "Verfassungen")
2.) ... "Wir haben in die Verfassungen solche Rechte eingeschlossen, die den Massen als wirkliche erscheinen, während sie nur eingebildete sind.

Alle diese sog. "Volksrechte" können nur in Gedanken vorhanden sein, die nie im praktischen Leben verwirklicht werden können."

... "Das Proletariat hat eben keinen anderen Nutzen von der Verfassung außer bloßen mitleidigen Brocken, die wir ihnen von unserem Tische zuwerfen, damit wir sie für unsere Anordnungen günstig stimmen, günstig für die Leute, die wir mit Macht ausstatten, die Diener unserer Regierung"
(**Anm**.: Beachten Sie, wer sich vorwiegend auf die "Verfassung" beruft !)

(Betrifft : "Allgemeine Wirtschaftskrise in Europa")
... Diese unterbrechen den Verkehr an den Börsen und bringen die Industrie zum Stillstand. Durch all diese unterirdischen geheimen Mittel, die uns zugänglich sind, und mit Hilfe des Geldes, das ganz in unseren Händen ist, werden wir eine allgemeine Wirtschaftskrise verursachen. Dabei werden wir ganze Arbeitermassen auf die Straße werfen, gleichzeitig in allen Staaten Europas. ...

(**Anm**.: Vergleichen Sie die Arbeitslosigkeit vor 1933 mit der unserer heutigen Zeit, die Staatsverschuldung der Europäischen Länder, die Börsen-Crashs, die Industrie-Pleiten, ebenso die Ziele und Maßnahmen der EU-Führung unter Sir Leon Brittan, usw.)

4.) (Betrifft : "Französisch Revolution")
... "Denken Sie an die Französische Revolution, der wir den Namen der "Großen" gegeben haben; die Geheimnisse ihrer Vorbereitung sind uns gut bekannt, denn sie war ganz das Werk unserer Hände."
(**Anm**.: Erklärt sich selbst !)

(Betrifft : "Schutzmacht - USA ?)
..."Heute sind wir, als eine internationale Macht unbesiegbar, denn wenn jemand uns angreift, werden wir von anderen Staaten unterstützt." ...
(**Anm**.: vgl.: wer sind heute die führenden Personen in den Regierungen der "Supermächte" USA und Rußland bzw. EU ?)

Kapitel 5

2.) ... "Die persönlichen und nationalen Meinungen der Gojim, religiösen und Rassenhaß haben wir gegeneinander aufgestachelt und sie im Laufe der vergangenen zwanzig Jahrhunderte zu großer Gewalt gesteigert. ...

3.) ... Die Nationen können nicht irgendwie einzeln vorgehen, ohne daß wir unsere Hand dabei im Spiele haben." ...

Kapitel 7

(Betrifft : "Aufrüstung")
... "Die Vergrößerung der Rüstungen, die Zunahme der Polizeikräfte - alles ist wesentlich für die Vollendung des erwähnten Planes." ...

(**Anm**.: Vgl.: Die Aufrüstung vor und nach dem 2.Weltkrieg - bis heute)

(Betrifft : „Machtdemonstrationen„)
... Mit einem Wort, um unser System, die Regierungen der Gojim in **Europa** in Schach zu halten, zusammenfassen : wir werden einer von ihnen unsere Stärke durch Schreckensunternehmungen zeigen, und wenn wir die Möglichkeit einer allgemeinen Erhebung gegen uns zugeben, werden wir allen mit den Kanonen Chinas oder Japans antworten. ...

(**Anm**.: Vgl.: Wer waren die „Väter der Atom-Bomben„, welches Land hat diese Massenvernichtungswaffe auch eingesetzt und sie weiterhin als Drohmittel verwendet.)

(Betrifft : "Volksverhetzung")
... "In ganz Europa, und mittels der Beziehungen mit Europa auch in anderen Erdteilen müssen wir Gärungen, Zwiespälte und Feindseligkeiten schaffen. Damit gewinnen wir einen doppelten Vorteil. Zuerst halten wir alle Länder in Schach, denn sie wissen wohl, daß wir die Macht haben, wenn immer wir Unordnung hervorrufen oder die Ordnung wiederherstellen wollen. Alle diese Länder sind gewöhnt, in uns eine unausweichliche Zwangsmacht zu sehen.

Zweitens werden wir durch unsere Intrigen auf alle Fäden einwirken, die wir in den Kabinetten aller Staaten gesponnen haben durch die Politik, durch wirtschaftliche Verträge oder Schuldverschreibungen." ...

(**Anm**.: Wie z.B. zwischen Nord- und Südkorea, Nord- und Südvietnam, in diversen afrikanischen Staaten, der islamischen Bevölkerung und der (korrumpierten ?) Regierung der Türkei ? , usw.)

(Betrifft : "Kriege gegen Nachbarländer - Weltkrieg")
... "Wir müssen in der Lage sein, jedem Widerstand durch Kriege mit den Nachbarn des Landes, das es wagt, uns zu trotzen, zu begegnen. Wenn diese Nachbarn es jedoch auch wagen sollten, gegen uns zusammenzustehen, dann müssen wir ihnen durch einen Weltkrieg Widerstand bieten." ...

(**Vgl.**: Auslösung der Kriege 1914?, siehe auch Terminologie vor Beginn des 2. Weltkrieg, Kriege danach in Korea, Vietnam, Kriegshetze gegen Islam-Staaten - usw. als Vorbereitung zum 3. Weltkrieg ?)

(Betrifft : "Presse als achte Großmacht")
... "Wir müssen die Regierungen der Gojim zwingen, in der Richtung vorzugehen, die unseren weitgefaßten Plan begünstigt, der sich schon der gewünschten Vollendung nähert und den wir als die öffentliche Meinung darstellen, die wir insgeheim durch die sogenannte "achte Großmacht", die Presse, erzeugt haben. Mit wenigen Ausnahmen, die unberücksichtigt bleiben können, ist die Presse schon ganz in unseren Händen." ...

(**Anm**.: Vgl. wer heute die "Medien-Großkonzerne" der Presse, des Films, des Fernsehens und des Rundfunks kontrolliert.)

Kapitel 8

(Betrifft : "Auswahl der Personen für wichtige Staatsämter")
... "Eine Zeitlang, bis wir ohne Gefahr wichtige Staatsämter unseren jüdischen Brüdern anvertrauen können, werden wir jene mit Leuten besetzen, deren Vergangenheit und Ruf so sind, daß zwischen ihnen und dem Volke eine Kluft liegt, Leute, die im Falle des Ungehorsams gegen unsere Anweisungen peinlichen Anklagen entgegensehen oder verschwinden müssen. Dies alles dient dazu, sie bis zu ihrem letzten Atemzuge unsere Belange vertreten zu lassen." ...

(**Anm**.: Setzen sie selbst die Namen derjenigen Politiker ein, die aufgrund von Korruptionsfällen, Meineid, Sexskandale, Whitewater-, Watergate-Affaire, Dienstauto-Mißbrauch, Privatreisen im Militärjet, Steuerbetrug, bis Falschaussage z.B. im Lucona-Mordfall, - bishin zu "Präsidenten", usw., - bis jetzt bekannt sind.)

Kapitel 9

(Betrifft : "Diktatur - Oberregierung")
... "Nichts kann unsere Wirkung behindern. Unsere Oberregierung besteht in außergesetzlichen Formen, die schlechtweg als "Diktatur" bezeichnet werden können." ...

... "Und die Waffen in unseren Händen sind unbegrenzter Ehrgeiz, brennende Habgier, erbarmungslose Rachsucht, Haß und Groll." ...

(**Anm**.: Lauter edle Motive ? - Dadurch wären aber die Handlungen der derzeitige jüdischen Führungskräfte im In- und Ausland zu verstehen.)

(Betrifft : "Urheber des Terrors")
... "Wir sind es, die den alles verschlingenden Schrecken, den Terror vorantreiben. In unseren Diensten stehen Personen aller Richtungen, aller Doktrinen : Reaktionäre, Monarchisten, Demagogen, Sozialisten, Kommunisten und utopische Träumer aller Art. Wir haben sie alle vor unseren Wagen gespannt : jeder einzelne von ihnen zerstört von sich aus die letzten Reste der Autorität, ist bemüht, alle bestehende Ordnung zu vernichten. - Das beunruhigt die Staaten ; sie ermahnen zur Ruhe, sind bereit, alles um des Friedens willen gutzuheißen ; aber wir werden keinen Frieden geben, bis sie öffentlich und in Unterwürfigkeit unsere nationale Oberregierung anerkennen." ...

(**Anm**.: Vgl. Die Entstehung des Staates Israel durch die Terror-organisation "Irgun Zwai", die jüdischen Mörder Frankfurter (W.Gustloff in der Schweiz), H.Grynspan (v.Rath), welches als "Vergeltung" die "Reichs-Kristallnacht" auslöste, der Mord an dem "angeblichen" Kennedymörder Oswald durch den Juden Jack Ruby, den Mord an dem (mit den Arabern Frieden suchenden) Präsidenten Rabin, den Mordauftrag des jüdischen Ministerpräsidenten Netanjahu zum Giftmordanschlag auf einen Hamasführer in Jordanien, durch mit kanadischen Pässen ausgestatteten Mossad-Terroristen, usw.)

(Betrifft : "Täuschung der Jugend")
3.) ... Wir haben die Jugend der Gojim irregeführt, getäuscht und verdorben, indem wir sie nach den Grundsätzen und Theorien erzogen, die uns zwar als falsch bekannt sind, die wir ihnen aber dennoch einschärften." ...
(**Anm**.: Erklärt sich selbst.)

Kapitel 10

... "Dann war das Zeitalter der Republiken gekommen; und dann ersetzten wir den Herrscher durch eine Karikatur von Regierung - durch einen Präsidenten aus dem Volk, aus der Mitte unserer Puppen, unserer Sklaven. Das war die Mine, die wir unter die Grundmauern der Gojimstaaten gelegt haben, und zwar aller nichtjüdischen Staaten." ...

(**Anm**.: Erinnern Sie sich an die Wahl des (scheinbar "nicht genehmen") Österr. Bundespräsidenten Waldheim und die Verleumdungen durch den "Jüdischen Weltkongreß" JWC ?)

(Betrifft : "Präsidenten und deren Auswahl")
4.) ... "Demnächst werden wir die Verantwortlichkeit des Präsidenten einführen. - Zu jener Zeit werden wir uns bei der Durchführung unserer Pläne keinen Zwang mehr aufzuerlegen brauchen, denn alle Verantwortung tragen unsere Strohpuppen." ...

... "Damit unser Plan dieses Ergebnis zeitigen kann, werden wir Wahlen zugunsten solcher Präsidenten veranstalten, die in ihrer Vergangenheit irgendeine dunkle Stelle , ein "Panama", haben. Dann werden sie willfährige Werkzeuge für die Vollendung unserer Pläne sein - aus Furcht vor Enthüllungen und aus dem natürlichen Wunsche eines jeden zur Macht Gelangten, die Vorrechte, Vorteile und Ehren zu erhalten, die mit dem Amte des Präsidenten verbunden sind." ...

(**Anm**.: Setzen sie selbst die Namen, der Ihnen bekannten, "belasteten", - somit erpreßbaren, - oder opportunistischen Präsidenten ein)

... "Die Volksvertretung wird die Präsidenten decken, wird sie schützen, wird sie wählen : aber wir werden ihr das Recht nehmen, neue vorzuschlagen oder bestehende Gesetze zu ändern, denn dieses Recht sichern wir dem verantwortlichen Präsidenten, der eine Puppe in unserer Hand ist." ...

(**Anm**.: Vergl. z.B. die Wahl der Präsidenten und anderer "Volksvertreter" - und wer diese durch die Medien unterstützt - oder verunglimpft !)

(Betrifft : "Präsidentenrecht - Krieg")
... "Unabhängig werden wir dem Präsidenten das Recht verleihen, den Staat in Kriegszustand zu versetzen. Dies werden wir mit der Begründung rechtfertigen, daß der Präsident als Haupt der Wehrmacht des Landes sie zu seiner Verfügung haben muß, um im Notfalle die neue republikanische Verfassung verteidigen zu können. Das Recht der Verteidigung gebührt ihm aber als dem verantwortlichen Vertreter dieser Verfassung." ...

(**Vgl**. Wilson 1917 1.Weltkrieg, - Roosevelt 1939, 2. Weltkrieg, Korea, Vietnam, Irak, - Clinton evt. 3. Weltkrieg ?, - sollte der nicht wollen, so droht seine Amtsenthebung, usw.)

5.) ... "Man versteht, daß unter diesen Bedingungen der Schlüssel der Staatsmacht in unseren Händen liegen wird, und niemand außer uns wird die Gesetzgebung länger leiten. Daneben werden wir bei Einführung der neuen republikanischen Verfassung der Kammer das

Recht der Anfrage nach Regierungsmaßnahmen entziehen, unter dem Vorwand, daß politische Geheimnisse zu wahren sind." ...

(**Anm**.: Wie z.B. die Aktionen der CIA in den verschiedenen Ländern Afrikas, Mittel- und Südamerikas, zuletzt im Kurdengebiet in Nordirak 1996 unter dem jüdischen CIA-Chef Deutch ?)

... "Vom Staatspräsidenten wird die Ernennung zum Präsidenten und Vicepräsidenten der Kammern und des Senates abhängen." ...
(**Vgl**.: Besetzung der wichtigsten Regierungsposten in USA und Rußland)

... "Der Präsident wird den Sinn der Gesetze, die eine verschiedene Auslegung zulassen, nach unserem Belieben deuten ; er wird sie ferner aufheben, wenn wir ihm zu verstehen geben, daß dies notwendig sei. Daneben wird er das Recht haben, zeitlich begrenzte Gesetze vorzuschlagen und sogar neue Richtlinien für die Verfassung. Als Vorwand für beides dienen ihm die Erfordernisse des Staatswohles." ...

(**Anm**.: z.B. den "Iran-Skandal" (Waffen und die Geiselnahme), die "Kontra-Affaire", die "Embargos" gegen Iran, Kuba, oder (angeblich im Namen der UNO !) gegen den Irak, Libyen, Serbien, usw.)

6.) (Betrifft : "Wege zur Oberherrschaft")
... "Die Menschheit muß durch Zwist, Haß, Streit, Neid, ja selbst durch Entbehrungen, durch Hunger, durch Einimpfen von Krankheiten, durch Mangel und Not so erschöpft werden, daß die Gojim keinen anderen Ausweg sehen, als ihre Zuflucht zu unserer vollständigen Oberherrschaft zu nehmen, sich unserer Geldmacht zu unterwerfen." ...
(**Anm**.: Erklärt sich selbst !)

Kapitel 12

(Betrifft : "Meinungsbildung durch Presse und Pressefreiheit")
... Welche Rolle spielt die Presse heutzutage ? Sie dient zur Aufreizung und Entflammung der Volksleidenschaften, die wir für unsere Zwecke brauchen. Sie ist oft schal, ungerecht, verlogen, und der größte Teil der Bevölkerung hat nicht die geringste Ahnung, wem die Presse in Wirklichkeit dient. ...

(Betrifft : "Zensur der Presse - Medien")
... Keine einzige Ankündigung wird ohne unsere Kontrolle in die Öffentlichkeit gelangen. Das wird auch jetzt schon erreicht, insofern, als die Nachrichten aus aller Welt in einigen wenigen Agenturen

zusammenlaufen. Diese Agenturen werden von uns bereits kontrolliert und lassen nur das in die Öffentlichkeit gelangen, was wir gutheißen.

Wenn wir es jetzt schon ermöglicht haben, die Gedankenwelt der Nichtjuden so zu beherrschen, daß sie alle ahnungslos die Ereignisse der Welt durch die gefärbten Brillen sehen, die wir ihnen aufgesetzt haben; wenn es schon jetzt keinen Staat mehr gibt, in dem die Dummheit der Gojim uns nicht alle Staatsgeheimnisse offenbart; was wird dann unsere Lage sein, wenn wir die anerkannten Oberherren der Welt sind ...

(Betrifft : "Presse - Lüge - Wahrheit - Tatsachen oder Gegenteil")
... Dank dieser Methoden werden wir in der Lage sein, die Öffentlichkeit von Zeit zu Zeit wegen politischer Fragen zu erregen oder zu beruhigen, sie zu überreden oder zu verwirren, bald Wahrheit, bald Lüge, Tatsachen oder deren Gegenteil zu veröffentlichen - je nachdem, ob sie gut oder schlecht aufgenommen werden. ...
(**Vgl**.: Welche Personen beherrschen heute die Medien-Multikonzerne)

(Betrifft : "Pressegeheimnis - Schutz der Quellen")
3.) ... Gleich den Auguren der Alten wird niemand das Geheimnis seiner Nachrichtenquellen preisgeben, wenn er nicht dazu gezwungen ist, sie zu nennen. Kein Zeitungsschreiber wird es wagen, dieses Geheimnis zu verraten, denn niemand wird zur praktischen Schriftstellerei zugelassen, wenn seine Vergangenheit nicht irgendwo eine wunde Stelle hat ...

... Diese schwachen Stellen würden sofort enthüllt werden. Solange sie das Geheimnis weniger bleiben, lockt das Ansehen der Zeitungsschreiber die Mehrheit des Landes an - der Pöbel folgt ihm mit Begeisterung.

Kapitel 13

... "Wer wird denn je auf den Gedanken kommen, daß alle diese Völker nur Drahtpuppen waren, die von uns nach einem großen politischen Plane bewegt wurden, den niemand im Laufe der Jahrhunderte auch nur geahnt hat ? ...

Kapitel 14

(Betrifft : "Vernichtung aller anderen Religionsformen")
... "Wenn wir unser Königreich aufgerichtet haben, wird es uns unerwünscht sein, wenn es darin noch eine andere Religion geben sollte neben der unseren von dem Einen Gott, an den unser Schicksal als auserwähltes Volk geknüpft ist und durch den unser selbes Schicksal mit den Geschicken der Welt verbunden ist. Wir müssen daher alle anderen Glaubensformen vernichten." ...

(**Anm**.: Die katholischen, vor allem die "nicht willfährigen" islamischen ?)

Kapitel 15

(Betrifft : "Opfer zur Erreichung des Zieles")
3.) ... "Und wie weitblickend waren unsere gelehrten Ältesten in den alten Zeiten, als sie sagten, daß man, um ein großes Ziel zu erreichen, kein Mittel verschmähen und die Opfer nicht zählen dürfe, die um jenes Zieles willen fallen. Wir haben die Opfer aus dem tierischen Geschlecht der Gojim nicht gezählt, wenn wir auch manchen der Unseren geopfert haben. Dafür haben wir uns jetzt schon eine Stellung verschafft, die wir uns kaum träumen ließen. " ... Der Tod ist das unvermeidliche Ende aller. Darum ist es besser, jene dem Ende näher zu bringen, die unseren Zielen hinderlich sind, als uns, die Schöpfer des Werkes." ...
(**Anm**.: Erklärt sich selbst !)

(Betrifft : "Ansehen des Gesetzes")
4.) ... "Unter unserem Einfluß ist die Durchführung der Gesetze der Gojim auf ein Mindestmaß herabgesetzt worden. Das Ansehen des Gesetzes ist durch die liberale Auslegung der Gojim zerstört worden. In den wichtigsten und grundlegenden Angelegenheiten und Fragen entscheiden die Richter so, wie wir es ihnen vorschreiben und sehen die Dinge in dem Licht, in das wir sie vor der nichtjüdischen Verwaltung einhüllten - natürlich durch Leute, die unsere Werkzeuge sind, wenn es auch den Anschein hat, als hätten wir nichts mit ihnen zu tun, durch Zeitungsnachrichten oder andere Mittel ...

... "Sogar Senatoren und höhere Verwaltungsbeamte nehmen unsere Ratschläge an." ...

(Betrifft : "Anspruch auf die Welt-Führerschaft")
... "Aus diesem Unterschied der Geistesverfassung zwischen den Gojim und uns kann man klar das Siegel unserer Auserwähltheit und unseres höheren Wertes an Menschlichkeit erkennen, im Gegensatz zu dem rohen Geist der Gojim. Ihre Augen sind offen, aber sie sehen nichts vor sich und erfinden nichts (höchstens materielle Dinge). Danach ist es klar, daß uns die Natur selbst dazu bestimmt hat, die Welt zu führen und zu beherrschen." ...

(**Anm**.: Gerade dies wird bis heute dem Nationalen Sozialismus, dessen Führern und dem ganzen deutschen Volk vorgeworfen.)

Kapitel 16

(Betrifft : "Einseitige Geschichtsdarstellung")
... "Wir werden aus dem Gedächtnis alle Tatsachen früherer Jahrhunderte auslöschen, die uns unerwünscht sind und nur jene bewahren, welche die Irrtümer der Gojimregierungen schildern." ...

(**Frage**: Vgl.: "Geschichtliche Festschreibung" von "Zeugenaussagen" im Zusammenhang mit dem Holocaust, - trotz technischer, bzw. physikalischer "Unmöglichkeiten" - als "erwiesene Tatsache" ? - Siehe auch die Anmerkung zu Kap. 19)

Kapitel 17

(Betrifft : "Herabsetzen des Ansehens der Priesterschaft")
2.) ... "Wir haben von jeher dafür gesorgt, die Priesterschaft der Gojim in ihrem Ansehen herabzusetzen und sie ihres Einflusses auf die Massen zu berauben, da sie sonst auch heute noch ein großes Hindernis für uns sein könnte. Tatsächlich ist ihr Einfluß auf die Völker der Welt geringer geworden. Überall wird Gewissensfreiheit gelehrt, so daß uns heute nur noch ein paar Jahre von dem Augenblick trennen, da der Zusammenbruch der christlichen Religion vollkommen sein wird." ...

(Betrifft : "Zerstörung der päpstlichen Macht")
... "Wenn endlich die Zeit gekommen ist, die päpstliche Macht zu zerstören, wird der Finger einer unsichtbaren Hand die Völker auf den Vatikan hinweisen. Wenn sich jedoch die Nationen auf ihn werfen, werden wir uns den Anschein seiner Verteidiger geben, als ob wir übermäßiges Blutvergießen verhindern wollten. Durch diesen Vorwand werden wir in seine innersten Verhältnisse eindringen und nicht früher herausgehen, als bis wir die päpstliche Macht völlig in der Hand haben." ...
(**Anm.**: Der Erzbischof von Paris, Kardinal Jean Marie Lustiger ist konvertierter Jude.)

3.) ... "Im allgemeinen werden wir also weiterhin in allen Staatsangelegenheiten und Religionen die Unfähigkeit der Gojim bloßstellen und dabei immer die verächtlichsten Ausdrücke anwenden, um durch alle Mittel ihr Ansehen zu vermindern ..."

(**Anm.**: z.B. "Volksverführer, Terrorstaaten, Extremisten, Rechtsradikale, Fremdenfeindliche, Antisemiten, Kriegsverbrecher, Leugner, usw.")

Kapitel 18

(Betrifft : "Attentate auf nichtjüdische Herrscher")
... "Sie wissen, daß wir das Ansehen der Goikönige durch häufige Angriffe auf ihr Leben seitens unserer Agenten zerstört haben. Die Täter

waren blinde Schafe unserer Herde und leicht durch ein paar liberale Phrasen zu Verbrechen zu bewegen, wenn diese nur einen politischen Anstrich hatten. Wir werden die Herrscher dazu zwingen, ihre Schwäche einzugestehen, indem sie öffentliche Maßnahmen der geheimen Überwachung ankündigen ; und so werden wir das Vertrauen zur Staatsgewalt zerstören." ...

(**Anm**.: Attentate auf von Rath durch H. Grynspan, auf W. Gustloff in der Schweiz durch Frankfurter, auf den angeblichen Kennedy-Mörder durch Ruby, neuerdings auch auf eigene Leute wie auf Rabin, der mit den Palästinensern eine friedliche Lösung suchte, oder als aktuelles Beispiel :

05.10.1997 ORF1-Text S. 117 20 h 05
Mossad-Skandal - Netanyahu belastet
Die Affäre um einen fehlgeschlagenen Giftanschlag des israelischen Geheimdienstes Mossad in Jordanien zieht immer weitere Kreise. Die auflagenstärkste israelische Zeitung "Yediot Aharonot" meldete heute, der mißglückte Mordanschlag auf den palästinensischen Hamas-Funktionär Khaled Machaal in Amman sei von Regierungschef Netanyahu verlangt worden. Und zwar ausdrücklich gegen den Rat von Mossad-Chef Yatom.
Der israelische Rundfunk meldete heute, während der Nacht hätten Vertreter von Regierung und Geheimdienst über die Lage beraten.
(**Anm**. : Im ORF-Text am 06.10.1997 um 7 h 30 nicht mehr enthalten.)

2.) ... "Anschläge auf uns werden bei dem ersten Verdacht niedergeschlagen werden ; die Furcht vor einem möglichen Irrtum darf nicht dazu führen, Personen entwischen zu lassen, die eines politischen Verbrechens verdächtig sind. Denn in diesen Dingen müssen wir buchstäblich unbarmherzig sein." ...

(**Anm**. : In Israel wurde oberstgerichtlich entschieden, daß Folter zur Erzwingung einer Aussage ein legitimes Recht des jüdischen Staates gegen Volksfeinde sei.)
Beispiel :
25.12.1997 3Sat-Text S. 112 19 h 07
Prozeß gegen Deutschen in Israel
Vor dem Bezirksgericht Tel Aviv hat ein Prozeß gegen einen 26jährigen Deutschen begonnen, der ein Selbstmordattentat geplant haben soll.
Steffen S. sei bereits im November verhaftet worden, teilten die Behörden mit. Er habe gestanden, sich der Hisbollah angeschlossen zu haben. Der Verteidiger des Angeklagten sagte, sein Mandant habe das

Geständnis möglicherweise unter Druck abgegeben. Er sei 20 Tage vom israelischen Geheimdienst in Isolationshaft festgehalten worden. Die pro-iranische Hisbollah-Miliz ihrerseits dementierte in einer Stellungnahme jegliche Verbindung zu dem Deutschen.

Kapitel 19

(Betrifft : "Politische Gegner - Verbrechern gleichsetzen")
... "Um den politischen Verbrechern das Ansehen des Helden zu nehmen, werden wir sie vor Gericht in einer Reihe mit Dieben, Mördern und allen anderen abscheulichen und schmutzigen Verbrechern stellen. Die öffentliche Meinung wird dann in ihrer Vorstellung diese Verbrechen vermengen und sie mit derselben Verachtung brandmarken." ...

(**Anm**.: Vgl. Kriegsverbrecherprozesse, in denen Soldaten Verbrechern gleichgestellt wurden, Prozesse gegen "Neonazis" wegen Verbreitung von "Antisemitischer Propaganda", "Leugnen bzw. Verharmlosung des Holocaust", "Singen von Nazi-Liedern", einem dem "Deutschen Nazigruß ähnlichen„ verwenden, usw. - alles zählt als „rechtsradikale Straftat !„)

Kapitel 20

(Betrifft : "Staatsverschuldung durch Zinsen")
5.) ... "Jede Staatsanleihe beweist Schwäche und einen Mangel an Verständnis für die Rechte des Staates. Anleihen hängen wie ein Damoklesschwert über den Köpfen der Gojimherrscher. Anstatt von ihren Untertanen eine zeitgemäße Steuer zu erheben, kommen sie mit ausgestreckten Händen zu unseren Bankherrn betteln. Fremde Anleihen sind Blutegel; es gibt keine Möglichkeit, sie vom Staatskörper zu entfernen, bis sie von selbst abfallen oder der Staat sie abschüttelt. Aber die Gojimstaaten schütteln sie nicht ab, sondern setzen sich immerzu neue an, so daß sie unvermeidlich zugrunde gehen müssen, entkräftet vom freiwilligen Aderlaß."

... "Was ist eine Anleihe, besonders eine fremde, anders als eine Blutabzapfung? Sie ist eine Ausgabe von Schuldverschreibungen, die eine Zinsverpflichtung enthalten, entsprechend der Summe des Leihkapitals. Wenn die Anleihe auf 5% lautet, dann hat der Staat in zwanzig Jahren eine der Anleihe gleiche Summe an Zinsen für nichts gezahlt, in sechzig Jahren die dreifache; und immer noch bleibt die Schuld unbezahlt." ...
(**Anm**.: Dadurch wird jede Regierung eines Staates erpressbar)

(Betrifft : "Auslandsanleihen durch korrupte Minister ?")

... "Solange die Anleihen innere waren, steckten die Gojim nur ihr Geld aus den Taschen der Armen in die der Reichen ; nachdem wir aber die maßgebenden Personen kauften, um Anleihen im Auslande unterzubringen, floß aller Wohlstand der Staaten in unsere Kassen, und die Gojim begannen, uns den Untertanentribut zu zahlen." ....

(**Frage** : Welcher Personenkreis kontrolliert die "Weltbank" ?)

Dazu aus „Wer ist wer im Judentum„, Bd. 2, von David Korn, FZ-Verlag :

1996 schrieb die „Deutsche National Zeitung": „Der **1944** gegründeten International Bank for Reconstruction and Development, kurz ‚Weltbank' genannt, gehören **178** Staaten an; Präsident ist **James Wolfensohn**.
Der **1956** gegründeten International Finance Corporation gehören **161** Staaten an; Präsident ist Mister **James Wolfensohn**.
Der **1960** gegründeten International Development Association gehören **157** Staaten an; Präsident ist **James Wolfensohn**.
Der **1956** gegründeten Multilateral Investment Guarantee Agency gehören **122** Staaten an: Präsident **James Wolfensohn**." Der Multifunktionsträger ist 1933 in Sydney als Sohn einer aus Deutschland nach Australien gelangten Familie zur Welt gekommen. Bevor er Bankmanager wurde, war er als Rechtsanwalt tätig. In New York ab 1970 an der Wall Street aktiv, stieg er 1977 beim Wertpapierhaus **Salomon Brothers** ein. 1981 gründete er, inzwischen US- Staatsbürger geworden, eine eigene Investmentfirma mit dem früheren **Präsidenten der US-Zentralbank, Paul A. Volcker**; als Partner und machte damit ein Vermögen.
1995 erfolgte Wolfensohns Ernennung zum Präsidenten der Weltbank durch US- Präsident Clinton (Washington bestimmt Richtlinien und Führung dieser Institution). Die Weltbank wurde bei Ende des Zweiten Weltkrieges in **Bretton Woods** unter Federführung des **US-Finanzministers Henry Morgenthau jr.** und dessen ebenfalls jüdischem Vertrauten **Harry Dexter White** geschaffen. Die Deutschen gehören zu den Haupteinzahlern. Das Institut stellt mit seiner Kreditpolitik auch politische Weichen - ganz im Sinne des Weltherrschaftsanspruchs von Wall Street und Weißem Haus, wie Kritiker finden. Wolfensohn gehört auch dem Verwaltungsrat der **Rockefeller-Foundation** an und ist Mitglied der sogenannten **Bilderberg-Gruppe**, eines Geheimzirkels international mächtiger Politiker, Medienmacher und Geschäftsleute.

Zu den wesentlichen Passagen in den „Protokollen„, gehören u.a. auch jene, die in nachstehender Untersuchung angeführt sind.

Soll ich Freimaurer werden ?

Ein kleines Taschenbuch, („Stichwort Freimaurer„, Heyne-Verlag) brachte mich auf den Gedanken, mir die Frage zu stellen, ob ich ein „Freimaurer„ werden sollte, um etwas zur Wohlfahrt der Welt beitragen zu können.

Also las ich z.B. auf S. 63-65:
Im Laufe ihrer über 275jährigen Geschichte genoß die Freimaurerei in vielen Ländern der Welt zu allen Zeiten gesellschaftliches Ansehen. Kaiser, Könige, Fürsten und Bischöfe gehörten dem Weltbund der Menschlichkeit ebenso an wie bedeutende Männer des Geistes, der Wissenschaft, der Künste, der Wirtschaft und der Politik. Dennoch hat es zu allen Zeiten auch vielgestaltige Angriffe gegen die Freimaurer gegeben. Ihre der Humanität verpflichtete Zielsetzung will Leid und Not mildern und das menschliche Zusammenleben auch über nationale Grenzen hinweg problemloser gestalten. Aus politischen wie aus konfessionellen Gründen sahen sich die Maurer der Geistes- und Gewissensfreiheit schon bald Verfolgungen ausgesetzt, wo immer Logen gegründet wurden.

1. Weltverschwörung
Aus dem Baugedanken entwickelt und der Humanitätsidee verpflichtet, ist der Freimaurerbund tatsächlich international, nach seinen Grundlagen, seiner Symbolik, seinem ethischen Ziel: Der Bund ist international als Gedanke, aber nicht einheitlich in seiner Form und Organisationsstruktur. Das Verbindende bleibt die Idee, die gemeinsame ethische Absicht. Eine einheitliche Leitung und eine Gleichheit im Brauchtum der Großlogen besteht nicht. **Die »geheimen Oberen« sind reine Erfindung - es gibt sie nicht.** Die Zielsetzung aller Freimaurer ist, unsere Welt menschlicher zu gestalten. Dies soll aber nicht durch eine Organisation geschehen, sondern jeder Bruder bemüht sich darum in seinem persönlichen Umkreis. In diesem Sinne ist die Freimaurerei, wie der Titel einer Broschüre von Jürgen Holtorf lautet, eine »Verschwörung zum Guten«.

2. Diktaturen
Die Freimaurerei ist und war in allen staatlichen Diktaturen verboten. Kommunismus, Faschismus und Nationalsozialismus haben stets die Logenhäuser geschlossen und die Mitglieder des Bundes verfolgt. Auch in der ehemaligen DDR wurde jedes Wiederaufleben der Freimaurerei nach 1945 im Keim erstickt. In den fanatisierten, religiös ausgerichteten

Staaten zeigt sich auf der ganzen Welt das gleiche Bild. Im islamischen Iran steht noch heute, im Jahre 1992, die Todesstrafe auf jede freimaurerische Betätigung.
Beim 4. Kongreß der Kommunistischen Internationale wurde erklärt: »Die Freimaurerei ist die unredlichste und infamste Prellerei des Proletariats seitens eines nach der radikalen Seite neigenden Bürgertums. Wir sehen uns gezwungen, sie bis aufs äußerste zu bekämpfen.«
Die Nationalsozialisten propagierten, einer geheimen, weltweiten Verschwörung von Juden und Freimaurern gegenüberzustehen. Eine ihrer Parolen lautete: »Hinter der Weltfreimaurerei steht der ewige Jude!«. Da die Freimaurerei international und weltoffen war, paßte sie nicht in den streng nationalistischen Staat. Hier forderte man ein Denken und Handeln nach streng parteidogmatischen Richtlinien. Die auf demokratischer Grundlage aufgebaute harmonische Weltbruderkette der Freimaurer wurde von der NS-Diktatur nicht nur abgelehnt, sondern mit allen Mitteln bekämpft. »International« war im Dritten Reich praktisch ein Schimpfwort.

3. Kirchen

Die Freimaurerei ist weder eine Religion noch ein Religionsersatz. Sie überläßt ihren Mitgliedern ihren eigenen Weg zu Gott. Schon in den »Alten Pflichten« von 1723 heißt es: »Heute hält man es jedoch für ratsamer, sie (die Freimaurer) nur zu der Religion zu verpflichten, in der alle Menschen übereinstimmen, und jedem seine Überzeugung zu belassen.« Die Freimaurerei bietet ihren Mitgliedern eine diesseitige Lebenshilfe zu einem sinnvollen, besser und erfüllter gestalteten Leben. Sie benutzt dafür keine religiösen oder kirchlichen Weihen, Verpflichtungen, Sakramente oder Gnaden.
Die Freimaurerei ist jedoch keineswegs religionsfeindlich. Ihre zentrale Idee ist eine Gottesvorstellung, die im Symbol des »Allmächtigen Baumeisters aller Welten« zusammengefaßt ist. Somit wird die Aufnahme eines Suchenden nicht von einem bestimmten religiösen Bekenntnis abhängig gemacht. Die typische Freimaurereinstellung kommt in der Ringparabel von Lessings Drama »Nathan der Weise« zum Ausdruck. Grundsätzlich kann man feststellen, daß »fundamentalistische« oder »orthodoxe« Kirchen der Freimaurerei ablehnend bis feindlich gegenüberstehen. Die Deutsche Katholische Bischofskonferenz hat die gleichzeitige Zugehörigkeit zur katholischen Kirche und zum Freimaurerbund für »unvereinbar« erklärt (»Unvereinbarkeitserklärung« von 1980). Seitens der evangelischen Kirche werden derartige Bedenken nicht erhoben.

Auf S. 66/67 las ich dann noch :

B'nai B'rith (United Order of B.B., d.h. Söhne des Bundes)
Ein 1843 in New York gegründeter Orden, der nur Männer mosaischen Glaubens aufnimmt. Er vertritt ausschließlich die Interessen der jüdischen Bürger und will an deren Vervollkommnung arbeiten. Der Orden hat drei Grade, auch Erkennungszeichen, und arbeitet nach einem Ritual. Die karitativen Leistungen unter Mitgliedern sind bemerkenswert. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es mehrere Neugründungen in West-Berlin und Frankfurt/Main. **Der Orden hat jedoch keinerlei Zusammenhang mit der Freimaurerei.**

Im gleichen Buch sind in einer Reihe berühmter Freimaurer auch Winston **Churchill** (1874-1965), sowie der US-Präsident **Franklin D. Roosevelt** (1882-1945) angeführt.

Soweit zum vorerwähnten Buch. Doch gerade diese beiden Namen von Politikern, die im Zweiten Weltkrieg gegen das nationalsozialistische Deutschland (siehe 2. Diktaturen) eine entscheidende Rolle spielten, sowie der dominierende Einfluß jüdischer Kreise auf die derzeitige US-Regierung, (vgl. „Recht und Wahrheit„, Nr.11+12/98) veranlaßten mich, die vorstehenden Aussagen mit den umstrittenen „Protokolle der Weisen von Zion„ (von Th. Fritsch, erstm. 1924 im Hammer-Verlag erschienen), zu vergleichen. Dies um festzustellen, ob doch ein Zusammenhang der jüdischen B'nai B'rith und den Freimaurern bestehen könnte. Als Beispiel:

aus Kapitel 4

(Betrifft : "Nichtjüdische Freimaurerei als Helfer")
Jede Republik durchläuft verschiedene Abschnitte. Die ersten Tage sind erfüllt von der tollen Wut der blinden Masse, die bald hier-, bald dorthin, rechts und links geworfen sind; der zweite Abschnitt ist der der Demagogie, aus welcher die Anarchie geboren wird, und diese führt unvermeidlich zur Zwingherrschaft, die aber nicht gesetzlich und offen, und daher verantwortlich ist, sondern unsichtbar und heimlich verborgen, nichtsdestoweniger aber empfindlich gespürt wird.

Sie ruht in den Händen irgendeiner geheimen Organisation, deren Handlungen insofern die skrupellosesten sind, als sie hinter einer Kulisse arbeitet, hinter dem Rücken von aller Art Agenten. Deren Wechsel wirkt nicht nur nicht schädlich, sondern hilft tatsächlich der geheimen Macht, indem sie sie, dank dem ununterbrochenen Wechsel,

von der Notwendigkeit befreit, ihre Hilfsquellen für die Belohnung langer Dienste zu verbrauchen.

Wer oder was kann eine unsichtbare Macht überwinden? Und genau das ist unsere Macht! Die nichtjüdische Freimaurerei dient uns blindlings als Kulisse für uns und unsere Ziele; aber der Handlungsplan unserer Macht, selbst ihr eigentlicher Sitz, bleibt für das ganze Volk ein unbekanntes Geheimnis. ....

oder aus Kapitel 9

Geben Sie, unseren Grundsätzen gemäß, acht auf den Charakter des Volkes, unter dem Sie leben und wirken. Eine allgemeine gleiche Behandlung für alle kann erst dann erfolgen, wenn alle Völker nach unserem Muster erzogen sind. Aber wenn Sie die Behandlung jener behutsam annähern, werden Sie sehen, daß noch kein Jahrzehnt nötig ist, um auch den zähesten Charakter zu ändern und wir ein neues Volk zu den schon von uns unterworfenen hinzufügen können.

Die Worte des Liberalismus, die eigentlich unsere Freimaurerlosung sind, nämlich "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit", werden wenn wir unser Königreich errichten, so gefaßt, daß sie dann nicht mehr eine Losung, sondern Ausdruck eines Ideals sind, nämlich : "Das Recht der Freiheit, die Pflicht der Gleichheit, das Vorbild der Brüderlichkeit". So werden wir sie deuten, und - so werden wir den Stier bei den Hörnern fassen ...

oder aus Kapitel 11

Das war der Grund für **unsere** Organisation der geheimen Freimaurerei, die sich dessen nicht bewußt ist und uns hilft, und die gar nicht so stark ist, wie man glaubt. Wir haben diese Narren von Nichtjuden angelockt, damit sie eine Staffage für **unsere Logen** (Anm.: vgl. B´nai B´rit) abgeben und ihren Stammesbrüdern Sand in die Augen streuen.

oder aus Kapitel 15

(Betrifft : "Machtübernahme nach einem Jahrhundert ?")
Wenn wir dann endgültig unser Königreich errichtet haben, durch einen überall für den selben Tag vorbereiteten Staatsstreich, wenn erst der Unwert aller bestehenden Regierungsformen endgültig bekannt geworden ist (und nicht wenig Zeit wird bis dahin verstreichen, vielleicht **ein ganzes Jahrhundert**), dann werden wir darüber wachen, daß es so etwas wie Verschwörungen nicht mehr geben kann.

Zu diesem Zwecke werden wir ohne Gnade alles niederschlagen, was die Waffen ergreift, um sich der Aufrichtung unserer Herrschaft zu widersetzen. Jede neue Gründung einer geheimen Gesellschaft wird mit dem Tode bestraft werden. Die bereits bestehenden sind uns bekannt, dienen uns und haben uns gedient. **Wir werden sie auflösen und ihre Mitglieder nach weit entfernten Ländern verbannen**.

(Betrifft : "Europa als Mittelpunkt der neuen Herrschaft")
In dieser Weise werden wir mit allen nichtjüdischen Freimaurern verfahren, die zuviel wissen; und jene, die wir aus irgendeinem Grunde verschonen, werden wir in beständiger Furcht vor der Verbannung gehalten werden. **Wir werden ein Gesetz verkünden, das alle früheren Mitglieder geheimer Gesellschaften mit der Verbannung aus Europa, als dem Mittelpunkt unserer Herrschaft**, bedroht. Entscheidungen unserer Regierung werden endgültig und ohne Berufungsmöglichkeit sein.„ ...

(Betrifft : "Freimaurerlogen")
2.) Mittlererweile jedoch, bis wir in unser Königreich kommen, werden wir den entgegengesetzten Weg beschreiten : **Wir werden in allen Ländern der Welt freimaurerische Logen gründen und vermehren und in ihnen alle Persönlichkeiten anlocken, die in der Öffentlichkeit hervorragen können oder es schon tun. Denn diese Logen werden unser hauptsächlichstes Auskunftbüro und Einflußmittel sein.**

Wir werden alle diese Logen unter **unsere** Zentralverwaltung bringen, die wir allein kennen und die den anderen gänzlich unbekannt ist, nämlich die **Oberleitung** durch unsere gelehrten Ältesten. Die Logen werden ihre Vorsitzenden haben, welche die Weisungen der geheimen Oberleitung **durch ihre Person decken und die Losungen und Anweisungen weitergeben**. In diesen Logen werden wir den Knoten schlingen, der alle revolutionären und liberalen Kräfte zusammenhält.

Sie werden sich aus allen Gesellschaftsschichten zusammensetzen. Die geheimsten politischen Pläne werden uns bekannt sein, und am Tage ihrer Verwirklichung von unserer Hand geleitet werden. Unter den Gliedern dieser Logen werden sich fast alle Polizeispitzel der nationalen und internationalen Politik befinden. Die Polizei ist für uns unentbehrlich, um nach Bedürfnis gegen diejenigen vorzugehen, die sich nicht unterwerfen wollen ; auch um die Spuren unserer Handlungen zu verwischen, Vorwände für Unzufriedenheit zu liefern usw.

Am liebsten treten geistige Arbeiter in die Logen ein. Sie sind zwar ganz intelligent, aber wir können doch ohne Schwierigkeiten mit ihnen verfahren und sie dem von uns erdachten Mechanismus eingliedern. Wenn diese Welt erschüttert wird, werden sie meinen, wir hätten sie erregt, um die öffentliche Meinung zu zerstören. Wenn aber in ihrer Spitze ein Plan geschmiedet werden sollte, dann wird an dessen Spitze kein anderer als einer unsrer treuesten Diener stehen. **Natürlich leiten wir und niemand anderes die freimaurerischen Tätigkeiten, denn wir wissen, warum wir führen, wir kennen das letzte Ziel aller Vorgänge.**

Die Gojim ohne Kenntnis der Beweggründe, sehen nicht einmal die nächstliegenden Folgen. Sie begnügen sich gewöhnlich mit der augenblicklichen Anerkennung ihrer Selbstschätzung bei der Ausführung ihrer Gedanken und merken nicht einmal, daß sie nicht von ihren eigenen Gedanken, sondern von unseren Einflüsterungen geleitet werden ...

Die Gojim treten in die Logen ein aus Neugier oder in der Hoffnung, auch eine Feder beim Rupfen des öffentlichen Huhnes zu erlangen ; einige von ihnen, weil sie sich gern vor einem größeren Zuhörerkreis über ihre phantastischen Pläne reden hören. Sie dürsten nach Erfolg und Beifall, womit wir natürlich sehr freigebig sind. Der Grund, weshalb wir ihnen diesen Erfolg verschaffen, ist der : wir können so ihre Selbstüberhebung ausnützen, daß sie in ihrer Verblendung dann um so williger unseren Einflüsterungen folgen. Sie sind dabei nicht auf der Hut und glauben, daß ihre eigene Unfehlbarkeit ihnen diese Gedanken eingibt, ohne zu merken, daß sie diese von anderen borgen ...

Sie können sich nicht vorstellen, bis zu welchem Grade der unbewußten Naivität auch die klügsten Gojim gebracht werden können in Bezug auf die hohe Meinung von sich selber, und wie leicht ihnen daneben durch den kleinsten Mißerfolg der Mut genommen werden kann, wenn jener auch nur in dem Ausbleiben des Beifalls bestände, wie sie andererseits zu sklavischer Unterwerfung herabgedrückt werden können, wenn ihnen neue Erfolge in Aussicht stehen ... So sehr, wie die Unseren den Erfolg verachten, wenn sie nur ihre Pläne durchführen können, so sehr sind die Gojim gewillt, einen Plan gutzuheißen, wenn sie nur für ihre Person Erfolg dadurch haben. ...

... Wir gebrauchen die Freimaurer in einer Weise, daß niemand, nicht einmal das Opfer unsres Todesurteils selbst, jemals Verdacht schöpfen kann ; sie sterben alle, wenn es erforderlich ist, wie von einer

gewöhnlichen Krankheit ... Selbst die Bruderschaft, die das weiß, wagt nicht zu protestieren. Durch solche Maßnahmen haben wir in der Freimaurerei allen Widerstand gegen unsere Befehle unterdrückt. Während wir den Gojim Liberalismus predigen, halten wir zugleich unser eigenes Volk und unsere Agenten in einem Zustand der bedingungslosen Unterwerfung.

Da auch die Einstellung zu anderen Religionen in den „Protokollen„, behandelt wird, erklärt wohl die Ablehnung der Freimaurerei durch die katholischen und islamischen Religionsgemeinschaften (s. 3. Kirchen).

(**Vergl**. Kapitel 17, "Herabsetzen des Ansehens der Priesterschaft", bzw. "Zerstörung der päpstlichen Macht"

Dies sind nur einige Passagen der „Protokolle„ aus dem Jahr **1924**, - die mit den Aussagen des eingangs erwähnten Buches zu vergleichen sind. Da ich parteilos bin, erhebt sich die Frage, ob ich den vor 75 Jahren (als die NSDAP noch nicht an der Macht war) geschriebenen, zwischenzeitlich aber weitgehendst eingetroffenen „Voraussagen„(?) glauben soll, oder einer **1993** - also rund 70 Jahre danach erschienenen Darstellung.

Würde ich Freimaurer werden, könnte ich zwar wie viele bekannte Politiker gesellschaftliche und nicht zuletzt finanzielle Vorteile dadurch haben, müßte aber etwas gegen meine innerste Überzeugung dafür tun. -

Opportunisten (A...kriecher) habe ich selbst aber immer verachtet. Als besonders widerlich empfinde ich alle jene, die um des eigenen Vorteils willen den Erpressungen Volksfremder im Namen und auf Kosten des eigenen Volkes (dessen Interessen sie ja vertreten sollten) nachgeben.

Außerdem würde ich, wenn die „Protokolle„ recht hätten, mich der Gefahr **„einer Verbannung in ferne Länder„** aussetzen, oder im schlimmsten Fall - falls ich weiter „Freimaurer„ sein wollte - mit der **Todesstrafe** rechnen müssen. Das, obwohl ich doch nur einer (in dem Buch von 1993 definierten) der Menschheit wohltuenden, unparteiischen und inter-religiösen Gemeinschaft helfen wollte !

Etwas gibt mir auch zu denken : Jedes Schiff, jede Vereinigung von Sparvereinen, jede Regierung eines Staates hat eine „oberste Führung„ die vor allem die Einhaltung der Statuten oder Gesetze und sonstige

Belange kontrolliert bzw. koordiniert. Nur die **weltweit** vertretenen **„internationalen„ Freimaurer** hätten keine ?! - Wozu dann die „Grade„ ? - Nochmals die Zeile in Erinnerung gerufen :

Die »geheimen Oberen« sind reine Erfindung - es gibt sie nicht.

Da ich nun so klug als wie zuvor bin, weiß ich noch immer nicht

ob ich Freimaurer werden sollte - oder nicht !

Möge sich jeder seine Meinung selbst bilden !

Gedanken zu "Protokolle der Weisen von Zion" aus der Sicht des Verfassers 100 Jahre danach

Zu allen Zeiten wurden in periodischen Abständen immer wieder Kriege geführt. Es erscheint vorerst notwendig die einzelnen Abschnitte zwischen den Kriegen einer näheren Betrachtung zu unterziehen und festzustellen, wer davon Nutzen zieht.

Die WELLE zwischen Krieg und Frieden

Zum besseren Verständnis der nachstehenden Zusammenhänge eine Grafik der Konjunkturzyklen am Beispiel der USA - Wirtschaft. Wie leicht zu erkennen, ist die Herstellung von Rüstungsgütern (besonders für Länder die selbst nie von Feinden direkt bedroht waren) ein äußerst gewinnbringendes Geschäft.

Im Bezug auf den 2. Weltkrieges erscheint es als sehr interessant, die Zeitspanne zwischen 1933 - 1935, - den Absturz in eine Depression 1936 - und den steilen Aufstieg in den Jahren 1937 (also noch lange vor der Kriegserklärung Englands an das damalige Deutsche Reich aufgrund des Einmarsches 1939 in Polen) - obwohl die USA (offiziell) ein neutrales, selbst nicht bedrohtes Land war, - zu beachten.

Der WIEDERAUFBAU nach einem Krieg

basiert auf dem Selbsterhaltungstrieb. Als Beispiel: Wer friert, arbeitet eine Woche, um sich selbst zu überhöhtesten Preisen eine Decke kaufen zu können. Es werden Überschußgüter aus den Ländern der Siegermächte (dort sind diese Waren meist mangels Qualität unverkäuflich) als Kredit eingeführt und finden natürlich in einem zerstörten Land reißenden Absatz.

Eine der Spielarten ist die "Hilfsaktion der Siegermächte". - Diese wird (meist) vom Spendervolk bezahlt. - Wer liefert, was geliefert wird und zu welchem Preis, das bestimmen die Regierungen (bzw. Finanziers) der Spenderländer. - Als kleines Extrembeispiel:

Auf Regierungsbeschluß werden, im Spenderland durch Medien entsprechend publiziert, "Sanitäre Einrichtungen" als Hilfsaktion an die ehemaligen Feinde übergeben. - Welch eine noble humanitäre Geste !

Ein Plastikkonzern produziert u.a. Nachttöpfe. - Dieser Konzern hat vor der Wahl durch eine "Wahlhilfe" der Regierung zur Macht verholfen und bekommt daher als Bevorzugter den Auftrag zur Lieferung. Er sendet diese Nachttöpfe zu "seinem Preis" als sanitäre Einrichtungen an die Hilfenehmer. Die wieder sind froh etwas umsonst (?) zu bekommen und preisen ihrerseits die Hilfe der Siegermächte. - Frage hiezu : "Wer beherrscht eigentlich einen Multikonzern ?"

JEWEILS EINE EINZELPERSON !

Als Beispiel: Wie auf einem Schiff nur ein Einzelner die letzte Entscheidung trifft (der Kapitän), obwohl eine ganze Menge Personal erforderlich ist um ein großes Schiff zu führen, trifft dies auch bei einem Konzern zu. Und das ist "der" Geldgeber, der die Macht hat, nach Belieben den Konzern durch Entzug seines Kapitals zu liquidieren. - Jetzt könnte man sagen: eine Bank könnte dies! - Aber WER beherrscht diese Bank? - Wieder nur eine Einzelperson: "der" Geldgeber usw....

Ein Grundsatz der MACHT

Es kommt nicht darauf an wieviel jemand "besitzt" sondern wieviel er "kontrolliert". - Als Beispiel: Wer für sein Bankguthaben von 100.000 S 10% Zinsen pro Jahr bekommt wird um 10.000 S reicher. - Hingegen kann ein Mann dem die Entscheidung der Vergabe von Aufträgen im Gesamtwert von einer Mio. S obliegt (ohne diese zu besitzen), sich leicht durch (Bestechlichkeit, nennen wir es) "Vermittlungshonorar", sagen wir ebenfalls 10%, also 100.000 S ein weitaus besseres Einkommen verschaffen.

Üblicherweise werden diese "Honorare" nicht direkt in Geld abgegolten, (denn dann würden ja für den Nehmer Steuern fällig), sondern in Natural- bzw. Dienstleistungen, die vom Geber als fast nicht kontrollierbarer Aufwand steuermindernd abgebucht werden können

Der Schleichhandel, Schwarzmarkt, der später zum "grauen Markt" für spezielle Güter wie Drogen und dgl. wird, verhilft vielen Hintermännern zu erheblichen Übergewinnen, welche ihnen als Basis für die nächste Phase dienen.

Die AUFRÜSTUNG

In den Medien wird Mißtrauen gegen die Nachbarstaaten durch gezielte Propaganda erweckt. Ein Feindbild wird geschaffen. Damit ist wieder die Produktion von Waffen und sonstiger militärischer Rüstung begründet und wird von den Staatsbürgern der jeweiligen Länder im Hinblick auf die eigene Arbeitsmöglichkeit (und angenommenem Sicherheitsbedürfnis) als unbedingt notwendig erachtet.

Die Rüstungskonzerne bestimmen, gedeckt durch die militärische Geheimhaltung die Preise ihrer Produkte, wobei z.B. Entwicklungskosten unkontrollierbare Dimensionen annehmen können, wie z.B. die militärische Nutzung des Weltraumes.

Somit wieder die Frage: Wer sind die Personen welche diese oder andere Multikonzerne kontrollieren und davon profitieren?

Bestimmt nicht die öffentlich bekannten Politiker - das sind nur die vorgeschobenen Mittelsmänner die, sofern sie **willfährig** sind, für Ihre Dienste durch lukrative Posten in der Wirtschaft entsprechend finanziell entschädigt werden, gleich ob in einer autoritären oder demokratischen Staatsform. In einer Diktatur ist überdies die Notwendigkeit militärischer Stärke in der Aufrechterhaltung der innerpolitischen Ordnung und in der Beschaffung von Devisen durch den Handel mit Waffen begründet (z.B. Oststaaten).

Das Aufrüstungsgeschäft - immer neuere, stärkere Waffen zu produzieren ist mit dem Erreichen eines allgemeinen Wohlstandes begrenzt. - Die Märkte sind mit Bedarfsgütern weitgehend gesättigt, der Absatz der Friedens-Industrieprodukte wird schwieriger - eine Wirtschaftsrezession beginnt.

Durch steigende Arbeitslosigkeit wächst die Unzufriedenheit der Allgemeinheit. - Der erreichte Standard scheint gefährdet. "Wozu Rüstungsausgaben - das Geld könnte doch besser verwendet werden!". - Die Arbeiterschaft versucht durch Streiks oder Ähnliches ihren Status zu erhalten. Die bislang vom Volk tolerierten Politiker verlieren (auch aufgrund zwischenzeitlich bekanntgewordener Skandale) ihre Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft. - Einer innerpolitischen Schwierigkeit begegnet man am besten mit einer außenpolitischen Aktion. - Diese lenkt vom eigentlichen Problem ab.

Die Zeitspanne der Aufrüstung erstreckt sich meist über 2 oder 3 Jahrzehnte und ist unter anderem von der Absatzmöglichkeit von (preisüberhöhten) Waffen an diverse Kleinländer mit Rohstoffpotential

(zur späteren Schuldenrückzahlung) abhängig. Als Beispiel: Naher Osten (Öl), diverse afrikanische Staaten (Erze und andere Rohstoffe), Karibikstaaten (Viktualien), usw...

Zur Einleitung der dritten Phase "KRIEG", bzw. Weiterführung der unkontrollierbaren Rüstungsgeschäfte durch den "Verbrauch" von Waffen und Kriegsausrüstung bedienen sich die Weltsteuermänner - neben der ebenfalls von ihnen beherrschten Massenmedien - auch der verschie-denen Extremistengruppen.

Diese rekrutieren sich, soferne sie nicht als Mittelsmänner zu den Multikonzernbeherrschern zu zählen sind, meist aus intelligenten noch nach dem "Ideal" strebenden jungen Menschen, (gleichgültig ob rechts- oder linksorientiert), welche die offensichtlichen Mißstände erkennen und diese zu verändern suchen. Nach ihrer Meinung kann, (mangels besserem Wissen) eine so fest gefügte und etablierte Gesellschafts-ordnung nur durch "Gewaltmethoden" bekämpft werden.
Frage: Wer gibt z.B. einem Studenten der Philosophie eine Maschinenpistole oder Handgranate in die Hand, um irgendwo einen Anschlag zu verüben ? - und WER profitiert aus diesen Aktionen ?

Einerseits indirekt die autoritären Regime, denn der normale Staatsbürger in einer Demokratie wird z.B. mit dem Motto: "Das hätten die unterm Hitler probieren sollen, da hat es sowas nicht gegeben" usw. reagieren, und somit mit einer autoritärer Staatsform im Moment sympatisieren. - Die Ideen der jugendlichen (idealistisch denkenden) Revolutionäre haben fast ausschließlich kommunistische ("Gemeinnutz vor Eigennutz") Tendenzen - und stehen daher im Gegensatz zu den Interessen der "international" agierenden Hochfinanz. - Der Nationalsozialismus war schließlich auch nichts anderes als eine auf Westeuropa zugeschnittene Form eines nationalen Kommunismus, ebenso wie der Faschismus für Italien usw..

Andererseits braucht nur durch geschickte Medien-Berichterstattung die Urheberschaft von Gewaltaktionen den Autoritärregimen (oder national-bewußten Parteien) angelastet werden, um das Volk zu beeinflussen. Neuerdings ist sehr beliebt, Aufnahmen einiger primitiver Punker, die sinnlose Parolen herausstottern und wegen irgendwas randalieren, zu zeigen und sie als NAZIS und Rechtsradikale zu bezeichnen, um so ein Wiederaufleben des Faschismus zu **dokumentieren**. - Wer die damalige Zeit erlebt hat der weiß, daß solche Typen bestenfalls im Arbeitshaus zu finden waren, - aber sicher nicht in einer Organisation der NSDAP.

Eine sehr beliebte Formulierung der Berichterstattung ist (z.B. im Falle eines Brandes) : "Eine Täterschaft RECHTER Extremisten kann nicht AUSGESCHLOSSEN werden." - Stellt sich nachher heraus, daß der Brand durch andere (oft auch ausländische) Täter verübt wurde, oder auf andere Art entstanden ist, wird selten weiter darüber berichtet - bzw. berichtigt. - Man denke an die Empörung des Volkes über den feigen Anschlag von RECHTEN Skinheads auf ein behindertes Mädchen, - die im Zusammenhang damit organisierte Lichterkette gegen die Neonazis - bis sich herausstellte, daß sich das Mädchen das Hakenkreuz selbst eingeritzt hatte.

In den Medien diverser Länder, werden Feindbilder konstruiert, z.B. alte Gebietsansprüche wieder aktualisiert, (Serbien-Kroatien, Türkei-Griechenland, Irak-Iran, Serbien-Kosovo, Türkei-Kurden, usw.) und tragen damit zur Verstärkung des "Völkerhasses" wesentlich bei.

Frage: Welcher Staatsbürger eines Landes kann den eines Nachbarlandes, den er ja persönlich meist gar nicht kennt, oder andernfalls mit dem er sogar persönlich befreundet ist, ohne die Nachhilfe der Medien so hassen, daß er bereit wäre, diesen und dessen Familie umzubringen?

Welcher Personenkreis besitzt, bzw. beherrscht eigentlich diese „meinungsbildenden„ Medien ?

Dazu einige interessante Auszüge aus „Wer ist wer im Judentum„, David Korn, im FZ-Verlag München, bzw. aufschlußreiche Teletext-Nachrichten.

Ron Sommer wurde **1995** mit einem Fünfjahresvertrag Vorstands-vorsitzender der Deutschen Telekom AG und **damit Chef von Europas größtem Telekommunikationskonzern**.

Durch die Fusion des Medienunternehmens **Time Inc.** mit der Film- und Musikproduktionsgesellschaft Warner Communications (1989) und dem Zusammenschluß des so entstandenen Konsortiums mit dem Turner Broadcasting System in einem „Mega-Milliarden-Deal„ bis dahin unbekannten Ausmaßes, konstruierte der US-jüdische Manager **Gerald Levin** 1995/96 den **weltgrößten Medien- und Unterhaltungskonzern**, der einen überwiegenden Teil des von den USA aus gesteuerten internationalen "Show-Business" kontrolliert. 1988 wurde er Time-Vizepräsident, **1993 Chef des Giga-Konzerns.**

Einer der **wichtigsten US-amerikanischen Zeitungskolumnisten, dessen Artikel von bis zu 300 Blättern gleichzeitig abgedruckt werden**, ist der Jude **William Safire** (Jahrgang 1930). Seit Mitte der 70er Jahre ist Safire **Chefkolumnist** der einflußreichen **„New York Times"**.

Die **„New York Times"** zählt zu den wichtigsten meinungsbildenden Zeitungen der USA. Zum Konzern gehören neben dem Hauptblatt **45 weitere Zeitungen, Zeitschriften und Magazine, sechs Hörfunk- und Femsehstationen, eine Nachrichtenagentur und Druckhäuser. Der Medienmulti hält auch ein starkes Aktienpaket an der „International Herald Tribune".** Chef bei der **„New York Times"** ist seit 1963 der 1926 in New York geborene Medienmagnat **Arthur Ochs Sulzberger**, dessen Führung er sich seit 1992 mit seinem gleichnamigen Sohn teilt.

24.09.1997 Teletext MDR S. 141 1 h 48

Walter Homolka neuer Greenpeace-Chef

Der **jüdische Theologe und amtierende Rabbiner Walter Homolka** ist vom Aufsichtsrat von Greenpeace Deutschland zum **neuen Geschäftsführer** der Umweltschutzorganisation bestellt worden. - Der 33jährige übernimmt das Amt am 1. März 1998. Er wird damit Nachfolger von Burkhard Gnärig, der wegen unterschiedlicher Vorstellungen über seine Arbeit im Dezember 1996 zurückgetreten war. - Homolka studierte in Deutschland und Großbritannien Theologie, Philosophie, Erwachsenenpädagogik sowie Finanzen und Wirtschaftsethik. **Derzeit ist er Leiter des Vorstandsstabes der Bertelsmann Buch AG München**.

24.09.1997 Teletext 3sat S. 120 2 h 02

Bertelsmann bleibt auf Wachstumskurs

Europas größter Medienkonzern Bertelsmann will nach einem Rekordgewinn 1996/97 weiter wachsen. Der Zusammenschluß der TV-Tochter Ufa mit dem luxemburgischen Fernsehkonzern CLT zur **größten europäischen TV-Gruppe** war die wichtigste Weichenstellung des letzten Jahres. - Dies gab der Konzern an der Bilanzpressekonferenz bekannt. Zum zehnten Mal in Folge stieg im vergangenen Geschäftsjahr per 30. Juni der Reingewinn. Er erhöhte sich um 13 % auf 1,02 Mrd. Mark. Der Umsatz nahm um 4 % auf 22,4 Mrd. Mark zu. - Die Beschäftigtenzahl ging u.a. wegen der Ausgliederung der Ufa um 800 auf 57.173 Angestellte zurück.

(**Anm.**: In den Tagesnachrichten waren beide Texte nicht mehr enthalten)

19.11.1998 ZDF-Text S. 142 13 h 34

München : Die **Bertelsmann** Buch-Gruppe springt durch Übernahmen in eine neue Dimension und will beim Gewinn wieder aufholen. Für das Geschäftsjahr 1998/1999 erwartet der Vorstandschef des Unternehmens vor allem durch den Erwerb des **größten US-Verlagskonzerns Random House** einen Umsatzanstieg um zwei Mrd. DM.

22.11.1998 MDR-Text S. 131 12 h 34
Wissenschaftsverlag ging an Bertelsmann
Die Übernahme des Wissenschaftsverlags **Springer** durch Bertelsmann ist perfekt. Der Gütersloher Medienkonzern erwarb 82 Prozent der Verlagsgruppe. - Nach Angaben der beiden Konzerne ist der Vertrag am Sonnabend unterzeichnet worden. Er trete vorbehaltlich einer Prüfung durch die europäischen Kartellbehörden mit Wirkung 1. Januar 1999 in Kraft. - Die wissenschaftliche Springer-Verlagsgruppe publiziert den Angaben zufolge weltweit fast **500** Zeitschriften und bringt jährlich **2.000** neue Buchtitel heraus. Der Umsatz liege bei rund 650 Mio. Mark.

11.04.1998 RTL-Text S. 136 19 h 03
Ottawa (dpa) - Kanadas mächtigster Verleger, **Conrad Black**, wird voraussichtlich im Herbst eine neue nationale Tageszeitung auf den kanadischen Markt bringen. - Black ist bereits Eigentümer von **58** Tageszeitungen in Kanada. Im Ausland besitzt er zudem die Londoner Blätter " Daily Telegraph" und "Sunday Telegraph„ sowie die "**Jerusalem Post**" und die „Chicago Sunday-Times". Der Verleger gilt als **drittgrößter Zeitungsbesitzer er Welt.**

Die beiden wichtigsten US-Zeitungen, die "New York Times" und die "Washington Post", gehören Juden, erstere der Sulzberger-Familie, letztere Katherine Meyer-Graham, Tochter des schwerreichen Bankiers Eugene Meyer. Frau Meyer-Graham besitzt auch die Wochenzeitschrift "Newsweek". Die zweite grosse Wochenzeitschrift, "Time", steht unter der redaktionellen Leitung des Juden Henry Grundwald, die dritte, "US News and World Report", unter jener des Juden Marvin Stone. Alle drei grossen amerikanischen Radio- und Fernsehgesellschaften werden von Juden kontrolliert: "ABC" von Leonard Goldensohn, "CBS" von Wiliam Paley und schliesslich "NBC" von David Sarnoff und dessen Erben.
(Quelle : Todesursache Zeitgeschichtsforschung, Jürgen Graf 1996)

Frage : Birgt nicht die Konzentration durch Anhäufung von einseitigem Einfluß auf die Massenmedien die Gefahr der Meinungsmanipulation durch ebenso einseitige Information - wie etwa seinerzeit durch den

„Völkischen Beobachter„ ? Könnte ein Zusammenhang mit dem Kapitel 12. der umstrittenen „Protokolle der Weisen von Zion„ bestehen ?

Frage : Wer ist verantwortlich für die Verbreitung pornografischer Darstellungen im Fernsehen, in Filmen, Werbung für Telefonsex usw. ? - Besteht ein Zusammenhang mit Kap. 1,5 bzw. Kap. 9 der „Protokolle„ ?

Frage : Dient diese Art Freiheit der Förderung der Familienbildung ?
- Ich weiß es nicht !

Zurück zum Thema :
Was folgt hieraus: Von der Innenpolitik wurde abgelenkt und die außenpolitischen Probleme rücken in den Vordergrund. Das Rüstungsgeschäft läuft wieder voll (steigende Rüstungsausgaben). Es bedarf jetzt nur noch des auslösenden Momentes zum neuerlichen KRIEG. - Gerade dies wollten doch die Revolutionäre verhindern! - In Wirklichkeit haben sie die wahren Hintergründe (oder besser Hintermänner) nicht erkannt und haben den Konzernbeherrschern die Verdienstmöglichkeit an der nächsten Phase ermöglicht.

Der KRIEG.

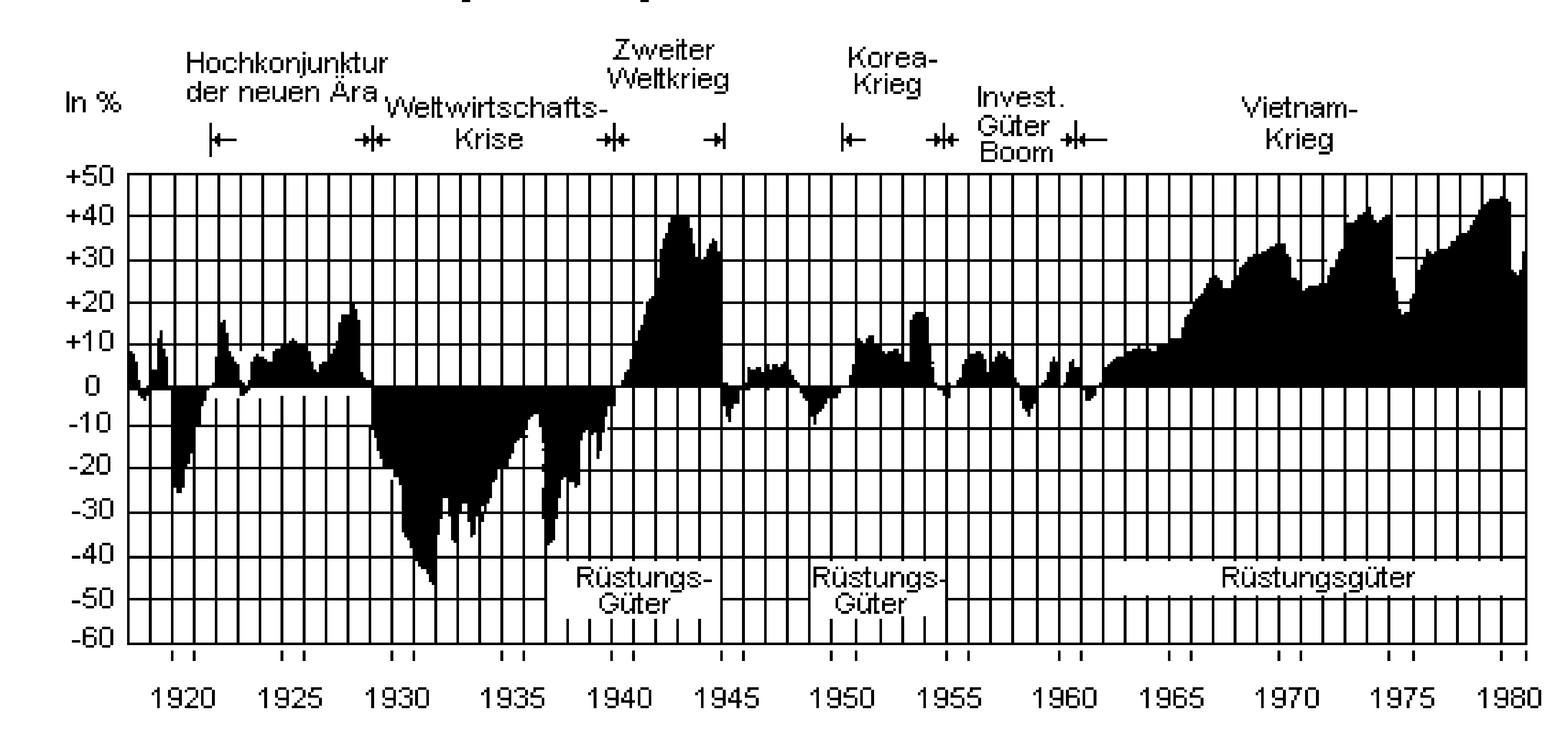
In diesem Abschnitt ist jeder Bürger zur Einschränkung bereit - teilweise unter Zwang der von der Regierung erlassenen Ausnahmegesetze. Es geht jetzt mehr um die Erhaltung des eigenen Lebens und weniger um die Beibehaltung des Lebensstandards. Ausserdem ist Arbeitskraft wieder gefragt und besser bezahlt.

Die "Weltlenker" sitzen weitab des Geschehens. Daran ändern auch die nuklearen Waffen nicht viel, deren Einsatz höchstens in der Endstufe des Krieges bedingt angewandt wird - denn eine Ausweitung bzw. allgemeine Anwendung liegt ja nicht im Interesse der unter Punkt "Wiederaufbau" beschriebenen Verdienstmöglichkeit, denn :

" Tote verbrauchen nichts ! "

Folglich ist ein Krieg nur nutzbringend, wenn er nach Möglichkeit lange dauert und mit teuren Spezialgeräten geführt wird wie z.B. in Vietnam, Korea, Golfkrieg, usw..

Konjunkturzyklen der USA 1920 - 1980



Quelle : In Anlehnung an Jahresbericht der Ameri Trust Company Bezugsebene = Langfristiger Trend

Auszug aus "Die große Rezession von 1990" (Dr. Ravi Batra 1988 im Heyne-Verlag)

Nach dem Ende der Kriegshandlungen, - der Sieger wird durch den gewissenlosen Einsatz einer Superwaffe (z.B. Atombombe auf Hiroshima oder chemische Kampfstoffe) bestimmt - beginnt wieder das gleiche Spiel der Mächtigen von vorne.

Dazu wieder Fakten bezüglich der „Väter der Atombomben„

Die "Väter der Atombombe"

(Auszüge aus „Wer ist wer im Judentum„, Bd. 1 u. 2, von David Korn)

An der Entwicklung der Atombombe im US-Forschungszentrum Los Alamos "Projekt Manhattan", waren in führenden Positionen beteiligt :

Felix Bloch
Physiker. Die Bombe war eigentlich für Deutschland bestimmt, fiel aber dann auf Hiroschima und Nagasaki.
Niels Hendrik David Bohr
Physiker jüdischer Herkunft, gilt als einer der bedeutendsten Naturwissenschaftler des 20. Jahrhunderts. 1943 ging er aus dem deutschbesetzten Dänemark nach Amerika. Dort hatte er unter dem Tarnnamen "Mister Baker" entscheidenden Anteil an der Verwirklichung des "Projekts Manhattan", des Baus der Atombombe. 1994 beschuldigte der Ex-KGB-General Pawel A. Sudoplatow in seinem Buch "Der Handlanger der Macht" Bohr, Oppenheimer, Fermi und Szilard, Atomgeheimnisse an die Sowjets verraten zu haben, wodurch Stalin ebenfalls in den Besitz der Atombombe gekommen sei.
Hans Albrecht Bethe
Physiker, der 1906 in Straßburg als Halbjude (jüdische Mutter Anna Kuhn) zur Welt kam. 1933 ging er nach England, 1935 in die Vereinigten Staaten von Amerika. Bethe hatte im Zweiten Weltkrieg im US-Forschungszentrum Los Alamos entscheidenden Anteil an der Entwicklung der Atombombe. Nach 1945 wirkte er maßgeblich an der Herstellung der Wasserstoffbombe mit.
Samuel Cohen
Nicht nur die Atom- und die Wasserstoffbombe, sondern auch die Neutronen-Bombe, die alles Leben tötet, Gebäude aber verschont wurde hauptsächlich von jüdischen Wissenschaftlern entwickelt. Als Vater der Neutronenbombe gilt der US-Physiker Samuel Cohen (Jahrgang 1921). Ab 1958 gehörte er jenem Stab von Wissenschaftlern an, die im Auftrage des Pentagons neue Kernwaffen zur Massenvernichtung entwickeln sollten. Cohen bedauert, daß die Neutronenbombe nicht schon "zum Kampf gegen die Nazis" zur Verfügung stand. Am liebsten

hätte er nach eigenem Bekunden sein "Kind" im Zweiten Weltkrieg gegen Deutschland eingesetzt.

Albert Einstein

Physik-Nobelpreisträger (geboren 1879 in Ulm, gestorben 1955 in Princeton/USA) war "bewußter Jude und aktiver Zionist" ("Lexikon des Judentums"). Daß ihm in Deutschland viel Verehrung widerfährt (sogar seine Büste wurde 1990 in der Ruhmeshalle "Walhalla" bei Regensburg aufgestellt), erscheint erstaunlich, forderte er doch schon vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges US-Präsident Roosevelt zum Bau einer gegen Deutschland gerichteten Atombombe auf. 1944 schrieb Einstein: "Die Deutschen als ganzes Volk sind für die Massenmorde verantwortlich und müssen als Volk bestraft werden".

Immanuel Estermann

war ab 1943 am "Manhattan-Projekt" der USA maßgeblich beteiligt.

Richard Philips Feynman

Von 1942 bis 1945 arbeitete er am "Projekt Manhattan". Feynman starb 1988 in Los Angeles.

James Franck

Im Zweiten Weltkrieg war er maßgeblich am "Projekt Manhattan", beteiligt.

Otto Robert Frisch

Physiker. Der Neffe der (jüdischen) Atomforscherin **Lise Meitner** war ab 1943 führender Mitarbeiter am US-Atombombenprojekt in Los Alamos.

Hans von Halban

Der Kernphysiker war maßgeblicher Mann beim "Manhattan Project".

Robert Oppenheimer

Er war 1943 Gründer und Leiter des "Project Manhattan" in Los Alamos (Bau der Atombombe). Nach 1993 publizierten Ermittlungen des US-Historikers Professor Frederick Witte hat es in den 40-er Jahren ein Bündnis zwischen Stalins KGB und Zionisten gegeben. Zu der Vereinbarung habe gehört, daß Moskau Unterstützung bei der Schaffung des Staates Israel gewährt, wenn die andere Seite Stalin in Sachen Atombombe hilft.

Emilio Segre'

1944 wurde er US-Staatsbürger. Zu dieser Zeit arbeitete er an prominenter Stelle am »Manhattan-Projekt« (Atombombe) in Los Alamos.

Leo Szilard

Der Physiker Leo Szilard gehörte zu den jüdischen Vätern der Atombombe. Mit Eugen Wigner stachelte er noch vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges Albert Einstein an, US-Präsident Roosevelt zum Bau der Atombombe zu bewegen. Am 2. August 1939 richtete Einstein

seinen entsprechenden Brief ans Weiße Haus. Ab 1942 hatte Szilard eine führende Stellung in Los Alamos beim »Manhattan-Project«.

Edward Teller

war nicht nur maßgeblich am Bau der US- Atombombe beteiligt, sondern gilt auch als Vater der nach 1945 unter seiner Leitung auf dem Bikini-Atoll erstmals gezündeten Wasserstoffbombe. Im Krieg war er einer der Hauptbeteiligten des "Project Manhattan". Danach entwickelte er an der Universität Chikago die Grundlagen zum Bau der Wasserstoffbombe. In den 80-er Jahren trat Teller als Berater des Präsidenten Reagan für Weltraumwaffen ("SDI") in Erscheinung. Er riet zur Anschaffung von Laser-Raketen. Zuvor hatte er größere Aktienpakete eines hauptsächlich mit der Entwicklung von Laser-Technik beschäftigten Industrieunternehmens erworben.

Victor Friedrich Weisskopf

Der jüdische Physiker gehörte ab 1943 zum Stab des Atombombenprojektes der USA in Los Alamos.

Eugene Paul Wigner

Er war ein Vater der Atombombe und hatte Albert Einstein noch vor Kriegsausbruch 1939 veranlaßt, den US-Präsidenten Roosevelt zum Bau dieses Massenvernichtungsmittels aufzufordern. Er stellte die Theorie der Neutronenabsorption auf, die für den Atombombenbau von entschei-dendem Belang war.

Samuel Abraham Goudsmit

Physiker, war ab 1943 am US-Atombombenprojekt führend beteiligt. 1944 erhielt er den Auftrag, herauszufinden, ob Deutschland wirklich eine Atombombe baue. Sämtliche Geheimdienstinformationen und Meldungen von Verrätern aus Deutschland besagten, daß die Deutschen - im Gegensatz zu fast allen anderen wissenschaftlich-technischen Gebieten - beim Atombombenbau um Jahre hinter den USA herhinkten, also keine atomare Gefahr von ihnen ausging. Die Unterlagen, die Goudsmit im November 1944 an der verlassenen Wirkungsstätte des führenden deutschen Atomforschers Prof. von Weizsäcker in Straßburg fand, bestätigten, daß es keine ernsthaften deutschen Anstrengungen zum Bau der Atombombe gab. Dennoch wurde das US-Projekt weiterbetrieben, und die Atombomben wurden nach der Niederlage Deutschlands auf die Japaner geworfen. Im besetzten Deutschland war Goudsmit führend all der Ausbeutung des deutschen wissenschaftlichen Fundus durch die Siegermächte beteiligt.

Stimmt die allgemein verbreitete Version, so war der Atomphysiker **Joseph Rotblat** der **einzige** der (meist jüdischen) Wissenschaftler, **der 1944 die Mitarbeit am Bau der Atombombe beendete**, als **zwei-**

felsfrei geklärt war, daß die Deutschen über ein solches Massen-vernichtungsmittel nicht verfügen konnten.

Nach all dem Vorstehenden, erscheint es als erwiesen, daß der Einsatz der Atomenergie als „Massenvernichtungswaffe„ vorwiegend auf einen Personenkreis jüdischer Herkunft zurückzuführen ist.

Ob in den vergangenen Jahrzehnten diese Waffe - nachdem ihre Wirksamkeit in Japan demonstriert wurde - als „Abschreckung„, bzw. auch als Drohmittel verwendet wurde, (bzw. wird), sei an nachstehenden Teletext-Meldungen zu überprüfen :

17.10.1997 ntv-text S. 138 4 h 56
London : Großbritannien plant laut des "Telegraph" den Kauf von sieben neuen Atomraketen für ihre Trident-Unterseeboote. Die Rolle der U-Boote als Rückgrat der **atomaren Abschreckung** Großbritanniens solle so weit ins nächste Jahrhundert unterstrichen werden.

24.08.1998 Sat1-Text S. 125 7 h 07
USA : Atomwaffen gegen den Terror
Die USA behalten sich nach Berichten der „Süddeutschen Zeitung„ vor, im Kampf gegen den internationalen Terrorismus auch Nuklearwaffen einzusetzen : Legitimiert durch eine Militärdoktrin aus dem Jahr 1996. Terror-Finanzier bin Laden rief indes zum „Heiligen Krieg„ gegen die USA auf. Eine Verantwortung für die Anschläge in Afrika wies er zurück.

24.11.1998 RTL-Text S. 118 5 h 37
USA: Nein zu Fischers NATO-Politik
Die USA haben einen Vorschlag von Bundesaußenminister Fischer (Grüne) zu einer Änderung der NATO-Sicherheitspolitik abgelehnt. US-Verteidigungsminister **Cohen** sagte, im Konfliktfall auch als erste Atomwaffen einsetzen zu können, sei ein wesentlicher Bestandteil der **NATO-Strategie.** - Fischer hatte zuvor in einem Interview des „Spiegel„ angekündigt, mit NATO-Generalsekretär Solana über die **Erstschlag-Option** sprechen zu wollen. Die Nato wird im April über eine neue Strategie entscheiden.

08.12.1998 NTV-Text S. 128 20 h 19
NATO : **Das Bündnis** lehnt den deutschen Vorstoß für eine Abschaffung des atomaren Ersteinsatzes ab. Eine Änderung sei nicht notwendig, erklärte der britische Außenminister Cook am Dienstag. Bundesaußen-

minister Fischer hatte auf dem Treffen in Brüssel versucht, Verbündete für seine Position zu gewinnen.
(S. 167 ... Die Atommächte **USA, Großbritannien und Frankreich** haben bereits Ende November **ablehnend** darauf reagiert.)

07.02.1999 NTV-Text S. 115 2 h 55
Konferenz : US-Verteidigungsminister **Cohen** lehnte in München den deutschen Vorstoß ab, auf die nukleare Erstschlagstrategie zu verzichten. Das beste Mittel, sich vor Angriffen zu wappnen sei, mit allen Mitteln darauf zu reagieren.
(**Anm.**: Vgl. dazu Kapitel 7 der „Protokolle„)

Welche logische Konsequenz ergibt sich aus Vorstehendem ?

Die Revolutionäre der Zukunft, - soferne es sich nicht um gelenkte handelt, - könnten durch Anwendung der gesetzlichen Möglichkeiten die Hintermänner **PERSONIFIZIEREN** und ihrerseits deren Geschäftspraktiken kontrollieren bzw. aufzeigen (z.B.: Watergate, Lockheed, diverse Bestechungsaffären, etc.).

Als Beispiel: Aus den im Handelsregister ersichtlichen Besitzverhältnissen der einzelnen Firmen lassen sich über die ebenfalls im Handelsregister aufscheinenden Geschäftsführer bzw. der Aufsichtsratmitglieder, Prokuristen usw. nähere Zusammenhänge zwischen den einzelnen Firmen bzw. Firmen-(Konzern) Gruppen feststellen oder erkennen. Gezielte Recherchen ermöglichen meist eine konkrete "Namhaftmachung" der Verantwortlichen der zweiten oder dritten "Sub-Mächtigen-Garnitur".

Wie sich zeigt, ist diese Methode allen anderen überlegen. Sie birgt zwar auch die Möglichkeit der Manipulation, ist aber von einer breiteren Schichte zu kontrollieren und zwar mit gewaltlosen, legalen Mitteln. Jeder Versuch der "Gegenseite", diese Publikationen zu unterdrücken (allerdings nur in demokratischen Staaten), spielt sich weitgehend in der Öffentlichkeit ab und erschwert oder beeinträchtigt die Handlungsfreiheit der "Machtmißbraucher". Vielleicht würde dadurch die (friedliche?) Aufbauphase zeitmäßig länger dauern und zu ruhigeren Zeiten führen.

Etwas zum Nachdenken !

Brauchen die USA einen Krieg ?

Warum wollte die US-Administration im Fall IRAK unbedingt die Legitimation zu einer militärischen Sanktion im Namen der UNO erreichen ? - Dazu muß man sich etwas näher mit der wirtschaftlichen Situation und Entwicklung der USA in den letzten Jahren auseinandersetzen.

Erheblich schwerer als der Export von Rüstungsgütern ist der von Friedensgütern z.B. techn. Gebrauchsartikel wie Autos, Elektronik u.dgl.. - Das "know how" stammt meist von europäischen Gastarbeitern, die Dank der besseren Bezahlung durch USA-Firmen, diesen zur Verfügung stehen. - Nicht zu vergessen, daß alle DEUTSCHEN PATENTE (und Betriebsgeheimnisse - sowie deren wirtschaftliche Auswertung) als Reparationsleistung bei Kriegsende beschlagnahmt wurden.

Gegen die Konkurrenz der asiatischen Länder wie Japan, Korea, China, Taiwan u.a. hat die USA im Export technischer Friedens-Güter (trotzdem) heute kaum mehr nennenswerte Chancen.

Anders verhält es sich mit der Möglichkeit zum Export von Ernährungsgütern wie Getreide, Fleisch, Saatgut und gewisser Rohstoffe. - Hier besteht, dank des vorherrschenden Überschusses in den USA und anderseits des Nachfrage-Potentials, (besonders der östlichen Welt) die Möglichkeit eines kontinuierlichen Exportes dieser Güter.

Allerdings bedarf es zur Durchführung einer Ausweitung des Handels vorerst das bisherige Feindbild abzubauen und das "Handelspartner-Bild" - EUROPA, Japan, Rußland, China, usw. zu propagieren. - Zu diesem Zweck eröffnen einige weltweit bekannte USA-Firmen (Coca Cola, Mc Donald, usw.) Niederlassungen mit einigem Propagandawert. - Die Gewährung von Krediten (gegen Privilegien) kann einen Verbrauchsmarkt (ähnlich dem nach einem Krieg) unvorstellbaren Ausmaßes, - und damit Exportmöglichkeiten - eröffnen.

Daß im Falle einer Öffnung dieses Marktes auch die Europäer und Asiaten in den Handel einsteigen, erscheint logisch. - Die von den USA vorzugsweise zu liefernden Friedensgüter, sind landwirtschaftliche Produkte. - Daher der AGRARSTREIT zwischen den Ländern des EWR und den USA. - Japan seinerseits versucht (erfolgreich) durch

Mehrheitsbeteiligungen an amerikanischen Firmen (Raum und Rohstoff-potential) über diesen Umweg in den Osthandel einzusteigen.

USA-BANKEN - KREDITMARKT - DECKUNG

Um Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Kriegen besser erkennen zu können, erscheint es zweckmäßig dies anhand des Beispieles : USA - Wirtschaft zu untersuchen. - Dazu bedürfen einige Begriffe und Fakten einer näheren Erklärung.

1) **FED** = Federal Reserve Board = Fond zur Stützung einzelner Banken im Falle der Insolvenz als Schutz gegen RUN-Situation und dadurch Ausweitung auf andere Banken (entspricht etwa der Nationalbank, Geldmengenregulation). Entgegen allgemeiner Annahme - ist der FED eine **PRIVATE** ! Gesellschaft. (Siehe auch Entstehung des FED)

2) **FDIC** = Federal Deposite Insurance Corporation = Versicherungs-gesellschaft der Banken deckt Einlagen (gesetzlich jedoch nur für amerikanische Einleger) bis zur Höhe von 100.000 $. - Auf Intervention des FDIC wurde z.B. nach dem Run auf die CONTINENTAL ILLINOIS im Jahr 1984 und der dadurch für die FDIC entstandenen Verluste, diese Institution verstaatlicht.

3) **COC** = Comptroller of Currency = Kontrolle über rd. 14.500 Kommerz-Banken auf Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen (Liquidität, Kapitalisierung, Stammkapital u.dgl.)

Die Liquiditätspflicht der US-Banken liegt bei nur rd. 4% der AKTIVA.

Ein interessantes Detail: Am 28.02.1965 wurde vom damaligen Senat die bis dahin geltende Verpflichtung der Banken 25% der Einlagesummen durch eigene Goldreserven abzudecken - aufgehoben.

In den Bilanzen werden nach den Gepflogenheiten der US-Banken die Verpflichtungen aus "Eventual-Verbindlichkeiten" , das sind z.B.: Garantie der Rückzahlung gewährter Auslands-Kredite, (sie bleiben auf Jahre hinaus in Kraft), - NICHT mit einbezogen.

Der Grund hiefür liegt nahe : Bei Erhöhung der Passiva (i.d.Bilanz) müßte das Grundkapital jeder Bank (zur Erfüllung der Liquidität) erhöht werden. Ebenso die Fond-Beiträge für die FDIC. - Da Kapital bei einer Hochzinspolitik entsprechend teuer ist, würde der in den Bilanzen ausgewiesene Gewinn wesentlich niedriger (wenn nicht gar als Verlust!) aufscheinen. - Die im Voraus zu bezahlenden Zinsen werden jedoch als Aktiva verbucht. Dies hebt den aufscheinenden Gewinn und damit das Ansehen der Banken. (Vgl. auch UMSCHULDUNGEN)

Sollte jedoch das Vertrauen in die Institution der US-Banken bei den Einlegern aus irgend einem Grund schwinden, - (Anzeichen hiefür: kurzfristigere Bindung des Kapitals europäischer und asiatischer Anleger, starke Zunahme amerikanischen Kapitals am europäischen Aktienmarkt usw.), - würde dies auch bei den amerikanischen (Normal-) Anlegern zu einem (mangels der Deckung) nicht mehr kontrollierbaren RUN auf die US-Banken führen.

UMSCHULDUNGEN

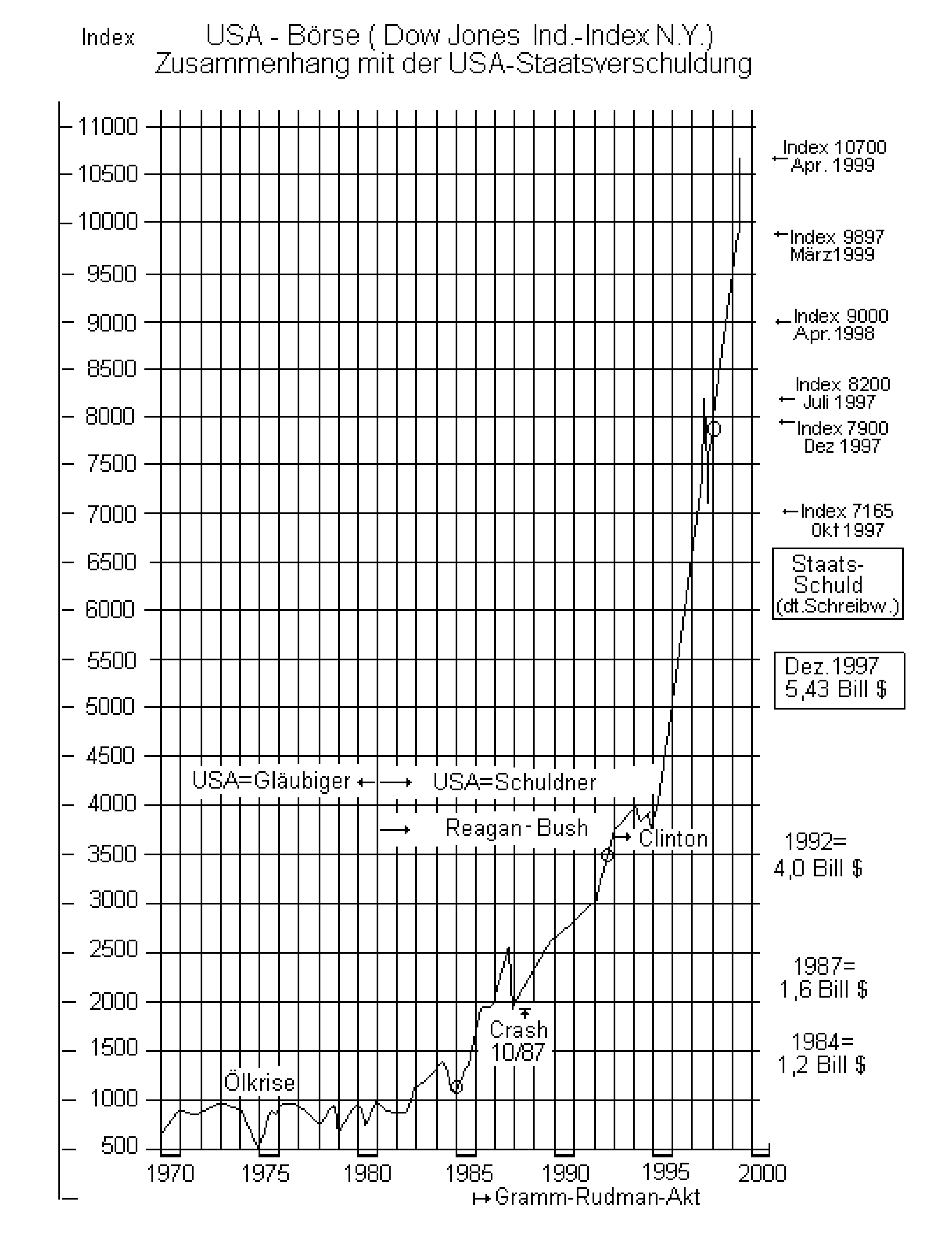
Kommen nun Schuldnerländer in die Situation - z.B. durch Preisverfall am Ölmarkt ihrer Rückzahlungsverpflichtung für Kapital und Zinsen nicht mehr nachkommen zu können, wird von den Gläubigern eine "Umschuldung" vorgenommen.

Dem Schuldner wird ein neuerlicher Kredit in Höhe der bereits ausständigen Rückzahlungen und allenfalls der demnächst fälligen Zinsen gewährt und für die gesamte Schuld eine neuerliche Rückzahlungsvereinbarung getroffen.

Dieser (Zinsen-)Kredit wird **nicht** an den Schuldner ausbezahlt, sondern wird zur Deckung der den Einlegern zustehenden Zinsen verwendet. - Solange die Einleger regelmäßig ihre Zinsen (**gutgeschrieben !**) bekommen, lassen sie, (im Glauben, daß ihre Einlage sicher ist), auch ihr Kapital (samt den Zinsen) bei der Bank.

Für das Schuldnerland ist somit die Fälligkeit der Rückzahlung in weite Ferne gerückt, - die Einleger sind beruhigt und die Banken können die "eingegangenen" Zinsen, bzw. die Zinsdifferenz als Aktiva verbuchen. - Also sind alle zufrieden. - Dieses System funktioniert allerdings nur so lange, als auch der Schuldnerstaat gewillt ist, dieses Spiel mitzumachen ! Daher wird auch jede **nicht willfährige** Regierung bekämpft und - wenn nicht anders - mit Boykott oder Waffengewalt zu Fall gebracht.

Tatsache ist, daß es für die immer mehr in Abhängigkeit von den USA geratenen Schuldner aufgrund der allgemeinen Welt-Wirtschaftslage gar nicht mehr möglich ist, jemals die volle Tilgung der Kredite zu erreichen.



Der GRAMM - RUDMAN - ACT (1985)

Sah vor - daß, wenn das USA - Haushaltsdefizit (in der Reagan-Administration) von 1985 bis 1991 nicht auf NULL abgebaut wird, die Regierungsausgaben drastisch zu kürzen sind. Dies hätte vor allem die Rüstungsausgaben betroffen.

Durch eine Veröffentlichung des tatsächlichen Status der US-Finanzen würde voraussichtlich das Vertrauen der ausländischen (als auch der inländischen) Anleger in das US-BANKEN -SYSTEM erschüttert werden, - und mit großer Wahrscheinlichkeit zu einem (weiteren) CRASH am Kapitalmarkt führen. (Vgl. Grafik)

In welchen Dimensionen sich Staatsverschuldungen bewegen können, sei am Beispiel USA erklärt. - 1980 noch eine "Gläubigernation" wurde die USA innerhalb von rd. 12 Jahren unter der Reagan und Bush - Administration mit rd. 4 BILLIONEN $ und unter weiter unter Clinton bis Dezember 1997 mit 5,43 BILL. $ (deutscher Schreibweise) zur größten "Schuldnernation" der Welt. (siehe vorstehende Grafik)

Um diese Summe allgemein verständlich zu machen ein Beispiel : Die gesamte Bevölkerung der Welt wird (1988) auf rd. 5 Milliarden (das sind 5.000 Millionen) geschätzt. - 5 Billionen $ sind umgerechnet in S = rd. 60 Millionen MILLIONEN S. - Gekürzt ergibt dies : 60.000 S : 5 Menschen = 12.000 S pro Mensch.

Das heißt : allein mit der Summe der USA - Staatsverschuldung könnten JEDEM menschlichen Lebewesen auf unserem Planeten Waren im Wert von rd. 12.000 S zur Verfügung gestellt werden !

Ist auch Mathematik kein sehr beliebtes Thema, - lassen sich, - wie am Beispiel zu ersehen, - auch mit einfachen Überlegungen Größen-ordnungen erkennen.

Eine wesentliche Frage stellt sich natürlich wieder im Zusammenhang : WER - welcher Personenkreis (bzw. welche Personen) war(en) für die Entstehung dieser Schulden in den USA verantwortlich.

Wer sich näher mit der Entstehung des FED befassen möchte, dem sei das Buch „Die Bankierverschwörung„, von Roland Bohlinger, im Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur empfohlen.

(Auszug aus „Wer ist wer im Judentum„, David Korn, im FZ-Verlag)

Paul Moritz Warburg (geboren 1868 in Hamburg, gestorben 1932 in New York) war einer von fünf Söhnen des Hamburger Großbankiers Moritz Warburg. 1932 kam er nach New York, wo er die Tochter des Bankiers Salomon Loeb, Teilhaber des mächtigen Bankhauses Kuhn, Loeb & Co., heiratete. Sein Bruder Felix Moritz Warburg hatte acht Jahre zuvor die Tochter des US-jüdischen Bankbosses Jacob H. Schiff heimgeführt.

Unter Federführung des Mandel House war Paul Moritz Warburg maßgeblich an der Schaffung des US-amerikanischen Federal Reserve Systems (Notenbanksystem) beteiligt: Nun bestimmte nicht mehr die Volksvertretung, sondern ein Konsortium von (**Anm**.: vorwiegend jüdisch

geführten) Großbanken über die Leitlinien der Währungs- und Finanzpolitik der USA.

Im Zusammenhang interessant erscheint ein Auszug aus „Verschwörung - Das Reich von Nietzsche„ von Aron Monus: Interseas Edition, 1994, National House Santon, Isle of Man

(S. 49-50, Betrifft : Private, jüdisch kontrollierte US-Notenbank)

Bereits 1903 schlägt **Paul Warburg** Jacob Schiff vor, ein Kontrollsystem nach deutschem Muster zu gründen. Kurz bevor er die amerikanische Staatsangehörigkeit annimmt, veröffentlicht er die kurze Abhandlung "Plan für eine Zentralbank", in der er nach dem Beispiel des Deutschen Reichs seit 1875 die Gründung einer Zentralbank anregt, die den Banken als gegenseitige Garantie dienen und zu gleichen Teilen im Besitz der Regierung und der großen Privatbanken liegen soll. Ebenfalls angeregt wird die Gründung von rund zehn Landesbanken, die als einzige berechtigt wären, vom Gold gewonnenes Geld in Umlauf zu bringen."
Paul Warburgs Projekt will überdacht werden und verlangt Zeit, bevor es verwirklicht wird.
"Un homme d'infliuence" setzt seinen Bericht fort:
"Im November 1912, unmittelbar nach seinem Wahlerfolg gegen Taft und Roosevelt, bittet Präsident Wilson Paul, einen Gesetzesentwurf auf der Grundlage seiner Schrift vorzulegen; und dieser Entwurf gefällt ihm."
Im Sommer 1913 wird Pauls Entwurf rechtskräftig, von dem Senat und dem Kongreß sanktioniert. Somit wird die Geldprägung zum Monopol der Privatbankiers, die zum großen Teil Juden, auf jeden Fall Freimaurer sind. Es werden "zwölf Reservebanken auf Landesebene und eine Federal Reserve Bank in Washington gegründet«.

Artikel 1 der US-Verfassung lautet:
"Der Kongreß ist befugt, Geld zu prägen und dessen Wert zu bestimmen." Laut Verfassung mußten die Vereinigten Staaten ein schuldenfreies Währungssystem haben.

Seit der Gründung der Federal Reserve Bank im Jahre 1913 verleihen die amerikanischen Privatbankiers das Geld, das sie zu mehreren Hundertmilliarden Dollar prägten und als ihren persönlichen Besitz betrachten, dem amerikanischen Volk und der amerikanischen Regierung: diese sollen ihnen Zinsen zahlen. Daher hat das reichste Land der Welt gegenwärtig die größte Staatsschuld: etwa. 2.300

Milliarden Dollar. (**Anm**.: Im **Dezember 1997** waren es bereits **5.430** Milliarden!)

Gemäß Artikel 1 der US-Verfassung ließ Präsident John F. Kennedy 1963 eine Art neue Währung in Umlauf bringen, ein zinsloses und schuldenfreies Geld, das mit der seit 1913 als "Federal Reserve Notes" gültigen Währung konkurrieren sollte.

Einige Bankiers und zugleich Teilhaber der Federal Reserve Bank ließen am 22. November 1963 John F. Kennedy in Dallas ermorden, weil er versucht hatte, mit den »United States Notes« deren Profitquelle zu versiegen. Der Mord kam ihnen zugute: der neue US-Präsident Lyndon Johnson ließ kurz nach seiner Amtsübernahme die »United States Notes« aus dem Verkehr ziehen.

(**Anm**.: Der letzte Absatz erscheint mir - **da nicht bewiesen** - nur als spekulative Erklärung des Autors dafür, warum Johnson die Anordnung Kennedys wieder rückgängig machte.)

Alan Greenspan

Chef des einst von Mandel House, Warburg und weiteren meist jüdischen Finanzmagnaten geschaffenen Federal Reserve Board (US-Notenbank) wurde 1987 Alan Greenspan. Er war 1926 als Sproß einer jüdischen Familie in New York-Manhattan zur Welt gekommen. Er begann als Händler in der Warenbörse und gründete die Finanzberatungsfirrna Townsend-Greenspan. Ab 1970 gehörte er dem Wirtschaftsrat des US-Präsidenten an, von 1974 bis 1977 war er Chef dieses Gremiums. 1981 bis 1983 leitete Greenspan in Reagans Auftrag die "Nationale Kommission zur Reform der Sozialversicherung".

(**Anm**.: Greenspan ist auch 1999 noch FED-Chef)

Soweit einige Zusammenhänge die USA betreffend in Kurzform.

USA - Rüstungsindustrie

Durch die logische Notwendigkeit der Geheimhaltung lassen sich unkontrolliert enorme Gewinne kurzfristig realisieren. Erforderlich ist nur ein entsprechendes Feindbild zu schaffen, sei es im eigenen Land unter dem Titel "Verteidigung der vom Kommunismus bedrohten Freiheit Amerikas", - oder im Ausland als Verbündete und Schutzmacht gegen die jeweils als BÖSE erkannten Feinde.

Mit einem relativ sehr geringem Medienaufwand ist, - dank der Oberflächlichkeit der Medien-Konsumenten, - die Schaffung eines Feindbildes leicht zu erreichen. - Niemand macht sich die Mühe darüber nachzudenken, zu welchem Zeitpunkt in der Weltgeschichte z.B. ein deutscher oder russischer Soldat seinen Fuß auf amerikanischen Boden gesetzt hat, oder die Gefahr bestand daß einer HÄTTE ! um damit die Amerikaner zu bedrohen.

Die USA als Hauptlieferant von Rüstungsgütern (1990 33 % der weltweiten Rüstungsproduktion) hat, sowohl im 1.Weltkrieg - damals gegen das "gefährliche Kaiserreich Deutschland", - als auch im zweiten Weltkrieg - diesmal gegen die bösen Nazis und deren Verbündete - durch Lieferungen von (Export-) Kriegsmaterial, (auch an die späteren Feinde, die Russen), - die eigene Wirtschaft angekurbelt und dabei enorme Gewinne erzielt. (Siehe Grafik „Konjunktur-Zyklen„)

Daß der physische Eintritt der USA in den Krieg in Europa erst zum Zeitpunkt des unmittelbar bevorstehenden Kriegsendes im 1.Weltkrieg (1917), bzw. 1944-1945 im 2.Weltkrieg, nachdem die europäischen kriegführenden Nationen bereits ausgeblutet waren erfolgte, sei nur am Rande erwähnt.

Die Aufrüstung hat, entgegen vielfach kolportierten Meldungen von "Abrüstung" einen so hohen Stellenwert eingenommen, daß dies einer Vorbereitung zu einem größeren Krieg entspricht. Allerdings wird den die Kosten hiefür tragenden Völkern verschwiegen, wer denn ein potenzieller Kriegsgegner sein könnte, noch dazu, da die ehemalige UdSSR als potenter Kriegsgegner entfallen ist.

Nachstehende Meldungen sind den Tele-Text Nachrichten entnommen :
(Unterstreichungen, Anmerkungen und Hervorhebung durch H.P.)

11.02.1997 DRS CH-Text / D S. 131 7 h 54
Rüstungsausgaben nach dem Kalten Krieg
Die USA und ihre wichtigsten Verbündeten haben seit Ende des Kalten Krieges fast dreimal soviel für militärische Zwecke ausgegeben, wie ihre möglichen Gegner. Dies teilte das unabhängige Commonwealth Institut in Cambridge im US-Staat Massachusetts mit.

Demnach gaben die USA 1994 rund 288,1 Mia $ aus, die NATO-Staaten total 469,3 Mia $. Die als potentielle Feinde eingestuften Staaten : Russland, VR China, Weissrussland, Kuba, Iran, Irak, Libyen, Nordkorea, Syrien und Vietnam investierten (zusammen) 167 Mia $.
Laut der Studie stieg der Anteil an den Welt-Militärausgaben von 1986 bis 1994 von 28% auf 34%.

27.09.1997 Euro-News S. 134 3 h 02
USA und Rußland für weitere Abrüstung
Der russische Außenminister Jewgeni **Primakow** und seine US-Amtskollegin Madleine **Albright** haben in New York eine Reihe von Abrüstungsverträgen unterzeichnet. Damit solle es vor allem dem russischen Parlament leichter gemacht werden, den Abrüstungsvertrag Start-2 zu ratifizieren, sagte Albright. - Zudem sollen die Abkommen dazu beitragen, die beträchtlichen Atomwaffenbestände beider Staaten abzubauen. Zuvor hatte in New York ein erstes Treffen des Nato-Rußland-Rats stattgefunden. Sowohl **Primakow** als auch Nato-Generalsekretär Javier Solana vertreten es als großen "Erfolg". Auch **Albright** äußerte sich sehr zufrieden.

15.10.1997 Euro-News Text S. 132 3 h 47
Waffen : Das Geschäft mit dem Tod boomt
Der Handel mit Waffen boomt. Nach einigen Jahren rückläufiger Umsätze verbuchte das Geschäft mit dem Tod seit 1994 teils zweistellige Zuwächse. Insgesamt hatte der Handel 1996 ein Volumen von 39,9 Mrd. Dollar, was 8 % Steigerung bedeutet. Dies teilte das Londoner Institut für strategische Studien mit. - Besonders die Länder des Nahen Ostens und Südostasiens rüsten mächtig auf. Die Liste der Einkäufer führt mit mehr als 9 Mrd. Dollar Saudi-Arabien an. - Die Staaten Nordamerikas und Europas drosselten zwar die Ausgaben für den Verteidigungshaushalt. Im Export legten die USA, Großbritannien und Frankreich hingegen stark zu.

15.10.1997 NTV-Text S. 140 4 h 12
London : Die Umsätze aus dem weltweiten Waffenhandel sind 1996 im Vergleich zum Vorjahr um acht Prozent gestiegen. Das berichtete ein Londoner Institut am Dienstag. Spitzenreiter im Export waren die USA, Großbritannien und Frankreich. Die Liste der Einkäufer führt mit Abstand Saudi-Arabien an, gefolgt von Ägypten, Japan, China, Südkorea, Kuwait und Großbritannien.

17.10.1997 NTV-Text S. 138 4 h 56
London : Großbritannien plant laut des "Telegraph" den Kauf von sieben neuen Atomraketen für ihre Trident-Unterseeboote. Die Rolle der U-Boote als Rückgrat der atomaren Abschreckung Großbritanniens solle so weit ins nächste Jahrhundert unterstrichen werden.

22.12.1997 NTV-Text S. 133 14 h 43
Eurofighter : Die Verteidigungsminister Deutschlands, Großbritanniens, Italiens und Spaniens haben am Montag die Vereinbarung zum Kauf des Jagdflugzeuges Eurofighter unterzeichnet. Damit wird der Bau von 620 Jagdflugzeugen durch die vier Partnerstaaten verbindlich festgelegt.

22.12.1997 ORF1-Text S. 132 14 h 55
"Eurofighter"-Vereinbarung
Die Verteidigungsminister Deutschlands, Großbritanniens, Italiens und Spaniens haben heute eine Vereinbarung zur Beschaffung des umstrittenen Jagdflugzeuges "Eurofighter" unterzeichnet. Damit legen sich die vier Staaten auf den Bau von 620 Flugzeugen dieses Typs fest. Deutschland allein wird 180 Maschinen für 162 Milliarden Schilling kaufen. Das teuerste Rüstungsprojekt der deutschen Nachkriegsgeschichte war im Herbst gegen die Stimmen der Opposition beschlossen worden.

(**Frage** : Gegen welchen Feind muß gerüstet werden ? - bei gleichzeitigem Abbau der Sozialleistungen, den „Sparpaketen„ und bei der enormen Staatsverschuldung der oben zitierten Länder ?)

Mangels eines Weltkrieges bleibt noch der Titel "Intervention zur Wahrung der Interessen der Verbündeten" - und neuerdings als Hüter des Friedens im Namen der "friedlichen Völkergemeinschaft" (der UNO) - z.B. im IRAK, Somalia, Kosovo, usw.

Hier ist eine der wesentlichsten Fragen zu klären: **WER** trägt die Verantwortung für den Beschluß der (angeblichen) Völker-Gemeinschaft zur Anwendung von militärischer Gewalt ? - In der UNO ist dies der

Welt - Sicherheitsrat

Wie setzt sich dieser zusammen - und wer hat die Möglichkeit durch Anwendung des VETORECHTES - jeden, (auch von der Mehrheit der Mitglieder des Sicherheitsrates gefaßten Beschluß) zu verhindern ? - Dies sind die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates, - die Länder: USA, Großbritan-nien, Frankreich, Sowjetunion und die VR China. - Diese Mitglieder können auch von der Vollversammlung NICHT abgewählt werden !

Daß diese Länder, die zugleich auch die größten Waffenproduzenten sind, daran interessiert sind diese Waffen auch gewinnbringend abzusetzen, läßt auch das verstärkte Bemühen der BRD und Japans verstehen, in den Kreis der ständigen Mitglieder einbezogen zu werden und sich damit auch einen Anteil am lukrativen Waffengeschäft zu sichern.
10 weitere, nicht ständige Mitglieder (ohne Vetorecht) werden von der Vollversammlung für jeweils 2 Jahre gewählt. - Zur Beschlußfassung sind mindestens 10 - darunter die Stimmen ALLER ständigen Mitglieder mit Vetorecht erforderlich.
Bei Beschlußunfähigkeit kann die Vollversammlung einberufen werden, die dann mit 2/3 Mehrheit einen Beschluß fassen kann, der dem General-sekretär zur Durchführung überantwortet wird.

Soweit die Fakten, welche den Normalbürgern mangels entsprechender Information durch die Medien weitgehendst unbekannt sind. - Vielmehr wird mit Teil-Wahrheiten der Eindruck geweckt, daß es sich um Mehrheitsbeschlüsse der gesamten UNO - Mitglieder handelt.

Dem Antrag der USA auf militärische Sanktionen gegen den IRAK zur "Befreiung !" Kuwaits im Namen der UNO haben, - mit Ausnahme der VR CHINA (welche sich der Stimme enthalten hat), - alle ständigen Mitglieder - ohne Ausübung ihres Vetorechtes (zur Vermeidung einer eskalierenden Konfrontation) - zugestimmt !

Bedenkt man, wie oft die USA - durch ihr VETO - Beschlüsse der UNO im Bezug auf ISRAEL und das Palästina-Problem null und nichtig werden ließ, läßt sich nur eine logische Schlußfolgerung ziehen : daß die **Mitglieder der Regierungen** dieser 4 Länder voll und **ALLEIN** - und

PERSÖNLICH verantwortlich sind. - Diese persönliche Verantwortung läßt sich nicht durch Argumente wie "Wählerauftrag", "Mehrheitsbeschluß eines Parlamentes" oder "Bündnisverpflichtung" aufheben.

Wesentlich im Zusammenhang mit dem Weltgeschehen, besonders im (ölreichen) Nahen Osten, der UNO, der objektiven Gleichberechtigung aller ihrer Mitglieder sowie der Institution des Weltsicherheits-Rates, erscheinen auch folgende, ebenfalls den Jahrbüchern des Fischer-Almanach entnommenen Fakten:

Jahr / Spalte
81 52 Am 30.11.1979 verabschiedet die Vollversammlung der UNO mehrere Resolutionen zugunsten der Palästinenser; u.a. werden alle Verträge abgelehnt, die, wie das Abkommen von Camp David - die "Rechte des palästinensischen Volkes verletzen."

81 59 USA Präsident Charter erklärt am 24.1.1980 den Persischen (Arabischen) Golf zu einem lebenswichtigen Interessengebiet der USA, dessen Verteidigung mit allen Mitteln gewährleistet werden müßte.

(**Frage** : Kann man etwas **verteidigen**, was einem gar nicht gehört ?)

81 94 Vereinte Nationen : Auf der Sondersitzung der UNO-Vollversammlung vom 22.-29.7.1980 in New York zur Palästina-Frage bringen 29 blockfreie, islamische sowie kommunistische Länder eine Resolutuon ein : bedingungsloser Rückzug aus allen seit 1967 besetzten Gebieten, einschl. Ost-Jerusalem, bis 15.11.1980, sowie Gründung eines Palästinenser-Staates.

81 95 Vereinte Nationen : Mit 112 gegen 7 (u.a. USA, Israel, Kanada, Schweden) und bei 24 Enthaltungen (EG-Länder, bes. wegen Fehlens einer Existenzgarantie für Israel), billigt die UNO-Sondervollversammlung eine Resolution, die den Abzug der israelischen Truppen aus den besetzten Gebieten bis 15.11.1980, das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat (einschließlich Ost-Jerusalem) und die Teilnahme der PLO an allen damit verbundenen Verhandlungen fordert.

81 99 Israel / Libanon 19. - 20.8.1980 Ein israelischer "Präventivschlag" vernichtet palästinensische Artilleriestellungen. Am folgenden Tage greifen israelische Kampfflugzeuge palästinensische Stützpunkte im Südlibanon an.

82 598 Reagan ab 20.1.1981 Präsident der USA, kündigt am 19.2.1981 ein Wirtschaftsprogramm der stabilen Geldpolitik, Verwaltungsreformen, Steuersenkungen und Ausgabenkontrolle, bei starker Erhöhung des Militärbudgets an.

82 93 Israel : Die wirtschaftlich-finanzielle Situation hat sich, mitbedingt durch die großen Verteidigungslasten und die emporgeschnellten Kosten für Rohöl, verschlechtert. Trotz einer kleinen Besserung der Handels- und Dienstleistungsbilanz ist die Auslandsverschuldung 1980 um weitere 2,4 Mrd. $ auf 21,7 Mrd. $ gestiegen. Die hohe Inflation (1980 über 130%) hält an, ebenso die negative Ertragsbilanz (1980 3,83 Mrd. $), - Die USA sind nicht nur die ausschlaggebende politische Stütze geblieben, sondern sie bewahrten Israel bisher auch vor dem finanziellen Zusammenbruch; ihre Wirtschaftshilfe belief sich 1972-1980 auf 8,2 Mrd. $ an verlorenen Zuschüssen und auf 7,3 Mrd. $ an langfristigen und zinsgünstigen Anleihen. Die Lieferung von modernstem Rüstungsmaterial machte im gleichen Zeitraum rund 12 Mrd. $ aus - z.T. ebenfalls verlorene Zuschüsse. Trotz dieser lebenswichtigen Bedeutung der USA für die Existenz Israels hat die Regierung unter Menachim **Begin** die US-Vermittlungsbemühungen zugunsten einer Autonomie für die Palästinenser in Cisjordanien und im Gaza [Gasa]-Streifen wenig gefördert.

86 168 ISRAEL : Die am 13.9.1984 gebildete "Reg. der nat. Einheit", in der die Arbeiterparteien, der Ljkud-Block sowie mehrere kleine Parteien für 50 Monate ein Koalitionsabkommen schließen, steht für die ersten 25 Monate unter der Leitung von PremMin Shimon Peres, in der 2. Hälfte der Legislaturperiode soll der derzeitige Vize-Prem und AußenMin Yitzhak Shamir dieses Amt ausüben.

Bei einem Besuch von PremMin Peres vom 7.-14. 10. in den USA vereinbaren beide Staaten die Einrichtung einer freien Handelszone, die Israel **praktisch die Rechte eines 51. Bundesstaates** einräumt, die Planung halbjähriger Beratungen von Wirtschaftsexperten beider Länder und den Beistand der USA vorsieht, falls Israel in Zahlungsschwierigkeiten geraten sollte, oder seinen qualitativen Verteidigungsvorsprung zu verlieren drohe.

Die US-Wirtschaftshilfe beträgt für 1985 1,2 Mrd., die Militärhilfe 1,4 Mrd. $ - es handelt sich um nicht rückzahlbare Unterstützung; außerdem verpflichten sich die USA, in Zukunft jährlich Waffen und Ausrüstungskäufe in der Höhe von 2.5 Mill. $ in Israel zu tätigen. Die

Jahresinflationsrate beträgt 1984 470%, die Pro-Kopf-Verschuldung ist höher als die der südamerikanischen Staaten.

86 211 USA : Reagan am 20.1.1985 zum 2. Mal Präsident
Am 23.5.1985 beschließt der Senat die Wiederaufnahme der Produktion von **chemischen Waffen**.

89 552 USA : **Weinberger** tritt nach 7-jähriger Amtszeit als Verteidigungs-Minister zurück (Nachf. wird Carlucci)
(**vgl**. "Wer ist wer im Judentum")

89 552 USA : Der israelische Präsident Chaim Herzog beginnt am 9.11.**1987** 1 wöchigen Besuch in den USA. Am 14.12.1987 unterzeichnen die VM Carlucci und Rabin ein Verständigungsmemorandum, **das die militärische Kooperation USA-Israel in den nächsten 10 Jahren regelt und die Kooperationsebene auf NATO-Niveau anhebt**.

In der 2. Dezemberhälfte wird nach 18jährigem Moratorium mit der Produktion neuer (binärer) Chemiewaffen begonnen. Zugleich bekräftigt die Regierung ihre Bereitschaft zur Fortführung der Gespräche über ein C-Waffen-Verbot.

Eine weitere wesentliche Veröffentlichung im Fischer Almanach 97/ 1069

WELT-ÖLRESERVEN

Welt - Ölreserven **1995** : ... Saudi-Arabien ist nach wie vor das ölreichste Land: es verfügt über 25,8% aller bestätigten Erdölreserven der Welt (Irak, Iran, Kuwait und Verein. Arab. Emirate je 9 - 10%). Bei gleichbleibender Jahresförderung reichen die z.z. bekannten Reserven insgesamt noch rd. 42 Jahre, - in Nordamerika nur **7 - 8**, in der GUS **22** Jahre, dagegen im Nahen Osten rd. **97** Jahre, und in Lateinamerika **44** Jahre.

ENERGIE - VERBRAUCH in den USA

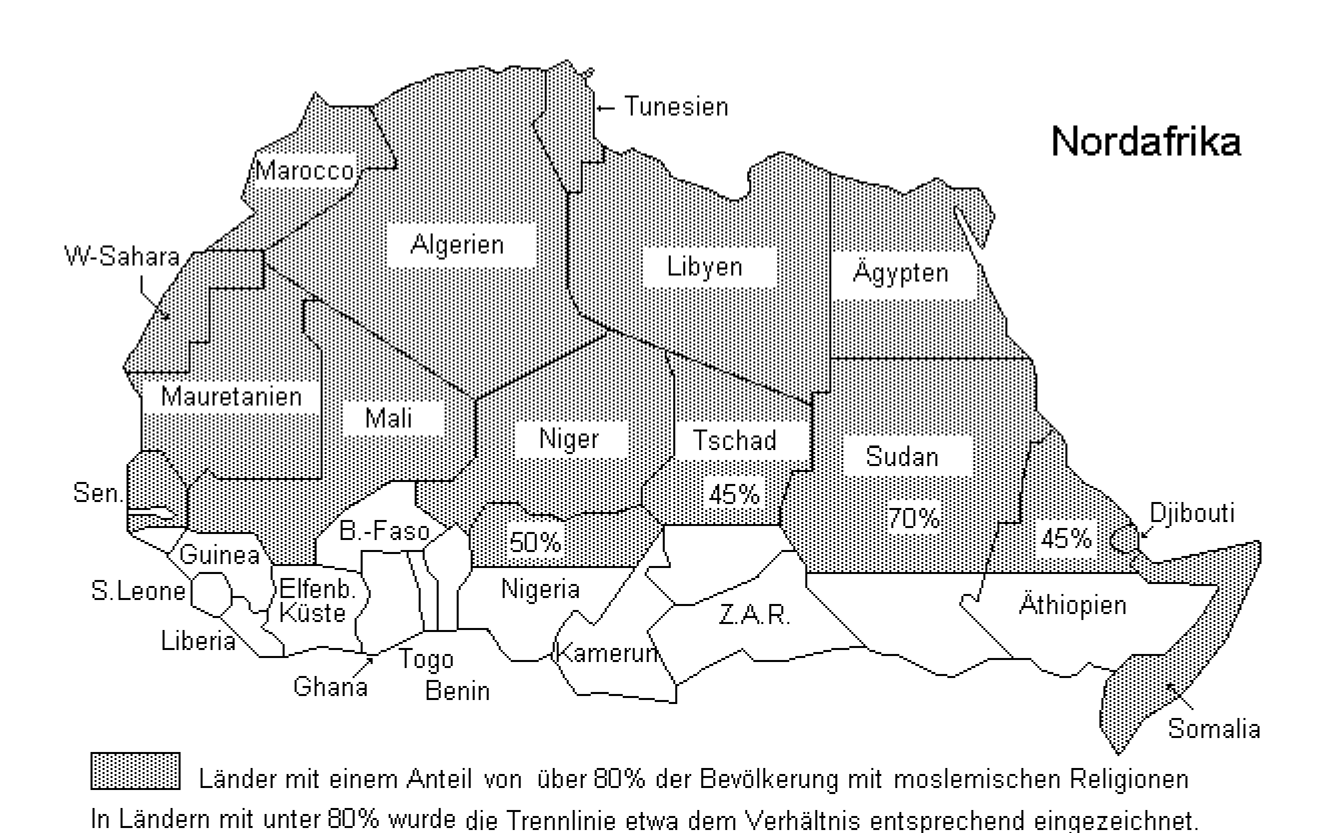
Bei einem Anteil der USA an der gesamten Weltbevölkerung von rd. 5.3 % beträgt der Verbrauch an Erdöl 28.6 % der gesamten Weltproduktion - und 32.9 % der gesamten weltweit erzeugten Elektroenergie. (FA)

Durch die relativ hohe Abhängigkeit von Erdölprodukt-Mengen und der erheblichen Differenz der Produktionskosten gegenüber den Weltmarktspreisen würde ein weiterer Ölpreisverfall die USA-

Ölproduzenten mangels niederer Eigenkapitalisierung in den Ruin treiben.

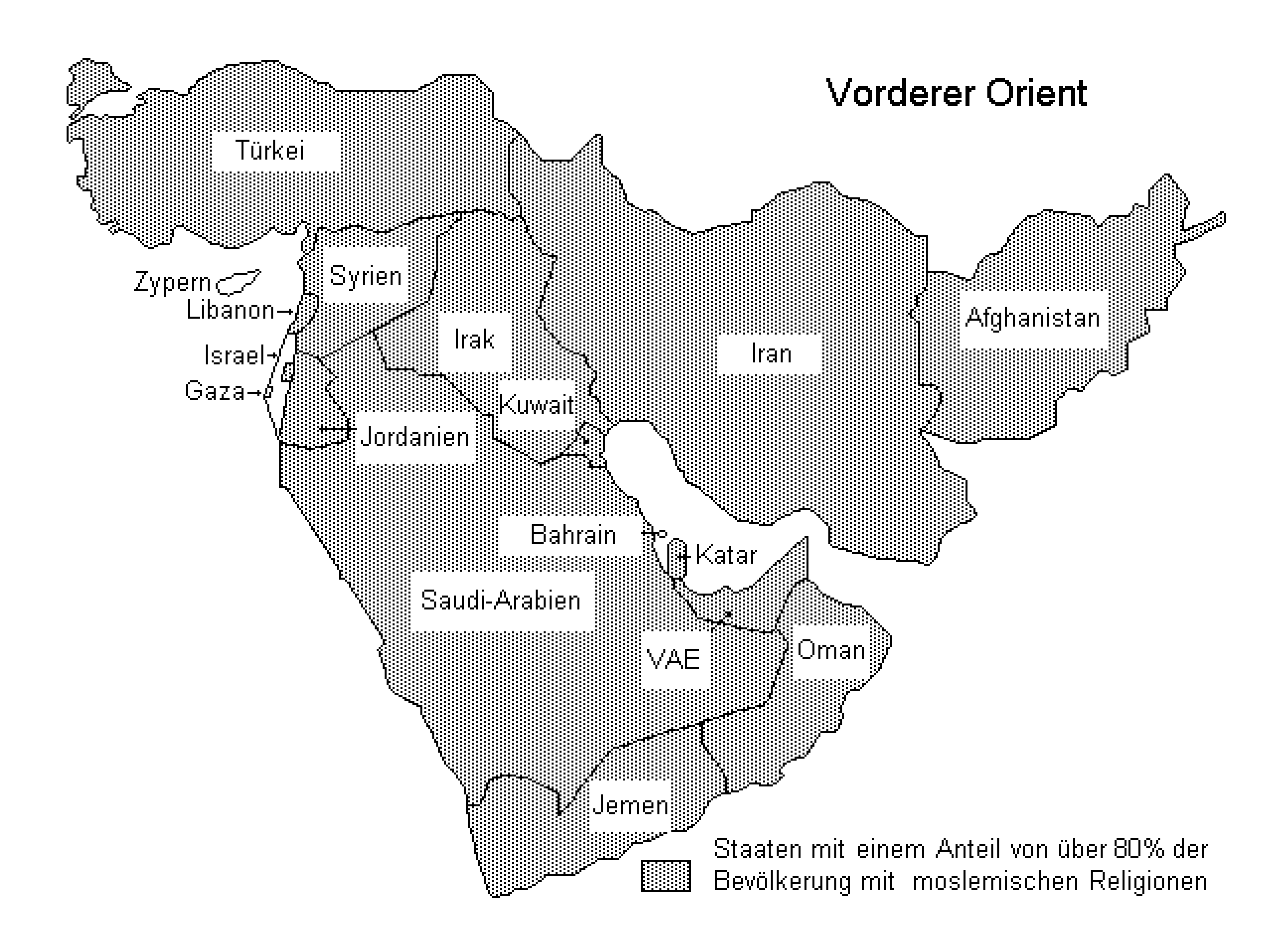
Die Inliquidität wieder träfe die Kreditgläubiger-Banken. - Des Weiteren würden die Möglichkeit der Rückzahlung der Schulden aus Schuldnerländern (soweit an den Ölpreis gebunden) unverhältnismäßig reduziert. Würde jedoch der Weltmarktpreis für Öl aus irgend welchen Gründen wesentlich ansteigen, ergäbe sich aus den erforderlichen Öl-Importen für die USA ein enorm wachsendes Handelsbilanz-Defizit und würde im Zusammenhang mit der gigantischen Staatsverschuldung eine rezessive Entwicklung herbeiführen. Dies ist zwischenzeitlich eingetreten.

Geografische Übersicht Nordafrika und Vorderer Orient



Verfolgt man die Medienberichte der westlichen "demokratischen" Länder, so ist leicht festzustellen, daß besonders islamische Staaten wie

Iran, Irak, Libyen, Syrien, Libanon, usw. als "Gegner der freien westlichen Demokratien" bezeichnet werden.



Wer regiert nun diejenigen Staaten der sogenannten "freien, demokratischen Welt" im Namen der "friedlichen Völkergemeinschaft" - und gegen wen wird zur "Verteidigung" militärisch aufgerüstet ? - Wer wird, von wem als "Feind" in den Medien kolportiert ?

Puppenspieler v o r den Vorhang !

Angesichts der weltweiten - und im Besonderen in Europa - wirtschaftlichen und politischen Entwicklung, mit Massenarbeitslosigkeit, Abbau des Sozialnetzes, Zersplitterung der Parteien, Korruption und Opportunismus von Politikern, gleichgeschalteter und kontrollierter Medienberichterstattung (in den sogenannten "demokratischen" Ländern), erscheint es interessant zu ergründen, ob es sich hierbei um bloße Zufälle, oder um einen langgehegten Plan einer internationalen Gruppe zur Erreichung einer "Neuen Weltordnung" handeln könnte.

Wenn Sie die Nachrichten in diversen Medien verfolgen, wird von "den USA", den "Russen", der (friedensstiftenden) UNO, der Empörung in der weltweiten "Presse", usw. gesprochen. Damit soll der Eindruck vermittelt werden, das jeweils "ganze Volk" oder "alle Mitgliedstaaten" würde diese oder jene Meinung vertreten. - Tatsächlich aber, sind es nur die "Macht ausübenden Mitglieder der Regierungen", welche die Entscheidungen treffen.

Deshalb ist es wichtig, diese "Verantwortlichen" eines Staates "namentlich und persönlich" festzustellen bzw. zu untersuchen, - wenn die Aussagen der "Protokolle" widerlegt werden sollen - ob diese mit den in den "Protokollen" enthaltenen zionistischen Ideen der "Neuen Weltordnung" im Zusammenhang stehen könnten, oder nicht.

Überprüfen Sie folglich bitte die Ausführungen unter diesem Aspekt !

Wer erinnert sich nicht gerne seiner Jugendzeit und an das Kasperltheater. Wenn der „gute„ Kaspar dem „bösen„ Krokodil oder Räuber Hiebe erteilte. Die Emotionen reichen vom Applaus für den „Guten„ bis hin zu lauten Warnrufen, wenn dem Kasperl scheinbar Gefahr droht. - Für die Kinder ist das Theater Realität. Wer bestimmt aber, wer der „Gute„ und wer der „Böse„ ist und wer bestimmt die Handlung ? - es sind die „Puppenspieler„, die für die Kinder „unsichtbar„ sind, da sie im Verborgenen arbeiten und ihre „Puppen„ dirigieren.

Wer aber sagt den Erwachsenen, wer der „Gute„ bzw. der „Böse„ ist ? - Ebenfalls die „Puppenspieler„, die (durch die Beherrschung der Medien) imstande sind, dies zu bestimmen. In unserem „Welt-Kasperltheater„ sind die „USA und ihre Verbündeten in Europa (NATO) und dem Nahen Osten„ die „Guten„ und „Saddam Hussein„ sowie die Palästinenser sind

die „Bösen„. - Also wäre für „Erwachsene„ wichtig zu wissen, wer die „Puppenspieler„ (populär auch als „Draht-Zieher„ bezeichnet), sind.

Betrachten wir das derzeitige „Trauerspiel„ am Golf.

Seit dem 16.12.1998 um 22 h 49 wurden Marschflugkörper gegen Ziele im Irak abgefeuert. Dies auf **Befehl des** amerikanischen **Präsidenten Bill Clinton**, - (nicht seiner Regierung !) und „nicht in Ermächtigung durch den Sicherheitsrat der UNO„, bzw. in dessen Auftrag.

Nun wäre zu untersuchen, wie **eine Person**, die einen Tag vor der Abstimmung über die Einleitung eines Amtsenthebungsverfahren wegen seiner Sex-Affäre mit der Jüdin Monika Lewinsky, bzw. wegen seiner (meineidigen?) Aussagen im Untersuchungsausschuß und der Belügung des Volkes der USA - **den Befehl** zu einem „Krieg gegen einen islamischen Staat„ - der möglicherweise zu einem „3. Weltkrieg„ führt, - geben kann.

Dies angeblich aufgrund eines „Berichtes„, daß der Irak (angeblich) „UNO-Resolutionen„ nicht „bedingungslos„ erfüllen würde. Daß der Irak gehindert werden müßte, biologisch oder andere Massenvernichtungswaffen (wie sie z.B. Israel bereits besitzt) zu entwickeln, denn gefunden hat man trotz 7-jähriger Suche und Kontrolle keine mehr.

Hat Clinton dieses getan, ohne sich „beraten„ zu lassen ? - Ohne sein Außenministerium zu konsultieren, ohne Zustimmung seiner Berater im Verteidigungsministerium, ohne Befürwortung durch seinen „Nationalen Sicherheitsrat„, und ohne (demokratische) Zustimmung seines Volkes? -

Dann wäre er ja schlimmer als der Diktator Hitler !

Oder ist Clinton (in unserem Spiel) der „gute„ Kasperl ? **Wer sind aber dann die „Puppenspieler„ ?** - Sollte gar ein Zusammenhang mit den **1897** entstandenen (umstrittenen?) „Protokollen der Weisen von Zion„ bestehen ?

Dazu nochmals angeführt, einige wesentliche Passagen aus dem unter gleichem Titel im Jahr **1924** im Hammer-Verlag veröffentlichten Buch von Th. Fritsch : z. B. aus Kap. 10 /4

(Betrifft : **"Präsidenten und deren Auswahl"**)

4.) ... "Demnächst werden wir die Verantwortlichkeit des Präsidenten einführen. - Zu jener Zeit werden wir uns bei der Durchführung unserer Pläne keinen Zwang mehr aufzuerlegen brauchen, **denn alle Verantwortung tragen unsere Strohpuppen."** ...

... "Damit unser Plan dieses Ergebnis zeitigen kann, werden wir Wahlen zugunsten solcher Präsidenten veranstalten, die in ihrer Vergangenheit **irgendeine dunkle Stelle** , ein "Panama", haben. Dann werden sie willfährige Werkzeuge für die Vollendung unserer Pläne sein - aus Furcht vor Enthüllungen und aus dem natürlichen Wunsche eines jeden zur Macht Gelangten, die Vorrechte, Vorteile und Ehren zu erhalten, die mit dem Amte des Präsidenten verbunden sind." ...

.... Die Volksvertretung wird die Präsidenten decken, wird sie schützen, wird sie wählen : aber wir werden ihr das Recht nehmen, neue vorzuschlagen oder bestehende Gesetze zu ändern, denn dieses Recht sichern wir **dem verantwortlichen Präsidenten, der eine Puppe in unserer Hand ist.** ...

(Betrifft : **"Präsidentenrecht - Krieg"**)

Unabhängig werden wir dem Präsidenten das Recht verleihen, den Staat in Kriegszustand zu versetzen. Dies werden wir mit der Begründung rechtfertigen, daß der Präsident als Haupt der Wehrmacht des Landes sie zu seiner Verfügung haben muß, um im Notfalle die neue republikanische Verfassung verteidigen zu können. Das Recht der Verteidigung gebührt ihm aber als dem verantwortlichen Vertreter dieser Verfassung.

5.) Man versteht, daß unter diesen Bedingungen der Schlüssel der Staatsmacht **in unseren Händen liegen wird, und niemand außer uns wird die Gesetzgebung länger leiten**. Daneben werden wir bei Einführung der neuen republikanischen Verfassung der Kammer das Recht der Anfrage nach Regierungsmaßnahmen entziehen, unter dem Vorwand, daß politische Geheimnisse zu wahren sind. ...

(Betrifft : **"Eigenmächtigkeiten - Sündenböcke"**)
Damit die Folgen aller dieser, in Wirklichkeit ungesetzlichen Handlungen die Verantwortlichkeit, die wir dem Präsidenten gaben, nicht zu früh belasten, werden wir Minister u.a. höhere Verwaltungsbeamte dazu verleiten, **über den Präsidenten hinweg dessen Anordnungen zu durchkreuzen, indem sie eigenmächtig handeln**. Damit werden sie

auf ihren Plätzen zu Sündenböcken. ... (**Frage** : etwa wie derzeit **Butler ?**)
Der Präsident wird den Sinn der Gesetze, die eine verschiedene Auslegung zulassen, **nach unserem Belieben** deuten ; er wird sie ferner aufheben, wenn wir ihm zu verstehen geben, daß dies notwendig sei. Daneben wird er das Recht haben, zeitlich begrenzte Gesetze vorzuschlagen und sogar neue Richtlinien für die Verfassung. Als **Vorwand** für beides dienen ihm die Erfordernisse des Staatswohles.

(Betrifft : **"Wege zur Oberherrschaft"**)
Die Menschheit muß durch Zwist, Haß, Streit, Neid, ja selbst durch Entbehrungen, durch Hunger, durch Einimpfen von Krankheiten, durch Mangel und Not so erschöpft werden, daß die Gojim keinen anderen Ausweg sehen, als ihre Zuflucht zu unserer vollständigen Oberherrschaft zu nehmen, sich unserer Geldmacht zu unterwerfen.
Aber wenn wir den Völkern der Welt eine Atempause geben, wird der Augenblick, nach dem wir uns sehnen, schwerlich leicht zu erreichen sein.

oder aus Kapitel 3

(Betrifft : **"Schutzmacht - USA ?**)
Heute sind wir, als eine internationale Macht unbesiegbar, denn wenn jemand uns angreift, werden wir von anderen Staaten unterstützt. Die bodenlose Dummheit der Gojim-Völker, die auf ihrem Bäuchen zur Macht kriechen, aber erbarmungslos gegen Schwäche sind, schonungslos gegen Fehler und nachsichtig gegen Verbrechen, unwillig, die Widersprüche eines sozialen Systems zu tragen, aber geduldig unter dem Martyrium der Gewalt einer verwegenen Zwingherrschaft. ...

Oder aus Kapitel 7

(Betrifft : **"Aufrüstung"**)
Die **Vergrößerung der Rüstungen**, die Zunahme der Polizeikräfte - alles ist wesentlich für die Vollendung des erwähnten Planes. Was wir erreichen müssen, ist, daß in allen Staaten der Welt, außer dem unseren, nur die Massen des Proletariats und ein paar Millionäre, die unseren Zielen ergeben sind, Polizisten und Soldaten stellen.

In ganz Europa, und mittels der Beziehungen mit Europa auch in anderen Erdteilen **müssen wir Gärungen, Zwiespälte und Feindseligkeiten schaffen**. Damit gewinnen wir einen doppelten Vorteil. Zuerst halten wir alle Länder in Schach, denn sie wissen wohl, daß wir die Macht haben, wenn immer wir Unordnung hervorrufen oder die

Ordnung wieder-herstellen wollen. Alle diese Länder sind gewöhnt, in uns eine unausweichliche Zwangsmacht zu sehen. ...

(Betrifft : **"Kriege gegen Nachbarländer"**)

Wir müssen in der Lage sein, **jedem Widerstand durch Kriege mit den Nachbarn des Landes, das es wagt, uns zu trotzen, zu begegnen**. Wenn diese Nachbarn es jedoch auch wagen sollten, gegen uns zusammenzustehen, **dann müssen wir ihnen durch einen Weltkrieg Widerstand bieten.**

(Betrifft : **"Presse als achte Großmacht"**)

Die Hauptvoraussetzung für den Erfolg in der Politik ist die Geheimhaltung ihrer Unternehmungen : das Wort des Diplomaten sollte nicht mit seinen Handlungen übereinstimmen.
Wir müssen die Regierungen der Gojim zwingen, in der Richtung vorzugehen, die unseren weitgefaßten Plan begünstigt, der sich schon der gewünschten Vollendung nähert und **den wir als die öffentliche Meinung darstellen, die wir insgeheim durch die sogenannte "achte Großmacht", die Presse, erzeugt haben**. Mit wenigen Ausnahmen, die unberücksichtigt bleiben können, ist die Presse schon ganz in unseren Händen.

Mit einem Wort, um unser System, die Regierungen der Gojim in Europa in Schach zu halten, zusammenfassen : **wir werden einer von ihnen unsere Stärke durch Schreckensunternehmungen zeigen ...**

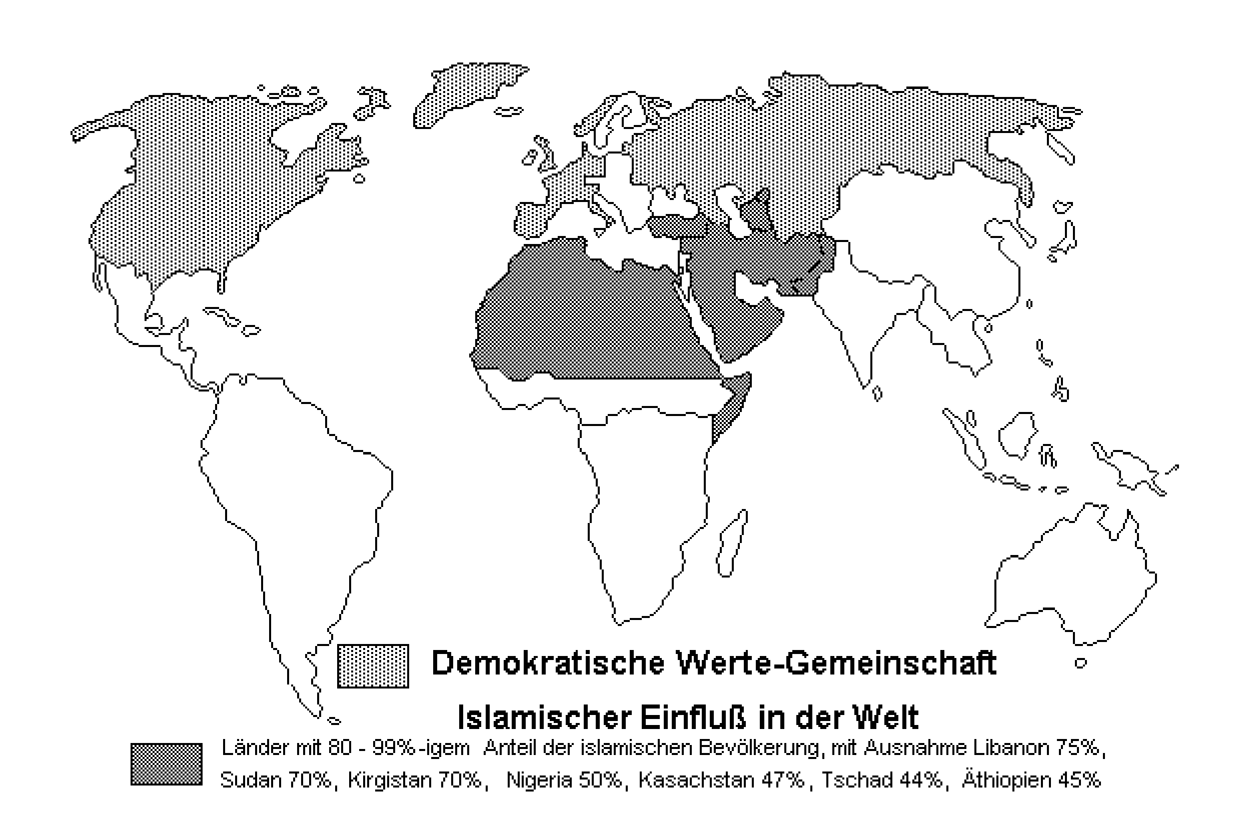
Trifft es zu, daß - wie der Irakische Vizepräsident Asis behauptet - der Präsident Clinton von einer „zionistischen Clique„ dominiert wird ? Diese müßten aber dazu die Kontrolle über die wichtigsten Ämter in seiner Regierung haben. - Prüfen wir !

Als Grundlage soll die Veröffentlichung in „Wahrheit und Recht„, Nr. 11 + 12, Seite 28/29 (siehe auch Schweizer Zeitung „MATTINO DELLA DOMENICA„) dienen, die die Besetzung hoher und höchster Posten durch Personen jüdischer Herkunft in der Clinton-Regierung dokumentiert

Außenministerium
Madeleine Albright, Außenministerin
Peter Tarnoff, Stel!vertretender Außenminister
James Rubin, Unterstaatssekretär im Außenministerium
Karen Alder, Direktor der Abt. Politik im Außenministerium
Stuart Eizenstat, Unterstaatssekretär für Europa
Nationale Sicherheitsrat
Samuel Berger, Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrates
Jim Steinberg, Vizevorsitzender des Nationalen Sicherheitsrates
Judith Feder, Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates
Samuel Lewis, Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates
Stanley Ross, Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates
Mark Penn, Asien-Experte im Sicherheitsrat
Präsidentenberater
Doug Sousnik, Berater des Präsidenten
Lanny Breuer, Sonderberater des Präsidenten
Lanny Davis, Sonderberater des Weißen Hauses
Joel Klein, Vizeberater des Weißen Hauses
Rahm Emanuel, Politischer Berater des Präsidenten
Robert Nash, Personalchef des Präsidenten
Jeff Eller, Sonderassistent des Präsidenten
Steve Kessler, Berater des Weißen Hauses
Jay Footlik, Sonderkontaktmann zur Jüdischen Gemeinschaft
Jane Sherburne, Anwältin des Präsidenten
Sidney Blumenthal, Sonderberater der Präsidentengattin
Susan Thomases, Chefadjutantin der Präsidentengattin
Stab
John Podesta, Stellvertretender Stabschef
Eli Segal, Stellvertretender Stabschef
Ron Klain, Stabschef des Vizepräsidenten
Verteidigung
William Cohen, Verteidigungsminister
Richard Holbrooke, NATO-Sonderbotschafter
Dan Schifter, Leiter des Friedens-Corps
CIA und FBI
George Tenet, CIA - Chef
Howard Shapiro, Allgemeiner Berater des FBI
Kathleen Koch, Chefin des FBI-Gleichberechtigungsbüros

Außer den vorangeführten Posten - die für unsere Prüfung unmittelbar von Interesse sind, gibt es noch **25 weitere**, im Erziehungswesen, Arznei- und Gesundheitswesen, Drogenpolitik, Nationalem Wirtschaftsrat usw. Ebenfalls sind **24 Botschafter der USA** jüdischer Herkunft.

Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, daß unter anderen (hier nur die bekanntesten genannt) folgende Personen jüdischer Herkunft in der "russischen" Regierung Jelzins in führenden Positionen vertreten sind : **Primakow, Tschubais, Liwschlitz, Urinson, Jasin**, **Kosyrew** und weitere. Allerdings wird deren Macht durch die mehrheitlich vertretene „Duma„ eingeschränkt.



Allem Anschein nach beruht die "Neue Weltordnung" eher auf einer Eroberungspolitik - jener Staaten mit vorwiegendem Einfluß von Personen jüdischer Abstammung auf Wirtschaft und Politik - im Sinne einer gewaltsamen Unterwerfung nicht "willfähriger" islamischer Völker - als auf dem Wunsch einer friedlichen Koexistenz.

Wie anders läßt sich eine "Aggression" eines nicht korrumpierbaren "Feindes" besser erreichen als durch wiederholte Provokationen - bis der sich dann eventuell durch einen "Gegenschlag" zu verteidigen sucht - was aber sofort als "Aggression und Bedrohung der freien,

demokratischen Welt" bezeichnet wird. Dies zieht natürlich den (auch militärischen Beistand) der (z.B. NATO-) Bündnis-Partner nach sich. (Vergl. NATO-Pakt). Dadurch soll vor der Geschichte dem "Anderen" die Schuld am Krieg angelastet werde. - Ein Vergleich mit der Terminologie des Beginns des Zweiten Weltkrieges erscheint interessant.

NATO Organisation des Nordatlantikvertrags

(Quelle : Fischer Almanach 97 Sp. 842f, Auszug)

Sitz (Generalsekretariat) : Brüssel

Gründung am 4.4.1949 in Washington Dc. durch 12 Staaten Westeuropas und Nordamerikas als Sicherheitsbündnis gleichberechtigter, nicht überstimmbarer Staaten. ...

Ziele/NATO-Vertrag: Stärkung der Sicherheit durch Zusammenarbeit auf politischem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet.

In Art. 5 vereinbaren die Vertragsparteien, daß ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als Angriff gegen sie alle angesehen wird, daß im Falle eines Angriffs jede von ihnen der Partei oder den Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschl. der Anwendung von Waffengewalt trifft, die sie für erforderlich erachtet.

Die Beistandspflicht greift gemäß Art. 6 "bei jedem bewaffneten Angriff auf das Gebiet eines dieser Staaten in Europa oder Nordamerika, **auf das Gebiet der Türkei** oder auf die der Gebietshoheit einer der Parteien unterliegenden Inseln im nordatlantischen Gebiet nördlich des Wendekreises des Krebses; auf die Streitkräfte, Schiffe oder Flugzeuge einer der Parteien, wenn sie sich in oder über diesen Gebieten oder irgendeinem anderen europäischen Gebiet, in dem eine der Parteien... eine Besatzung unterhält, oder wenn sie sich im Mittelmeer oder im nordatlantischen Gebiet nördlich des Wendekreises des Krebses befinden".

Mitglieder : (16). Belgien, Dänemark, Deutschland (seit 1955), Frankreich, Griechenland (seit 1952; 1974-79 ausgeschieden), Großbritannien, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Portugal, Spanien (seit 1982), Türkei (seit 1952) und die USA. - Frankreich und Spanien sind militärisch nicht integriert, Island besitzt keine Streitkräfte.



Neuerdings wird auch die Aufnahme der (ehemals als Feinde verteufelten Ostblock-) Länder Polen, Ungarn und Tschechien - und sogar Rußland - in das Militär-Bündnis der NATO forciert. Das „Warum„ wäre noch zu untersuchen.

24.10.1997 ORF1-Text S. 117 19 h 21
Kooperation NATO-Rußland
Die militärische und politische Zusammenarbeit zwischen der NATO und Rußland nimmt erste Formen an. - Die Botschafter Rußlands und der 16 Mitgliedsstaaten des westlichen Bündnisses einigten sich heute auf die Einsetzung einer Arbeitsgruppe zu gemeinsamen Friedensmissionen. Eine Arbeitsgruppe zu Fragen der Nuklearabrüstung werde geprüft, sagte ein NATO-Sprecher. - Die Allianz und Rußland einigten sich auch grundsätzlich auf die Eröffnung eines NATO-Dokumentationszentrums im nächsten Jahr in Rußland.

Das Kurdenproblem aus meiner Sicht

Die Ursache von Streitigkeiten zwischen Völkern oder ethnischen Gruppen ist fast ausschließlich in wirtschaftlichen Interessen zu suchen bzw. zu finden. - Es scheint daher zweckmäßig, sich mit den örtlichen Verhältnissen des umstrittenen Gebietes vertraut zu machen.

Die Begründungen des Anspruchs auf ein Gebiet sind sekundär - manchmal auch kurios (wie z.B. daß "Gott" den Israeliten das Land "verheißen" habe).

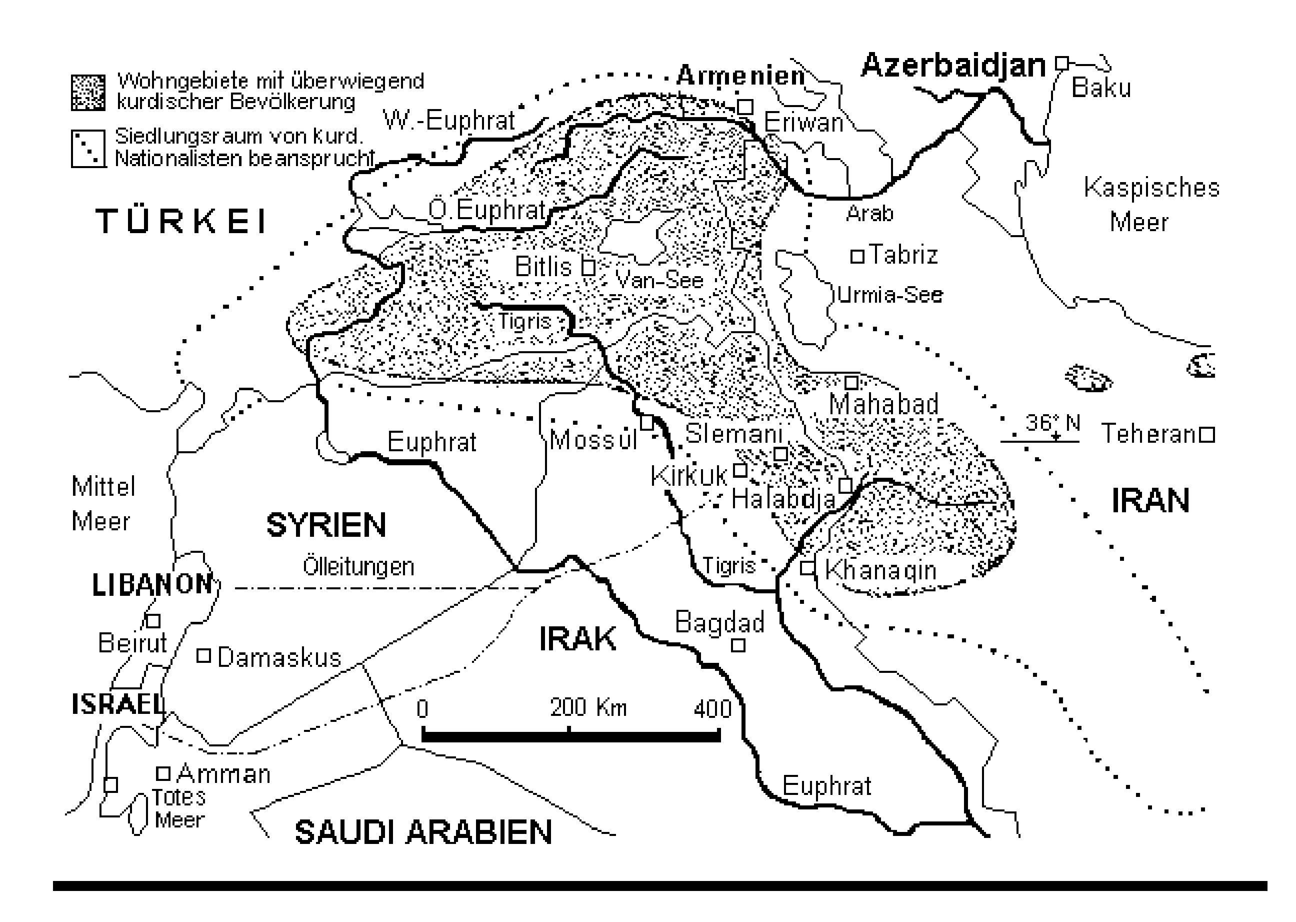
Faßt man die Fakten zusammen, ergibt sich, daß gerade jenes von Kurden vorwiegend besiedelte Gebiet das "strategisch wichtigste Gebiet" des gesamten Nahen Ostens ist. - Nicht nur reichliche Vorkommen an Erdöl und anderen Rohstoffen sind in dieser Region vorhanden, - sondern was für die Zukunft noch weit (lebens-) wichtiger ist - "WASSER".

Der Oberlauf und die Quellen des westlichen und des östlichen Euphrat - ebenso die des Tigris, - und der Van-See (Süßwassersee) liegen in dem der Türkei zugeordneten, überwiegend von Kurden bewohnten Gebieten.

Es ist einsichtlich, daß wer diesen Bereich beherrscht auch den Wasserhaushalt der Länder beherrscht, die auf dieses Wasser am Unterlauf angewiesen sind um überleben zu können. Es sind dies vor allem (die nicht willfährigen Staaten) IRAK und SYRIEN.

Gleiches gilt auch für das Quellgebiet und den Oberlauf des Arab-Flusses, der die Staaten AZERBAIDJAN , ARMENIEN und teilweise auch den IRAN betrifft. Der im IRAN liegende Urmia-See (Süßwasser) wird ebenfalls (allerdings nur als Siedlungsgebiet) von kurdischen Nationalisten beansprucht.

Würde dieses vorwiegend von Kurden bewohnte Gebiet einen Autonomie-Status erhalten, käme dies einer Aufgabe der Vormachtstellung (besonders der Türkei, der NATO und ihrer **Verbündeten**) im Bezug auf die Kontrolle des "Wassers" gleich. - Daher auch die unter Einsatz aller Mittel betriebene Unterdrückung aller Selbständigkeitsbestrebungen der Kurden.



Verständlich wird auch die Unterstützung der Türkei durch die (USA - beeinflußte) NATO, die dadurch strategisch ein effizientes Druckmittel gegen die vorgenannten Staaten hat.

Besonders in den Bereichen um Mossul und Kirkuk gibt es reiche Ölvorkommen. Schon während des letzten Weltkrieges bestand eine Ölleitung, die von Kirkuk aus über Hadita (Irak) - und von dort - geteilt - eine über Syrien in den Libanon nach Tripoli - und die andere über Jordanien nach (heute) Israel (Haifa) führte.

Der Irak hat vor dem 2. Golfkrieg die Autonomiebestrebungen der Kurden aus eigenen Interessen bekämpft und wurde dafür von der (so friedlichen USA-) UNO dafür mit einem Flugverbot bzw. der Errichtung einer **"Schutzzone"** für die **Kurden** belegt.

06.01.1999 NTV-Text S. 169 8 h 28

Schutzzonen in Irak

Nach dem Golfkrieg von 1991 haben die Siegermächte USA, Großbritannien und Frankreich den irakischen Luftraum eingeschränkt,

um die Aufstandsbewegungen gegen Saddam Hussein zu unterstützen. -

Diese Flugverbotszonen werden seitdem von Kampfflugzeugen der beteiligten Staaten überwacht, die in der Türkei, Saudi-Arabien und Kuwait stationiert sind. - Im April 1991 wurde ein Gebiet von 49.210 Quadratkilometern im Norden Iraks als Schutzgebiet für die dort lebenden Kurden deklariert. (**Frage** : vor wem ? - vor dem Irak, oder der Türkei ?)

Zugleich verboten die westlichen Siegerstaaten allen irakischen Flugzeugen die Benutzung des Luftraums nördlich des 36. Breitegrades. - Zum Schutz der schiitischen Opposition im Süden Iraks wurde 1992 auch dort eine Flugverbotszone eingerichtet.

Nach der Intervention irakischer Regierungstruppen in **innerkurdische** Kämpfe im **Norden** des Landes verfügte US-Präsident **Clinton 1996** eine Ausweitung dieser südlichen Zone bis zum 33. Breitengrad. Damit erstreckt sich diese Zone bis zu den südlichen Außenbezirken der Hauptstadt Bagdad.

(**Anm**.: Nach der gescheiterten und bekanntgewordenen CIA-Aktion - bezeichnet als „innerkurdische Kämpfe„ - im Kurdengebiet des IRAK wurde der jüdische CIA-Chef Deutch ab Jänner 1997 abgelöst.)

Ein Grund dafür, daß die irakische Staatsführung die türkischen Interventionen auf irakischem Gebiet fast widerspruchslos zuläßt, liegt sicher darin, daß einerseits die "westliche Staatengemeinschaft" zum Aggressor wird und andererseits die (nicht extremen) Kurden dadurch eher im Lager der arabischen Welt Zuflucht suchen. - Mit einfachen Worten - Saddam Hussein läßt kämpfen.

Während des Golfkrieges wurde der Irak mit Gütern aller Art über den Handel mit Jordanien versorgt. - Es erscheint sehr wahrscheinlich, daß Israel versucht über Jordanien an die Versorgung mit (irakischem) Erdöl heranzukommen (vgl. bestehende Pipeline). - Dies mag vielleicht als Spekulation angesehen werden - aber es ist logisch begründet.
Meldungen neueren Datums lassen einen Zusammenhang mit den verstärkten Aktivitäten bzw. Drohungen gegen Syrien durch den (**zuverlässigen ?**) NATO-Partner Türkei vermuten.

21.08.1998 3Sat-Text S. 122 2 h 38

Pipeline: Irak und Syrien haben die Öffnung einer vor 16 Jahren geschlossenen Pipeline vereinbart. Diese verbindet irakische Ölfelder mit syrischen Ölverladestationen am Mittelmeer. Syrien hatte die Leitung 1982 während des iranisch-irakischen Krieges geschlossen, weil es damals Iran unterstützte.

07.10.1998 NTV-Text S. 132 15 h 35
Türkei : Das Kabinett hat am Mittwoch beschlossen, **„jede Art abschreckender Maßnahmen„ gegen Syrien** zu ergreifen. Die Maßnahmen würden in die Tat umgesetzt, falls Syrien die separatistische Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) weiterhin unterstütze, sagte Ministerpräsident **Yilmaz.** Die Türkei verlangt zudem die Auslieferung von PKK-Führer Öcalan.

07.10.1998 ORF1-Text S. 129 15 h 38
Untersuchung gegen Yilmaz
Zum dritten Mal innerhalb eines halben Jahres hat das Parlament die Einleitung einer parlamentarischen Untersuchung gegen Ministerpräsident Yilmaz beschlossen. Ihm wird vorgeworfen, staatlichen Landbesitz illegal an eine private Firma übertragen zu haben. **Gegen Yilmaz wird bereits in zwei Fällen von Korruption ermittelt**. - Das Parlament entschied sich weiters für Ermittlungen gegen die **ehemalige Ministerpräsidentin Ciller wegen Steuerhinterziehung** während ihrer Amtszeit.

Zur Entwicklung der Irak-Krise einige Teletext-Meldungen zur Erinnerung:

Provokationen des Irak durch den NATO-Partner Türkei bzw. USA ?

24.09.1997 Euro-News Teletext S. 133 4 h 09
Seemanöver Türkei/Israel/USA verschoben
Ein ab Mitte November geplantes gemeinsames Seemanöver der Türkei, Israels und der USA ist auf Verlangen Israels verschoben worden. Das Manöver werde im Januar abgehalten, teilte ein Sprecher der US-Marine mit. - Das Manöver sollte vom 16. bis 20. November in internationalen Gewässern vor der israelischen Küste stattfinden und der Einübung von Rettungs- und Suchaktionen dienen. - Israel und die Türkei hatten im Februar 1996 ein Militärabkommen geschlossen, in dem gemeinsame Seemanöver vereinbart worden waren. Die arabischen Staaten - allen voran Syrien, Ägypten und der Irak - hatten dagegen Bedenken erhoben.

25.09.1997 Euro-News Teletext S. 126 19 h 40

PKK-Lager in Nordirak bombardiert

Die türkische Luftwaffe hat mutmaßliche Lager der (Anm.: in der Türkei) verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans, PKK in Nordirak bombardiert. Nach Angaben aus Sicherheitskreisen hat die türkische Armee auch einen Grenzabschnitt zwischen Nordirak und Syrien abgeriegelt. Damit soll das Eindringen von PKK-Rebellen aus Syrien verhindert werden. - Am Vortag war bekannt geworden, daß etwa 15.000 türkische Soldaten mit mehr als 100 Panzern in den Norden Iraks einmarschiert sind, um gegen die PKK vorzugehen. - Das irakische Aussenministerium hat unterdessen den sofortigen Rückzug der türkischen Truppen gefordert.

26.09.1997 Euro-News Teletext S. 133 20 h 00

Türkische Truppen dringen weiter vor

Im Kampf gegen die Kurdische Arbeiterpartei PKK sind die in Irak einmarschierten türkischen Truppen bis zu 50 Km weit ins Landesinnere vorgedrungen. Die Truppen seien in der irakisch-kurdischen Provinz-hauptstadt Dohuk eingerückt und kontrollierten die Paßstraße zwischen Dohuk und Zacho, berichteten die örtlichen Grenzbehörden. - Über die Anzahl der Todesopfer und Verletzte liegen keine verläßlichen Angaben vor, da die türkische Armee die Grenze zu Irak für Journalisten gesperrt hat. - Irak hat der Türkei mittlerweile mit Vergeltung gedroht. Die Regierung dürfe den Einmarsch nicht tolerieren, hieß es in der Regierungszeitung "El Irak"

27.09.1997 Euro-News Teletext S. 134 3 h 02

USA und Rußland für weitere Abrüstung

Der russische Außenminister Jewgeni **Primakow** und seine US-Amtskollegin Madleine **Albright** haben in New York eine Reihe von Abrüstungsverträgen unterzeichnet. Damit solle es vor allem dem russischen Parlament leichter gemacht werden, den Abrüstungsvertrag Start-2 zu ratifizieren, sagte Albright. - Zudem sollen die Abkommen dazu beitragen, die beträchtlichen Atomwaffenbestände beider Staaten abzubauen. Zuvor hatte in New York ein erstes Treffen des **Nato-Rußland-Rats** stattgefunden. Sowohl **Primakow** als auch Nato-Generalsekretär Javier Solana vertreten es als großen "Erfolg". Auch **Albright** äußerte sich sehr zufrieden.

04.10.1997 Euro-News Teletext S. 124 9 h 19

Neue Krise um Irak ?
Syrien und Iran haben nach türkischen Angaben Truppen nahe dem Kurdengebiet im Norden Iraks zusammengezogen, in dem die türkische Armee vor knapp zwei Wochen eine Offensive gegen kurdische Rebellen begonnen hat. - Ein türkischer Militärvertreter sagte, in beiden Ländern seien Bewegungen zumeist gepanzerter Einheiten beobachtet worden. Allerdings sollte die Lage nicht überbewertet werden. - Inzwischen hat das US-Verteidigungsministerium den Flugzeugträger "Nimitz" früher als geplant an den Persischen Golf entsandt. Es reagiert damit auf Verletzungen der Flugverbotszone über dem Süden Iraks durch **Iran**.

12.10.1997 ORF1-Text S. 123 14.00 h
797 Kurden im Nordirak getötet
Die türkische Armee hat nach eigenen Angaben bei ihrer letzten Großoffensive im Nordirak 797 kurdische Rebellen getötet. - Erstmals machte die Armee auch Angaben zu den eigenen Verlusten. Demnach wurden seit Beginn der Offensive vor drei Wochen elf türkische Soldaten und 35 Mitglieder der verbündeten Demokratischen Partei Kurdistans (KDP) getötet. - Am 23. September waren rund 20.000 Soldaten der türkischen Armee in den Nordirak eingerückt, um gegen **vermeintliche** PKK-Kämpfer vorzugehen. Es war seit 1992 die dritte militärische Großoperation auf irakischem Territorium.

13.10.1997 3-Sat-Text S. 108 0 h 33
US-Flugzeugträger im Golf eingetroffen
Wenige Tage vor einer Entscheidung des UNO-Sicherheitsrates über mögliche neue Sanktionen gegen Irak haben die USA ihren Druck auf Bagdad erhöht. Nach US-Angaben traf der US-Flugzeugträger "Nimitz" mit sechs Begleitschiffen im südlichen Persischen Golf ein. - Nach Angaben Washingtons haben sowohl irakische wie iranische Flugzeuge beim jüngsten Angriff Irans auf Stellungen der Volksmudschaheddin die Flugverbotszone im Süden Iraks verletzt. Deshalb wurden die US-Schiffe schneller als vorgesehen in den Golf versetzt. - Die **USA** und **GB** sind für eine härtere, Rußland, China und Frankreich für eine nachgiebigere Haltung gegenüber Irak.

17.10.1997 Euro-News-Text S. 124 4 h 21
Irak droht den vereinten Nationen
Irak hat der UNO mit einer Aufkündigung der Zusammenarbeit und einem Ende der Waffen-inspektionen gedroht, falls der Weltsicherheitsrat neue Sanktionen gegen Bagdad verhängen sollte. Eine UNO-Entscheidung soll nächste Woche fallen. - Eine Aufkündigung

könnte dazu führen, daß der Irak die Flugverbotszonen nicht respektiert und sich aus dem Lebensmittel-für-Öl-Programm zurückzieht. Der Sicherheitsrat beriet am Donnerstag über einen Bericht von UNO-Inspektor Richard Butler, in dem Bagdad mangelnde Kooperation vorgeworfen wird. Irak wird unter anderem beschuldigt, die Offenlegung von Einzelheiten zu verbotenen Rüstungsprogrammen zu verweigern.

22.10.1997 MDR-Teletext S. 127 16 h 50
Ankara : Die Türkei hat im Nordirak eine **Sicherheitszone** eingerichtet. Wie die Tageszeitung "Hürriyet" berichtet, sollen damit Übergriffe von PKK-Rebellen auf türkisches Gebiet verhindert werden. Demnach wurden rund 8.000 Soldaten auf irakischem Gebiet der Grenze entlang stationiert.

(**Frage** : Eine **"Sicherheitszone in einem Nachbarland"** wie die Israels im Libanon und jetzt im Irak durch den NATO-Partner Türkei einzurichten ist eine klare **aggressive Völkerrechtsverletzung**.

Wenn nicht, wäre doch auch die Schaffung einer "Sicherheitszone" - die ehemaligen deutschen Gebiete in Polen - durch die deutsche Regierung 1939 eine legale Handlung - und nicht ein "kriegsaus-lösender" Überfall gewesen ?)

23.10.1997 ORF1-Text S. 117 9 h 41
Strenge Sanktionen gegen den Irak
Der UNO-Sicherheitsrat hat sich in New York auf einen Resolutionsentwurf über strengere Sanktionen gegen den Irak geeinigt. - Demnach sollen offizielle Vertreter des Irak mit einem Reise- und Transitverbot belegt werden, wenn sie sich an der Abrüstungskontrolle durch UNO-Inspektoren beteiligt haben. - Die UNO wird eine Liste der irakischen Beamten aufstellen, die seit Juni die Abrüstungsbemühungen blockiert haben. Über den Entwurf soll heute abgestimmt werden.

28.10.1997 Euro-News-Text S 128 4 h 14
Irakische Drohung als Fehler bezeichnet
Bagdad würde nach UNO-Ansicht einen schweren Fehler machen, wenn es die Zusammenarbeit mit der UNO aussetzen würde. Dies erklärte der Vorsitzende der UNO-Abrüstungskommission für Irak, Richard Butler.
Butler reagierte damit auf eine Empfehlung des irakischen Parlaments an Staatschef Saddam Hussein, die Zusammenarbeit mit der Unscom einzustellen. Erst wenn der Irak die Zusicherung erhalte, daß das UNO-Embargo zu einem "präzisen" Zeitpunkt und rasch aufgehoben werde, solle die Zusammenarbeit mit der UNO wieder aufgenommen werden. -

Auch die USA warnten Irak davor, die Zusammenarbeit mit der UNO einzustellen.

30.10.1997 Euro-News-Text S 128 6 h 34
UNO-Sicherheitsrat warnt Irak
Der Weltsicherheitsrat hat Iraks Entscheidung, alle US-Waffen-inspektoren auszuweisen, verurteilt. Wenn Irak an der Haltung festhalte, werde das ernsthafte Konsequenzen haben, hieß es. - Zuvor hatte Irak die zehn Amerikaner der rund 100 Mitglieder zählenden UNO-Waffen-Beobachtungsgruppe Unscom aufgefordert, das Land bis nächsten Donnerstag zu verlassen.
Die UNO setzte daraufhin die Inspektion der Rüstungsanlagen in Irak aus. - Irak **reagierte** mit seiner Entscheidung auf die Drohung des UNO-Sicherheitsrates, weitere Sanktionen gegen Irak zu verhängen, falls es nicht mit der UNO-Kommission zusammenarbeite.

31.10.1997 Euro-News-Text S 123 4 h 19
Militärschlag nicht mehr ausgeschlossen
Nach der Ankündigung Iraks, alle US-Abrüstungsinspektoren auszu-weisen, schließen Großbritannien, Frankreich und die USA eine militärische Reaktion nicht grundsätzlich aus. - Die US-Regierung verwies auf "eine Reihe von Möglichkeiten", um Bagdad zum Einlenken zu bewegen.
Auch der UNO-Sicherheitsrat drohte Irak mit "ernsten Konsequenzen". Sogar Rußland bezeichnete die Ausweisung als inakzeptabel. - Irak will jedoch an dem Ausweisungsbeschluß festhalten. Parlamentspräsident Saadun Hammadi erklärte in Bagdad, sein Land werde sich "mit allen Mitteln" für die Wiedererlangung seiner Rechte einsetzen.

16.11.1997 Ntv-Text S. 133 5 h 01
Irak : USA und Großbritannien bereiten sich weiterhin auf einen Militärschlag vor. Man halte sich eine **Bombardierung** als Option vor, falls Saddam Hussein die UN-Auflagen nicht erfüllen sollte, sagte US-Verteidigungsminister **Cohen**. Die USA entsandten einen zweiten Flug-zeugträger in den Persischen Golf. (**Anm**.: **Ohne** Auftrag der UNO !)

Bern : US-Außenministerin **Albright** hat Irak aufgefordert, sich dem Willen der **UNO** zu beugen. Drohungen könnten nicht die Antwort sein, sagte sie zu der Aufforderung einer irakischen Zeitung, amerikanische und britische Einrichtungen im Nahen Osten anzugreifen.

18.11.1997 3-Sat-Text S. 108 17 h 07
Aufklärungsflüge über Irak fortgesetzt

Ohne Zwischenfall haben die USA ihre Aufklärungsflüge über Irak fortgesetzt. Ein Höhenaufklärer vom Typ U-2 habe den Flug absolviert, teilte das Verteidigungsministerium in Washington mit. Er habe ungeachtet der Abschußandrohungen Iraks seinen Auftrag für die UNO-Abrüstungskommission Unscom erfüllt. - Nach US-Angaben war es der zweite Flug einer U-2 über Irak in acht Tagen. Er wurde, wie schon derjenige vor einer Woche von der Führung Iraks verurteilt. - Die irakische Nachrichtenagentur INA meldete, das Flugzeug sei südlich des 32. Breitegrades geflogen und damit außerhalb der Reichweite irakischer Luftabwehr geflogen.

18.11.1997 3-Sat-Text S. 109 17 h 18
Irak-Krise : Asis spricht mit Primakow
Der stellvertretende Ministerpräsident von Irak, Tarik Asis, ist in Moskau mit dem russischen Außenminister Jewgeni **Primakow** zusammengetroffen. Dies meldete Interfax unter Berufung auf die irakische Botschaft in Moskau.
Wie es hieß, hält sich Asis zu einem eintägigen Arbeitsbesuch in Moskau auf. Er wolle Klarheit über die Haltung Moskaus in dem Konflikt erhalten. - Im Konflikt mit der UNO um Abrüstungsinspektionen hatte **Asis** vorgeschlagen, eine aus allen fünf ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats gebildete Kommission ins Land zu lassen. Dies wurde im Westen vielfach als Zeichen für Kompromiß-Bereitschaft gewertet.

25.11.1997 3-Sat-Text S. 102 5 h 54
Irak : Clinton gegen Zutrittsbeschränkungen
US-Präsident Bill **Clinton** hat für die UNO-Rüstungsinspektoren in Irak uneingeschränkten Zugang zu allen Anlagen gefordert. Er wies die irakische Einschränkung zurück, daß keine Paläste des irakischen Staatschefs Saddam Hussein kontrolliert werden dürften. Dies verunmögliche es, in angemessener Art und Weise nach chemischen und biologischen Waffen zu suchen.

Frankreichs Regierung erinnerte demgegenüber an eine frühere Zusage an Hussein, seine Paläste nicht zu überprüfen.

Am Montag hatten die UNO-Teams zwar die Kontrollen ohne Behinderungen vornehmen können, doch der Zugang zu Husseins Palästen war ihnen verwehrt worden.

(**Anm**.: Hussein könnte im Nachtkastl die fürchterlichsten chemischen Waffen versteckt halten, oder in seiner Küche biologische Waffen züchten, um damit die Welt zu bedrohen, oder zu verseuchen, bzw. die

Wehrkraft der friedlichen demokratischen Armeen zersetzen. - Außerdem weigert er sich, seinen privaten Luftschutzbunker durch USA-Kontrollore besichtigen - und mit **GPS** die Koordinaten feststellen zu lassen ! - Ein eindeutiger Kriegsgrund zur **Bombardierung der Bevölkerung Iraks ?**)

26.11.1997 3-Sat-Text S. 106 5 h 37
Bagdad reicht den USA Drohung zurück
Im Konflikt um Rüstungskontrollen hat Irak die Waffeninspektoren der UNO mit scharfen Worten vor einem Eindringen in die Präsidentenpaläste Saddam Husseins gewarnt. Sollten die UNO-Kontrolleure es wagen, eines der Gelände aufzusuchen, werde man sie hinauswerfen.

Irak würde sogar einen Angriff der US-Luftwaffe in Kauf nehmen, sagte Iraks Außenminister Mohammed Saeed el Sahaf. - Laut el Sahaf würde ein Eindringen in die Paläste einer Kriegserklärung gleichkommen.
Die USA hatten Irak **zuvor** mit einem Militärangriff gedroht, sollte der Golfstaat keine uneingeschränkten Rüstungsinspektionen zulassen.

09.12.1997 RTL-Text S. 131 7 h 16
Vertiefte Zusammenarbeit vereinbart
Die **Türkei** und **Israel** wollen ihre militärische Zusammenarbeit vertiefen. Der türkische Verteidigungsminister Sezgin und sein israelischer Amtskollege Mordechai sagten vor ihren Gesprächen in Ankara, die türkisch-israelische Kooperation sei "gegen keinen dritten Staat gerichtet". - Mordechai, der seit Montag der Türkei einen dreitägigen Besuch abstattet, **ist der erste Verteidigungsminister Israels in dem islamischen NATO-Land**.

11.12.1997 NTV-Text S. 135 10 h 18
Teheran : Der türkische Staatspräsident Demirel verläßt die Islamische Weltkonferenz (OIC) vorzeitig. Das teilte das Präsidialamt in Ankara mit. Grund sei die zunehmende Kritik an der Türkei wegen der militärischen Zusammenarbeit mit Israel. Demirel sagte, die Kooperation sei gegen **niemanden** gerichtet.

Hintergrund S. 166 : Gipfel der islamischen Konferenz
Die Organisation der islamischen Konferenz (OIC) wurde 1971 in Saudi-Arabien gegründet. Das bis Donnerstag in Teheran stattfindende Treffen ist der achte Vollgipfel der OIC. - Die Organisation repräsentiert 1,2 Mrd. Menschen überwiegend moslemischen Glaubens. Ihr Hauptziel ist es, die Solidarität unter den islamischen Ländern zu fördern. - Bei der

Eröffnung sagte der geistige Führer des Iran, Chamenei, es sei für den Islam an der Zeit, seine passive Haltung in eine aktive umzuwandeln.

15.12.1997 3Sat-Text S. 116 1 h 49
Chatami : Dialog mit US-Bevölkerung
Der iranische Präsident Mohammad Chatami hat die Hoffnung geäußert, mit der **Bevölkerung** der USA einen Dialog aufnehmen zu können. Anläßlich einer Pressekonferenz in Teheran sagte er, er hoffe auf baldige Fortschritte.
Der Prozeß werde allerdings von **US-Politikern** aufgehalten, die hinter der Zeit zurückgeblieben seien. Das sei das große Problem. In seiner Rede sprach Chatami dagegen verschiedentlich vom "großen Volk von Amerika".
Die USA kündigten für Montag eine Antwort auf das überraschende Angebot an. Zuvor hatte es in Washington allerdings geheißen, man sei an "Taten, nicht an Worten" interessiert.

15.12.1997 3Sat-Text S. 116 1 h 57
Irak bietet Rüstungsinformationen an
Irak hat nach UNO-Angaben Informationen über seine Rüstung angeboten. Das gelte für Waffen mit biologischen und chemischen Kampfstoffen, sagte der Leiter der UNO-Abrüstungskommission Unscom, Richard Butler, in Bagdad. - Er erwarte den Bericht mit "Ungeduld" und er hoffe, daß die Informationen etwas taugten, sagte Butler weiter. Die Diskussionen seien nun in einem "entscheidenden Stadium".
Der UNO-Sicherheitsrat fordert in einer 1991 nach Ende des Golfkriegs verabschiedeten Resolution, daß der Irak sämtliche A-, B- und C-Waffen sowie Raketen mit einer Reichweite von über 150 Kilometern vernichtet.

(**Anm.**: Nach 7 jähriger Suche und Kontrolle wurden zwar solche Waffen im Irak nicht gefunden, - aber die "Aushungerung" der Bevölkerung - die wohl von sich aus Saddam Hussein stürzen sollte, - wurde auf Antrag der "humanen" USA-Regierung nicht aufgehoben.)

19.12.1997 NTV-Text S. 135 2 h 02
New York : Die Fronten im Konflikt zwischen Irak und UN um die Arbeit der UN-Waffeninspektoren bleiben verhärtet. Nach einem Bericht des Chef der UN-Sonderkommission für die Waffenkontrolle, Butler, lehnt Bagdad weiter die Kontrolle der Präsidialgebäude ab.

21.12.1997 3Sat-Text S. 111 1 h 32
Irak : Scharfe Töne gegen UNO und USA

Bagdad will nicht "tatenlos zusehen", falls die USA das Embargo gegen Irak im UNO-Sicherheitsrat weiterhin aufrechterhalten wollen. Dies meldete die amtliche irakische Agentur INA unter Berufung auf einen offiziellen Regierungssprecher.

Dieser kritisierte "das Spiel der USA, um Zeit zu gewinnen", um die Embargofrage immer weiter hinauszuschieben. Iraks stellvertretender Ministerpräsident Tarek Asis hatte zuvor dem Chef der UNO-Abrüstungskonferenz Unscom, Richard **Butler**, mangelnde Objektivität vorgeworfen. **Butlers Aussagen seien ein Vorwand, um eine US-Verschwörung zur Eskalation am Golf fortzusetzen**.

21.12.1997 NTV-Text S. 135 2 h 06
Irak : Der Weltsicherheitsrat hat seine Entscheidung über mögliche Konsequenzen gegen Irak verschoben. Das UN-Gremium war trotz zweitägiger Beratungen nicht zu einer Übereinstimmung gekommen und will Montag eine Erklärung abgeben.

22.12.1997 3Sat-Text S. 109 6 h 28
USA bekräftigt Militäroption gegen Irak
Führende Vertreter der US-Regierung haben einen Militärschlag gegen Irak nicht ausgeschlossen. Damit soll den UNO-Rüstungskontrolleuren der Zutritt zu den Residenzen von Präsident Saddam Hussein erzwungen werden.

US-Verteidigungsminister William **Cohen** sagte im US-Fernsehen CBS, Präsident **Bill Clinton** ziehe alle Optionen in Betracht. Auch UNO-Botschafter Bill Richardson erklärte auf NBC, die **bisherigen UNO-Resolutionen zu Irak böten genügend Gründe für einen Militärschlag**. Cohen und Richardson stimmten überein, daß Clinton alle diplomatischen Möglichkeiten ausschöpfen wolle, um Irak zur Rüstungskontrolle zu bewegen.

23.12.1997 SAT3-Text S. 113 11 h 53
Irak : USA erpressen UNO-Sicherheitsrat
Irak hat die Forderung der UNO kritisiert, wonach der Golfstaat den UNO-Waffenkontrolleuren ungehinderten Zugang zu allen Anlagen gewähren muß. Die Erklärung des UNO-Sicherheitsrates zeige aufs neue**, wie die USA dieses Gremium erpreßten**. - Das sagte der stellvertretende Ministerpräsident Tarek Asis laut der amtlichen Nachrichtenagentur INA. Asis habe den UNO-Sicherheitsrat aufgefordert, die Sanktionen gegen Irak sofort aufzuheben. - Der Sicherheitsrat hatte am Montag erklärt, Irak verletze UNO-Resolutionen,

weil es UNO-Kontrolleuren den Zutritt zu den **Präsidenten-Palästen** verweigere.

07.01.1998 ORF1-Text S. 129 15 h 29
Militärmanöver im Mittelmeer
Begleitet von massiven Protesten mehrerer Staaten haben heute **Israel**, die **Türkei** und die **USA** gemeinsame Manöver im östlichen Mittelmeer begonnen. - Zahlreiche arabische Regierungen sowie der Iran, Griechenland und Rußland kritisieren die Manöver. Syrien und Ägypten sprachen von einer Bedrohung ihrer nationalen Sicherheitsinteressen. - Die Marinesprecher der drei beteiligten Länder erklärten, die zwölfstündigen Übungen mit der Bezeichnung "Verläßliche Meerjungfrau" dienten **ausschließlich friedlichen** Zwecken. Geplant sei eine gemein-same Seenotübung. (**Anm**.: Vgl. auch 24.09.1997)

(**Anm**.: **Frage** : Ist das eine Provokation der islamischen Staaten im Namen der "friedliebenden demokratischen Staaten" im Namen der ebenso friedliebenden UNO - oder der Vorabend eines 3. Weltkrieges. Diesmal gegen die islamischen - nicht "willfährigen" Öl-Staaten ?)

16.01.1998 Euro-News - Teletext S. 123 18 h 15
Türkei : Wohlfahrtspartei verboten
Das türkische Verfassungsgericht hat die islamische Wohlfahrtspartei RP des früheren Ministerpräsidenten Necmettin Erbakan verboten. - Der vorsitzende Richter Ahmet Necdet Sezer teilte mit, das Parteiverbot sei mit einem Verstoß der RP gegen das Verfassungsgebot der Trennung von Religion und Staat begründet worden. Erbakan wurde zugleich für fünf Jahre jede politische Führungstätigkeit untersagt. - Der türkische Generalstaatsanwalt hatte die Wohlfahrtspartei im Mai wegen Verfassungsbruchs angeklagt. Die **Wohlfahrtspartei stellt die größte Fraktion im Parlament.**

(**Anm**.: Das ist wahre Demokratie ! - Nicht "willfährige" Parteien, - das sind die islamischen - werden durch opportune (korrupte?) Richter verboten. Die Annullierung der "demokratischen" Wahlen in Algerien, - weil die Islamisten damals mit überwältigender Mehrheit gewonnen haben, - ist eine weitere "demokratische" Handlung, die dann den "Islamischen" Widerstand durch Terror auslöste. - Vgl. den Anteil der Bevölkerung mit islamischen Glaubens-Religionen)

16.01.1998 NTV - Teletext S. 133 18 h 35
Irak : Das umstrittene UN-Abrüstungsteam unter Leitung des Amerikaners Ritter hat am Freitag das Land verlassen. Das teilte das

UN-Büro in Bagdad mit. Die Regierung in Bagdad wirft Ritter Spionage für die USA vor. Zugleich erneuerte Bagdad seine Gesprächsbereitschaft an die USA, damit die Arbeit der Abrüstungskommission fortgesetzt werde.

16.01.1998 NTV - Teletext S. 133 18 h 40
Irak : Vor dem Hintergrund jüngster Spannungen mit Irak hat Großbritannien am Freitag einen Flugzeugträger in die Golfregion beordert. Aus London hieß es, die Vereinten Nationen müßten ihre Autorität aufrechterhalten.

17.01.1998 ORF1-Text S. 127 18 h 48
Saddam Hussein droht UNO
Iraks Diktator Saddam Hussein hat damit gedroht, die Zusammenarbeit mit den UNO-Waffeninspektoren völlig aufzukündigen, sollten die Sanktionen nicht bald aufgehoben werden. Gleichzeitig warnte er die USA vor einem Militärschlag.

Saddam Hussein sei eine **"Bedrohung für die Weltgemeinschaft"** - so reagierte der UNO-Botschafter der USA, Richardson, auf die jüngsten Drohungen. Bagdad müsse alle UNO-Forderungen **bedingungslos** erfüllen. Großbritannien machte klar, daß es einen neuen Einsatz militärischer Gewalt gegen den Irak nicht mehr ausschließt.

19.01.1998 ORF1-Text S. 127 6 h 25
USA verhärten Haltung gegenüber Irak
Die USA haben offenbar ihre Haltung gegenüber dem Irak verhärtet. Der Irak müsse nicht nur Waffeninspektionen auf seinem Territorium zulassen, sondern auch eine Verpflichtung zur Erhaltung des Friedens eingehen, hieß es von **US-Politikern**. Erst dann könnten die Wirtschaftssanktionen aufgehoben werden.

Der Sicherheitsberater des Weißen Hauses, **Berger**, sagte, die **USA** seien zu **einseitigen Militäraktionen** gegen den Irak bereit, sollte es notwendig sein. Republikaner-Politiker sprachen sich für "vernichtende" Schläge gegen den Irak aus. Es sei die Zeit für ein Ultimatum an Saddam Hussein gekommen.

19.01.1998 ORF1-Text S. 129 19 h 55
US-Kampfbomber für Israel
Die Luftwaffe in Israel hat heute die ersten 2 von 25 bestellten Kampfbombern aus den USA bekommen. Die F-151-Bomber gelten zur

Zeit als die modernsten Kampfflugzeuge der Welt. Sie können auf einem **Radius von 4.500 Kilometern 11 t Kampfmittel** mit sich führen.
Die Luftwaffe hat jetzt die Möglichkeit, jedes Ziel im Nahen Osten zu erreichen und ohne Auftanken zurückzufliegen. Eine Maschine kostet 1Mrd.S - Der Kauf sei eine Antwort auf die Bedrohung des Landes durch den Iran und den Irak, so der Verteidigungsminister.

(**Frage** : Könnte Israel im Besitz diese Bomber nicht nur die Städte im Iran und Irak, sondern auch **Wien** (2.400 Km), **Zürich** (2.800 Km), Rom (2.300 Km), **Berlin** (2.900 Km), usw., z.B. mit Atom- oder biologischen Waffen bombardieren - oder zumindest, im Falle eines (provozierten ?) Weltkrieges erpressen ?, **vgl**. : Betrifft : "Kriege gegen Nachbarländer - Weltkrieg" der "Protokolle", Kap. 7)

22.01.1998 ORF1-Text S. 128 1 h 47
Sexaffäre : Druck auf Clinton wächst
Die Möglichkeit eines Amtsenthebungsverfahrens gegen US-Präsident Clinton hat ein führender Vertreter des Repräsentantenhauses zur Sprache gebracht.

Sollte Clinton tatsächlich eine ehemalige Praktikantin zu einem Meineid in der Affäre Paula Jones genötigt haben, könnte der Kongreß ein solches Verfahren einleiten, sagte Henry Hyde, Vorsitzender des Justizausschusses.

Clinton soll die Praktikantin veranlaßt haben, ein früheres Verhältnis mit ihm in einer eidesstattlichen Erklärung gegenüber den Jones-Anwälten zu leugnen. Clinton weist dies vehement zurück.

(**Frage** : **Ein erpressbarer Präsident als der „Hüter der Moral„, der „demokratischen Werte„, der „Entscheidungs-Verantwortliche der USA über Krieg und Frieden„, als "Chef" der USA-Regierung** (vgl. wer sind diese Personen!), **als „Verantwortlicher für Embargo-Maßnahmen gegen sich nicht unterwerfende Staaten„**, (und dadurch verantwortlich für den Tod unzähliger Kinder), „**Befugter, Gelder und Konten mißliebiger Staaten per Gesetz einfrieren zu lassen„**, usw. ?)

28.01.1998 NTV-Text S. 126 2 h 54
Cohen reist in den Nahen Osten
Nach dem wochenlangen Streit zwischen der UNO und Irak bereiten sich die **USA** offenbar auf einen Militäreinsatz vor. Die Zeit für eine diplomatische Lösung laufe ab, hieß es in US-Regierungskreisen.

Außenministerin **Albright** reist am Mittwoch nach Europa, um sich mit den Alliierten in Paris und London abzustimmen.

(**Anm**.: Nicht mit der **UNO**, sondern mit den **Alliierten** wird abgestimmt!)

28.01.1998 ORF1-Text S. 128 2 h 48
Militärschlag gegen den Irak ?
US-Außenministerin **Albright** reist morgen nach Europa, um um Unterstützung für einen eventuellen Militärschlag gegen den Irak zu **werben**. - Großbritannien befürwortet ebenso wie Washington eine harte Linie. **Rußland und China lehnen einen Militärschlag ab.**

Bagdad hat unterdessen dem Chef der UNO-Kommission für die Abrüstung des Iraks, Butler, Kriegshetze vorgeworfen. Bagdad reagierte damit auf ein Interview Butlers, in dem dieser behauptet hatte, der Irak besitze genug biologische Waffen, um alle Einwohner von Tel Aviv auszurotten.

29.01.1998 3Sat-Text S. 107 6 h 08
Einschätzungen des CIA zu Iraks Waffen
Irak ist nach Einschätzung des US-Geheimdienstes **CIA** in der Lage, seine Programme zur Herstellung biologischer Waffen binnen weniger Wochen neu zu starten. Sollten die UNO-Inspektionen enden, könnte Irak auch seine Projekte zur Produktion innert eines halben Jahres wiederaufnehmen, sagte CIA-Direktor **Tenet** in Washington.

Zuvor hatte US-Außenministerin **Albright** bekräftigt, daß die USA auch **ohne** internationale Unterstützung zu einem Militärschlag bereit wären, um Irak ein für alle mal an der Produktion von Massenvernichtungswaffen zu hindern. Während Großbritannien die US-Haltung unterstützt, sind Frankreich und Rußland gegen ein militärisches Vorgehen.

(**Anm**.: Ein Argument ! das gegen jeden "mißliebigen" Staat verwendet werden könnte, - mit Ausnahme USA und damit Israel, denn die besitzen diese Waffen ja schon - vgl. auch die Meldung vom 26.11.1997 3-Sat-Text S.113, 5 h 47 Weltweite Bedrohung durch ABC-Waffen)

31.01.1998 ORF1-Text S. 101 16 h 20
Irak : "Entscheidung rückt näher"
Die USA und Großbritannien haben heute den Druck auf Irak verstärkt. - Es habe den Anschein, als führe Diplomatie nicht weiter, sagte US-Außenministerin **Albright** nach einem Treffen in London mit dem

britischen Außenminister Cook. Eine Entscheidung rücke immer näher, sagte **Albright**. Rußland, das eine politische Lösung fordert, beorderte erneut einen Vermittler nach Bagdad. Auch UN-Generalsekretär Annan plädierte für eine diplomatische Lösung. **Die USA wollen notfalls auch ohne UN-Billigung angreifen.**

(**Anm**.: Also ist klar, daß sich die (jüdisch dominierte) USA-Regierung, nicht mehr hinter der "Völkergemeinschaft der UNO" versteckt, sondern im Alleingang einen "Angriffskrieg" gegen den (islamischen Staat) Irak beginnen will.)

Was der USA-Regierung als Grund für einen "Militärschlag" ausreicht, ist in der nachstehenden Meldung unmißverständlich zusammengefaßt :

09.02.1998 3Sat-Text S. 108 8 h 53
Stichwort : Iraks Waffenarsenal
Die USA **glauben**, daß Irak noch Waffen besitzt, die laut UNO-Resolutionen vernichtet sein müßten. Dazu gehören atomare, biologische und chemische Waffen und Raketen mit über 150 Km Reichweite.
Die USA behaupten, daß : der Verbleib von größeren Senfgaslagern und anderen C-Waffen **unklar** sei,
- Irak das Know-How für biologische Waffen pflege und den Zerstörungsnachweis für alle B-Waffen nicht erbracht habe,
- irakische Ingenieure in der theoretischen Atomforschung arbeiten,
- die Zerstörung von **zwei Scud-Raketen** noch nicht nachgewiesen sei.
Irak bestreitet, überhaupt noch über Massenvernichtungswaffen zu verfügen.

(**Anm**.: Glauben, heißt "vermuten" ohne dafür einen Beweis zu haben.
Ohne „sachlichen Beweis„ etwas zu behaupten, ist eine "Verleumdung"

Wenn etwas "unklar" ist, kann man die Angaben "objektiv" überprüfen lassen.

Wenn sich ein Land über die "Waffen seiner Gegner" informiert und sich Kenntnis, bzw. Wissen über mögliche Schutzmaßnahmen dagegen verschafft, ist das sein legitimes Recht, - oder vielleicht ein Kriegsgrund ? Ist es nicht die Aufgabe des "Kontrolleurs" nach 7jähriger erfolgloser Suche und Kontrolle den Beweis zu erbringen, daß "nicht" alle biologischen Waffen zerstört wurden ?

Ist es ein Verbrechen, sich in der "theoretischen" Atomforschung weiterzubilden, ?

Zwei Raketen werden noch "vermutet" - Ein Vergleich mit der Meldung vom 19.01.1998 : Israel besitzt dzt.zwei (von insgesamt 25 in den USA bestellten) Bomber mit einem Aktionsradius von **4.500 Km**, um sich gegen die zwei "vermutlichen" Scud-Raketen mit einer Reichweite von mehr als **150 Km** zu schützen.)

09.02.1998 3Sat-Text S. 106 8 h 43

USA : Israel hat "Recht" auf Verteidigung

US-Verteidigungsminister William **Cohen** hat Israel "das Recht" zugesprochen, sich bei einem allfälligen Angriff Iraks zu verteidigen. Vergangene Woche hat Cohen Israel aufgefordert, in einem solchen Fall nicht zurückzuschlagen.
Derweil verneinte Cohen nach einem Gespräch mit dem saudischen König Fahd, die USA hätten Saudi Arabien darum gebeten, Stützpunkte für einen Militärschlag gegen Irak zur Verfügung zu stellen.
Der saudische Verteidigungsminister Prinz Sultan hatte zuvor gesagt, sein Land unterstütze keinen Militärschlag gegen Irak als Volk und werde einer solchen Aktion nicht zustimmen.

(**Anm**.: Würde Israel sich an einer event. Kampfhandlung gegen den Irak beteiligen, wäre es nicht "Opfer", sondern wie die **USA**, ein "Aggressor").

10.02.1998 RTL-Text S. 118 8 h 48

Irak kritisiert Bundesregierung

Der Irak hat das Angebot von Bundeskanzler Kohl an die USA, bei einem Militärschlag deutsche Luftwaffenstützpunkte nutzen zu können, scharf kritisiert. Bonn nehme eine katastrophale und einseitige Position ein, die nicht im Interesse der internationalen Gemeinschaft sei, sagte der stellvertretende Außenminister Kassi. - Unterdessen sagten auch Kanada und Australien der USA Militärhilfe bei einem Angriff auf den Irak zu, falls keine Diplomatie mehr möglich ist.

(**Anm**.: Wer greift wen an ! - Vgl. Die Ablehnung jedes Friedensangebotes Deutschlands 1939 im Bezug auf Polen - siehe Terminologie vor dem Ausbruch des 2.Weltkrieges)

10.02.1998 RTL-Text S. 125 8 h 43

Bundeswehr : Gasmasken für Israel

Die Bundeswehr hat mit der Lieferung von Gasmasken nach Israel begonnen. Die ABC-Schutzmasken sollen die Zivilbevölkerung vor den

Folgen eines möglichen irakischen **Vergeltungsschlages** schützen. - Zwei Transall-Maschinen der Bundeswehr starten vom Flughafen Köln-Wahn mit einer Lieferung von insgesamt 5.600 Schutzmasken, teilte die Hardthöhe mit. Weitere Lieferungen sollen in den kommenden Tagen und Wochen folgen.

(**Anm**.: Ein **Vergeltungsschlag** ist die **Reaktion** auf einen vorh. Angriff !)

10.02.1998 RTL-Text S. 128 8 h 55
Türkei : Gasmasken gegen Irak-Angriff
Die türkische Armee hat die Verteilung von Gasmasken an die Grenztruppen zum Irak angeordnet. Wie das Militär mitteilte, sollen mehrere zehntausend Soldaten für den Fall eines **irakischen** Giftgas-Angriffes ausgerüstet werden.

Die Regierung in Ankara dementierte Berichte, 7.000 türkische Soldaten seien in den Norden Iraks eingedrungen. Die Türkei hatte die Einrichtung einer Pufferzone angedroht, um eine Massenflucht zu stoppen.

(**Anm**.: **Irakisches** Giftgas ? - nach 7jähriger erfolgloser Suche ? - die USA und Israel hingegen besitzen ABC-Waffen.)

10.02.1998 RTL-Text S. 130 9 h 03
Albright wirbt für NATO-Erweiterung
US-Außenministerin **Albright** hat sich beim US-Senat für die Aufnahme Polens, Ungarns und Tschechiens in die NATO eingesetzt. Eine größere NATO werde Europa sicherer machen, sagte sie vor einer Konferenz über die Erweiterung der **Militärallianz.**

(**Anm**.: Das sind jene Ostblockstaaten, die von den USA vorher als "Hauptfeind" der "freien Welt" bekämpft wurden - und gegen die aufgerüstet wurde. - Jetzt sollen sie die "Lücke" zwischen den "russischen" Staaten (vgl. wer regiert diese) und den westeuropäischen füllen.

Frage : Gegen welchen Feind ? - Vielleicht die islamischen Staaten ?)

12.02.1998 ORF1-Text S. 128 16 h 02
Angeblich Deal Moskau-Irak entdeckt
Die UN-Inspektoren im Irak haben angeblich Unterlagen über die geplante Lieferung von russischer Technik zur Herstellung bakteriologischer Waffen an Bagdad entdeckt. - Wie die **"Washington Post"**

berichtet, soll das Geschäft 1995 vereinbart worden sein. Ob das technische Gerät im Irak eintraf, sei nicht klar.
Moskau dementiert: Vielmehr seien alle Lieferungen an Bagdad zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen **„hauptsächlich aus Westeuropa, u.a. von den Deutschen, Österreichern und Schweizern„** gekommen, so ein Diplomat.

(**Anm**.: Eine kleine Analyse : Die (im jüdischen Besitz befindliche) "Washington Post" berichtet, (streut ein Gerücht aus), daß "angeblich" Unterlagen über eine "geplante" Lieferung russischer Technologie... (nach bisherigen US-Meldungen hat aber der Irak "angeblich" schon solche Waffen um z.B. Tel Aviv auszulöschen), - Nach 7jähriger erfolgloser Suche ist nicht klar, ob diese Geräte überhaupt geliefert wurden ? - Die (jüdisch dominierte Regierung Rußlands) dementiert : ... alle Lieferungen zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen **kamen** u.a. von Deutschland, Österreich und der Schweiz.

Soll durch das russische Dementi den Lesern als "Tatsache" eingeredet werden, daß dem Irak solche Technologie (natürlich zur Vernichtung Israels) von den vorgenannten Ländern "geliefert **wurde**" ? - Das würde den "geplanten Angriff" der (jüdisch dominierten) USA-Regierung auf den (sich nicht bedingungslos unterwerfen-wollenden) Irak (auch ohne UNO-Auftrag) rechtfertigen, um das bedrohte Israel zu beschützen.. - Natürlich wären wieder einmal Deutschland, Österreich und die (nicht willfährige) Schweiz, ... (mit) schuld !?)

13.02.1998 RTL-Text S. 116 8 h 14
USA lieferte Kampfstoffe an Irak
Die USA und England haben dem Irak in den achtziger Jahren angeblich selbst geholfen, chemische und biologische Waffenarsenale aufzubauen. Nach Informationen eines US-Fernsehsenders erhielt der Irak Milzbranderreger sowie Bakterien, die Lebensmittelvergiftungen auslösen. Irak führte damals Krieg gegen den Iran. - Unterdessen starten mehr als 40 amerikanische Kampfflugzeuge in Richtung Golf. Sie sollen den Aufmarsch des US-Militärs abschließen.
(**Anm**.: Vgl. die Meldungen und die Anmerkung vom Vortag !)

13.02.1998 RTL-Text S. 118 8 h 20
Netanjahu warnt vor Irans Stärke
Der israelische Ministerpräsident Netanjahu hat vor der militärischen Stärke Irans gewarnt. Während die Welt auf Irak schaue, entwickle der Iran Raketen und Atomwaffen, ohne international kontrolliert zu werden. Die Staatengemeinschaft solle die Gefahr bedenken, wenn Iran Raketen

erwirbt, die bis nach Europa reichen. - Nach israelischen Geheimdienstinformationen sei es Iran in weniger als einem Jahr möglich, selber Raketen mit großer Reichweite zu entwickeln.

(**Anm**.: Ein Versuch mehr, gegen einen islamischen Staat zu hetzen, ohne natürlich zu erwähnen, daß Israel international unkontrolliert, diese Waffen bereits besitzt.
vgl. auch die Meldung vom 19.01.1998 ORF1-Text S. 129 19 h 55)

14.02.1998 3Sat-Text S. 106 16 h 13
Irak-Krise: China gegen Militärschlag
China hat bekräftigt, die Irak-Krise auf politischem Wege lösen zu wollen. Außenminister Qian Qichen sagte, ein Krieg werde unausweichlich schwerwiegende Folgen haben und der irakischen Bevölkerung schwere Verluste zufügen. - Als ständige Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates hätten die USA und China die Pflicht, den Streit um die Abrüstungsinspektionen friedlich zu lösen, sagte er nach einem Gespräch mit dem amerikanischen UNO-Botschafter Richardson. - UNO-Generalsekretär Kofi Annan will auf seiner Reise nach Irak verbindliche Zusagen der Iraker, "mit den Resolutionen des Sicherheitsrates zu arbeiten und bei der Abrüstung Iraks mitzuwirken".

14.02.1998 3Sat-Text S. 107 16 h 22
Britische Exporte nach Irak
Großbritannien hat laut einem Bericht des "Daily Telegraph" nach dem Golfkrieg den Export von Substanzen in den Irak genehmigt, mit denen biologische Waffen hergestellt werden können. Das britisch-niederländische Unternehmen Unilever habe bestätigt, über eine britische Tochter zwischen 1991 und 1994 mehr als 1.300 Kg eines Wachstums-mittels an den Irak geliefert zu haben. - Hauptanwendungsgebiet des Mittels sei die **medizinische** Forschung. Es könne aber **auch** zur Herstellung biologischer Waffen benutzt werden. Das Geschäft sei mit Genehmigung der zuständigen britischen Behörden abgewickelt worden, habe Unilever ausgesagt.

14.02.1998 3Sat-Text S. 108 16 h 29
Clinton spricht zur US-Bevölkerung
US-Präsident Bill Clinton will sich am kommenden Dienstag von den **Stabschefs der US-Streitkräfte** über die Vorbereitungen für eine militärische Lösung der Irak-Krise informieren lassen. Wie ein hoher Beamter in Washington mitteilte, will der Präsident im Anschluß daran noch vom Verteidigungsministerium aus eine Ansprache an die Nation halten.

Die Regierung hat begonnen, die Öffentlichkeit auf Verluste bei einem Militärschlag gegen Irak vorzubereiten. Auch die bestausgerüsteten Streitkräfte seien nicht davor gefeit, hieß es. Außerdem erklärte Clinton, die Einwände Rußlands würden die USA nicht von einem Angriff abhalten, wenn die diplomatischen Mittel versagten.

14.02.1998 MDR-Text S. 117 16 h 54
Clinton will Bürger vorbereiten
Die Regierung von US-Präsident Bill Clinton will in der kommenden Woche die US-Bürger auf den geplanten Militärschlag gegen den Irak vorbereiten. - Nach Medienberichten von heute will sich Clinton am Dienstag nach einem Treffen im Verteidigungsministerium in einer Ansprache an die Nation wenden. - Clinton und sein **Sicherheitsberater Berger** hatten gestern das Ziel eines Militärschlags umrissen: Es gehe darum, die irakische Bedrohung **der Region** durch Massenvernichtungswaffen zu verringern. Heute sollen weitere US-Kampfflugzeuge in den Golf verlegt werden.

22.02.1998 RTL-Text S. 117 10 h 28
Viertägiges Bombardement geplant
In Washington ist Präsident **Clinton** mit **seinen engsten Sicherheitsberatern** zusammengekommen. Ungeachtet der Gespräche von UNO-Generalsekretär Annan in Bagdad würden die Vorbereitungen für einen Militärschlag gegen Irak weitergehen, so Clintons Berater Berger nach der rund 90minütigen Sitzung. - Nach einem Bericht der "New Yorker Times" sehen die US-Pläne **viertägige Dauerbombardements** auf militärische Anlagen vor.
(**Anm**.: Der **"Verantwortliche"** für den Militärschlag, (der jüdisch dominierten Regierung) **Clinton**, will nach dem Treffen mit dem (jüdischen) Verteidigungsminister **Cohen**, und dem (ebenfalls jüdischen) Sicherheitsberater **Berger**, der (nichtjüdischen) Bevölkerung der USA erklären, warum sie einen Krieg führen sollen. - Vgl. dazu auch Kap. 10 /4 der " Protokolle")

Trotz wiederholter Provokationen, (Rüstungskontrollen in seinen privaten Palästen, Überfliegen der irakischen Hoheitszonen, usw.) läßt sich aber dieser Diktator Hussein, ungeachtet des "Boykottes" (also der Aushungerung seines Volkes durch die friedliebende, humanitäre Welt unter der Führung der USA), nicht verleiten, militärisch dagegen vorzugehen - und so den ersehnten Grund zu einem Militärschlag (vergl. z.B. wie im 2.Weltkrieg die Deutschen) zu liefern.)

15.02.1998 3Sat-Text S. 108 7 h 54

Irak lagert offenbar Waffen in Sudan
Irak hat einem Bericht des US-Magazins **"US News and World Report"** zufolge einen Teil seiner Massenvernichtungswaffen nach **Sudan** gebracht. Dies schreibt das Blatt auf seiner Internet-Seite unter Berufung auf einen Berichtsentwurf einer Arbeitsgruppe des US-Kongresses.

Demnach baute Bagdad nicht nur Chemiewaffenfabriken in Sudan, sondern ließ auch rund **400 Scud-Raketen** und Chemiewaffen zur Aufbewahrung hinbringen. Zudem seien Wissenschafter für den Bau von chemischen und biologischen Waffen nach Libyen entsandt worden. - Der Bericht der US-Abgeordneten stützt auf Erkenntnisse der Geheimdienste der USA, **Deutschlands** sowie Israels.

25.02.1998 MDR-Text S. 128 17 h 24
Hamburg : Deutsche Händler haben nach einem Bericht des **"Stern"** illegale Rüstungsgüter nach Libyen geliefert. Dabei gehe es um High-Tech-Exporte für Scud-B-Raketen, die der Irak nach **Libyen** ausgelagert habe, teilte das Magazin heute mit. Staatsanwaltschaften in München, Berlin und Stuttgart ermittelten.

(**Anm**.: Nachdem im Irak nach 7 Jahren noch keine Massenvernichtungs-Waffen gefunden wurden, wird ein Gerücht verbreitet, daß der Irak diese Waffen eben in ein anderes (mißliebiges) Land geschmuggelt habe.

Natürlich in schon länger bekannte "Feindländer" wie Libyen und Sudan, denn dann gibt es einen Grund, auch diese Länder zu bombardieren.

Nach dem bekannten Motto "Wo wären sie sonst hingekommen ?", wird dem US-Volk und anderen vorgegaukelt, warum die USA Krieg führen muß. - Daß als Quelle die Geheimdienste der **USA** und **Israels** angegeben werden, soll durch die Ergänzung, daß auch der **deutsche** Geheimdienst die Meldung bestätigen - der im Falle, daß der Schwindel auffliegt schuld wäre, - beglaubigt werden.)

Daß **Lügen und Gerüchte** im wahrsten Sinne des Wortes "grenzenlos" sind, erklären die schon angeführten Karten "Geografische Übersicht" :
Irak hat einen einzigen Zugang zum Meer, der aber von den USA kontrolliert wird. Somit ist ein Transport von z.B. der **400** Scud-Raketen am Seeweg wohl ausgeschlossen. Ebenso der auf dem ebenfalls kontrollierten Luftweg. Am Landweg wäre (theoretisch) nur ein Weg über die Staaten Syrien, Jordanien, Iran, Saudi-Arabien oder die Nato-

kontrollierte Türkei möglich. Alles natürlich trotz US-Aufklärern unentdeckt. - Ein **Geheimnis ? - oder gezielte Lüge ?**

Wie aber kommen die Waffen in den Sudan ? - Der liegt ja in Nordafrika ! - und außerdem liegt das Rote Meer dazwischen. Oder in den Jemen ? - Ein **Geheimnis ? oder gezielte Lüge ?**

Obwohl er durch das USA-Embargo kein Geld hat, kann er in weit entfernten Ländern wie Libyen und Algerien noch **"Fabriken"** für Massenvernichtungswaffen" bauen lassen und diese auch dort jederzeit abrufbar verstecken ? - Ein **Geheimnis ? - oder gezielte Lüge ?**

Soll durch solche Meldungen auch ein Angriff auf den Sudan, Libyen, Jemen und Algerien "**gerechtfertigt**" werden ? oder geht es, (nochmals zur Erinnerung) wie im Fischer Almanach Jg. 81, Seite 59 nachzulesen :

"USA Präsident Charter erklärt am 24.1.1980 den Persischen (Arabischen) Golf zu einem lebenswichtigen Interessengebiet der USA, dessen **Verteidigung mit allen Mitteln** gewährleistet werden müßte",
- um einen **Eroberungskrieg ?** - Bilden Sie sich selbst eine Meinung !

22.02.1998   3Sat-Text   S. 112   7 h 02
USA : Vermutliches Anthrax war Impfstoff
Der angebliche biologische Kampfstoff Anthrax, den die US-Polizei unlängst bei zwei Männern in Las Vegas sichergestellt hatte, war bloß ein harmloser Impfstoff. Dies hätten Versuche von Militärspezialisten ergeben, teilte die Bundespolizei FBI mit.

Die Ermittlungen gegen die zwei als Rechtsextremisten **verdächtigen** Männer **gingen jedoch weiter**.
William Leavitt und Larry Wayne Harris waren aufgrund des Hinweises eines FBI-Informanten festgenommen worden. **Vermutet** wurde, die beiden hätten Milzbranderreger (Anthrax) bei sich gehabt. Die Ansteckung damit verläuft bei Menschen meist tödlich.

22.02.1998   RTL-Text   S. 117   7 h 05
"Bio-Waffe" war harmloser Impfstoff
Die amerikanische Bundespolizei FBI hat bestätigt, daß die Substanz in den Händen zweier **amerikanischer Rechtsextremer** ein harmloser Impfstoff war. Nach Analysen von Experten der US-Armee entpuppte sich die **angebliche Bio-Waffe** als ein ungiftiger Anthrax-**Impfstoff für Tiere**.

Die beiden Männer standen im Verdacht, einen Anschlag mit Kampfgas vorbereitet zu haben. Auch deutsche Ermittler fahndeten nach einem mutmaßlichen Bio-Labor in Frankfurt.

(**Anm.**: Die ersten Nachrichten in der "Milzbrand-Affäre" berichteten von einem "angeblich" geplanten Anschlag auf die New Yorker U-Bahn (obwohl die "Bio-Waffen" in Las Vegas, also im Westen Amerikas gefunden wurden). Dies wurde zwar vom NY Bürgermeister dementiert, aber die "**Rechtsextremen**" - (aus irgend einem andern Grund "unliebsamen"), blieben weiter in Haft. Einer der beiden soll auch noch "angeblich" ein Labor in Frankfurt (also im "mit Giftgas bestens vertrauten Deutschland") haben.

Eine typische Massenbeeinflussung durch „Gerüchte„ zur Einstimmung auf einen Krieg, „der sogar die Bürger **in den USA** bedroht„. Dadurch ergeben "Meinungsumfragen", daß die Mehrheit des amerikanischen Volkes "für einen Militärschlag" gegen den (von wem) publizierten Feind sei. Dies ist dann die Legitimation für den Krieg - den das „Volk„ wollte !)

04.03.1998 3Sat-Text S. 106 1 h 54
Resolution unterschiedlich ausgelegt
Kurz nach der Verabschiedung der neuesten UNO-Resolution zu Irak sind die unterschiedlichen Interpretationen der Entschließung offen zutage getreten.

US-Botschafter Bill **Richardson** sagte, die Androhung "schwerster Konsequenzen" gebe den **USA** im Falle einer Nichteinhaltung der Abmachungen mit UNO-Generalsekretär Kofi Annan "grünes Licht" für **einen Militärschlag gegen Irak**. Diese Auslegung wurde von Großbritannien geteilt.

Die **meisten anderen Mitglieder des Sicherheitsrates** betonten, diese Formulierung gebe Washington **nicht** das Recht ohne vorherige Anrufung des Gremiums einen Angriff vorzutragen.
(**Anm.**: Vgl. Kosovo-Konflikt !)

04.03.1998 3Sat-Text S. 107 7 h 51
Irak fordert die USA zum Truppenabzug auf
Nach der Verabschiedung der jüngsten Irak-Resolution im UNO-Sicherheitsrat hat die Regierung in Bagdad die USA und Großbritannien zum Abzug ihrer Truppen am Golf aufgefordert.

Da die Regierungen im Sicherheitsrat keine Unterstützung für einen Angriff auf den Irak erhalten hätten, sollten sie ihre Soldaten abziehen, erklärte die Regierung Iraks in einer im Fernsehen verlesenen Botschaft.

Die USA warnten den Irak ausdrücklich, die **UNO-Resolution enthalte** eine Angriffsdrohung. Die USA seien zum Handeln bereit, falls der Irak die Abrüstungsauflagen nicht erfülle, sagte US-Präsident Bill **Clinton**.

04.03.1998 3Sat-Text S. 106 7 h 59
USA soll vor Angriff UNO konsultieren
UNO-Generalsekretär Kofi Annan hat den USA geraten, vor einem Angriff auf den Irak den UNO-Sicherheitsrat zu konsultieren. - Im US-Fernsehsender CNN sagte er, bei einem irakischen Bruch des Rüstungskontrollabkommens wären die USA gut beraten, das Gremium über eventuelle Strafmaßnahmen befinden zu lassen. Die UNO-Resolution droht dem Irak mit schwersten Konsequenzen, sollte er das Abkommen mit der UNO brechen.
Die **USA** betrachten diese Formulierung als Angriffsdrohung für den Fall, daß der Irak vertragsbrüchig werden sollte. **Die Mehrheit der Mitglieder des Sicherheitsrates sehen dies jedoch anders**.

04.03.1998 RTL-Text S. 118 8 h 15
Annan widerspricht US-Interpretation
UNO-Generalsekretär Annan hat den USA bei der umstrittenen Auslegung der jüngsten Irak-Resolution widersprochen. Sollte der Irak das Abkommen nicht einhalten, sollte sich der Weltsicherheitsrat noch einmal mit dieser Frage beschäftigen, sagte er. Eine **einseitige Militäraktion** würde Washington und der **UNO** nur Schaden zufügen.
US-**Präsident Clinton** hatte zuvor erklärt, die Resolution **sei** eine "Genehmigung zum Handeln".
(**Anm**.: Vgl. "Protokolle" Kap. 10 / 5)

07.03.1998 NTV-Text S. 134 1 h 09
Irak : Rußland hat UN-Generalsekretär Annan gebeten, einen russischen Experten zum Stellvertreter des Unscom-Chefs Butler zu berufen. Die Kommission überwacht die Abrüstung Iraks. Bisher hat Butler nur einen Stellvertreter, den US-Amerikaner Duelfer.

Irak : Die irakische Führung hat den Rüstungsinspekteuren der UN am Freitag erstmals Kontrollen an Orten erlaubt, die sie vorher nicht betreten durften. Ein Team unter der Leitung des US-Amerikaners Ritter habe drei Gelände "zu ihrer vollen Zufriedenheit" inspiziert, teilte der UN-Sprecher Eckhard in New York mit.

12.03.1998 3Sat-Text S. 116 2 h 51

Iran zu Schadenersatz verurteilt

Ein **US-Bundesrichter** hat **Iran** zur Zahlung von 247,5 Mio. Dollar Schadenersatz für den Tod einer Amerikanerin im Gazastreifen verurteilt.

Die Studentin war 1995 mit sieben **israelischen Soldaten** bei einem Bombenanschlag ums Leben gekommen, der der Organisation Islamischer Dschihad **zugeschrieben** wird. Die Rechtsanwälte des Vaters der Getöteten machten geltend, die Gruppe werde von der iranischen Regierung finanziert, und Teheran trage somit die Verantwortung für den Tod der jungen Frau. - Richter Royce Lamberth erklärte, das Gericht wolle mit seinem Urteil weiteren Terroraktionen vorbeugen.

(**Frage** : Was hat eine "**amerikanische Studentin**" in Begleitung von "**israelischen Soldaten**" im "**palästinensischen**" Gaza-Streifen zu tun ?)

13.03.1998 3Sat-Text S. 119 3 h 22

US-Senat will Tribunal gegen Saddam

Der US-Senat will den irakischen Staatschef Saddam Hussein vor ein internationales Kriegsverbrecher-Tribunal stellen. Eine entsprechende Vorlage haben **zwei** Senatoren eingereicht. - Die Initiative wird bei der für Freitag angesetzten Abstimmung nach Einschätzung von Beobachtern eine breite Mehrheit finden. US-Präsident **Clinton** soll sich demnach bei der UNO für die Einrichtung eines Tribunals einsetzen, das die Anklageerhebung und die Verhaftung Saddam Husseins zum Ziel hat. - Die Initiative wird u.a. damit begründet, daß Saddam Hussein Chemiewaffen eingesetzt, Krieg gegen Iran und Kuwait geführt und Israel angegriffen habe.

14.03.1998 3Sat-Text S. 111 6 h 37

US-Senat will Saddam vor Gericht sehen

Der US-Senat verlangt, daß der irakische Staatschef Saddam Hussein als Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt wird. Die Senatoren haben dazu **einstimmig** eine Resolution verabschiedet. - US-Präsident Bill Clinton solle mit der UNO die Einberufung eines Kriegsverbrechertribunals vorantreiben. Als Vorbild müßten die Gerichte zur Verfolgung der Kriegsverbrecher im Zweiten Weltkrieg, in Ex-Jugoslawien und in Ruanda dienen. - Der Vorstoß wurde damit begründet, daß Saddam Hussein Chemiewaffen eingesetzt, Krieg gegen

Iran und Kuwait geführt, Israel angegriffen und die Ermordung von George Bush **geplant** habe. Die Resolution gilt nicht als bindend.
(**Vgl.:"**Protokolle"Kap.19 -"Politische Gegner Verbrechern gleichsetzen")

(**Anm.**: Dazu aus „Wer ist wer...„, Bd.2 :1993 wurde **Ruth Bader Ginsburg** Mitglied des obersten US-Bundesgerichts. 1993 bestätigten beide Häuser des US- Kongresses die Entscheidung des Präsidenten **Clinton**, die Juristin Ruth Bader Ginsburg **auf Lebenszeit zur Richterin am Supreme Court, dem höchsten Bundesgericht der USA,** zu berufen.

... Von 1994 bis 1996 amtierte **Richard Goldstone** als vom **UNO-Sicherheitsrat** ernannter **Hauptankläger des UN-Kriegsverbrecher-tribunals im niederländischen Haag**.)

(**Frage** : Wo bleibt die Resolution der USA gegen den **"Mord-Auftraggeber Netanjahu"**, dem dieses Delikt bereits nachgewiesen wurde ?

Man erinnere sich auch an : die ausgesetzte "**Kopfprämie**" für die Ermordung Saddam Husseins vor der US-Intervention im Irak ! - weiters, daß die **USA** Irak die Chemiewaffen gegen den **Iran** geliefert haben.
Soll nicht durch **Verdrehung der Tatsachen** eine Ablenkung durch die US-Resolution geplant sein ?)

14.03.1998 RTL-Text S. 127 6 h 57
UNO lobt die Kooperation Iraks
Der UN-Chefinspekteur für die Rüstungskontrollen, Richard Butler, hat die Kooperation des Irak gelobt. "Es weht ein neuer Wind", sagte er nach einem Treffen mit UNO-Generalsekretär Kofi Annan. - Auch der amerikanische UN-Inspekteur Scott Ritter bezeichnete die Zusammenarbeit als "anders und besser". Zusammen mit 50 Inspekteuren hatte Ritter das irakische Verteidigungsministerium und andere Einrichtungen untersuchen dürfen.

18.03.1998 NTV-Text S. 134 1 h 06
Irak : Die Irak-Krise ist nach Auffassung der USA noch längst nicht vorbei. Eine US-Militäraktion bleibe solange möglich, bis Iraks Präsident Hussein beweise, daß er über keine biologischen und chemischen Waffen mehr verfüge. Das sagte US-Verteidigungsminister **Cohen** am Dienstag in Washington.

(**Anm.**: nach 7 Jahren fruchtloser Suche und Kontrolle der UNO-Inspektoren unter Führung der USA, soll der "Untersuchte" **beweisen !** daß er nichts versteckt hält ?)

24.03.1998 RTL-Text S. 114 7 h 56
Irak : Clinton ist Kriegsverbrecher
Das irakische Parlament hat US-Präsident Clinton und seinen Amtsvorgänger Bush zu "Kriegsverbrechern" erklärt. Sie hätten "unmenschliche Verbrechen" gegen das irakische Volk begangen.

Die Internationale Gemeinschaft wird aufgefordert, Clinton und Bush als gesuchte Verbrecher zu verfolgen. - Die Resolution ist offenbar eine Antwort auf die kürzlich vom US-Senat gestellte Forderung, den irakischen Staatschef Hussein als Kriegsverbrecher vor Gericht zu stellen.

24.03.1998 RTL-Text S. 114 7 h 56
"Sun" : Irak droht mit Anthrax
Irak soll Großbritannien und seinen Nato-Partnern mit einem Angriff mit dem Milzbranderreger Anthrax gedroht haben. Das berichtet das Massenblatt "The Sun" unter Berufung auf eine Quelle, die Kontakt zum irakischen Geheimdienst unterhalten habe.

Die britische **Regierung** bestätigte die Echtheit eines von der "Sun" veröffentlichten Dokumentes, in dem die Drohung ausgesprochen wird. Danach sollte das Anthrax als "harmlose Flüssigkeit" im zollfreien Handel eingeführt werden. Alle Zollbehörden sind bereits alarmiert.

24.03.1998 ORF1-Text S. 101 8 h 18
Alarm wegen Irak-Kampfstoff
Die Sicherheitskräfte in den britischen Häfen und Flughäfen sind in erhöhter Alarmbereitschaft. Damit soll ein möglicher Schmuggel von Milzbranderregern auf die Insel verhindert werden. - Ursache sind Geheimdienstberichte aus Bagdad, wonach der Irak im Fall eines Militärschlages in Großbritannien und anderen Nato-Staaten Vergeltung üben wollte.

Eine Sprecherin von Premier Blair sagte am Abend, es gäbe aber keine Beweise, daß der Kampfstoff ins Land gebracht wurde.

24.03.1998 RTL-Text S. 138 16 h 40

Irak : Das Land hat am Dienstag britische Presseberichte als "Lügen" zurückgewiesen, wonach Bagdad Großbritannien und seine Natopartner mit dem Killertoxin Anthrax angreifen wolle. Die britische Regierung hatte am Montag die Echtheit eines von der "Sun" veröffentlichten Dokument bestätigt.

24.03.1998 3Sat-Text S. 110 16 h 51
Irakischer Waffen-Pionier verhaftet
In Bagdad ist der "Vater" des irakischen bakteriologischem Waffenprogramm festgenommen worden. Wie die "New York Times" berichtete, bereitete sich Nasser Hindawi auf seine Flucht in den Westen vor. Das Blatt bezeichnete die Festnahme als Rückschlag für die Kontrolleure der UNO-Kommission für die Abrüstung Iraks. Diese hatte sich von der Flucht Hindawis in den Westen Informationen über das Waffenprogramm Iraks erhofft. Hindawi hatte einen Teil seiner Ausbildung als Mikrobiologe in den **USA** erhalten. Während des Krieges zwischen Irak und Iran **empfahl er die Produktion von biologischen und chemischen Waffen.**
(**Vgl**.: 13.02.1998 RTL-Text S. 116, 8 h 14 "USA - Kampfstoffe an Irak")

26.03.1998 RTL-Text S. 127 14 h 19
CIA-Panne half Geheimdienst Iraks
Die irakische Opposition erhebt gegen die amerikanische **CIA** schwere Vorwürfe. Wegen eines Schnitzers amerikanischer Agenten sei es dem irakischen Geheimdienstes gelungen, die geplante Flucht des Wissenschaftlers Nasser Hindawi zu verhindern. Hindawi, der als "**Vater**" von Iraks bakteriologischen Waffen gilt, wurde vom irakischen Geheimdienst verhaftet. - Der Spezialist für den Milzbranderreger sollte mit **gefälschten** Papieren über die **Türkei** fliehen. Aufgeflogen sei der Plan, weil die **rivalisierenden Kurden** nicht eingeweiht wurden.

(**Frage** : - Der mißlungene Versuch, einen Landesverräter zu korrumpieren und wenigstens über den eine, (wenn auch fragwürdige) "Bestätigung" für das Vorhandensein biologischer Waffen im Irak zu erhalten, - wird als "Rückschlag" bezeichnet ?)

04.04.1998 3Sat-Text S. 108 4 h 46
Bagdad : Keine Massen-Vernichtungswaffen
UNO-Waffeninspektoren in Irak haben bei den Kontrollen der acht Palastanlagen von Saddam Hussein keine Hinweise auf die Produktion oder Lagerung von Massen-Vernichtungswaffen gefunden. - Alle **1058** Gebäude der acht Anlagen seien untersucht worden, die meisten davon hätten aber völlig leergestanden, sagte der stellvertretende Leiter der

UNO-Teams, Charles Duelfer. Der diplomatische Leiter der Mission sagte, die Experten seien in der Lage gewesen, ihre Arbeit fachgerecht zu erfüllen. - UNO-Rüstungskontrolleure hatten die Inspektionen der acht Anlagen in Begleitung von Diplomaten am Donnerstag abend abgeschlossen.

04.04.1998 ORF1-Text S. 127 5 h 32

Anti-Amerikanische Töne aus Bagdad

Die Inspektionen der 8 Palastanlagen des irakischen Staatschefs Saddam Hussein durch eine UNO-Sonderkommission sind beendet. Und schon tönt wieder Antiamerikanisches aus Bagdad. - Der stv. irakisch Ministerpräsident Aziz sprach gestern von "**Lügen**" der USA und auch Großbritanniens. Der "Wirbel", den die Vertreter beider Länder verursacht hätte, **habe nur einen Vorwand für einen neuen Angriff schaffen sollen**. - UNO-Generalsekretär Annan hatte zuvor betont, auch nach Ende aller Inspektionen werde das irakische Rüstungsprogramm weiter beobachtet.

(**Anm**.: Innerhalb nur weniger Tage konnten die Kontrollen über Massen-vernichtungswaffen im Irak, - allerdings im Beisein (neutraler und objektiver) Diplomaten, wie der Irak wiederholt verlangt hatte, aber von den USA immer wieder abgelehnt wurde - anstandslos durchgeführt werden. - Hat vielleicht Aziz mit seinen Behauptungen recht ?)

Frage : Nachdem es der US-Regierung, auch nach größtem Bemühen nicht gelungen ist die UNO zu einen Militärschlag gegen den Irak zu bewegen, - dank Annan wurde auch eine einseitige Kriegshandlung der USA und Großbritanniens verhindert - wie auch die fruchtlosen (von der **CIA** unterstützten und mißlungenen - vgl. Deutch-Affäre) Provokationen des Irak durch den Natopartner Türkei keinen Kriegsgrund lieferten, - wurde versucht, die Welt mit **Greuelmeldungen** gegen den Irak zu aktivieren.
Man erinnere sich an jene gegen Deutschland : Abgehackte Kinderhände im 1. Weltkrieg, Seife aus Judenfett, Lampenschirme aus Judenhaut, Katyn-Massaker, usw., usf., im 2. Weltkrieg. - Alles längst widerlegte Lügen. Damals ließen sich damit aber Völker in den Krieg hetzen - und heute ? Ein Vergleich mit den "Protokollen" Kap.12 lohnt sich !)

Frage : Wer besitzt diese „meinungsbildenden„ Medien, die auf ihren Wahrheitsgehalt ungeprüfte Greuel-Meldungen ungestraft verbreiten können ? - siehe „Wer besitzt, bzw. kontrolliert die wesentlichen Medien„

Analyse des „Kosovo - Konflikts„

Serbien zählte seit jeher zu den Ländern, in denen das Nationalbewußtsein tief in der Bevölkerung verankert ist. Dies bestätigt das Verhalten Serbiens sowohl in den Zeiten der Monarchie, als auch im 2. Weltkrieg. Titos Tod brachte den Zerfall des bis dahin nach dem 2. Weltkrieg autoritär geführten Jugoslawien. Die nachfolgenden eigenstaatlichen Bestrebungen Kroatiens und Bosniens brachten allerdings ein großes Problem mit sich - die Auslandsverschuldung Jugoslawiens unter Tito. - Wer zahlt diese zurück ! ?

Die Serben, (Belgrad) behaupteten, die Auslandskredite seien zum größten Teil in der Region an der Adriaküste (Kroatien) für den Touristenverkehr fördernde Maßnahmen, wie Hotelbauten u.dgl. verwendet worden um an Devisen zu kommen. Folglich hätte auch Kroatien die Hauptlast der Schulden zu tragen.

Die Kroaten, durch den wirtschaftlichen Aufschwung in ihrem Bereich durch den Tourismus begünstigt, ihrerseits behaupteten wieder, sie hätten alle Erlöse an die Zentralverwaltung in Belgrad abliefern müssen. Also hätten auch diese den Großteil der Schulden zurückzuzahlen.

Da Investitionen tatsächlich in Hotel- und andere Anlagen flossen, die auch greifbar vorhanden waren und von den Kroaten den westlichen Gläubigern als Sicherheit angeboten wurden, - wurde die neu entstandene kroatische Regierung vom Westen als die „Gute„ erkannt.

Im Binnenland Serbien und Bosnien standen hingegen keine realisierbaren Werte zur Verfügung - außerdem weigerte sich die dortige (noch kommunistisch geführte) Regierung sich den Bedingungen der Gläubiger zu unterwerfen. - Folglich waren sie, besonders die Serben, „die Bösen„ und wurden (von der friedliebenden freien Welt) mit einem „Handelsboykott„ belegt.

Slowenien, durch seine geografische Lage (Zugang zur Adria für angrenzende Staaten Europas), sowie aufgrund seiner noch aus der österreichischen Monarchie stammenden ethnischen Geschlossenheit, hatte schon früher eine engere Bindung zum Westen und eine entsprechende Sonderstellung. Auch diese Regierung erkannte die Forderungen der westlichen Gläubiger an und gehörte fortan zu den „guten Demokraten„.

Nach der (mehr oder minder gewaltsamen) Aufteilung der Gebiete zwischen Serben und Kroaten, den ethnischen Umgruppierungen, (Bosnien-Herzegowina wurde von der Regelung weitgehend ausgenommen), blieb noch das „nicht willfährige„ auf einen Nationalstaat bestehende Serbien als Feindbild übrig.

Den einzelnen Staaten wurden (vom Westen) folgende Schulden zugeordnet (Zahlen aus Fischer-Almanach 96) :
Kroatien (1993) **3,8** Mia $, - Slowenien (1994) **5,8** Mia $, - Bosnien-Herzegowina (1990) **1,7** Mia $ - und Serbien (Restjugoslawien) hingegen per 1992 **16,3** Mia $. - Aus schon vorgenannten Gründen lehnen jedoch die Serben diese Art der Aufteilung ab. Daher sind sie „die Bösen„ !

Durch Forcierung eines Konflikts (nicht zuletzt durch die Berichterstattung westlicher Medien) zwischen den in serbischer Verwaltung verbliebenen, nach Selbständigkeit strebenden Volksgruppen im Kosovo und der Zentralregierung Serbiens in Belgrad, entstand so eine neue Front gegen das „nicht willfährige, den Weltfrieden bedrohende Serbien„.

Um doch noch den Betrag der (zugeordneten) Schulden (samt Zinsen) durch die „Demokratisierung„ Serbiens realisieren zu können, bleibt nur (neben anderen Gründen) der Weg, die Regierung Serbiens zu entmachten. Da dies durch einen direkten militärischen Angriff kaum möglich ist, (dies hat nicht einmal Deutschland mit seiner damals noch gut organisierten Wehrmacht geschafft) bleibt nur der Umweg über eine „internationale Friedenstruppe„ der (USA-dominierten) NATO.

Zur Erinnerung und Dokumentation einige Teletext-Nachrichten :

14.06.1998 ORF1-Text S. 127 2 h 54

Cohen warnt vor "Konsequenzen"

Ein Scheitern der Gespräche zwischen dem jugoslawischen Präsidenten Milosevic und Rußlands Präsident Jelzin könne "schwerwiegende Konsequenzen" haben. Das betonte der US-Verteidigungsminister Cohen. - **Ein UNO-Mandat für ein Eingreifen der Nato im Kosovo sei nicht unbedingt notwendig, bekräftigte Cohen**. - Die Kontaktgruppe hatte Milosevic zuvor ein Ultimatum gestellt. Bis morgen müsse er den Rückzug aus dem Kosovo anordnen, die Gespräche mit den Kosovo-Albanern wiederaufnehmen und die Rückkehr der Flüchtlinge zulassen.

(**Frage** : Wird nun versucht, nachdem der Krieg gegen IRAK aus schon bekannten Gründen verhindert wurde, - laut **Cohen** auch **ohne Zustimmung der UNO** (wie im IRAK), - einen Krieg über den Umweg NATO - dem sie ja auch angehören, durch Provokation des nicht willfährigen Serbiens auszulösen, der (aller Voraussicht nach) zu einem Krieg in mehreren Balkanstaaten führen könnte?)

03.09.1998 NTV-Text S. 134 4 h 11
Kosovo : Nach Ansicht von Verteidigungsminister **Rühe** (CDU) muß die Nato zu einem Militäreinsatz im Kosovo **auch ohne die Zustimmung** Rußlands bereit sein. Milosevic dürfe sich nicht länger hinter Rußland verstecken, das sich im UN-Sicherheitsrat gegen einen Nato-Einsatz sperrt.

(**Anm**.: Somit ist auch Rühe - von der „Christlich-Demokratischen-Union„ - **ohne** die Zustimmung des Sicherheitsrates für einen „**Militärangriff**„ auf Serbien. **Frage** : macht er damit nicht die Deutschen „**in kriegsverbrecherischer Weise**„ wieder zu einer „**Täternation**„ ?)

04.10.1998 NTV-Text S. 128 0 h 36
USA-Kosovo : US-Verteidigungsminister **Cohen** hat den jugoslawischen Präsidenten Milosevic erneut vor einer Hinhaltetaktik gewarnt. Wenn Belgrad die **UN-Resolutionen** nicht erfülle, werde die **NATO** in weniger als zwei Wochen militärisch eingreifen. US-Außenministerin **Albright** erklärte, der Einsatz sei notfalls **auch ohne die Zustimmung Rußlands möglich**.

08.10.1998 3Sat-Text S. 106 6 h 48
Kosovo : USA bieten NATO Flugzeuge an
Die USA haben der NATO für einen eventuellen militärischen Einsatz in Kosovo 260 Flugzeuge zur Verfügung gestellt. Das teilte ein Sprecher des US-Verteidigungsministeriums mit. - Unter den Maschinen sind den Angaben zufolge zwei Tarnkappenbomber des Typs B-2, ein Dutzend Tarnkappenflugzeuge vom Typ F-117, sechs B-52-Bomber sowie 70 Marineflugzeuge.

Ferner handelt es sich um Dutzende Kampfflugzeuge der Typen F-15 und F-16, die die Luftwaffe in Europa stationiert hat. - Eine militärische Intervention in Jugoslawien scheint immer wahrscheinlicher. Mehrere Staaten haben bereits ihre Bürger aufgerufen, das Land zu verlassen.

(**Anm**.: Die **USA**, (als NATO-Partner) hat der **NATO** teures Kriegs-**Material** (Kampfflugzeuge samt den dazugehörenden Bomben und

Raketen) zur Verfügung gestellt, (das natürlich auch von den übrigen NATO-Partnern bezahlt werden muß), um eine UNO-Resolution (**ohne** Auftrag der UNO und **ohne** der Zustimmung des „Welt-Sicherheitsrates„) **militärisch** durchzusetzen.)

09.10.1998 3Sat-Text S. 110 0 h 48
Rußland interveniert in Belgrad
Rußland hat vor den Beratungen der Balkan-Kontaktgruppe in London über einen Militärangriff auf Jugoslawien noch einmal einen Versuch unternommen, die Kosovo-Krise friedlich beizulegen. - Außenminister Igor Iwanow traf dazu in Belgrad mit dem jugoslawischen Staatspräsidenten Slobodan Milosevic zusammen.

Zuvor waren Verhandlungen des **US**-Sondergesandten Richard **Holbrooke** mit Milosevic ergebnislos geblieben. - Vor den Beratungen der Balkan-Kontaktgruppe wollte **Holbrooke US**-Außenministerin **Albright** über den Ausgang der Gespräche mit Milosevic informieren. **Die USA und Großbritannien drängen auf einen Militäreinsatz in Kosovo.**

09.10.1998 RTL-Text S. 113 0 h 59
Clinton gibt Aktivierungsbefehl
US-Präsident **Clinton** hat mit einem Aktivierungsbefehl den **entscheidenden Schritt** für einen möglichen Einsatz von **US-Militär** gegen Serbien getan. Unterdessen kam die Balkan-Kontaktgruppe nach Angaben des russischen Außenministers Iwanow einer politischen Lösung für Kosovo näher. - Die NATO-Botschafter billigten nach Angaben aus Brüssel Detailpläne für breitangelegte Luftangriffe.

Bei den Mitgliedstaaten der Allianz herrscht allerdings nach wie vor Uneinigkeit über die völkerrechtlichen Voraussetzungen eines Militärschlags.

(**Anm**.: Somit „**drängen**„ die beiden (friedliebenden) Regierungen **USA und Großbritannien** zu einem Militäreinsatz, während die anderen Mitglieder des „Welt-Sicherheitsrates„ (und auch die überigen NATO-Partner) wegen Bedenken, daß eine **militärische** Einmischung anderer Staaten (in den innerpolitischen Konflikt eines souveränen Staates), **völkerrechtlich** nicht gedeckt wäre, - eine diplomatische Lösung anstreben.)

22.01.1999 Euro-News-Text S. 124 10 h 45
Clinton und Blair erwägen Waffengang

Die USA und Großbritannien sind nach eigenen Angaben zu einem Militäreinsatz bereit, um die Angriffe serbischer Einheiten auf Albaner in Kosovo zu stoppen. - US-Präsident Bill **Clinton** und der britische Premierminister Toni **Blair** hätten am Telefon etwa eine halbe Stunde über die Kosovo-Krise gesprochen. Beide seien der Ansicht, daß das serbische Vorgehen inakzeptabel sei. - Laut dem Außenministerium hat das Einlenken Milosevics in der Frage der Ausweisung des OSZE-Missionschef Walker keinen Einfluß auf die Drohung eines Militäreinsatzes der Nato. Es handle sich lediglich um eine „Taktik„ Belgrads, verlautete aus **Washington**.

(**Anm**.: **Clinton** und **Blair** sind also die „Verantwortlichen„ - nicht deren Regierungsmitglieder und Berater. Ob ein Zusammenhang mit der nachstehenden Biografie aus „Wer ist wer im Judentum„ Bd. 2, von David Korn, bestehen könnte, - weiß ich nicht.)

Als **„graue Eminenz in der englischen Regierung„**, „Mann im Dunkeln, der in der Kulisse unsichtbar Regie führt„, „Labour-Machiavelli„, usw. ist der Politiker **Peter Mandelson** bezeichnet worden. Er ist 1954 zur Welt gekommen. Sein Großvater **Herbert Morrison** war Sozialminister unter **Churchill** und Vizepremier unter **Attlee**, schließlich für einige Monate britischer Außenminister. Mandelson war, bevor er ins Funktionariat der Labour-Partei einstieg, Journalist. Er avancierte zum **wichtigsten Berater des** Labour-Führers **Tony Blair und ist „der Mann, der Blair die Ideen souffliert„** („Süddeutsche Zeitung„). Als der Soufflierte in Downing Street Ten einzog, machte er seinen Souffleur zum **Minister ohne Portefeuille**. Es heißt, Mandelson habe **jederzeit Zutritt zum Premier**.

22.01.1999 MDR-Text S. 121 11 h 11

Scharping : Deutschland beteiligt sich

Deutschland wird sich an einer schnellen **Nato-Eingreiftruppe** im Kosovo beteiligen. Das kündigte Bundesverteidigungsminister Scharping am Morgen in der ARD an. ... Es sei aber nicht mehr die Zeit für Ultimaten, sondern die des bloßen Handelns, fügte der Minister hinzu. Die Nato meine es absolut ernst und werde nicht wie in Bosnien tatenlos zusehen. - Die **Grünen-Verteidigungsexpertin Beer** bekräftigte, **die Koalition stehe geschlossen hinter einem Militäreinsatz.**

(**Anm**.: Nach der „Machtübernahme„ durch die SPD und (den ehemals pazifistischen Kriegsdienstverweigerern), den **Grünen**, halten auch diese (jetzt vertreten durch **Scharping** anstelle von CDU-**Rühe**), einen

Einsatz von **deutschen Bodentruppen** „bündnistreu !„ für gerechtfertigt.)

24.01.1999 RTL-Text S. 112 2 h 57
Schröder für deutsche Kampfeinsätze
Bundeskanzler **Schröder** schließt einen **Kampfeinsatz deutscher Bodentruppen** in Kosovo nicht aus. Das sagte er dem Nachrichtenmagazin „Focus„. Zudem wolle er bei den NATO-Partnern auf ein rasches Handeln im Kosovo-Konflikt **drängen. Es sei „dringend notwendig„, über militärischen Druck nachzudenken, so Schröder.** - Derweil ist die NATO-Streitmacht für mögliche Luftangriffe gegen serbische Ziele in Stellung. Rund **400** Kampfflugzeuge stünden bereit, so die NATO. Im Mittelmeer seien Kriegsschiffe zusammengezogen worden.

24.01.1999 ORF1-Text S. 101 3 h 04
NATO uneinig über Kosovo-Bodentruppen
Die **USA** und ihre europäischen **NATO-Partner** sind offenbar uneinig über die Zusammensetzung einer **Kosovo-Bodentruppe**. Laut „Washington Post„ hält die **US-Regierung eine solche Truppe für den Erfolg von Luftschlägen gegen Belgrad für unbedingt erforderlich. Washington wolle aber keine eigenen Soldaten entsenden**. Die Europäer wollen diese Aufgabe jedoch nicht allein übernehmen. **Der deutsche Kanzler Schröder schließt einen Kampfeinsatz deutscher Soldaten im Kosovo nicht aus.**

01.02.1999 NTV-Text S. 129 1 h 43
Kosovo : Die **NATO** hat am Samstag mögliche Luftangriffe der **Allianz** gegen Jugoslawien gebilligt, um eine Friedenslösung für das Kosovo notfalls **mit Gewalt** zu erzwingen. Dies sei das letzte Mittel falls die Diplomatie versage.
(**Anm**.: Die **NATO** - **nicht** der dafür zuständige **Weltsicherheitsrat** ! - oder die **UNO** ! - hat **gebilligt !**)

01.02.1999 RTL-Text S. 114 2 h 02
Kosovo : Neue Angriffe gemeldet
Der **NATO-Rat hat Generalsekretär Solana die Erlaubnis gegeben, Luftangriffe im Kosovo-Konflikt anzuordnen**. Er werde eine Entscheidung treffen, wenn die Forderungen der Balkan-Kontaktgruppe nicht erfüllt werden, sagte Solana.
Im Falle des internationalen **Friedenseinsatzes** will **Deutschland knapp zehn Prozent der Soldaten stellen - rund 3.000 Mann.** Das sagte **Verteidigungsminister Scharping**.

(**Anm**.: Somit ist **nicht mehr Clinton, (**bzw. seine Regierung**)** oder **Blair** (mit seinen Beratern)**, sondern** (der ehemalige Physikprofessor und jetzige Generalsekretär) **Solana** der „**Herr über Krieg oder Frieden„ !**)

01.02.1999 Bayern-Text S. 115 2 h 15
Politik im Kosovo-Konflikt
Die **Konfliktparteien** im Kosovo-Konflikt haben sich ungeachtet eines drohenden Militärschlags der Nato kritisch über die Forderung der internationalen Gemeinschaft geäußert, schon am kommenden Samstag Verhandlungen aufzunehmen. - **Ein Vertreter der Kosovo-Befreiungsarmee (UCK) erklärte nach Angaben des albanischen Fernsehens, überstürzte Gespräche würden nicht zu einer Lösung des Konflikts führen. - In Belgrad kritisierte die regierende sozialistische Partei, daß ungerechtfertigter Druck auf die Konfliktparteien ausgeübt werde.**

(**Anm**.: **Beide Konfliktparteien** haben sich kritisch zu den Forderungen der **internationalen** Gemeinschaft geäußert. Sowohl die „**regierende sozialistische Partei**„ der Serben - als auch die sich aus dem Staatsverband Jugoslawiens lösenwollende Kosovo-Befreiungsarmee (UCK). Beide wollen ihren Streit **selbst** - und ohne (**militärische!**) Einmischung fremder Staaten - beilegen.)

04.02.1999 NTV-Text S. 128 2 h 24
Kosovo : Der Weltsicherheitsrat hat unterdessen in New York seine Beratungen über die Krise aufgenommen. Belgrad will, daß das Gremium die **NATO-Androhung eines Militärschlages verurteilt.**

04.02.1999 3Sat-Text S. 107 1 h 26
4.000 US-Soldaten für Kosovo geplant
Die **USA** wollen für eine Friedenstruppe in Kosovo 2.000 bis 4.000 Soldaten entsenden. Dies erklärte US-Verteidigungsminister William **Cohen** in Washington.

Die Voraussetzung für die Entsendung sei allerdings ein gefestigtes Friedensabkommen, erklärte **Cohen** weiter. Die **anderen** NATO-Mitglieder **sollten die Mehrheit der geplanten Truppe** von insgesamt 20.000 Mann stellen.
Erstmals sollen deutsche Kampfpanzer im Ausland zum Einsatz kommen. Nach Angaben von **Verteidigungs-**Minister Rudolf **Scharping** wird die Nato-Notfalltruppe zum Schutz der OSZE-Beobachter in Kosovo mit 30 „Leopard **II**„ sowie mit rund 24 Schützenpanzern ausgerüstet.

(**Anm**.: Die **US-Soldaten** kommen also erst **nach** einem (durch einen eventuellen „Militärschlag„ mit **US-Kampfflugzeugen** und dem **Einsatz von Bodentruppen der anderen NATO-Partner** herbeigeführten), **gefestigtem Friedensabkommen.** Die USA liefert das erforderliche Kriegs - **Material** hiezu - das auch von allen anderen **Nato-Partnern** bezahlt werden muß.)

10.02.1999 3Sat-Text S. 106 5 h 10
USA drohen Serbien mit Luftangriffen
Die **USA** haben Serbien mit Luftangriffen der **Nato** gedroht, falls die jugoslawische Teilrepublik keine **Bodentruppen** zur Stabilisierung der Lage in Kosovo zulassen sollte. - Nach den vorliegenden Plänen sollen Bodentruppen die serbischen Polizeikräfte in Kosovo ersetzen. Sie sollen dort bis zu drei Jahren bleiben, nachdem Serben und Kosovo-Albaner eine Verhandlungslösung erreicht haben.

22.03.1999 3Sat-Text S. 108 3 h 19
China rügt Nato-Drohung gegen Belgrad
Die chinesische Regierung hat die Drohung der Nato mit Luftangriffen gegen Jugoslawien verurteilt. - Der Konflikt in Kosovo sei eine **innere** Angelegenheit Jugoslawiens. Die territoriale Integrität Jugoslawiens müsse erhalten bleiben. - **Laut Sun würde der Einsatz militärischer Gewalt ohne Autorisierung durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine Verletzung der UNO-Charta und des Völkerrechts darstellen.**

11.04.1999 NTV-Text S. 115 3 h 38
Kosovo : Bundeskanzler **Schröder** hat Kritik und Zweifel an der NATO-Strategie zurückgewiesen. Es **sei sinnlos** über einen Strategiewechsel **nachzudenken**, sagte er dem „Spiegel„. Schröder gab sich überzeugt davon, daß „wir im Ergebnis **moralisch** recht behalten und unsere Ziele erreichen werden.„

16.04.1999 RTL-Text S. 113 2 h 56
NATO bestätigt Angriff auf Konvoi
Die NATO hat offiziell einen Angriff auf **zivile** Fahrzeuge in einem Konvoi bestätigt. Ein Flugzeug habe **irrtümlich** eine Bombe abgeworfen. US-Verteidigungsminister **Cohen bedauerte zutiefst die zivilen Opfer des Angriffs**, warnte aber vor einer **propagandistischen** Ausbeutung des Falls.

16.04.1999 RTL-Text S. 114 3 h 06

Schröder verteidigt NATO-Angriffe
Bundeskanzler **Schröder hat den NATO-Einsatz gegen Jugoslawien „moralisch und politisch gerechtfertigt„ genannt**. Dies sei auch die Ansicht aller anderen EU-Staats- und Regierungschefs bei ihrem Treffen in Brüssel gewesen, sagte er in einer Regierungserklärung vor dem Bundestag. ...

Verwirrende Begriffe ?

In den NTV-Nachrichten zwischen 1. und 4. April 1999 war in den Bildern über eine Demonstration von Serben eine **amerikanische** Flagge zu sehen, auf der anstelle der Sterne ein **Hakenkreuz** aufgemalt war. Auf einer Tafel stand **NATO = NAZI** und auf einer weiteren **Clinton = Hitler**. Um meine Verwirrung zu vervollkommnen gab es am 4.4. einen Bericht aus Nablus, in dem (vermummte !) angebliche **Palästinenser** eine **serbische** Flagge verbrannten.

Daß Hitler ein Diktator, ein Nationalsozialist - abgekürzt Nazi - und ein Feind der Juden war, ist eine Tatsache. Auch daß er, als Staatsoberhaupt das alleinige Entscheidungsrecht hatte einen Krieg zu erklären und somit auch allein dafür verantwortlich war. Da er aber erst nach Besprechung und Beratung mit seinen Ministern einen solchen Entschluß fassen konnte, wurden im Nürnberger Prozeß **auch die wesentlichen Mitglieder seiner Regierung wegen Vorbereitung und Durchführung eines Angriffskrieges verurteilt und hingerichtet**.

Präsident Clinton, ist kraft seines Amtes (das dem Staatsoberhaupt entspricht) **allein** befugt, einen Krieg zu erklären, bzw. den militärischen Einsatzbefehl hiezu zu geben. Dafür ist er auch (wie Hitler) verantwortlich. Nach Vorstehendem **aber auch seine Berater und Minister**.

Da aber Clinton und seine Minister doch die **„Demokratische freie Wertegemeinschaft„** vertreten, kann er doch keinesfalls mit Hitler (dem Diktator) verglichen werden. Außerdem hat er die wichtigsten hohen und höchsten Regierungsämter (entgegen Hitler) mit Personen jüdischer Herkunft besetzt. - (Siehe Kapitel : „Wer regiert die USA„)

Somit scheidet wohl Clinton als „Nazi„ aus - und deshalb verstehe ich die Tafel „**CLINTON = HITLER**„ nicht.

Ebenfalls müßte doch in der von den Demonstranten vorgezeigten **amerikanischen** Flagge eigentlich eher der **Davidstern anstelle des Hakenkreuzes** zu sehen sein ? - Das verstehe ich auch nicht !

Im Folgenden sind mit **USA** die **Regierungsmitglieder** (und nicht das amerikanische Volk) gemeint. Auch nicht der (durch „Whitewater„ und seine Sex-Affäre mit der Jüdin Lewinsky erpreßbare) amerikanische Präsident. Der ist (nach meiner Ansicht) nur der (vorgeschobene) „Verantwortliche„.

Jedes souveräne Land hat das Recht **seine Grenzen** gegen **angreifende** Feinde zu verteidigen. Dafür haben die Staaten ein „**Verteidigungs**„- Ministerium bzw. einen „**Verteidigungs**„-Minister.

Jetzt erhebt sich die Frage, welcher der nachstehenden Staaten hat das Territorium der **USA** jemals angegriffen ? - Folglich ist jeder militärische Einsatz wie z.B. gegen das deutsche Reich, Korea, Vietnam, den Irak oder neuerdings gegen Serbien ein **Angriffskrieg** durch die USA, der nichts mit „**Verteidigung**„ seines Landes gemein hat. Daher ist auch der Begriff : „**Verteidigungs**„- Minister irreführend. Er wäre nur im Zusammenhang mit Mexiko und Kanada, den beiden unmittelbaren Nachbarn der USA, richtig.

Ein **direkter Angriffskrieg** der USA gegen einen anderen souveränen Staat ist aber nur unter einem „Vorwand„ zu führen. Dies geschah bisher nach der „Vorgabe„ den „Weltfrieden„ gegen namhaft gemachte (sich nicht unterwerfen-wollende) „**Diktatoren**„ schützen zu müssen, im **Namen der „Friedliebenden Völkergemeinschaft„, der UNO,** (die diese Kriege dann auch zu bezahlen hatte).

Bedenkt man, wie oft die USA als ständiges Mitglied (der von ihr ins Leben gerufenen UNO) durch ihr Veto Resolutionen gegen Israel zu Fall brachte und auch den Beschluß der Vollversammlung (Rückzug aus besetzten Gebieten) seit mehr als 20 Jahren mißachtet, bzw. nicht desselben in Israel mit den gleichen Mitteln wie im Irak, oder jetzt im Kosovo militärisch durchsetzt, läßt nur den Schluß zu, daß hier mit zwei Maßen gemessen wird.

Nachdem sich auch die **UNO** aus verschiedenen Gründen nicht mehr bereit zeigt, die Zustimmung bzw. den „Auftrag„ zu einem militärischen Eingreifen zu geben, (den sie auch zu bezahlen hätte), wird dies über den kleinen Umweg **NATO-Bündnis** abgewickelt. Dazu sind aber „willfährige„ Partner (es gibt genug opportunistische Politiker, die um des

eigenen Vorteils willen das eigene Volk in einen Krieg führen), erforderlich.

Zum Beispiel ein ehrgeiziger Bundeskanzler, ein „Verteidigungs„-Minister (der sich nicht einmal in seiner Partei durchsetzen konnte), ein Außenminister (der sich von einem grünen „Friedensapostel„ zu einem Befürworter eines militärischen Einsatzes der NATO aus „humanitären„ Gründen wandelte und auch einen Einsatz von „deutschen Bodentruppen„ nicht mehr ausschließt), sich aber nun weltmännisch „angepaßt„ (obwohl seine eigene Partei dagegen ist) - zeigt.

Daß die **„Verbündeten„** (Allianz) **England** und **Frankreich** dem souveränen Deutschen Reich (mit seiner demokratisch gewählten Regierung) den Krieg erklärten, (und nicht umgekehrt wie vielfach behauptet wird), ist Tatsache. Als Rechtfertigung dafür wurde damals der (am **25.08.1939** garantierte) **„militärische Beistandspakt„ mit Polen,** (das ebenfalls keine Grenze zu den Alliierten hatte), angeführt.

(Siehe Terminologie vor Beginn des Zweiten Weltkrieges)

Dieser Krieg wurde nicht zum Schutz der **eigenen Grenzen** Englands bzw. Frankreichs erklärt, **sondern aus anderen Interessen**. **1939** vor allem gegen den nicht „**willfährigen**„ (bzw. nicht erpreßbaren und auch nicht opportunen) Hitler. Dann **1991** (unter der Begründung des Schutzes Kuwaits gegen **Saddam Hussein** mit der umstrittenen Billigung der ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates - bei Stimmenthaltung Chinas), oder jetzt gegen **Milosevics** auch „**ohne„** der Zustimmung der **UNO** - bzw. der beiden **vetoberechtigten** Staaten China und Rußland.

Und das ist eindeutig eine völkerrechtswidrige Aggression gegen einen souveränen Staat !

Daran ändert sich auch nichts, wenn die amerikanische Außenministerin Albright mit ihrer weiblichen Anmut das militärische Einschreiten der USA mit „humanitärer Solidarität„ mit den Bewohnern des Kosovo (vorwiegend Islamisten, wie die Iraker), begründet. Daß auch Pristina, die Hauptstadt des Kosovo bombardiert wird, erfolgt nur, um die (orthodox-christlichen) serbischen Milizen zu treffen.

Daß die Bewohner mehr aus Angst vor den Bomben auf ihre Städte (als vor den serbischen Polizeikräften) fliehen könnten, wird in den Medien als serbische Propaganda zurückgewiesen. Aus den deutschen Städten

sind die Zivilisten damals doch auch, (besonders nach dem Angriff auf Dresden) vor Hitler bzw. den Nazis geflohen - und nicht vor den alliierten Bombenteppichen zur Befreiung von dessen Regime, oder gar vor den russischen Befreiungstruppen.

Außerdem hat nicht die **USA** die Verantwortung, sondern die „**NATO**„ - im speziellen aber deren Generalsekretär **Solana**, dem man die „**Ermächtigung**„ (damit natürlich auch die Verantwortung !) gab, den „militärischen Einsatz„ anzuordnen, dessen Kosten daher dann auch von den „NATO-Partnern„ getragen werden müssen. (Solana studierte in Madrid und in den USA. Er war ab 1975 Professor für Physik in Spanien).

Es wäre vermessen, einen Zusammenhang religiöser Art darin zu sehen, daß (trotz des Angebotes von Milosevics zur Waffenruhe) auch während der höchsten Feiertage der christlichen Religionen, den „Osterfeiertagen„, die Bombardierungen fortgesetzt wurden. Der zur Anordnung von Kriegshandlungen befugte ehrenhafte Präsident der USA, **Clinton** (selbst praktizierender **Katholik**), der nach wiederholter Beteuerung „nur Milosevics - und nicht das serbische Volk„ - treffen möchte, ist ja dafür nicht mehr verantwortlich, - sondern die „**NATO**„, bzw. Herr Prof. Solana.

Die deutsche Regierung unter ihrem Bundeskanzler **Schröder**, (dem man sicher alles andere als Geltungssucht vorwerfen kann), hat sich als **bündnistreuer** NATO-Partner erwiesen, der auch (gleich der **USA**-Regierung) keine andere Möglichkeit sieht, als Milosevics (nicht die serbische Bevölkerung!) mit Bomben und Raketen zu zwingen, ausländische Truppen auf dem Gebiet des souveränen Serbiens zu dulden und die bewaffneten „Freiheitsbestrebungen der UCK„ zu akzeptieren.

Etwas weniger zu verstehen ist der neue (grüne) Außenminister Fischer. Sollte es daran liegen, daß nach dem Erreichen der Macht nicht nur die bisherigen Ehepartner gegen neue getauscht werden, (Schröder und Fischer), sondern auch die bisher vorgegebene Gesinnung in politischen Fragen ?

Dem deutschen **Verteidigungs**-(richtiger **Kriegs-**) Minister Scharping (denn Deutschland hat mit Jugoslawien keine gemeinsame Grenze), sei deshalb Ehrenhaftigkeit zuzusprechen, da er sich nach einer öffentlich im Fernsehen vorgetragenen fälschlichen Beschuldigung der Serben, (er ist einer Propagandalüge aufgesessen), bei diesen entschuldigt hat.

Hätte er den Artikel im „Stern„ **Golfkrieg - Schlacht der Lügen** (Stern Momente - 50 Jahre Stern S. 19/20) gelesen, wäre ihm dies erspart geblieben. Trotzdem betont auch er immer wieder den „**humanitären Zweck**„ der Aktionen und weist, (wie auch die beiden anderen), „**die alleinige Schuld**„ dem (vom serbischen Volk demokratisch gewählten) Milosevics zu, der sich nicht einem von ausländischen Regierungen diktierten „Friedensplan„ (mit nachfolgender Truppenstationierung in seinem Land) unterwerfen will.

Etwas haben aber diese 3 Politiker (und auch andere gleichgesinnte) gemeinsam : Sie verwickeln aus opportunistischen Gründen Deutschland (das ja durch die Medien hinreichend als **„Täter-Nation„** bekannt ist), in **einen völkerrechtlich nicht gedeckten „Angriffs-Krieg„** zugunsten „**internationaler Interessen**„. - Und dies ist ein **„Kriegsverbrechen !„**

Bisher waren Deutsche in Jugoslawien als (devisenbringende) Urlaubsgäste gern gesehen. Durch die militärische Mit-Einmischung in einen innerstaatlichen (provozierten ?) Konflikt werden sie aber zu Feinden.

Wieder wird eine Generation von jungen deutschen Menschen (diesmal nicht zur „Verteidigung des **eigenen** Vaterlandes„) von opportunen Politikern (die selbst noch nie an einer Front gekämpft haben), in einen Krieg manövriert.

Der Grund für meine totale Verwirrung der Begriffe gipfelt aber in einer mir selbst gestellten Frage : Bisher war ich der Meinung, daß die „Diktaturen„ die Grenzen ihrer Nachbarn bedrohen, fremde Länder überfallen und alles zerstören was diese an kulturellen Werten besitzen. - Wogegen sich die „demokratisch geführten, freien und friedliebenden Länder„ bewaffnen müssen, um sich gegen die Angriffe (mit nachfolgender Besetzung des eigenen Landes) durch die „Diktatoren„ schützen zu können.

Tatsache aber ist, daß nicht der „Diktator Milosevics„ die **Nachbarstaaten** bombardiert hat, bzw. deren Bevölkerung tötet, Häuser, Brücken und alles mögliche sonst zerstört - sondern es sind die „demokratisch geführten, freien und friedliebenden Länder„, die das tun, obwohl sie keine gemeinsame Grenze haben ! - Ist jetzt der sich und sein Land verteidigende, demokratisch von seinem Volk gewählte

Milosovics der „**Demokrat**„ und die friedliebende Wertegemeinschaft der „**Aggressor**„ ?

Wird das Wort „Demokrat„ in Zukunft gar zum „Schimpfwort„ ?

Frage : Halten Sie die militärische Intervention der NATO in Serbien für einen Angriffskrieg ? - bzw. sind, (wenn ja,) auch die einem solchen zustimmenden, verantwortlichen Personen der anderen NATO-Partner als Kriegsverbrecher anzusehen, bzw. zu verurteilen ?
Frage : Könnte hier vielleicht ein Zusammenhang mit den (umstrittenen) „Protokollen„, Kapitel 7, bestehen ?:

... In ganz Europa, und mittels der Beziehungen mit Europa auch in anderen Erdteilen müssen wir Gärungen, Zwiespälte und Feindseligkeiten schaffen. ....

... Wir müssen in der Lage sein, jedem Widerstand durch Kriege mit den Nachbarn des Landes, das es wagt, uns zu trotzen, zu begegnen. Wenn diese Nachbarn es jedoch auch wagen sollten, gegen uns zusammenzustehen, dann müssen wir ihnen durch einen Weltkrieg Widerstand bieten.

(Betrifft : "Kriege gegen Nachbarländer")
... Die Hauptvoraussetzung für den Erfolg in der Politik ist die Geheimhaltung ihrer Unternehmungen : das Wort des Diplomaten sollte nicht mit seinen Handlungen übereinstimmen.

Wir müssen die Regierungen der Gojim zwingen, in der Richtung vorzugehen, die unseren weitgefaßten Plan begünstigt, der sich schon der gewünschten Vollendung nähert und den wir als die öffentliche Meinung darstellen, die wir insgeheim durch die sogenannte "achte Großmacht", die Presse, erzeugt haben. Mit wenigen Ausnahmen, die unberücksichtigt bleiben können, ist die Presse schon ganz in unseren Händen. ...

oder aus Kapitel 3 (Betrifft : "Schutzmacht - USA ?)

..."Heute sind wir, als eine internationale Macht unbesiegbar, denn wenn jemand uns angreift, werden wir von anderen Staaten unterstützt." ...

Möge sich jeder selbst seine Meinung bilden - ich weiß es nicht !

Ohne Terminologie keine Wahrheit

Als Angehöriger einer Generation die nicht "die Gnade einer späten Geburt" hatte (wobei mir nie klar wurde, was daran Gnade sein sollte) und der sich nie besonders für Politik interessiert hat, stellen sich allerdings im Zusammenhang mit der derzeitigen allgemeinen Wirtschaftslage sowie mit der politischen Entwicklung einige Fragen, die mir niemand beantworten konnte - oder wollte.

Dies war der Anlaß, daß ich versuchte anhand von Fakten aus unbestrittenen Quellen, mir selbst Klarheit zu verschaffen, wie weit die in den diversen Medien immer wieder kolportierten Ansichten den Tatsachen entsprechen. - Denn daß (besonders nach dem verlorenen Krieg) von den Siegermächten vielfach nur (negative) Halbwahrheiten verbreitet wurden, wird jeder der schon damals gelebt hat und objektiv zu urteilen vermag, bestätigen können.

Um eine möglichst objektive und auch historisch (nicht zeitgeschichtlich!) haltbare Beurteilung einer Entwicklung zu erreichen, ist es unbedingt erforderlich, die einzelnen Geschehnisse terminologisch zu erfassen, da nur so festgestellt werden kann, was als Ursache, Provokation, (wie z.B. die Ablehnung einer angebotenen friedlichen Regelung eines politischen Konfliktes), bzw. als Reaktion hierauf, oder als Akt reiner Aggression zu werten ist. - Wesentlich ist dabei, sich nur aufgrund dokumentierter Fakten und der Anwendung des gleichen Maßstabes bei allen bezogenen Kontrahenten, eine eigene Meinung zu bilden.

Angesichts der weltweiten - und im Besonderen in Europa - wirtschaftlichen und politischen Entwicklung, mit Massenarbeitslosigkeit, Abbau des Sozialnetzes, Zersplitterung der Parteien, Korruption und Opportunismus von Politikern, gleichgeschalteter und kontrollierter Medienberichterstattung (auch in den sog. "demokratischen" Ländern), erscheint es interessant zu ergründen, ob es sich hierbei um bloße Zufälle, oder um einen langgehegten Plan einer internationalen Gruppe zur Erreichung einer "Neuen Weltordnung" handeln könnte.

Terminologie zur Untersuchung der Arbeitslosigkeit in Deutschland

Bei den derzeitigen, erschreckend hohen Arbeitslosenzahlen (z.B. in der BRD) die an die Zeit vor 1933 erinnern, erhebt sich als erstes die Frage : Wie hat damals der "Nationale Sozialismus" innerhalb von nur 2 Jahren mehr als 3,000.000 und in weiteren 2 Jahren nochmals 2,000.000 Arbeitsplätze geschaffen ? - Dazu sollen absolut objektive Quellen, nämlich "Die Chronik des 20. Jahrhundert" (Ausg. 1991, Chronik-Verlag), der Fischer-Almanach und andere unbestreitbare Dokumente dienen.

30.01.1933 Hitler wird von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt

15.02.1933	Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland	6,047.000
08.03.1933	Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland	6,002.000
30.09.1933	Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland	3,849.000
30.11.1933	Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland	3,714.000
31.01.1935	Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland	2,973.000
30.06.1935	Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland	1,877.000
31.10.1936	Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland	1,076.000
31.03.1937	Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland	1,245.000
30.04.1937	Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland	961.000

Die weit verbreitete Antwort hierauf "...weil der Hitler aufgerüstet hat..." löst die nächste Frage aus : "Mit welchem GELD hat er dies getan ?" - die Antworten darauf lauten meist : "...weil er Geld gedruckt hat, das nichts wert war ..." - demnach müßte es aber eine Inflation gegeben haben - hat es aber nicht ! - oder - "...Mit dem Geld das er den Juden geraubt hat"... - Die jüdischen Vermögen mußten aber erst ab 26.04.1938 per Gesetz angemeldet werden !

Frage : mit welchem Geld wurden die als dem "Gigantismus" (vgl. den Aufwand heutiger olympischer Spiele !) zugeschriebenen Sportanlagen der XI. Olympischen Sommerspiele in Berlin 1936 gebaut ?

Frage : Lag es vielleicht an der "Wirtschafts-Form" die als Deckung die "Leistung" (Für jede Arbeitsstunde kann eine Reichsmark gedruckt und in Umlauf gebracht werden), anstelle der bis dahin üblichen Gold- oder Devisendeckung gesetzt hatte ? - Ich weiß es nicht.

Besonders in Amerika und England hat das etablierte Judentum reagiert:

Terminologie zur Untersuchung des Boykotts jüdischer Geschäfte

24.03.1933 Das Judentum erklärt Deutschland den Krieg - Veröffentlicht im Daily Express - Aufruf zum Boykott deutscher Waren in London und New York : Darin heißt es unter anderem : "Ganz Israel in der gesamten Welt schließt sich zusammen, um den Wirtschafts- und Finanzkrieg gegen Deutschland zu erklären" - weiters : "Deutschland wird einen hohen Preis für Hitlers Judengegnerschaft zu zahlen haben. Das Reich steht vor einem totalen Boykott in Handel, Finanz und Industrie. In Europa und Amerika sind Pläne zu einem Gegenschlag gegen das hitlerische Deutschland gereift. Entschließungen in der gesamten jüdischen Handelswelt zielen auf einen Abbruch der Handelsbeziehungen mit Deutschland. Deutschland ist auf dem internationalen Geldmarkt, wo der jüdische Einfluß beträchtlich ist, hoch verschuldet. Druckmaßnahmen jüdischer Bankiers sind eingeleitet worden."

28.03.1933 Die NSDAP ruft zum Boykott gegen jüdische Geschäfte ab 1.4.1933 auf mit der Begründung : Greuelhetze der Auslandsjuden gegen Deutschland.

Frage : Wenn eine einflußreiche Weltorganisation zum Boykott gegen ein Land aufruft und dessen Durchführung aufgrund ihres Einflusses auch weltweit durchsetzt (man vergleiche den Boykott der Länder wie Kuba, Irak, Lybien, neuerdings auch der Schweiz, usw. durch Amerika), - ist es dann ein "Opfer" der Gegenmaßnahmen die autonome Regierungen treffen ? Eine dieser Gegenmaßnahmen waren, aber erst 1935 - die "Nürnberger Gesetze".

14.11.**1935** Durchführungsbestimmungen zu den Nürnberger Gesetzen erlassen

01.01.**1938** Jüdische Ärzte werden aus Ersatzkrankenkasse ausgeschlossen

25.01.1938 Neue Richtlinien über die Schutzhaft im Deutschen Reich erlassen

26.04.1938 Neues Gesetz fordert Anmeldung jüdischen Vermögens

14.06.1938 Registrierung und Kennzeichnung jüdischer Gewerbebetriebe wird angeordnet (Reichsbürgergesetz - Rbg.)

06.07.1938 Gesetz im Altreich untersagt Juden den Betrieb bestimmter Gewerbe wie Immobilienhandel und Darlehensvermittlung (Rbg)

22.07.1938 In Deutschland wird die Einführung einer Kennkarte für Juden angekündigt

25.07.1938 Jüdischen Ärzten wird jede Berufstätigkeit verboten (Rbg.)

03.08.1938 Ausländische Juden werden in Italien vom Besuch aller Hochschulen ausgeschlossen

02.09.1938 Laut Beschluß des italienischen Ministerrates müssen alle Juden die nach 1919 die italienische Staatsbürgerschaft erlangt haben, das gesamte italienische Staatsgebiet innerhalb von 6 Monaten verlassen

27.09.1938 Berufsverbot für jüdische Rechtsanwälte (Reichsbürgergesetz)

07.10.1938 Juden im Großdeutschen Reich müssen innerhalb 14 Tagen ihre Reisepässe abgeben

30.10.1938 Berufsverbot für jüdische Patentanwälte

07.11.1938 Attentat auf Ernst vom Rath in Paris durch einen Juden (H. Grünspan)

09.11.1938 Judenpogrom (Reichskristallnacht) in Großdeutschland

17.01.**1939** Berufsverbot für jüdische Zahn- u. Tierärzte sowie Apotheker. Ziel aller Schikanen gegen jüdische Bürger ist es, ihre möglichst schnelle Auswanderung zu erreichen. Von den etwa 500.000 Juden die 1933 in Deutschland gelebt haben sind im Januar 1939 noch 234.000 anwesend. In den angegliederten Gebieten Österreich und Sudetenland leben weitere 70.000

30.01.1939 Hitler kündigt in Reichstagsrede Lösung des Judenproblems in Deutschland an. Eine "Reichszentrale zur Förderung der jüdischen Auswanderung" wird ins Leben gerufen, die dafür sorgen soll, daß möglichst viele Juden das Reich schnell verlassen

01.02.1939 Verordnung zur Regelung der Judenfrage in der Tschecho-slowakei sieht Auswanderung aller jüdischer Emigranten innerhalb von 6 Monaten vor

07.02.1939 Beginn der Konferenz zur Lösung der Palästinafrage in London
(siehe Terminologie zur Gründung Israels)

(Nach Beendigung des Polenfeldzuges)

06.10.1939 Reichstagsrede Hitlers zur Neuordnung im Osten : Schaffung eines nichtdeutschen Generalgouvernement Polen für Polen und polnische Juden im Gebiet um Warschau, Krakau, Radom und Lublin mit rd. 98.000 km2 vorgesehen - Umsiedlung von Nationalitäten zur Schaffung klarer Trennungslinien zwischen Volksstämmen - der Ostteil Polens mit 10 Mio Ukrainern und Weißrussen und 3,5 Mio Polen bewohnte Gebiet mit 200.280 km2 wird mit der USR und der SSR vereinigt - der Warthegau und Danzig - Westpreußen werden wieder deutsch

12.10.1939 1. Umsiedlung von Juden aus dem Reichsgebiet nach Polen

20.05.**1940** Erste Häftlinge ins KZ Auschwitz deportiert

15.11.1940 350.000 Juden im Warschauer Ghetto eingeschlossen

01.03.**1941** Das KZ Auschwitz wird auf Anordnung Himmlers ausgebaut um den Buna-Werken der IG Farben und anderen Industriebetrieben Zwangsarbeiter zur Verfügung zu stellen. Im Frieden soll das Lager 30.000 Häftlinge aufnehmen können. Ausserdem ist ein Gefangenen-lager für 100.000 Kriegsgefangene vorgesehen.

01.05.1941 In Deutschland leben noch 168.972 Juden

31.07.1941 Göring beauftragt Heydrich mit der Evakuierung der Juden Europas

01.09.1941 Tragen des Judensternes ab 19.09. wird Pflicht

03.09.1941 1. Massenvergasung in Auschwitz (?) (vgl. 26.03.1942)

01.10.1941 In Deutschland leben noch 163.696 Juden
23.10.1941 Auswanderungsverbot für deutsche Juden (?)

24.11.1941 Das Ghetto Theresienstadt wird errichtet

01.01.**1942** In Deutschland leben noch 131.823 Juden

20.01.1942 Wannsee - Konferenz (bis 12.1941 wurden Hg A 136.421 + Hg B 45.467 + Hg C 95.000 + Hg D 92.000 Juden exekutiert)

17.03.1942 Erste Deportation (noch) ausschließlich Polen nach KZ Belzec

26.03.1942 Anordnung zur Kennzeichnung jüdischer Wohnungen

26.03.1942 Beginn jüdischer Deportationen nach Auschwitz

01.04.1942 In Deutschland leben noch 51.257 Juden

30.06.1942 Die letzten jüdischen Schulen in Deutschland geschlossen

22.07.1942 Beginn des Abtransportes der Warschauer Juden nach Treblinka

27.02.1943 Verhaftung und Deportierung der jüdischen Beschäftigten in deutschen Rüstungsbetrieben

19.04.1943 Beginn des Aufstandes der noch rd. 60.000 Juden im Warschauer Ghetto, (davon werden 56.065 bis 16.05.1943 getötet)

02.08.1943 Häftlingrevolte im KZ Treblinka (Im November 1943 wurde das Lager aufgelöst)

Frage : Waren die Juden nach der "Kriegserklärung des Judentums der ganzen Welt" (24.03.1933) und der Erklärung des "Jüdischen Weltkongresses" vom (29.08.1939) als Feinde Deutschlands anzusehen und als solche (um gegnerischen Einfluß zu verhindern), in andere Länder abzuschieben, oder wenn diese Länder nicht bereit sind sie aufzunehmen - sie zu internieren ? - ich weiß es nicht.

Allgemein wird der Begriff Konzentrationslager (KZ oder KL) immer nur im Zusammenhang mit der Judenverfolgung gesehen und von den Medien dargestellt. - Dazu einige Fakten:

Terminologie zur Untersuchung der Strafgesetze

30.01.1933 Hitler wird von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt

04.02.1933 Erlaß der Notverordnung zum Schutz des deutschen Volkes

27.02.1933 Reichstagsgebäude (von Kommunisten ?) in Brand gesteckt

28.02.1933 Erlaß der Notverordnung zum Schutz des deutschen Volkes gegen Verrat und hochverräterische Umtriebe

20.03.1933 Erstes deutsches KZ wird in Dachau errichtet

22.06.1936 Todesstrafe für Kindesraub in erpresserischer Form wird Gesetz

23.02.1937 Himmler ordnet die Verhaftung von 2.000 Berufs-, Gewohnheits- oder gemeingefährlichen Sittlichkeitsverbrechern an . Die Verhaftung erfolgt am 9.März - die Verhafteten werden in die KZ Sachsenhausen, Sachsenburg, Lichtenburg und Dachau gebracht

August 1937 KZ Buchenwald in Betrieb genommen. Im Reichsgebiet bestehen nur noch 4 KZ-Lager : Buchenwald, Sachsenhausen, Dachau u. Lichtenburg (Frauen KZ)

01.06.1938 Heydrich ordnet Verhaftungswelle gegen Asoziale im Reich an

01.03.1941 Das KZ Auschwitz wird auf Anordnung Himmlers ausgebaut um den Buna-Werken der IG Farben und anderen Industriebetrieben Zwangsarbeiter zur Verfügung zu stellen. Im Frieden soll das Lager 30.000 Häftlinge aufnehmen können. Ausserdem ist ein Gefangenenlager für 100.000 Kriegsgefangene vorgesehen.

(**Anm**.: Wer die damalige Zeit erlebt hat, weiß, daß Wirtschaftsvergehen wie Verstoß gegen die Preisverordnungen wie Preistreiberei, Schleichhandel (unter dem Titel "Volksschädling"), Agitation für verbotene Parteien (rotes Dreieck im KZ), Homo-Sexualität - Sexualdelikte (rosa Dreieck im KZ), Asoziale wie z.B. Zuhälter (schwarzes Dreieck), usw., Kriminelle aller Delikte (grünes Dreieck) und auch (besonders während der Kriegszeit) wegen oft geringfügiger Vergehen (Abhören von Feindsendern) sowie auch Verstöße gegen die "Nürnberger-Gesetze", mit der Einlieferung in Arbeits- bzw. KZ-Lager

bestraft wurden. Dies galt auch für z.B.wegen Selbstverstümmelung verurteilte Wehrmachtsangehörige.

Zu beachten ist, daß in der Kriegszeit infolge des Mangels an verfügbaren Arbeitskräften für die Wirtschaft, die verhängten Strafen in Zwangsarbeitslagern (KZ) zu verbüßen waren, was den "Arbeitshäusern" (vor dem Anschluß) gleichgesetzt wurde. Diese Lager wurden deshalb fast ausschließlich in der Nähe großer Industriebetriebe errichtet.

Zur Unterscheidung innerhalb dieser Zwangsarbeitslager ("Arbeit macht frei") wurden die Insassen mit verschiedenfarbigen Dreiecken gekennzeichnet. Sicher kennen sie nur das rote, für politische Gefangene - ebenso wird durch die Medien der Eindruck vermittelt, daß diese Lager nur für Juden errichtet und betrieben wurden. - (Grafik siehe später)

Frage : Die immer häufiger von sog. "Revisionisten" im Zusammenhang mit dem "Holocaust" aufgeworfenen Fragen betreffen die Glaubwürdigkeit der wenigen gerichtlich anerkannten "Augenzeugen" sowie die Widersprüche in deren Aussagen und physikalische Unmöglichkeiten in den Behauptungen.

Auch die publizierten - vielfach bereits widerlegten und selbst schon korrigierten - Angaben etablierter "Holocaust-Sachverständiger", die von den Gerichten als (jeweils ?) "erwiesene Tatsache" anerkannt werden, könnte doch durch die Aussagen der sicherlich überaus großen Zahl der im gleichen Lager zu der Zeit anwesenden nichtjüdischen Mithäftlinge bestätigt - oder richtiggestellt werden. Diese Gelegenheit zur Wahrheitsfindung durch eine enorme Zahl von Aussagen "zeit- und ortskundiger Zeugen" wurde meines Wissens bis jetzt nicht wahrgenommen.

Warum ? : Ich weiß es nicht !

Terminologie zur Untersuchung der Kriegsschuld am 2. Weltkrieg

1934 Deutsch - Polnischer Nichtangriffspakt (unter Pilsudsky , + 1935) Beck seit 1932 polnischer (deutschfeindlicher) Außenminister übernimmt nach Pilsudsky´s Tod die Regierung und will großpolnisches Reich gründen.

04.03.1935 Die britische Regierung kündigt die Aufrüstung seiner Streitkräfte an

15.03.1935 Das französische Parlament beschließt Verlängerung der Wehrpflicht was einer Verdoppelung der Streitkräfte gleichkommt

16.03.1935 Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland

18.06.1935 Flottenabkommen zw. Deutschland und England (-28.04.39)

21.10.1935 Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund wird nach Zahlung von 5 Mio Schweizer Franken rückständigen Mitgliedsbeitrages rechtswirksam

17.07.1936 Französisches Parlament verstaatlicht die Rüstungsindustrie

24.08.1936 Hitler verkündet Verlängerung der Wehrpflicht auf 2 Jahre

25.09.1936 Abwertung des Franc . Der Goldwert des Franc erfährt dadurch eine Senkung von 25 - 33%. Auch die Schweiz wertet in ähnlicher Relation ab. - Schacht erklärt, daß der Kurs der deutschen Reichsmark keine Änderung erfahren werde, da die Devisen-bewirtschaftung für die deutsche Wirtschaft stabile Verhältnisse gebracht habe

03.10.1936 Stapellauf des ersten Schlachtschiffes "Scharnhorst" nach dem Krieg

07.01.1937 Danzig und Polen treffen Abkommen über Nutzung des Danziger Hafens durch Polen

28.05.1937 Neville Chamberlain wird britischer Premierminister

21.06.1937 Rücktritt des Volksfrontkabinetts Leon Blum in Frankreich

04.02.1938 Hitler übernimmt selbst das Oberkommando über die Wehrmacht

20.02.1938 Rücktritt des britischen Außenministers Antony Eden

25.02.1938 Lord Halifax wird britischer Außenminister

09.03.1938 Schuschnigg setzt Volksabstimmung für den 13.März an, in der die Österreicher selbst über ihr Schicksal bestimmen sollen

11.03.1938 Rücktritt von Schuschnigg und Verschiebung des Wahltermines

12.03.1938 Deutscher Einmarsch in Österreich - die Truppen werden mit Jubel empfangen - das österreichische Bundesheer schließt sich der Wehrmacht an

13.03.1938 Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich wird bekanntgegeben

15.03.1938 Hitler hält die Rede zum vollzogenen Anschluß unter Beteiligung Hunderttausender am Heldenplatz in Wien

18.03.1938 Ansetzung von Neuwahlen sowie einer Volksabstimmung im neuen "Großdeutschen Volksreich" am 10.April 1938

02.04.1938 Das neue Großreich "Deutschland" wird von Großbritannien, Frankreich, Polen, Belgien, Jugoslawien und der Tschechoslowakei anerkannt

10.04.1938 Hitler erhält bei der Volksabstimmung über den Anschluß Österreichs in beiden Landesteilen über 99% Zustimmung (In Österreich haben von 4,455.015 gültigen Wahlstimmen nur 11.807 mit "Nein" gestimmt - (5.763 ungültige Stimmen)

24.04.1938 Sudetenführer Henlein fordert deutsche Selbstbestimmung im (durch den Versailler Vertrag der Tschechoslowakei zugesprochenem) Sudetenland

29.04.1938 Britisch-französische Entente betont Verpflichtung beider Länder gegenüber der Tschechoslowakei

21.05.1938 Teilmobilmachung der tschechoslowakischen Armee nach den Wahlerfolgen der sudetendeutschen Partei bei Gemeindewahlen in vorwiegend von Deutschen bewohnten Gebieten

28.05.1938 Hitlerbefehl zum verstärkten Ausbau der Wehrmacht und Luftwaffe sowie Verstärkung der Festungsanlagen an der Westgrenze (Westwall)

16.09.1938 Chamberlain verhandelt mit Hitler (der will die Eingliederung der Sudetengebiete)

24.09.1938 Teilmobilisierung in Großbritannien und Frankreich wegen Sudetenkrise

29.09.1938 Münchner Abkommen (Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien) einigen sich auf die Eingliederung an Deutschland und Räumung der Gebiete durch die dort lebenden Tschechen

01.10.1938 Besetzung des Sudetenlandes durch deutsche Truppen

05.10.1938 Der tschechische Präsident Benes tritt zurück

06.10.1938 Bildung einer unabhängigen Regierung der Slowakei (Bratislava)

11.10.1938 Roosevelt kündigt Intensivierung der Rüstungsindustrie an

06.12.1938 Deutsch - französische Friedenserklärung in Paris unterzeichnet

07.01.1939 Das 2. Schlachtschiff "Scharnhorst" wird in Dienst gestellt

10.03.1939 Der tschechische Präsident Hacha erklärt die autonome slowakische Regierung für abgesetzt und will den slowakischen Ministerpräsidenten Tiso verhaften lassen. Tiso flieht nach Berlin. Hitler empfängt daraufhin auch Hacha in Berlin der die "alten deutschen Lande" Böhmen und Mähren als Protektorat unter deutschen Schutz stellt. Hacha stimmt zu und gibt Anweisung, daß den deutschen Truppen beim Einmarsch kein Widerstand zu leisten ist

16.03.1939 Hitler verkündet bei einem Besuch in Prag die Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren

22.03.1939 Deutsch - Litauischer Vertrag über die Rückgabe des Memelgebietes

24.03.1939 Deutschland - Rumänien schließt Wirtschaftsvertrag

26.03.1939 Polen lehnt Vorschläge zur Lösung der Danzig- und Korridor-frage ab

31.03.1939 Unbeschränkte Garantieerklärung Englands für Polen (Beck)

20.04.1939 Großbritannien führt allgemeine Wehrpflicht ein

28.04 1939 Kündigung des Flottenvertrages mit England und des Nicht-angriffspaktes mit Polen

17.08.1939 Polen schließt kleinen Grenzverkehr zw. Deutschland und Polen

23.08.1939 Nichtangriffspakt Deutschland - Rußland

Deutschland bietet England Bündnis an

25.08.1939 Sechs Tage vor Ausbruch des 2. Weltkrieges, überreichte Dolmetscher Schmidt dem britischen Botschafter in Berlin, Sir Nevile Henderson, folgende offizielle deutsche Denkschrift :

1. Deutschland ist bereit, ein Bündnis mit England zu schließen.
2. England sollte Deutschland bei der Rückgewinnung Danzigs und des Korridors behilflich sein.
3. Wenn diese Regelung zustande gekommen ist, wird Deutschland die Grenzen Polens garantieren.
4. Es sollte möglich sein, ein Abkommen über die deutschen Kolonien zu vereinbaren.
5. Für die Behandlung der deutschen Minderheiten in Polen sollten ausreichende Garantien gegeben werden.
6. Deutschland verpflichtet sich, das Britische Empire mit seiner Wehrmacht zu verteidigen, wo immer es auch bedroht werden sollte.

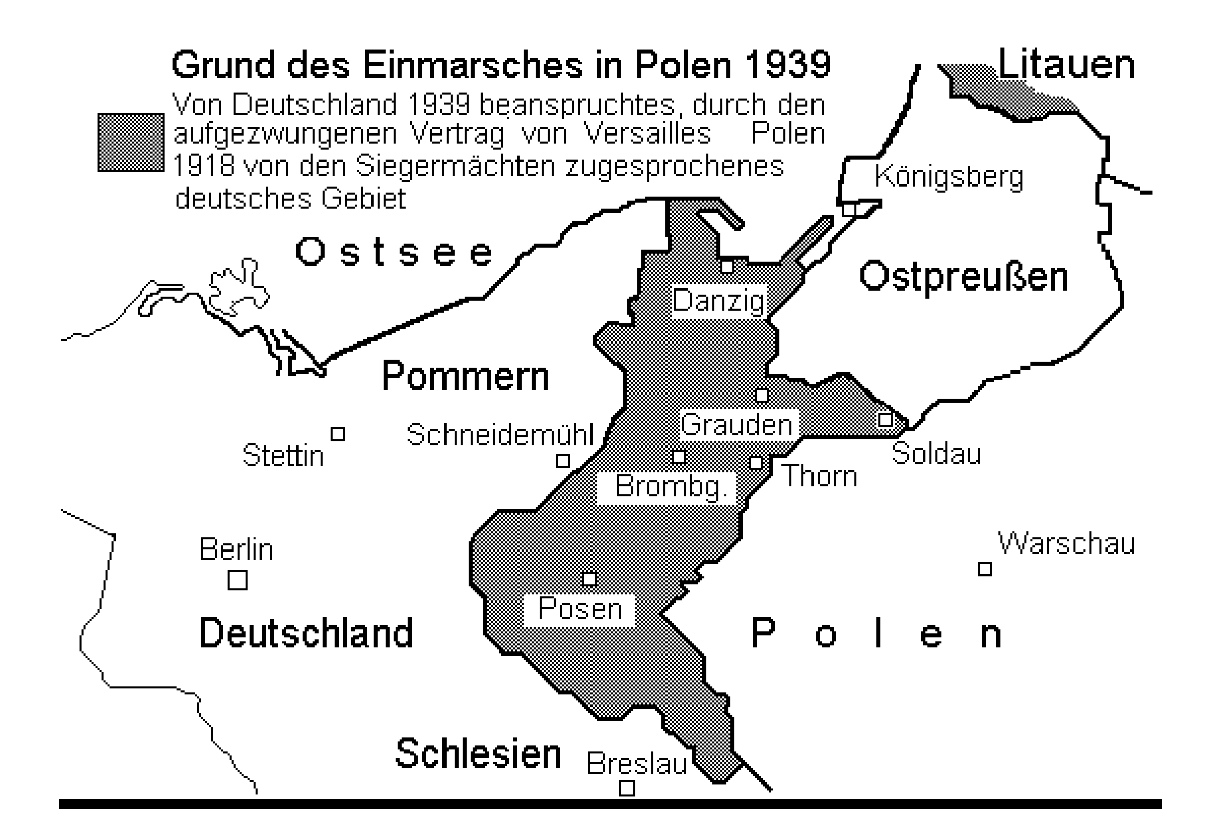
(Quelle : IMT, Band IX, Aussage von Birger Dahlem; S. 515/516).

25.08.1939 Unterzeichnung eines militärischen Beistandspaktes zwischen Großbritannien und Polen im Falle eines deutschen Angriffs

29.08.1939 Der Chef der Zionistischen Weltorganisation Dr. Weizmann schrieb am 29.August 1939 (**Anm**.: also 3 Tage vor Hitlers Einmarsch in Polen) an den britischen Premier Chamberlain (veröffentlicht nach Kriegserklärung Englands in der "Times" vom 5.9.1939) :

"Ich wünsche in nachdrücklicher Form die Erklärung zu bestätigen, daß wir Juden an der Seite Großbritanniens stehen und für die Demokratie kämpfen werden. Aus diesem Grunde stellen wir uns in den kleinsten und größten Dingen unter die zusammenfassende Leitung der britischen Regierung. Die jüdische Vertretung ist bereit, in sofortige Abkommen einzutreten, um alle personelle jüdische Kraft ihre Technik, ihre Hilfsmittel und alle Fähigkeiten nützlich einzusetzen."

29.08.1939 Letztes Angebot Deutschlands an Polen die nach dem 1.Weltkrieg abgetrennten ehemals deutschen Gebiete an Deutschland zu retournieren und die offenen Fragen durch Verhandlungen auf friedlichem Wege zu lösen



Das letzte Angebot

Am **30. August 1939** ließ Hitler eine Auflistung der deutschen Vorschläge zur Verhinderung des Krieges und zur Bereinigung des deutsch-polnischen Konflikts erstellen. Das Dokument, das von manchen Zeitge-schichtlern als reines Propagandapapier angesehen wird, ging nach London, Rom und Moskau. Warschau jedoch weigerte sich einen bevollmächtigten Vertreter zur Entgegennahme der 16 Punkte zu entsenden. Das Dokument hat folgenden Wortlaut :

Deutsch-polnisches Abkommen

1. Die Freie Stadt Danzig kehrt auf Grund ihres rein deutschen Charakters sowie des einmütigen Willens ihrer Bevölkerung sofort in das Deutsche Reich zurück.

2. Das Gebiet des sogenannten Korridors, das von der Ostsee bis zu der Linie Marienwerder - Graudenz - Kulm - Bromberg (diese Städte einschließlich) und dann etwa westlich nach Schönlanke reicht, wird über seine Zugehörigkeit entscheiden.

3. Zu diesem Zweck wird dieses Gebiet eine Abstimmung vornehmen. Abstimrnungsberechtigt sind alle Deutschen, die am 1. Januar 1918 in diesem Gebiete wohnhaft waren oder bis zu diesem Tage dort geboren wurden, und desgleichen alle an diesem Tage dort wohnhaft gewesenen oder bis zu diesem Tage dort geborenen Polen, Kaschuben usw. Die aus diesem Gebiet vertriebenen Deutschen kehren zur Erfüllung ihrer Abstimmung zurück. Zur Sicherung einer objektiven Abstimmung sowie zur Gewährleistung der dafür notwendigen umfangreichen Vorarbeiten wird dieses erwähnte Gebiet ähnlich dem Saargebiet einer sofort zu bildenden internationalen Kommission unterstellt, die von den vier Großmächten Italien, Sowjetunion, Frankreich, England gebildet wird. Diese Kommission übt alle Hoheitsrechte in diesem Gebiet aus. Zu dem Zweck ist dieses Gebiet in einer zu vereinbarenden kürzesten Frist von den polnischen Militärs, der polnischen Polizei und den polnischen Behörden zu räumen.

4. Von diesem Gebiet bleibt ausgenommen der polnische Hafen Gdingen, der grundsätzlich polnisches Hoheitsgebiet ist, insoweit er sich territorial auf polnische Siedlung beschränkt. Die näheren Grenzen dieser polnischen Hafenstadt wären zwischen Deutschland und Polen festzulegen und nötigenfalls durch ein internationales Schiedsgericht festzusetzen.

5. Um die notwendige Zeit für die erforderlichen umfangreichen Arbeiten zur Durchführung einer gerechten Abstimmung sicherzustellen, wird diese Abstimmung nicht vor Ablauf von zwölf Monaten stattfinden.

6. Um während dieser Zeit Deutschland seine Verbindung mit Ostpreußen und Polen seine Verbindung mit dem Meere unbeschränkt zu garantieren, werden Straßen und Eisenbahnen festgelegt, die einen freien Transitverkehr ermöglichen. Hierbei dürfen nur jene Abgaben erhoben werden, die für die Erhaltung der Verkehrswege bzw. für die Durchführung der Transporte erforderlich sind.

7. Über die Zugehörigkeit des Gebietes entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

8. Um nach erfolgter Abstimmung - ganz gleich, wie diese ausgehen möge - die Sicherheit des freien Verkehrs Deutschlands mit seiner Provinz Danzig-Ostpreußen und Polen seine Verbindung mit dem Meere zu garantieren, wird, falls das Abstimmungsgebiet an Polen fällt, Deutschland eine exterritoriale Verkehrszone, etwa in Richtung von Bütow - Danzig bzw. Dirschau gegeben zur Anlage einer Reichsautobahn sowie einer viergleisigen Eisenbahnlinie. Der Bau der Straße und der Eisenbahn wird so durchgeführt, daß die polnischen Kommunikationswege dadurch nicht berührt, d.h. entweder über- oder unterfahren werden. Die Breite dieser Zone wird auf 1 km festgesetzt und ist deutsches Hoheitsgebiet.
Fällt die Abstimmung zugunsten Deutschlands aus, erhält Polen zum freien und uneingeschränkten Verkehr nach seinem Hafen Gdingen die gleichen Rechte einer ebenso exterritorialen Straßen- bzw. Eisenbahnverbindung, wie sie Deutschland zustehen würden.

9. Im Falle des Zurückfallens des Korridors an das Deutsche Reich erklärt sich dieses bereit, einen Bevölkerungsaustausch mit Polen in dem Ausmaß vorzunehmen, als der Korridor hierfür geeignet ist.

10. Die etwa von Polen gewünschten Sonderrechte im Hafen von Danzig würden paritätisch ausgehandelt werden mit gleichen Rechten Deutschlands im Hafen von Gdingen.

11. Um in dem Gebiet jedes Gefühl einer Bedrohung auf beiden Seiten zu beseitigen, würden Danzig und Gdingen den Charakter reiner

Handelsstädte erhalten, d. h. ohne militärische Anlagen und militärische Befestigungen.

12. Die Halbinsel Hela, die entsprechend der Abstimmung entweder zu Polen oder zu Deutschland käme, würde in jedem Fall ebenfalls zu demilitarisieren sein.

13. Da die Deutsche Reichsregierung heftigste Beschwerden gegen die polnische Minderheitenbehandlung vorzubringen hat, die Polnische Regierung ihrerseits glaubt, auch Beschwerden gegen Deutschland vorbringen zu müssen, erklären sich beide Parteien damit einverstanden, daß diese Beschwerden einer international zusammengesetzten Untersuchungskommission unterbreitet werden, die die Aufgabe hat, alle Beschwerden über wirtschaftliche oder physische Schädigungen sowie sonstige terroristische Akte zu untersuchen. Deutschland und Polen verpflichten sich, alle seit dem Jahre 1918 etwa vorkommenden wirtschaftlichen und sonstigen Schädigungen der beiderseitigen Minoritäten wiedergutzumachen, bzw. alle Enteignungen aufzuheben oder für diese und sonstige Eingriffe in das wirtschaftliche Leben eine vollständige Entschädigung den Betroffenen zu leisten.

14. Um den in Polen verbleibenden Deutschen, sowie den in Deutschland verbleibenden Polen das Gefühl der internationalen Rechtlosigkeit zu nehmen und ihnen vor allem die Sicherheit zu gewähren, nicht zu Handlungen bzw. zu Diensten herangezogen werden zu können, die mit ihrem nationalen Gefühl unvereinbar sind, kommen Deutschland und Polen überein, die Rechte der beiderseitigen Minderheiten durch umfassendste und bindende Vereinbarungen zu sichern, um diesen Minderheiten die Erhaltung, freie Entwicklung und Betätigung ihres Volkstums zu gewährleisten, ihnen insbesondere zu diesem Zweck die von ihnen für erforderlich gehaltene Organisierung zu gestatten. Beide Teile verpflichten sich, die Angehörigen der Minderheit nicht zum Wehrdienst heranzuziehen.

15. Im Falle einer Vereinbarung auf der Grundlage dieser Vorschläge erklären sich Deutschland und Polen bereit, die sofortige Demobilisierung ihrer Streikräfte anzuordnen und durchzuführen.

16. Die zur Beschleunigung der obigen Abmachungen erforderlichen weiteren Maßnahmen werden zwischen Deutschland und Polen gemeinsam vereinbart.
(Quelle : "Verheimlichte Dokumente", Erich Kern, FZ-Verlag, S. 172 ff)

30.08.1939 Allgemeine Mobilmachung in Polen - Sperrung des Korridors zwischen Ostpreußen und dem Deutschen Reich

01.09.1939 Einmarsch in Polen

03.09.1939 Großbritannien und Frankreich erklären Deutschland den Krieg

04.09.1939 Wilhelmshaven und Cuxhaven werden von britischen Fliegern bombardiert

05.09.1939 USA proklamieren ihre Neutralität

06.09.1939 Großbritannien beginnt mit der Seeblockade Deutschlands

27.09.1939 Kapitulation Polens

28.09.1939 Vertrag über die Teilung Polens in Moskau unterzeichnet

Frage : Alleinschuld ? - Kriegswille ? - Provokation und Reaktion ? - Aggression ? - (nach heutiger Sprache) Präventivschlag Deutschlands ? - oder Schaffung bzw. Beanspruchung einer "Sicherheits-Zone" ? wie sie etwa durch Israel, ohne von der friedliebenden Völkergemeinschaft der UNO (anders als beim Irak) Sanktionen befürchten zu müssen, durch die Besetzung von Gebieten in einem souveränen Staat wie dem Libanon, vorgenommen wurde ? - Ich weiß es nicht !

Es soll hier keineswegs eine vergangene Ära "entlastet" werden, noch Geschehnisse während der Kriegszeit "verharmlost" oder gar "geleugnet" werden - aber es soll auch nicht durch Verschweigen von Fakten oder der Publizierung von Halbwahrheiten einer jüngeren Generation die Möglichkeit zur eigenen Beurteilung des tatsächlichen Geschehens genommen werden.

Terminologie zur Gründung Israels

Um den heute vielzitierten Begriff "Terrorismus gegen Israel" (im Nahen Osten, natürlich den der Palästinenser) zu verstehen, kommt man (gerechterweise) nicht umhin, auch die Gründung des Staates Israel näher zu untersuchen. - Vielfach werden in den heutigen Medien Geschehnisse einseitig, unter Vernachlässigung der Terminologie - meist opportun zu den Medieninhabern - dargestellt.

29.08.1897 1. Zionistenkongress in Basel (Vgl.: "Protokolle ")

23.08.1903 6. Zionistenkongress (Herzl ?)
Auf dem 6. Zionistenkongreß in Basel wird der Beschluß gefaßt, mit der Arbeit in Palästina, dem zukünftigen jüdischen Staat, zu beginnen. ... Der Plan, ein autonomes Siedlungsgebiet in Britisch-Ostafrika zu besiedeln, wird abgelehnt.

26.12.1909 9. Zionistenkongress in Hamburg
In Hamburg findet der 9. Zionistenkongreß (26.-31.12.) statt. Die von 600 Teilnehmern besuchte Veranstaltung betont, daß grundsätzlich am Baseler Programm, das heißt an der Forderung nach einer öffentlich-rechtlichen, gesicherten Heimstätte für die Juden, festgehalten werde. Als besonders problematisch bezeichnen die Kongreßteilnehmer das Einwanderungsverbot für Palästina.

11.09.1910 32 Siedlungen in Palästina
Die Besiedlung Palästinas ist Hauptthema des 12. Delegiertentages der deutschen Zionisten. Der Kongreß informiert darüber, daß in Palästina mittlerweile 32 jüdische Siedlungen bestehen. In Jerusalem leben 56.000 Juden, in Tiberias 8.600 Juden. Die deutschen Zionisten stiften 100.000 Mark für eine neue zionistische Siedlungsgenossenschaft in Palästina.

07.02.1917 Balfour Deklaration (Balfour war 1903 britischer Premier)

Die Balfour - Erklärung

Am 2. November 1917 gab der britische Außenminister Arthur James Balfour folgende Erklärung ab:

»Lieber Lord Rothschild,
ich habe die große Freude, Ihnen im Namen der Regierung seiner Majestät die folgende Sympathie-Erklärung mit den jüdischen zionistischen Bestrebungen mitzuteilen, welche dem Kabinett vorgelegen hat und von ihm gebilligt worden ist. Die Regierung Ihrer Majestät sieht mit Wohlwollen die Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina und wird ihr Bestes geben die Verwirklichung dieses Planes zu erleichtern, unter dem Vorbehalt, daß nichts geschieht, was die bürgerlichen und religiösen Rechte nichtjüdischer Gemein-schaften in Palästina oder die Rechte und den politischen Status der Juden in anderen Staaten präjudiziert. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie den zionistischen Kongreß von dieser Erklärung in Kenntnis setzen würden.«

19.04.1920 Naher Osten - Mandatsaufteilung
Auf der Konferenz des obersten Rates der Alliierten in San Remo (19.-26.April) werden die Mandatsgebiete im Nahen Osten verteilt. England erhält das Mandat über Palästina und Mesopotamien, Frankreich das über Syrien und den Libanon

17.11.1930 Großbritannien legt Palästinaplan vor
Neben der Indienfrage rückt auch das Palästinaproblem in diesem Monat in das Bewußtsein der Öffentlichkeit. Im britischen Unterhaus kommt es zu einer Debatte, in der die Art erörtert wird, in der die Regierung ihr Mandat über Palästina ausübt. Premierminister James Ramsay Macdonald stellt einen Plan vor, der die Ansiedlung von 10.000 arabischen Familien vorsieht, die von den Juden durch Ankauf landlos gemacht worden seien. Später sollen dann Araber und Juden gleichmäßig angesiedelt werden.

(**Anm**.: In der Balfour-Deklaration von 1917 ist sowohl den Juden - als auch den Arabern Land in Palästina in Aussicht gestellt worden.)

Bevölkerungsentwicklung Palästinas 1922 - 1947

	Araber	Juden	Anteil d. Juden an Ges.Bevölk.
1922	668.258	83.790	11,1%
1931	858.708	174.606	16,9%
1936	982.614	384.078	28,1%
1939	1,056.241	445.457	29,7%
1945	1,255.708	554.329	30,6%
1947	1,319.434	589.341	30,9%

07.02.1939 Beginn der Konferenz zur Lösung der Palästinafrage in London

Der Kompromißvorschlag :

1.) Gesetzgebende Versammlung 70% Sitze für Araber, 30% für die Juden,
2.) die allmähliche Herabsetzung der jüdischen Einwanderungsquoten,

3.) Britische Garantien für die zivilen und politischen Rechte der Juden,

4.) Teilung Palästinas in 3 Gebiete: eines in dem Juden unbeschränkt Land erwerben können, ein zweites in dem Landerwerb durch Juden genehmigungspflichtig ist und ein drittes, in dem Juden jeder Landerwerb verboten ist.

Dieser Plan wurde von der jüdischen Delegation (unter Chaim Weizmann) abgelehnt (17.3.1939) (**Frage** : Warum ? - Ich weiß es nicht)

13.08.1945 Tauziehen um Israel
Der zionistische Weltkongreß veröffentlicht ein der britischen Regierung vorgelegtes Programm zur Gründung eines Staates Israel und der Einwanderung von einer Million Juden in Palästina. Präsident Harry S. Truman verlangt von Premierminister Clement Attlee, Großbritannien sollte als Mandatsmacht in Palästina wenigstens 100.000 Menschen in das Land lassen. Saudi-Arabien erinnert an die Zusage Franklin D. Roosevelts, keine Entscheidung ohne Befragung von Juden und Arabern zu treffen.

31.10.1945 Araber gegen Judenstaat
Die Spannungen um Palästina wachsen. Zunächst wendet sich die Arabische Liga scharf gegen die fortgesetzte jüdische Einwanderung, dann warnen Ägypten, Syrien, der Libanon und Irak die Regierung der

USA vor den Konsequenzen für die außenpolitischen Beziehungen, falls sie die Gründung eines jüdischen Staates in Palästina unterstütze. Unterdessen entwickelt die nationalistische Bewegung der Juden in Palästina erneut Aktivitäten, um die britische Mandatsmacht zum Abzug zu bewegen.

27.12.1945 Terrorwelle in Palästina
Die Terrorwelle gegen britische Militäreinrichtungen in Palästina hält an: Bei Bombenexplosionen in Jerusalem, Tel Aviv und Haifa sterben 10 Menschen. In einer Verhaftungswelle nehmen britische Armee und Polizei über 2.000 Juden zwischen 16 und 40 Jahren fest, die fast alle wieder freigelassen werden. Drei Organisationen stehen im Verdacht, die Anschläge ausgeführt zu haben : 1. Die Hagana, die jüdische Geheimarmee, die auch auf illegale Immigration spezialisiert ist; 2. die militante Organisation Irgun Zwai Leumi unter der Führung Menachim Begins; 3. die nationalistische Sternbande, benannt nach ihrem 1942 von der Polizei getöteten Gründer Abraham Stern. Organisationsziel ist die Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina als Heimstatt für die in Europa lebenden Juden, die das nationalsozialistische Massaker überlebt haben. Dagegen hält es die britische Regierung für notwendig, die arabischen Interessen zu berücksichtigen.

21.07.1946 Guerilla in Palästina
Die Fronten in Palästina verhärten sich und die britische Regierung lehnt jede Lösung ab, die nur mit Waffengewalt durchgeführt werden kann. Die Arabische Liga wendet sich gegen die jüdische Immigration aus Europa und fordert Präsident Harry Truman und die australische Bundesregierung auf, die Einwanderer in ihre Staaten aufzunehmen, da sie noch genügend Platz besäßen. Demgegenüber setzen jüdische Verbände ihre Bestrebungen fort, Einwanderer gegen alle britischen Kontrollen heimlich in das Land einzuschleusen. Außerdem setzen sie alle Mittel ein, um die Briten zu vertreiben. Die Untergrundbewegung Irgun Zwai Leumi sprengt den Flügel des Jerusalemer "König David" - Hotels in dem sich das britische Militärhauptquartier befindet: 76 Tote, 46 Verletzte und 29 Vermißte. Menachem Begin, der Führer der Gruppe, meint: "Die Heftigkeit der Explosion überstieg unsere Erwartungen". - Die Hagana, die jüdische Geheimarmee und Ben Gurion, Führer der Zionisten, distanzieren sich nachdrücklich von diesem Terroranschlag.
(**Anm.**: Am 10.12.1978 wurde der Friedensnobelpreis dem israelischen Ministerpräsidenten Menachem Begin gemeinsam mit dem ägyptischen Präsidenten Anwar as Sadat verliehen. Sadat nahm an der Nobelpreisverleihung nicht teil.)

12.01.1947 Israelischer Anschläge
Die israelische Untergrundorganisation Irgun Zwai Leumi stellt ihre Feuerüberfälle auf britische Einrichtungen ein, nachdem illegale Sender der jüdischen Geheimarmee Hagana nachdrücklich dazu aufgerufen haben. Die Ruhe wird beendet, als ein Mitglied der "Stern-Bande" einen mit Sprengstoff beladenen Wagen vor dem Polizeihauptquartier in Haifa zur Explosion bringt; getötet werden 2 britische und 3 arabische Polizisten, verletzt 104 Personen. Britische Soldaten nehmen 882 Verdächtige zum Verhör fest. Aus Sorge vor erneuten Überfällen müssen britische Frauen und Kinder Palästina verlassen. Winston Churchill erklärt, es sei besser, das Mandat, das Großbritannien seit April 1920 über Palästina hat, der UNO zu übergeben.

01.03.1947 Kriegsrecht in Jerusalem
Die Unruhen in Palästina reißen nicht ab. Einem Anschlag auf die britische Offiziersmesse in Jerusalem fallen 12 Menschen zum Opfer; weitere Anschläge werden auf britische Armee- und Polizeieinrichtungen in Tel Aviv ausgeübt, um von dem Einlaufen eines Schiffes mit illegalen Einwanderern abzulenken. Die Verhängung des Kriegsrechts und die Einschränkung der Bewegungsfreiheit führen zu steigender Arbeitslosigkeit und zunehmender Verbitterung der jüdischen Einwohner gegenüber den Briten.

18.05.1947 189 Häftlinge in Palästina befreit
In der UNO erhält der Antrag der Arabischen Liga auf Abzug der britischen Truppen aus Palästina und Errichtung eines palästinensischen Staates keine Mehrheit; die Vereinten Nationen bilden aber eine Kommission, um die Verhältnisse in diesem Gebiet zu untersuchen. Die jüdische Untergrundorganisation will ihre Überfälle während des Besuchs der Kommission einstellen, wenn auch die britischen Truppen nichts unternehmen. Noch zu Monatsanfang hat die Irgun Zwai Leumi nach der Sprengung einer Mauer des Gefängnisses in Akko und einem heftigen Feuergefecht 189 jüdische Häftlinge befreit.

14.05.1948 Gründung Israels

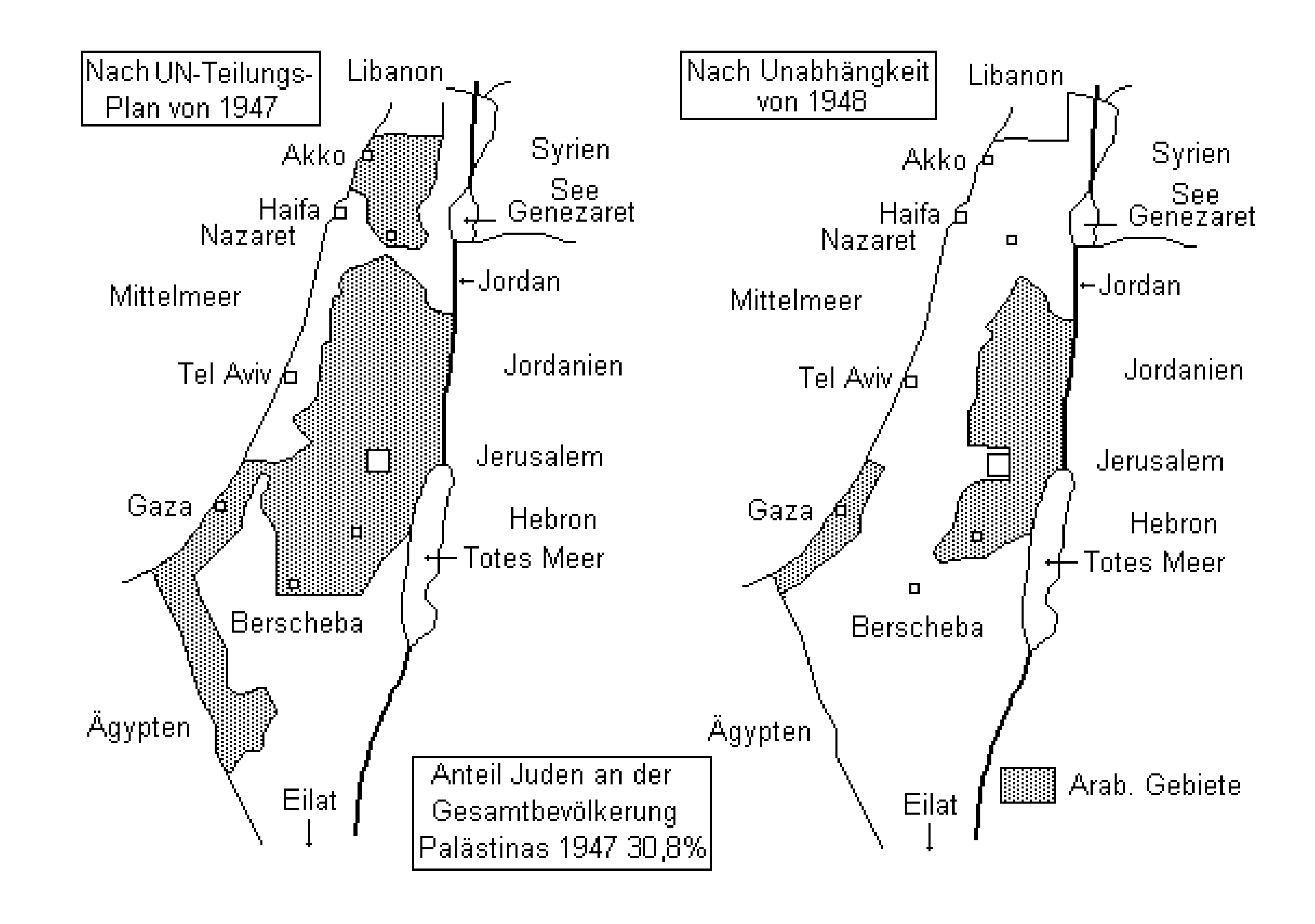
13.05.1948 Am **14.05.1948** um 24 Uhr läuft das britische Mandat aus. Der jüdische Nationalrat und der Zionistische Weltkongreß geben bereits am 13.05. die Gründung des Staates Israel (angeblich wegen Sabbat) bekannt. - Daraufhin erklärt (ebenfalls am 13.05.1948) die Arabische Liga den palästinensischen Juden den Krieg.

(**Anm**.: Damit hat Israel bereits einen Tag **vor** Auslauf der der britischen Mandats-Hoheit, (der auch die arabische Bevölkerung unterstellt war), eine völkerrechtswiderige "Okkupation", ohne Berücksichtigung der von der UNO vorgesehenen Gebietsaufteilung zwischen Juden und Arabern begangen. Als **Reaktion darauf** erklärte die Arabische Liga den palästinensischen Juden (ebenfalls) am 13.05. den Krieg.)

12.01.1949 Kämpfe auf Sinai, (israelischer Teil Jerusalems bombardiert)
Fortdauernde Kämpfe zwischen Israelis und Ägyptern auf der Sinaihalbinsel, die Bombardierung des jüdischen Teils von Jerusalem durch nicht identifizierte Flugzeuge, sowie ägyptische Versuche, die israelischen Mittelmeerhäfen zu blockieren, bestimmen den Jahresanfang im Nahen Osten. In diese Zeit fällt auch die britische Meldung, Israel beziehe seine Waffen aus osteuropäischen Staaten durch Vermittlung der CSR. Die Feuerkraft der Israelis beweist der Abschuß von fünf britischen Transportmaschinen bei Rafa, die nach israelischer Erklärung den Luftraum des neuen Staates gefährdet haben.
- Vertreter Israels und Ägyptens erklären sich am 12.01. bereit, alle Kampfhandlungen für die Dauer von Waffenstillstandsverhandlungen einzustellen. Die Gespräche finden auf Rhodos durch Vermittlung des UN-Kommissars Ralph Bunche statt.

24.02.1949 Frieden in Nahost
Ralph Bunche teilt dem UN-Sicherheitsrat den Text eines zwischen Ägypten und Israel auf Rhodos vereinbarten Waffenstillstandsvertrages mit. Das Abkommen sichert Israel die Kontrolle über Beerscheba und den größten Teil des Negev zu. Die Kriegsgefangenen beider Staaten werden ausgetauscht. Ägypten erklärt in dem Vertrag, die Einstellung der Kampfhandlungen bedeute keinesfalls die staatliche Anerkennung Israels. Der Waffenstillstand hat Gültigkeit bis zum Abschluß eines Friedensvertrags.

11.02.1953 Sowj. Diplomaten verlassen Israel
Nach einem Bombenattentat auf die sowjetische Botschaft in Tel Aviv bricht die Sowjetunion die diplomatischen Beziehungen zu Israel ab.


Nach UN-Teilungs-
Plan von 1947
Libanon
Akko
Syrien
See
Genezaret
Haifa
Nazaret
Mittelmeer
Jordan
Tel Aviv
Jordanien
Jerusalem
Gaza
Hebron
Totes Meer
Berscheba
Ägypten
Eilat
Anteil Juden an der
Gesamtbevölkerung
Palästinas 1947 30,8%
Nach Unabhängkeit
von 1948
Libanon
Akko
Syrien
See
Genezaret
Haifa
Nazaret
Mittelmeer
Jordan
Tel Aviv
Jordanien
Jerusalem
Gaza
Hebron
Totes Meer
Berscheba
Ägypten
Eilat
Arab. Gebiete

14.10.1953 Israelischer Überfall
Zu internationalen Protesten gegen die israelische Regierung führt ein Überfall israelischer Soldaten auf den jordanischen Grenzort Qibya, bei dem 53 Zivilisten getötet werden. **Die Israelis versuchen ihren Angriff mit dem Verbot eines Kanalprojekts durch die UN-Kommission** zu rechtfertigen, durch das Jordanwasser zur Bewässerung landwirtschaftlicher Projekte im israelischen Grenzraum zugeführt werden soll.

15.06.1956 Briten verlassen Ägypten (Gamal Abd el-Nasser wird Präsident)

26.07.1956 Staatspräsident Nasser verkündet die sofortige Verstaatlichung des Sueskanal. ... Die Guthaben der internationalen Sueskanalgesellschaft werden eingefroren. ... Die Einkünfte aus dem Kanal sollen künftig dem ägyptischen Volk selbst zugute kommen. ... Offen droht der britische Regierungschef Anthony Eden nach Rücksprache mit seinem französischen Amtskollegen Guy Mollet mit der Anwendung militärischer Gewalt gegen Ägypten. Flugzeugträger und andere Kriegsschiffe werden ins Mittelmeer abkommandiert. - US-Außenminister J.F.Dulles warnt vor einer übereilten Maßnahme, die möglicherweise ein Eingreifen der Sowjetunion im Nahen Osten zur Folge haben könnte.

23.08.1956 Sueskanalkrise
In London versammeln sich die Vertretungen von 22 Ländern, darunter auch die Sowjetunion, um Ägypten ein Angebot zu machen, das den internationalen Charakter des Sueskanals wahren würde. Er soll von einer Körperschaft verwaltet werden, die von allen den Kanal benutzenden Staaten gebildet werden soll. Die Sowjetunion schließt sich diesem Vorschlag nicht an, sondern betont das Recht des souveränen Staates Ägypten, über Anlagen und Gesellschaften, die auf seinem Gebiet beheimatet sind, frei zu verfügen. Auch Nasser weist den Plan der Londoner Konferenz zurück.

12.09.1956 Israelische Truppen unternehmen einen "Vergeltungsangriff" auf einen jordanischen Kommandoposten, der 12 Tote fordert.

26.09.1956 Grenzkämpfe in Nahost (Israel - Jordanien)
Das bislang weitgehend friedliche Verhältnis zwischen Israel und seinem östlichen Nachbarn Jordanien beginnt bedrohlich aggressive Formen anzunehmen. Gegenseitig werden von immer größeren militärischen Einheiten Siedlungen, kleinere Kommandoposten und Polizeistellen überfallen. Den vorläufigen Höhepunkt setzt am 26.09. ein Angriff von

5.000 israelischen Soldaten, der auf erbitterte Gegenwehr der Arabischen Legion stößt, einer jordanischen Eliteeinheit. Der israelisch-jordanische Konflikt wirkt auch in das Bündnis von Großbritannien und Frankreich hinein, die an Vorbereitungen zu einer gemeinsamen Intervention am Sueskanal arbeiten. - Frankreich hat Israel, dem stärksten Feind Nassers in dieser Region, vermehrt Waffen geliefert, während Großbritannien durch einen Beistandspakt mit Jordanien verbunden ist und außerdem in Israel seit den Mandatskämpfen des Jahres 1948 immer noch ein befeindetes Land sieht.

25.10.1956 Ägypten, Syrien und Jordanien vereinbaren einen gemeinsamen militärischen Oberbefehl ihrer Armeen.

29.10.1956 Israelische Truppen greifen in einem handstreichartigen Unternehmen auf breiter Front ägyptische Stellungen im Sinai an. Innerhalb kürzester Zeit wird eine ägyptische Stellung nach der anderen aufgelöst. Die von Frankreich zur Verfügung gestellten 60 Mystere-Düsenjäger sowie 200 Allradlastwagen haben die Schlagkraft der israelischen Armee beträchtlich verstärkt. - Noch am 30.10.1956 richten Frankreich und Großbritannien, die sich als Schutzmächte des Sueskanal begreifen, an Israel und Ägypten ein Ultimatum, die Kämpfe binnen 12 Stunden einzustellen und sich auf eine Linie jeweils 10 Meilen westlich und östlich des Kanals zurückzuziehen. - Wie erwartet, wird das Ultimatum von Ägyptens Staatspräsident Nasser zurückgewiesen.

Damit haben Frankreich und Großbritannien den erhofften Vorwand, um am Sueskanal militärisch zu intervenieren. - Nach einiger Verzögerung beginnen die auf Zypern stationierten Bomber der Alliierten am 31.10.1956 mit Angriffen auf ägyptische Flugplätze. Doch die sowjetischen Jäger haben sich zu diesem Zeitpunkt schon zurückgezogen und können also weder Gegenwehr leisten, noch zerstört werden. - Bei der amerikanischen Führung hat das offenkundig abgesprochene Vorgehen Frankreichs, Großbritanniens und Israels gegen Ägypten heftigen Ärger hervorgerufen. ... Bei einer UN-Vollversammlung verurteilen Amerika und die Sowjetunion zusammen das Vorgehen der Alliierten und Israels. Doch die Intervention ist nicht aufzuhalten.

02.11.1956 Die UN-Vollversammlung fordert den sofortigen Abzug Israels vom Sinai und die Einstellung der britisch-französischen Kampfhandlungen.

05.11.1956 Die britischen und französischen Einheiten beginnen den ägyptischen Hafen Port Said und Fuad mit Fallschirmjägern einzunehmen. - 7.000 britische und französische Soldaten sollen hier einen Brückenkopf bilden, von dem aus der gesamte Sueskanal besetzt werden soll.

08.11.1956 Israel erklärt sich unter dem Druck der USA bereit, seine Truppen vom Sinai zurückzuziehen. - Die Entsendung einer UN-Friedenstruppe in den Nahen Osten wird beschlossen. - Durch die Sprengung von Leitungen ist die Lieferung von einem Viertel der Ölversorgung aus dem Nahen Osten unmöglich gemacht. Die arabischen Staaten weigern sich, Öl an Gesellschaften zu verkaufen, die auch mit Großbritannien und Frankreich in Verbindung stehen. Die Vorräte gehen rasch zur Neige. ... Der Sueskanal ist durch 46 versenkte Schiffe gesperrt.

15.11.1956 Die ersten UN-Truppen landen auf ägyptischem Boden.

05.01.1957 USA intervenieren im Nahen Osten
Nach der gescheiterten Intervention Frankreichs und Großbritanniens in Ägypten versuchen die USA eine Art Schutzherrenfunktion im Nahen Osten einzunehmen, die den Gebrauch bewaffneter Kräfte der Vereinigten Staaten ausdrücklich miteinbezieht. ... Die USA wollen jeden Versuch der kommunistischen Einflußnahme in der Region verhindern.

08.03.1957 Endgültiger Abzug der israelischen Truppen von der Sinaihalbinsel und aus dem Gazastreifen.

09.04.1957 Sueskanal ist wieder passierbar.

17.08.1957 Syrien ersucht die UDSSR um militärische und wirtschaftliche Hilfe.

01.02.1958 Zusammenschluß Syriens - Ägyptens zur VAR. Aufgrund einer am 22.01.1958 stattfindenden Volksabstimmung, wird Nasser zum Präsidenten der neuen Republik gewählt.

20.05.1958 Die USA geben die Bildung einer 50.000 Mann starken **Spezialarmee für "kleinere Kriege"** in unwegsamen Gebieten bekannt.

15.05.1967 Nachdem beim letzten schweren Luftzwischenfall Anfang April sechs syrische MIG-21-Flugzeuge von israelischen Jägern abgeschossen wurden, fordert die öffentliche Meinung vor allem in der VAR

Gegenmaßnahmen. - Am 15.05.1967 werden starke Truppenkontingente auf die Halbinsel Sinai verlegt, einen Tag später die Armee in Alarmbereitschaft versetzt und der Ausnahmezustand verhängt.... Nasser sperrt den Golf von Akaba für Israel.

05.06.1967 Israel beginnt den 6-Tagekrieg

Frage : War nun die Gründung Israels das Ergebnis von friedlichen Verhandlungen mit dem ehemaligen britischen Verbündeten (24.03.1933 und 29.08.1939) bzw. mit der **UNO** (der Vereinigung der friedlichen Völker), oder wurde Israel durch den gleichen verwerflichen Terrorismus, den heute die arabischen, aus ihrer Heimat verdrängten und bekämpften Volksgruppen ausüben, occupiert ?

- Ich weiß es nicht !

Frage : Drängt sich nicht nachgeradezu ein Vergleich zu den Geschehnissen im Zusammenhang mit dem Krieg gegen den Irak auf ? - Geht es dabei darum, einem, bedrohten **islamischen** Staat (Kuwait) beizustehen, der von einem ebensolchen islamischen, „überfallen„ wurde, oder dient dieser Krieg nur als Vorwand, die (Erdöl-) Interessen der „freiheits-liebenden, demokratischen, westlichen Völkergemeinschaft„ zu wahren ?

- Ich weiß es nicht !

Provokationen der Palästinenser und des Libanon durch Israel ?

Daß Israel mit der (demokratischen) Wahl Netanjahus - entgegen allen Friedensbeteuerungen - durch den Bruch der zwischen den Palästinensern sowie Peres und Rabin ausgehandelten Friedensverträge - und durch andauernde Provokationen eine gewaltsame Lösung der Palästinafrage (natürlich mit Schuldzuweisung an die Palästinenser) anstrebt, ist inzwischen offenkundig. - Dazu Teletext-Nachrichten aus neuerer Zeit :

24.09.1997 Euro-News Teletext S. 136 4 h 15
Warnung :
Israels Verteidigungsminister Jitzhak Mordechai hat Libanons Armee vor einer militärischen Eskalation gewarnt. Bei Angriffen libanesischer Truppen auf die von Israel beanspruchte Sicherheitszone werde zurückgeschossen.

26.09.1997 ORF1-Text S. 116 um 19 h 42
Palästinenser-Krieg geprobt
Israels Armee trainiert nach einem Bericht des israelischen Rundfunks für einen Krieg mit den Palästinensern. - Es gäbe keinen Zweifel, daß sich die Streitkräfte auf das Schlimmste vorbereiten, sagte heute die Militärkorrespondentin des Rundfunks, Carmella Menasse.
Es habe auch Manöver gegeben, bei denen israelische Truppen die Rückkehr in die bereits zurückgegebenen Gebiete im Westjordanland trainierten. - Auch habe die Armee in dieser Woche für den Fall geübt, daß Palästinenser jüdische Siedlungen besetzen.

Daß auch Mordanschläge auf politische Gegner als ein Beispiel "demokratischer Auseinandersetzung" durch Geheimdienste "legal" wurde, ist scheinbar auch ein Teil der "Neuen Weltordnung". - In dem Zusammenhang sei auch die geheime CIA-Operation im Nord-IRAK durch Unterstützung bestimmter Kurden-Gruppen erwähnt, die allerdings durch Intervention der irakischen Truppen vereitelt wurde und die Ablösung des CIA-Chefs John Deutch bewirkte.

05.10.1997 ORF1-Text S. 117 20 h 05
Mossad-Skandal - Netanyahu belastet
Die Affäre um einen fehlgeschlagenen Giftanschlag des israelischen Geheimdienstes Mossad in Jordanien zieht immer weitere Kreise.
Die auflagenstärkste israelische Zeitung "Yediot Aharonot" meldete heute, der mißglückte Mordanschlag auf den palästinensischen Hamas-

Funktionär Khaled Machaal in Amman sei von Regierungschef Netanyahu verlangt worden. Und zwar ausdrücklich gegen den Rat von Mossad-Chef Yatom.
Der israelische Rundfunk meldete heute, während der Nacht hätten Vertreter von Regierung und Geheimdienst über die Lage beraten.

(**Anm**. : Im ORF1-Text am 06.10.1997, 7 h 30 nicht mehr enthalten.)

06.10.1997 Euro-News-Text S. 125 7 h 33
Israel läßt Scheich Jassin gehen
Scheich Jassin, der geistliche Führer der radikal-islamischen Palästinenserorganisation Hamas, darf am Montag in den Gazastreifen zurückkehren. Wie das israelische Radio berichtete, habe Israel dafür grünes Licht gegeben. Zudem wolle Israel palästinensische Häftlinge, die nicht mit der Hamas in Verbindung stünden, freilassen, um Jordanien die Freilassung zweier mutmaßlicher Mossad-Agenten zu erreichen. Diese Information wurde aber von offizieller Seite zunächst nicht bestätigt. Die Festgenommenen hatten in Amman einen Anschlag auf Chaled Meschaal, den Chef der politischen Abteilung der Hamas, verübt.

12.10.1997 Euro-News-Text S. 132 0 h 44
Sicherheits-Kooperation auf Eis
Wegen des Mossad-Anschlags auf einen Hamasführer in Amman hat Jordanien die Zusammenarbeit mit Israel in Sicherheitsfragen auf Eis gelegt. Ein ranghoher jordanischer Vertreter bestätigte auch Berichte, wonach alle Mitglieder des israelischen Geheimdienstes des Landes verwiesen wurden.
Der jordanische Vertreter, der namentlich nicht genannt werden wollte, sagte, es sei für Jordanien undenkbar, eine Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen mit einem Land fortzusetzen, von dem es klar getäuscht worden sei.
Die Sicherheits-Zusammenarbeit ist im Friedensvertrag zwischen Israel und Jordanien von 1994 vorgesehen.

(**Anm**.: Um 6 h 30 war diese Nachricht nicht mehr im Text zu finden)

14.10.1997 NTV-Text S. 137 1 h 45
Jerusalem : Der israelische Ministerpräsident Netanjahu hält nach dem fehlgeschlagenen Mordanschlag auf einen Hamas-Führer weiter an Danny Jatom als Chef des Geheimdienstes Mossad fest. Das berichtete der israelische Rundfunk am Montag. Unterdessen entließ Israel am Montag weitere neun arabische Gefangene aus der Haft.

Jerusalem : Israel will nach Armeeangaben die Häuser von vier Selbstmordattentätern der Hamas abreißen oder versiegeln. Es handele sich um Häuser in dem Dorf Asira el Schamalija bei Nablus im Westjordanland.

15.10.1997 Euro-News S. 134 3 h 57
Israel gibt Palästinenser-Gelder frei
Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu hat die Überweisung von umgerechnet 80 Mio. Fr. an die palästinensische Autonomiebehörde angeordnet. Es sind Einnahmen aus Steuern und Zöllen, die den Palästinensern zustehen. Die Gelder waren seit den jüngsten Selbstmordanschlägen in Jerusalem eingefroren. Das israelische Radio berichtete, Netanjahu habe die Entscheidung mit "ersten palästinensischen Schritten gegen den Terror" begründet.

Unterdessen haben israelische Kampfflugzeuge Stellungen der radikal-islamischen Hisbollah im Libanon bombardiert. Der Angriff wurde in libanesischen Sicherheitskreisen bestätigt.

28.10.1997 Euro-News-Text S 126 4 h 12
Netanjahu hat sich geirrt
Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hat im Parlament nach Angaben des regierenden Likud-Blocks **"irrtümlich"** für einen Einmarsch der Armee in den autonomen Teil der Palästinenserstadt Hebron gestimmt.

Der Vorstoß der rechtsextremen Moledet-Partei hatte verlangt, daß das israelische Militär ganz Hebron wieder unter seine Kontrolle bringen solle.

Regierungssprecher David Bar Illan hatte sich nach der Abstimmung nicht erklären können, warum der Ministerpräsident für die Verletzung eines Vertrages stimmte, den er selbst geschlossen hatte. Später hieß es, es habe sich um einen technischen Fehler gehandelt.

17.11.1997 3-Sat-Text S. 116 13 h 05
Luftangriff : Israels Luftwaffe hat laut der libanesischen Polizei mutmaßliche Stellungen der pro-iranischen Hisbollah-Miliz in Südlibanon bombardiert. Angaben über Opfer liegen nicht vor.

28.11.1997 Euro-News-Text S. 124 8 h 03
Palästinenserstaat : Netanjahu droht

Israels Premier Netanjahu hat den Palästinensern mit scharfen Maßnahmen gedroht, falls sie die Pläne zum Ausrufen eines eigenen Staates verwirklichen. - Ein solcher Vorstoß werde zwangsläufig eine Reaktion Israels "in territorialer und funktionaler Hinsicht" nach sich ziehen, sagte Netanjahu. Die Worte wurden von Beobachtern als angedrohte Anexion des Westjordanlandes ausgelegt. - Die Warnung ist offenbar eine Reaktion auf die wachsende Kritik aus den eigenen Reihen nach Bekanntwerden von Netanjahus neuestem Vorschlag. Unter bestimmten Bedingungen will er rund ein Drittel des Westjordanlandes der palästinensischen Verwaltung überlassen.

(**Anm**.: Vgl. hiezu die Anmerkung zur Gründung Israels am 13.05.1948 !)

01.12.1997 3Sat-Text S. 661 4 h 02
Kritik an Israels Siedlungspolitik. Eine Delegation des Nationalrates (Anm.: Schweiz) hat nach einem Besuch in den Palästinensergebieten die israelische Siedlungspolitik angeprangert. Sie laufe darauf hinaus, die Bildung eines palästinensischen Staates abzuwürgen, schrieben die Parlamentarier in einem Communique. - Kritisiert wurde die "häufige Sperrung" der Palästinensergebiete, die die freie Bewegung von Menschen und Gütern verhindere. Die Lebensbedingungen für die Palästinenser seien "erniedrigend", erklärte Christiane Langenberger FDP(VD). Der Bundesrat wird aufgefordert, sich für die Umsetzung der zwischen Israel und den Palästinensern geschlossenen Abkommen einzusetzen.

11.12.1997 NTV-Text S. 136 10 h 34
Nahost : Das israelische Parlament hat am späten Abend ein Sondergesetz gegen die Volkszählung der Palästinenser in Ost-Jerusalem gebilligt. Es sieht im Falle einer Zählung schwere Strafen vor. Das Statistische Zentralbüro der Palästinenser teilte mit, in Ost-Jerusalem sei gar keine Befragung geplant.

14.12.1997 ORF-Text S. 119 4 h 55
Die USA wollen Nahost-Frieden ankurbeln
Die USA wollen den blockierten Friedensprozeß im Nahen Osten so rasch wie möglich voranbringen. Das sagte gestern der Nahost-Beauftragte des Außenministeriums und frühere Botschafter in Israel, **Indyk.** - Indyk sprach gestern mit Palästinenser-Präsident Arafat. Dabei betonte Arafat die Notwendigkeit eines "andauernden Drucks" der USA auf Israel. Die Palästinensische Nationalbehörde kritisierte die seit 2 Wochen anhaltende Debatte des israelischen Kabinetts über den Umfang des Rückzugs aus dem Westjordanland. Die bisherigen

Angebote seien unzureichend. Der israelische Ministerrat berät heute wieder über den Rückzug.

15.12.1997 RTL-Text S. 127 2 h 19
Netanjahu bekräftigt harte Linie
Israels Ministerpräsident Netanjahu will keine weiteren Truppen aus dem Westjordanland abziehen. Trotz des Drucks der USA bleibt er bei seiner harten Linie. Israel werde keinen Selbstmord begehen, nur um den USA zu gefallen, wird er zitiert. - Bei seinem Treffen mit US-Außenministerin Albright am kommenden Donnerstag wird Netanjahu keinen Plan zu einem Truppenabzug aus dem Westjordanland vorlegen. Das will die Zeitung "Haaretz" erfahren haben.

15.12.1997 ORF1-Text S. 119 2 h 25
Streitpunkt Westjordanland
Der israelische Ministerrat hat gestern erneut über einen begrenzten Truppenabzug aus dem Westjordanland beraten. - In einer Erklärung hieß es, Israel werde sich auch unter Druck nicht zu überstürztem Handeln hinreißen lassen. Die Beratungen wurden auf Dienstag vertagt. Die USA hatten Israel zuvor darauf gedrängt, genauere Angaben über den Teilabzug zu machen.
Die Palästinenser fordern, daß Israel aus 90% des Westjordanlandes (Anm. : wie vereinbart) abzieht, Israels Premier will maximal 13% räumen. Am kommenden Donnerstag wird Netanjahu mit US-Außenministerin Albright in Paris zusammentreffen.

(**Anm**.: Lt. FA 98 leben allein im Westjordanland 1996 rd. 1,570.000 Palästinenser und (Ende 1993) 111.600 jüdische Siedler. - Das sind 93,4% Palästinenser und nur 6,6% Juden)

15.12.1997 3Sat-Text S. 120 8 h 12
Strafaktion : Israels Armee hat nach eigenen Angaben im Westjordanland die Häuser der Familien von vier jordanesischen Selbstmordattentätern abgerissen oder versiegelt. Der Einsatz sei ohne Zwischenfälle ausgeführt worden. Letzte Woche hatte ein israelisches **Gericht** den Einspruch der Familien gegen den Armeebefehl abgelehnt.

(**Anm**.: Die Sippenhaftung war bis jetzt doch nur ein "Nazi-Verbrechen"?)

21.12.1997 3Sat-Text S. 113 1 h 40
Nahost : Friedensprozeß am Scheideweg
Der Friedensprozeß im Nahen Osten steht aus Sicht der Palästinenser und Ägyptens an einem Scheideweg. Als "ernsthaften Rückschlag"

bezeichnete Palästinenser-Präsident Jassir Arafat in Kairo die jüngsten Äußerungen von Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu. Dieser hatte **das Westjordanland als Teil Israels** bezeichnet.
Netanjahus Anspruch auf das Westjordanland kommt, aus der Sicht von Ägyptens Außenminister Amre Moussa, einer "vollständigen Zerstörung des Friedensprozesses" gleich. Ein Treffen auf Einladung von US-Präsident Bill Clinton sei der letzte Schritt, bevor klar werde, ob sich die Dinge positiv oder negativ entwickeln.

22.12.1997 3Sat-Text S. 110 6 h 29
Noch kein Rückzug aus Westjordanland
Israels Premier Benjamin Netanjahu hat erneut bekräftigt, daß die jüdischen Siedlungen im Westjordanland auch in Zukunft unter israelischer Kontrolle bleiben. Im Fernsehen sagte Netanjahu, Israel werde keine Siedlung der palästinensischen Verwaltung unterstellen.

In den Palästinenser-Gebieten im Westjordanland und Gazastreifen leben über 130.000 Juden. Die Palästinenser bezeichnen die Siedlungen als illegal und fordern deren Auflösung. Bis zu dem Mitte Januar geplanten Treffen mit US-Präsident Bill Clinton werde sich seine Regierung auf einen Abzugsplan aus dem Westjordanland geeinigt haben, sagte Netanjahu weiter.

22.12.1997 NTV-Text S. 135 14 h 48
Nahost : Israels Ministerpräsident Netanjahu hat erneut bekräftigt, daß die jüdischen Siedlungen im Westjordanland auch künftig unter israelischer Kontrolle bleiben werden. Keine einzige Siedlung werde der palästinensischen Verwaltung unterstellt, so Netanjahu in einem Fernsehinterview.

23.12.1997 ORF1-Text S. 127 11 h 29
Israel sagt Vertragsunterzeichnung ab
Die israelische Regierung hat die Unterzeichnungszeremonie für Sicherheitsvereinbarungen mit der Palästinensischen Nationalbehörde (PNA) überraschend abgesagt. Die Zeremonie war für Montag geplant gewesen, hieß es. - Israels Absage sei ein Versuch, feste Vereinbarungen in letzter Minute zu ändern, so ein Palästinenser-Sprecher. Das Abkommen sollte den gemeinsamen Kampf gegen Terrorismus erleichtern. - Israels Kabinett ist heute mit Helikoptern über dem Westjordanland unterwegs, um sich vor weiteren Truppenabzügen ein Bild über die Lage zu machen.

11.01.1998 NTV-Text S. 138 18 h 13

Israel : Der Geheimdienst Shin Bet darf bei Verhören vorerst weiter "physischen Druck" anwenden. Dies hat das Oberste Gericht am Sonntag mit fünf zu vier Stimmen entschieden. Der Shin Bet hatte zuvor eingeräumt, Gefangene **unter anderem** am Schlafen zu hindern und sie mit lauter Musik zu beschallen.

(**Anm**. : In Israel wurde oberstgerichtlich entschieden, daß Folter zur Erzwingung einer Aussage ein legitimes Recht des jüdischen Staates gegen Volksfeinde sei.)

(**Frage** : Wo bleibt die Reaktion der "freien friedliebenden Welt" ? - Wo die Lichterketten gegen den "oberstgerichtlich" gebilligten israelischen "Terror" ? - Wo bleiben die Sanktionen der UNO ? - Wo der weltweite Wirtschafts-Boykott wegen Verletzung der Menschenrechte, wie z.B. gegen Iran, Irak, Kuba, Serbien, usw. ? - oder gilt das für das "auserwählte Volk" nicht, weil sie grundsätzlich immer die "Opfer" sind ?)

17.01.1998 RTL-Text S. 128 4 h 58
Palästinenser gegen Israels Pläne
Die Palästinenserregierung will israelischen Sicherheits- und Interessen-zonen in den Autonomiegebieten keine Beachtung schenken. Diese dienten nur dazu, die Besetzung und Besiedelung fortzusetzen. Israel brächte so den Friedensprozeß in ernste Gefahr.

Israel hatte große Teile des Westjordanlandes als lebenswichtig für seine nationalen Interessen erklärt. Die Palästinenser sehen darin einen Versuch, die Umsetzung des Truppenabzugs zu umgehen.

(**Frage**: Wie etwa die "Nazis" seinerzeit die deutschen Gebiete in Polen ?)

Gedanken zum „Vereinten Europa„

Der derzeit stattfindende Kampf der internationalen Kapitalkräfte die versuchen mittels bereits abhängiger Politiker international gültige Gesetzeslagen zu schaffen, um dadurch ihren Einfluß zu legalisieren, läßt sich am Besten am Beispiel der soviel gepriesenen europäischen Einheit erklären.

Wem nützt z.B. ein freier (von den einzelnen Ländern nicht mehr kontrollierter) Devisenverkehr ? - dem normalen Staatsbürger der einzelnen Staaten sicher nicht. - Wie leicht heute im Zeitalter der Computer-Überweisung durch (unkontrollierte) schlagartige Geldtransaktionen im größeren Ausmaß selbst die gesamte Wirtschaft eines bisher souveränen Staates dadurch in Gefahr geraten kann, ist nicht schwer zu erkennen.

Auch die Schaffung einer Einheitswährung (ECU) bringt den Normalbürgern keinen Vorteil - man denke dabei an die Umtausch-Quoten bei Währungsumstellungen vergangener Jahre, bei denen ein beträchtlicher Teil der jeweiligen Ersparnisse der Bevölkerung abgeschöpft wurde. War dies (bisher) zur Sanierung der jeweiligen nationalen Staatsfinanzen erforderlich, die letztlich dem EIGENEN Staat Vorteile brachten, - so dient die internationale Abschöpfung nur der Sanierung der internationalen Kapitalquellen.

Aus (bisherigen oder durch Hypotheken gesicherte Zinsen) angelegte Echtwerte würden den Banken (und deren Besitzern bzw. Kontrolleuren) erhalten bleiben - das von den (gläubigen Klein-) Anlegern in Aktien, Anleihen u. dgl. investierte BAR-Kapital aber abwerten. - Alles dies ist schon wiederholt da gewesen. (Vgl. Staatsverschuldung)

Als Nebeneffekt ergibt sich durch die (für den Normalanleger und Sparer erforderliche) Deklaration seines Vermögens ein Vorteil für den Fiskus durch Mehreinnahmen an Steuern.

Wem nützt der freie unkontrollierte Grenzverkehr ?

Als für den Normalbürger schmackhaftes Argument wird von den Befürwortern angeführt : Die während der Urlaubsfahrt lästigen Paß und Zollkontrollen an den Grenzen entfallen, - sie können auch (im Ausland billigere) Waren unverzollt mitnehmen. - Das hört sich zwar gut an und lenkt vom eigentlichen Problem ab.

Dazu ein einfacher Gedankengang : Wenn Waren aus Billiglohn - Ländern ohne (Zoll-) Ausgleich in ein Gebiet mit höherem sozialem Standard eingeführt werden, sind die gleichen (bisher dort erzeugten) Waren nicht mehr verkäuflich. In der Folge Betriebsschließung - Arbeitslosigkeit oder drastischer Abbau der (erworbenen) Sozialleistungen.

Die Behauptung, über eine verkürzte Arbeitszeit Arbeitsplätze zu schaffen, bzw. zu sichern, ist schlichtweg ein Ablenkungsmanöver um Zeit zu gewinnen, die EU-Vereinbarungen möglichst ohne massiven Widerstand der Bevölkerung in Kraft treten zu lassen. - Wer denkt schon dran, daß sich bei Kurzarbeit auch die Ansprüche auf Abfertigungen, Bemessungsgrundlagen für Arbeitslosengeld, Rente und dgl. ändern? Daß die Mindereinnahmen aus Sozialabgaben jene erarbeiten müssen, die noch Arbeit haben ? - Daß durch die Liberalisierung des Grenzverkehrs auch Billig-Arbeitskräfte die Arbeitsplätze der einheimischen Arbeitnehmer gefährden, wird verharmlost.

Daß ein Arbeitsloser auch nominal billiger werdende Waren nicht mehr kaufen kann, dürfte einsichtig sein. - Ebenso ist klar, daß kein Staat ohne Verlust der Stabilität seiner Währung die Höhe der Arbeitslosenbezüge und anderer Sozialleistungen (z.B. im Gesundheitswesen, Pensions-versicherung u. dgl.) aufrecht erhalten kann.

Auch die Annahme, daß sich dadurch die soziale Situation in den billig produzierenden Ländern verbessern würde, ist ein Trugschluß, da bei vermindertem Verbrauch nur die Konkurrenz in diesen Ländern größer wird. - Die Folge ist z.B bei Lebensmittel ein sinkender Qualitätsstandard, der nun "europaeinheitlich" festgelegt und legalisiert werden soll.

Den wesentlichsten Nutzen aber ziehen kriminelle Organisationen aller Art, die nun ohne besonders zu befürchtende Grenzkontrollen Rauschgift oder andere Konterbande fast risikolos transportieren können.
Die bisher mit den Kontrollen Beschäftigten werden "überflüssig" - also arbeitslos - und fallen damit wieder den einzelnen Ländern zur Last. - Mangels fehlender Mittel können auch nicht die zu einer wirksamen Bekämpfung erforderlichen Sondertruppen in ausreichender Anzahl gestellt, - bzw. finanziert werden.
Abgesehen von den Hemmnissen bei der Aufklärung und Verfolgung von Straftätern durch Sprache, Orts- bzw. Milieukenntnisse u. dgl. bietet die (jeweils) FREIE Wahl des Wohnortes (innerhalb Europas) - auch

durch den Rechtsbrecher - ein unlösbares Problem für jede wirksame Straf-verfolgung - oder nicht ?

Wem nützt das Recht auf doppelte Staatsbürgerschaft ?

Wem nützt z.B. die freie Wahl der "EUROBÜRGER" (mit bisheriger gültiger ausländischer Staatsbürgerschaft) - Ansiedlungen innerhalb der einzelnen Länder zu gründen bzw. sich in vorhandenen niederzulassen und Handel zu treiben, - dort das (derzeit an eine jeweils einzelne Staatsbürgerschaft gebundene) Wahlrecht auszuüben - und dadurch - bei genügender Zahl - auch Einfluß auf kommunale und andere Politik des Landes nehmen zu können ? - und natürlich auch rechtlichen Anspruch auf die örtlich geltenden Sozialleistungen haben !

Eine provokante Frage : Kennen Sie einen Normalbürger aus Ihrem Bekanntenkreis der, ungeachtet der sprachlichen Schwierigkeiten, die vorgenannten Rechte in einem (derzeit noch) ausländischem Staat in Anspruch nehmen möchte ? - Trotz eifriger Umfrage - habe ich niemand gefunden.

Für Angehörige einer europaweit verstreuten Minderheit aber können die verbrieften RECHTE helfen, sich an jedem von ihnen gewünschtem Ort zu konzentrieren und die bisherigen Ansässigen zu dominieren. - Oder wäre so etwas nicht möglich ? - Eine interessante Frage an die Befürworter !

Auch "Zuwanderer" aus den sozial schlechter gestellten EURO - Ländern würden sicher regen Gebrauch von diesen Rechten machen - und dadurch den bisher "erarbeiteten" Wohlstand der Zielländer zerstören. - Steigen würden die Mieten und Grundstückpreise, was aber wieder den ärmeren Schichten nicht zu Gute kommt, sondern nur Immobilien - Spekulanten Gewinne bringt. (Vgl. ehemalige DDR).

Gedanken zum Asylanten - Problem

Jeder von der Bevölkerung eines Landes gewählte Politiker hat die Pflicht ausschließlich die Interessen seines Landes und seiner Staatsbürger zu vertreten. - Tut er dies jedoch nicht, gibt es dafür zwei Hauptgründe : Er läßt sich zum Zweck der eigenen Karriere (und Erhaltung seines lukrativen Postens) durch in- oder ausländische LOBBYS bzw. Interessengruppen korrumpieren - oder er ist in seiner Persönlichkeit zu schwach und daher für diesen Posten nicht geeignet.

Daß ein nicht gedeckter Bedarf an Arbeitskräften durch eine "zeitbegrenzte" Arbeitserlaubnis für Ausländer kompensiert wird ist verständlich. - Wie aber soll in Zeiten einer zunehmenden Arbeitslosigkeit von der Landesbevölkerung (den Wählern) verstanden werden, daß die von ihnen gewählten Politiker einerseits an ausländische Regierungen Wirtschaftshilfen, Kredite, Spenden, Wiedergutmachungen und dgl. verteilen, und andererseits

- die Kosten der Unterbringung, Verpflegung, Taschengeld usw. für Asylwerber über den Zeitraum der oft jahrelang dauernden Prüf- Einspruch- und Klageverfahren, - die meist bis auf einen geringen Prozentsatz mit der Ablehnung enden, (aber durch eine klare eindeutige Formulierung des großteils mißbrauchten Rechtes auf Asyl entfallen würden) - aus den von der Landesbevölkerung erarbeiteten Steuermitteln gedeckt werden müssen, - und dafür noch Auslands-Kredite aufge-nommen werden, - für die natürlich auch noch Zinsen zu bezahlen sind,

- daß diese Politiker dafür aber andererseits vom Volk Verzicht auf erworbene Rechte verlangen, - erhöhte Steuerleistungen fordern, - die (z.B. in der BRD) Ost-Deutsche Bürger als Arbeitskräfte 2. Kategorie (nach der Wende 60% der Westlöhne) einstufen - (das senkt natürlich auch die Kosten des Arbeitslosengeldes und schöpft deren Ersparnisse ab), - und durch Öffnung der Grenzen die schon vorher erwähnten Nachteile für den Staatsbürger fördern ?

Wie soll ein Wähler verstehen, daß wegen Korruption verurteilte Politiker weiter im Amt bleiben, - Politiker neben den sicher nicht zu knappen (vom Volk bezahlten) Bezügen eine Unmenge an Nebeneinnahmen z.B. Aufsichtsrats - Posten bei Banken, Industriefirmen usw. haben dürfen, - also nebenbei für Interessengruppen als Lobbyisten arbeiten, - alles im Namen des Volkes ?

Daß trotz der enorm steigenden organisierten Kriminalität, besonders im Drogenhandel, Schutzgelderpressung, Autodiebstahl durch Banden und dgl. von den derzeitigen Politikern keine entsprechend harten Gesetze unter dem Motto : "Wehret den Anfängen !" geschaffen werden, dafür aber jeder der dies kritisiert als NAZI oder NEO - NAZI bezeichnet - und sofort mit den kriminellen Ausschreitungen einiger (Links- oder Rechts) Extremisten in Zusammenhang gebracht bzw. diesen gleichgesetzt wird.

Den Älteren von uns (und auch den Jüngeren aus der ehemaligen DDR) sind sicher noch die "damaligen" Gesetze zum Schutz der Allgemeinheit gegen Asoziale, Kriminelle, (darunter auch) Wirtschaftsverbrecher, Drogenhändler, Sittlichkeitsverbrecher, usw., - die als Sanktion die Isolierung und fast immer die Einweisung in ein Zwangsarbeitslager zur Folge hatten, bekannt. - Daß dies eine wirksame Maßnahme war, zeigt die Statistik. - Wer jedoch dies als Faktum anführt, wird sofort als NEO-NAZI bezeichnet, der wieder die KZ - Lager einführen will.

Verbrecherorganisationen haben in autoritär geführten Staaten kaum eine Chance - z.B. verlegte die MAFIA nach Machtergreifung durch Mussolini in den 20-er Jahren ihre Tätigkeit in das "freie" Amerika. - Die Auswirkungen dort sind hinreichend bekannt. - Wie sich die gepriesene "Liberalisierung" in der ehem. UDSSR inzwischen auswirkt, ist ebenso kein Geheimnis mehr.

Ein unveräußerlicher Wert eines Staates ist der Grund und Boden seines Staatsgebietes und das seiner Staatsbürger. - Dazu wäre vorerst zu klären, wer Staatsbürger ist - und wer dies zu bestimmen hat. - In demokratischen Staaten ist dies die durch Wahlen ermittelte Mehrheit einer oder mehrerer Parteien, aufgrund deren "Programm" der Staatsbürger vertraut, daß seine bestehenden nationalen Rechte am besten gewährleistet sind - und bleiben.

Erwirkt oder befürwortet eine Volksvertretung Gesetze die zur Verfremdung des nationalen Kultur- bzw. Wirtschaftsgutes zum Nachteil nationaler Interessen (z.B. der Souveränität) seiner Staatsbürger - durch Abänderung bestehender Gesetze (Definition) der Staatsbürgerschaft zu Gunsten von (derzeitig) ausländischen Staatsbürgern führen, - sei es unter welchem Titel immer (multi-kulturelle Gesellschaft oder Recht auf Asyl - Erwerb von Grund und Boden usw.) - handelt sie nicht im Sinne der Mehrheit seiner Staatsbürger. - Daher ist bei solch einschneidenden Gesetzen eine Volksabstimmung unumgänglich. - Wird eine solche von der Opposition oder vom Volk verlangt, jedoch von den Regierenden verweigert - widerspricht dies jeder demokratischen Regel.

Obwohl hier nur einige Beispiele angeführt sind - ist es da verwunderlich, daß besonders bei jungen Menschen der Gedanke überhand nimmt, daß es sich bei dieser Art von Demokratie eigentlich um eine "mißbrauchte Demokratie" handelt gegen die anzukämpfen wäre ?

Die einzige Möglichkeit den Einfluß internationaler Geldgeber - u.a. mit Geld aus nicht kontrollierbaren Quellen wie z.B. Rauschgift und anderen

kriminellen Tätigkeiten auf die jeweilige nationale Wirtschaft, Politik (-er), - dadurch auch auf die Gesetzgebung des Landes - und nicht zuletzt die Bereicherung dieser am von der Nation erarbeitetem Volksvermögen - zu mindern, bzw. weitgehendst auszuschalten - ist der Nationalismus.

Da sich offensichtlich durch die Wahl einer der etablierten Parteien (auf die ja alle das Vorstehende weitgehend zutrifft) trotz deren Wahlversprechen ("...es wird keinem Deutschen schlechter gehen...") keine Änderung erreichen läßt - und als einzige Alternative hiezu nur eine Partei mit dem Programm radikalerer Reformen Erfolg verspricht, - (was ja vom wirtschaftlichem Standpunkt aus auch schon einmal von einer nationalistischen Partei bewiesen wurde und nicht verleugnet werden kann), - neigt die Wählerschaft mehr und mehr dazu eine dieser RECHTS- (radikalen?) Parteien zu wählen, um dadurch eine echte Opposition zu schaffen, die imstande ist, Veränderungen (demokratisch) herbeizuführen.

Eines dieser demokratischen Mittel ist die Demonstration. - Man denke nur an die Demonstrationen der (damals noch unpolitischen Basis-) Grünen gegen Kernkraftanlagen (Wackersdorf u.a.), Verschmutzung der Umwelt, Zerstörung der Natur (Kraftwerk oberhalb Hainburg in Österreich) usw. - Erst wurden sie lächerlich gemacht, - dann (auf Befehl opportuner Politiker) mit polizeilicher Gewalt bekämpft - und erst als in der Bevölkerung Unmut über solche Maßnahmen laut wurde - geschah ein Wunder : Alle Parteien wurden plötzlich grüner als die (Basis-) GRÜNEN selbst und waren "immer" schon dafür.

Dieses Wunder geschah nur aufgrund des Druckes von der Straße und durch Aktionen - aber nicht durch die "Einsicht" der Politiker, - sondern aus deren Angst bei weiterem Widersetzen Wählerstimmen und dadurch ihren guten Job zu verlieren - sonst hätten sie ja nicht vorher dagegen gekämpft. - „Neo-Grüne„ Politiker vereinnahmten inzwischen die Partei.

Gleiches wiederholt sich derzeit in Fragen der von den Parteien (aus schon vorgenannten Gründen) forcierten Völkervermischung. - Durch Manipulation der (kontrollierten) Medien ist es sehr einfach z.B. eine kleine Gruppe meist betrunkener, nicht gerade besonders intelligenter jugendlicher Randalierer, (die sich z.B. wie die Rocker groß vorkommen wenn sich irgend jemand vor ihnen fürchtet und sie ernst nimmt) - die noch dazu durch einen gemeinsamen Haarschnitt (die Glatze) leicht zu erkennen sind - als "NAZI" vorzuführen.

(**Frage** : Sah nicht die damalige "Hitlerjugend" auch so aus - oder ???)

Damit jeder sehen soll wie dumm die sind, läßt man sie (bezahlt oder nicht - siehe „So lügt das Fernsehen„) den Hitlergruß nachmachen, "Sieg Heil" schreien und ein paar dumme Sprüche klopfen. Auf die Tatsache, daß diese "NAZIs" erst ein viertel Jahrhundert nach Ende des 2.Weltkrieges zur Welt kamen und von der damaligen Zeit, aufgrund einseitig dargestellter Geschichte und Fakten so gut wie nichts wissen können - wird natürlich nicht hingewiesen.

Einfach auch ein paar jugendliche Fantasten vorzuführen, die versuchen sich durch angelesene Phrasen, Parolen und Nachahmungen eine eigene Perspektive zu geben. - Daß diese Jugendlichen keine Ahnung von wirtschaftlichen Zusammenhängen und von der für eine echte "Volksbewegung" erforderliche Organisation haben - und daher nie eine Gefahr für ein System darstellen können, - wird verschwiegen.

Wären die (damaligen) NAZIS so dumm gewesen - und die Juden in der ganzen Welt so selbstlos, edel und uneigennützig wie derzeit in einschlä-gigen (forcierten ?) Filmen und im Fernsehen bis zum Überdruß dargestellt wird, - so gäbe es weder einen weltweiten Anti-Judaismus, - noch hätte es je das 3. Reich gegeben.

Die Hauptsache, es wird damit ein Feindbild (der "NEO-NAZI") geschaffen, mit dem sich niemand öffentlich identifizieren möchte - und daher schweigt. Das lenkt von den echten, nicht gelösten Problemen ab.

Die Ausschreitungen unter Anwendung von Gewalt einzelner, meist jugendlicher Randalierer sind - (egal ob sich diese als links- oder rechts - stehend bezeichnen) - eindeutig kriminelle Taten, die mit politischer Einstellung nichts zu tun haben - und die nach den bestehenden Gesetzen als solche mit voller Härte geahndet werden müssen.

Um zu verhindern, daß demokratisch gewählte (sogenannte RECHTS stehende) Parteien bei stärker werdenden Zunahme deren Wählerschaft eine echte Opposition bilden können - werden aber diese Parteien von den "Etablierten" (nach altem Rezept) vorerst lächerlich gemacht - dann ihre Ziele mit dem zitierten Bild der "NAZIS" in Zusammenhang gebracht - also allem Schlechten gleichgesetzt - und dadurch diskriminiert. - Was beweist : Wer die Medien beherrscht - kann das Volk manipulieren.

Daß eine Staatsführung wie die des seinerzeitigen Nationalsozialismus in der Form heute aus verschiedenen Gründen gar nicht mehr möglich wäre bleibt natürlich unerwähnt. - Aber eine starke Opposition die

Mißstände aufzeigt, die eine Gelegenheit erhält, bisherig einseitig dargestellte Geschichte öffentlich durch Fakten zu revidieren, - die Gesetze mitgestalten oder verhindern kann - stellt für INTERNATIONALISTEN die größte Gefahr dar.

Daher auch die Überreaktionen - daß Politiker, die z.B. die Wirtschafts- und Arbeitspolitik der NS - Zeit als gut (was statistisch leicht nachweisbar ist) bezeichnen, - die das Recht ausländischer Staatsbürger auf Kritik an innerpolitischen Maßnahmen in Frage stellen, - oder gar versuchen "unliebsame" Fakten aufzuzeigen, - von den opportunen Politikern (im Namen der "Demokratie" !) zum Rücktritt gezwungen werden. - Die Beispiele dafür sind hinreichend bekannt.

Eine Frage sei mir an dieser Stelle erlaubt : Wofür steht das Wort NAZI ? - Eine Abkürzung für "Nationalisten" ? - Dann müßte man korrekterweise die "Internationalisten" als INTER-NAZIS bezeichnen - eine Frage die mir bisher noch niemand klar beantworten konnte - oder wollte.

EU - Beitritt ohne "WENN und ABER" ?

Dies ist ein Auszug der wesentlichen Passagen aus der Beitrittserklärung Österreichs zur EU im Originalwortlaut - der den Wählern vor der EU - Wahl vorenthalten, in den wesentlichsten Teilen falsch interpretiert und teilweise verschwiegen wurde.
Möge der aufmerksame Leser selbst meine Kommentare auf ihre Stichhaltigkeit prüfen - und sich eine eigene Meinung bilden.

Teil 1 6D Artikel 1
(1) Das Königreich Norwegen, die Republik Österreich .....werden Mitglieder der Europäischen Union und Vertragsparteien der die Union begründenden Verträge in ihrer jeweiligen geänderten oder ergänzten Fassung.

(2) Die Aufnahmebedingungen und die aufgrund der Aufnahme erforderlichen Anpassungen der die Union begründenden Verträge sind in der diesem Vertrag beigefügten Akte festgelegt. Die Bestimmungen der Akte sind Bestandteil dieses Vertrags.

(3) Die Bestimmungen der in Absatz 1 genannten Verträge über die Rechte und Pflichten der Mitgliedstaaten sowie über die Befugnisse und Zuständigkeiten der Organe der Union gelten auch für diesen Vertrag.

Artikel 2
(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation durch die Hohen Vertragsparteien gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften. Die Ratifikationsurkunden werden bis spätestens am 31.Dezember 1994 bei der Regierung der Italienischen Republik hinterlegt.

Haben jedoch nicht alle der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Staaten ihre Ratifikationsurkunde rechtzeitig hinterlegt, so tritt der Vertrag für diejenigen Staaten in Kraft, die ihre Urkunden hinterlegt haben. In diesem Fall beschließt der Rat der Europäischen Union unverzüglich einstimmig die infolge dessen unerläßlichen Anpassungen des Artikels 3 ....er kann ferner einstimmig die Bestimmungen der genannten Akte, einschließlich ihrer Anhänge und Protokolle die sich ausdrücklich auf einen Staat beziehen, der seine Ratifikationsurkunden nicht hinterlegt hat für hinfällig erklären oder anpassen.

(Anm. : Zur Änderung unserer Verfassung im Bezug auf die immerwährende Neutralität bedarf es einer Volksabstimmung - hingegen können innerpolitische Änderungen auch aufgrund von parlamentarischer Mehrheit erreicht werden - somit wird über die Aufgabe der Neutralität und Eigenständigkeit abgestimmt - und nicht

über eine Erweiterung von Handelbeziehungen, bzw. Angleichung von Normen.
Ein NEIN bei der Abstimmung bedeutet nicht - wie von den derzeitigen Befürwortern dargestellt, einen Verlust aller bisher geltenden Handelsbeziehungen - sondern läßt die Option auf eine Verbesserung der derzeit erreichten Verhandlungsergebnisse offen. - Der beste Beweis hiefür : Dänemark und Irland.)

Teil 1 2 3D Artikel 3
Die neuen Mitgliedstaaten verpflichten sich, im Hinblick auf diejenigen Übereinkommen oder Instrumente in den Bereichen Justiz und Inneres, die von der Erreichung der Ziele des EU-Vertrags nicht zu trennen sind,

- denjenigen, die bis zum Beitritt zur Unterzeichnung durch die derzeitigen Mitgliedstaaten aufgelegt worden sind, sowie denjenigen, die vom Rat gemäß Titel VI des EU-Vertrags ausgearbeitet und den Mitgliedstaaten zur Annahme empfohlen worden sind, beizutreten;

- Verwaltungs- und sonstige Vorkehrungen wie etwa diejenigen einzuführen, die von den derzeitigen Mitgliedstaaten oder vom Rat bis zum Tage des Beitritts angenommen wurden, um die praktische Zusammenarbeit zwischen den Bereichen Justiz und Inneres tätigen Einrichtungen und Organisationen der Mitgliedstaaten zu erleichtern.

Artikel 4
(1) Die neuen Mitgliedstaaten treten durch diese Akte den Beschlüssen und Vereinbarungen der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten bei. Sie verpflichten sich, ab dem Beitritt allen sonstigen von den derzeitigen Mitgliedstaaten für das Funktionieren der Union oder in Verbindung mit deren Tätigkeit geschlossenen Übereinkünften beizutreten.

(2) Die neuen Mitgliedstaaten verpflichten sich, den in Artikel 220 des EG-Vertrags vorgesehenen Übereinkommen und den von der Verwirklichung der Ziele des EG-Vertrags untrennbaren Übereinkommen sowie den Protokollen über die Auslegung dieser Übereinkommen durch den Gerichtshof beizutreten, die von den derzeitigen Mitgliedstaaten unterzeichnet wurden, und zu diesem Zweck mit den derzeitigen Mitgliedstaaten Verhandlungen im Hinblick auf die erforderlichen Anpassungen aufzunehmen.

(**Anm**. : Im Klartext bedeutet dies die Unterordnung des österreichischen Rechtes zu Gunsten einer international (durch Gewichtung ihres Einflusses) von einzelnen Staaten bestimmten Rechtsauffassung.)

Artikel 5
(1) Die von einer der Gemeinschaften mit einem oder mehreren dritten Staaten, mit einer internationalen Organisation oder mit einem Staatsangehörigen eines dritten Staates geschlossenen Abkommen oder Übereinkommen sind für die neuen Mitgliedstaaten nach Maßgabe der ursprünglichen Verträge und dieser Akte verbindlich

(**Anm**. : Danach sind Vereinbarungen der bisherigen Mitgliedstaaten z.B. über Waffenlieferungen für uns bindend - aber auch die Beschlüsse über die Rückgabe von Immobilien an ausländische Staatsangehörige, Wiedergutmachung, u. dgl..)

(2) Die neuen Mitgliedstaaten verpflichten sich, nach Maßgabe dieser Akte den von den derzeitigen Mitgliedstaaten zusammen mit einer der Gemeinschaften geschlossenen Abkommen oder Übereinkommen sowie den von diesen Staaten geschlossenen Übereinkünften, die mit diesen Abkommen oder Übereinkommen in Zusammenhang stehen, beizutreten.

(3) Die neuen Mitgliedstaaten treten durch diese Akte und unter den darin vorgesehenen Bedingungen den internen Vereinbarungen bei, welche die derzeitigen Mitgliedstaaten zur Durchführung der Abkommen oder Übereinkommen im Sinne des Absatzes 2 geschlossen haben.

Teil 1 2 16D Vierter Teil Übergangsmassnahmen
Institutionelle Bestimmungen

Artikel 31
(1) Innerhalb der ersten beiden Jahre nach dem Beitritt führt jeder der neuen Mitgliedstaaten eine Wahl zum Europäischen Parlament durch, bei der die in Artikel I1 festgesetzte Anzahl von Abgeordneten durch das Volk in allgemeiner unmittelbarer Wahl nach Maßgabe des Aktes vom 20.September 1976 zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Abgeordneten des Europäischen Parlaments gewählt wird.

(2) Für die Zeit vom Beitritt bis zu der jeweiligen Wahl nach Absatz 1 werden die Abgeordneten der neuen Mitgliedstaaten im Europäischen Parlament durch die Parlamente dieser Staaten aus ihrer Mitte nach dem von dem betreffenden Staat festgelegten Verfahren ernannt.

(**Anm**. : Damit wird der Einzug der vor der Abstimmung regierenden Parteien (bei JA - Votum) - und damit gute Posten für diese - garantiert. - Bei NEIN könnten diese Posten bei einem Beitritt nach der Bundeswahl - zumindest anteilmäßig - anderen Parteien zufallen. Dadurch wird die Eile erklärbar und verständlich, mit der ein sofortiger Beitritt forciert wird.

Teil 1 2 35D Kapitel 2

Freizügigkeit, freier Dienstleistungs- und Kapitalverkehr

Artikel 70

Abweichend von den Verpflichtungen im Rahmen der die Europäische Union begründenden Verträge kann die Republik Österreich ihre bestehenden Rechtsvorschriften betreffend Zweitwohnungen während eines Zeitraums von fünf Jahren ab dem Beitritt beibehalten.

(**Anm**. : Um Spekulationen vorzubeugen wurde in Österreich eine Sperrfrist für den Immobilien - Wiederverkauf (in der Regel 5 Jahre) und der Verkauf an Ausländer festgelegt und gesetzmäßig verankert. - Dieser Schutz entfällt ab 1999.)

Teil 1 2 36D Artikel 71

(1) Unbeschadet der Absätze 2 und 3 formt die Republik Österreich ab dem Beitritt ihr Handelsmonopol für verarbeiteten Tabak im Sinne des Artikel 37 Absatz 1 des EG-Vertrags schrittweise derart um, daß spätestens drei Jahre ab dem Beitritt jede Diskriminierung in den Versorgungs - und Absatzbedingungen zwischen den Angehörigen der Mitgliedstaaten ausgeschlossen ist.

(2) Bei den in der Liste des Anhangs IX aufgeführten Erzeugnissen wird das ausschließliche Einfuhrrecht spätestens mit Ablauf eines Dreijahrezeitraums ab dem Beitritt abgeschafft. Die Abschaffung dieses Ausschließlichkeitsrechts erfolgt durch die ab dem Beitritt durchgeführte schrittweise Eröffnung von Einfuhrkontingenten für Erzeugnisse aus den Mitgliedstaaten. Zu Beginn eines jeden der drei betreffenden Jahre eröffnet die Republik Österreich ein Kontingent, das anhand der nachstehend genannten Prozentsätze des nationalen Verbrauchs berechnet ist: 15 v.H. für das erste Jahr, 40 v.H. für das zweite Jahr, 70 v.H. für das dritte Jahr. Die diesen Prozentsätzen entsprechenden Mengen sind in der Liste in Anhang IX aufgeführt.

Die in Unterabsatz 1 genannten Kontingente sind für alle Wirtschaftsbeteiligten ohne Einschränkung zugänglich; Erzeugnisse die im Rahmen dieser Kontingente eingeführt werden, können in der Republik Österreich

keinem ausschließlichen Vermarktungsrecht auf Großhandelsebene unterworfen werden; im Fall des Einzelhandelsverkaufs der im Rahmen von Kontingenten eingeführten Erzeugnisse muß die Abgabe dieser Erzeugnisse an den Verbraucher in nichtdiskriminierender Weise erfolgen.

(**Anm**. : Dadurch entfallen dem Staat Österreich erhebliche Einnahmen aus der Tabaksteuer, erhöhen so das Budgetdefizit. - Andererseits soll aber aus den Staatseinnahmen der Beitrag an die EU bezahlt werden. - Jeder Hinweis auf eine bessere Qualität einheimischer Waren (z.B. **GEN**-manipulierte Ware oder höhere Preise für ausländische Zigaretten) kann als Diskriminierung ausgelegt werden.)

Teil 1 2 39D Artikel 81
Die Gemeinschaft überweist der Republik Österreich am ersten Arbeitstag jeden Monats ein Zwölftel der nachstehenden Beträge als Ausgaben des Gesamthaushalts der Europäischen Gemeinschaften:

583 Millionen ECU im Jahre 1995
106 Millionen ECU im Jahre 1996
71 Millionen ECU im Jahre 1997
35 Millionen ECU im Jahre 1998
(795 für 4 Jahre)

Artikel 82
Der Anteil der Republik Österreich an der Finanzierung der nach seinem Beitritt noch zu leistenden Zahlungen auf die nach Artikel 82 des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum eingegangenen Verpflichtungen wird vom Gesamthaushalt der Europäischen Gemeinschaften getragen.

Artikel 83
Der Anteil der Republik Österreich an der Finanzierung des Finanzmechanismus nach Artikel 116 des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum wird vom Gesamthaushalt der Europäischen Gemeinschaften getragen.

(**Anm** : Dies betrifft aber nur die Beiträge für 1994, die ab dem Beitritt (Juni 1994) fällig wären.)

Teil 1 2 68D Artikel 151
(1) Bis zum 1. Januar 1996 kann ein neuer Mitgliedstaat bei Schwierigkeiten, welche einen Wirtschaftszweig erheblich und voraussichtlich anhaltend treffen oder welche die wirtschaftliche Lage eines bestimmten

Gebiets beträchtlich verschlechtern können, die Genehmigung zur Anwendung von Schutzmaßnahmen beantragen, um die Lage wieder auszugleichen und den betreffenden Wirtschaftszweig an die Wirtschaft des Gemeinsamen Marktes anzupassen.

Unter den gleichen Bedingungen kann ein derzeitiger Mitgliedstaat die Genehmigung zur Anwendung von Schutzmaßnahmen gegenüber einem oder mehreren der neuen Mitgliedstaaten beantragen.

(2) Auf Antrag des betreffenden Staates bestimmt die Kommission im Dringlichkeitsverfahren die ihres Erachtens erforderlichen Schutzmaßnahmen und legt gleichzeitig die Bedingungen und Einzelheiten ihrer Anwendung fest.

Im Fall erheblicher Schwierigkeiten entscheidet die Kommission auf ausdrücklichem Antrag des betreffenden Mitgliedstaats binnen fünf Arbeitstagen nach Eingang des mit Gründen versehenen Antrags. Die beschlossenen Maßnahmen sind sofort anwendbar; sie tragen dem Interesse aller Beteiligten Rechnung und dürfen keine Grenzkontrollen mit sich bringen.

(**Anm**. : Es bestimmt nicht mehr der Staat Österreich was zum Schutz seiner Bürger erforderlich ist, sondern eine nach dem Gewichtungsprinzip etablierte Kommission, deren Urteil von Österreich angenommen werden muß. - Somit eine totale Unterwerfung der Gnade ausländischer Interessengruppen.)

Teil 2 3 87D B. Freizügigkeit der Arbeitnehmer
368 L 0360: Richtlinie 68/360/EWG des Rates vom 15.Oktober 1968 zur Aufhebung der Reise- und Aufenthaltsbeschränkungen für Arbeitnehmer der Mitgliedstaaten und ihrer Familienangehörigen innerhalb der Gemeinschaft (ABL. Nr. L 257 vom 19.10.1968,S. 13)

(**Anm**. : Vergl: D. Arbeitsrecht - wer alles zum Begriff Arbeitnehmer zählt.)

Teil 2 3 88D D. Arbeitsrecht
... Folgende Einträge werden im Anhang, Abschnitt I ("Arbeitnehmer mit einem Arbeitsvertrag oder Arbeitsverhältnis besonderer Art") eingefügt:

F. Österreich
1. Mitglieder des Organs einer juristischen Person, das zu deren gesetzlichen Vertretung befugt ist

2. Gesellschafter die befugt sind, einen beherrschenden Einfluß auf die Gesellschaft auszuüben, auch wenn dieser auf einer treuhändigen Verfügung beruht."
(**Anm**. : Dies betrifft vorwiegend das Aufenthaltsrecht (siehe Punkt B) von Aufsichtsräten, Firmeninhaber oder Rechtsanwälten, die als Arbeitnehmer somit gelten - auch wenn sie im Ausland eine eigene Firma haben die in Österreich die Interessen ausländischer Interessengruppen oder Firmen vertritt. Gilt demnach z.B. auch für Börsen- u. Immobilienmakler, Geschäftsführer u. dgl. - und deren gesamter Familie !).

Teil 6 5D 1. Gemeinsame Erklärung
zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik

1. Die Union nimmt zur Kenntnis, daß Norwegen, Österreich, Finnland und Schweden bestätigen, daß sie die mit der Union und ihrem institutionellen Rahmen verbundenen Rechte und Pflichten, d.h. den sogenannten gemeinschaftlichen Besitzstand, wie er für die derzeitigen Mitgliedstaaten gilt in vollem Umfang akzeptieren. Dies umfaßt insbesondere den Inhalt, die Grundsätze und die politischen Ziele der Verträge einschließlich des Vertrags über die Europäische Union.

Die Union und das Königreich Norwegen, die Republik Österreich, die Republik Finnland und das Königreich Schweden kommen überein, daß

- die neuen Mitgliedstaaten ab dem Zeitpunkt ihres Beitritts bereit und fähig sein werden, sich in vollem Umfang und aktiv an der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, so wie sie im Vertrag über die Europäische Union definiert ist, zu beteiligen;

- die neuen Mitgliedstaaten mit dem Beitritt alle Ziele des Vertrags, die Bestimmungen in Titel V des Vertrags und die ihm beigefügten einschlägigen Erklärungen vollständig und vorbehaltlos übernehmen werden.

- die neuen Mitgliedstaaten bereit und fähig sein werden, die zum Zeitpunkt ihres Beitritts für die verschiedenen Bereiche gültige Politik der Union zu unterstützen.

2. Hinsichtlich der sich aus dem Vertrag über die Europäische Union ergebenden Verpflichtungen der Mitgliedstaaten in Bezug auf die Verwirklichung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Union wird davon ausgegangen, daß die rechtlichen Rahmen-

bedingungen in den beitretenden Ländern am Tag ihres Beitritts mit dem gemeinschaftlichen Besitzstand in Einklang stehen werden.

(**Anm**. : Um FÄHIG zu sein diese Punkte zu erfüllen bedarf es der Aufgabe der in unserer Verfassung verankerten "immerwährenden Neutralität" - über die nur durch eine Volksabstimmung entschieden werden kann. - Und dies ist der eigentliche (aber verschwiegene) Grund der Abstimmung am 12.Juni 1994, die als Bereitschaft des Volkes zur Aufgabe der Neutralität interpretiert werden kann, - bzw. schon wurde.

Wirtschaftsverträge können jederzeit auch ohne Volksabstimmung mit parlamentarischer Mehrheit beschlossen werden, wie z.B. die Übernahme der wirtschaftlichen Anpassung der EFTA-Verträge an EG-Normen, wie dies weitgehend ja schon durchgeführt wurde, - ohne die Neutralität aufzugeben. - Möge an das Beispiel Schweiz im 1. und 2. Weltkrieg erinnert werden, die (als Neutrale) den Krieg unbeschadet von allen Kontrahenten (sogar gewinnbringend) überstanden haben - obwohl sie doch ein immenses Kapital (als lohnendes Beutegut) verwaltet haben. -

Nicht zuletzt deshalb, weil die Führungsschichten aller Kriegsgegner ihre Vermögen in der Schweiz als sicheren (neutralen) Ort deponierten. - Die Neutralität ist ein zu kostbares Gut um gegen (vermeintliche) Wirtschaftsvorteile eingetauscht zu werden.

"**Gemeinsamer Besitzstand**" beinhaltet auch allgemeines nationales "Volksgut" wie "Wasserwirtschaft". - Wer z.B. ein "privatisiertes" Wasserkraftwerk unter seine (Aktien-) Kontrolle bringt, kann auch über die Nutzung der (Süß-) **Wasserreserven** verfügen.)

Teil 6 6D 5. Gemeinsame Erklärung zu Zweitwohnungen

Keine Bestimmung des gemeinschaftlichen Besitzstandes hindert die einzelnen Mitgliedstaaten auf nationaler, regionaler oder örtlicher Ebene Maßnahmen betreffend Zweitwohnungen zu treffen, sofern sie aus Gründen der Raumordnung, der Bodennutzung und des Umweltschutzes erforderlich sind und ohne direkte oder indirekte Diskriminierung von Staatsbürgern einzelner Mitgliedstaaten in Übereinstimmung mit dem gemeinschaftlichen Besitzstand angewendet werden.

(**Anm**. : Österreich verzichtet auf das Recht, die Konzentrierung ausländischer Staatsangehöriger auf seinem Staatsgebiet zu verhindern, bzw. den Zuzug zu steuern, da dies eine Diskriminierung bedeuten wür-

de. Da jeder Angehöriger einer Familie das Anrecht auf einen (Haupt-) Wohnsitz hat, kann auch eine Familie mehrere Hauptwohnsitze besitzen und als Zweitwohnung erwerben bzw. benutzen.
Dieser Punkt dient eher der Besänftigung oberflächlicher Zweifler - als einer Stärkung des Einflusses lokaler oder nationaler Behörden.)

Teil 6 15D B. Gemeinsame Erklärungen:
16. Gemeinsame Erklärung zur Freizügigkeit der Arbeitnehmer

Sollte der Beitritt der Republik Österreich zu Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Freizügigkeit der Arbeitnehmer führen, so können die Organe der Union mit dieser Angelegenheit befaßt werden, um dieses Problem zu lösen. Diese Lösung wird mit den Bestimmungen der Verträge (einschließlich des Vertrags über die Europäische Union) und den aufgrund der Verträge erlassenen Bestimmungen, insbesondere den Bestimmungen über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer, völlig im Einklang stehen.

(**Anm**. : Bei Schwierigkeiten, z.B. Einspruch der Gewerkschaften gegen die übermäßige Beschäftigung ausländischer, billigerer Arbeitskräfte, ist das Verhandlungsergebnis bereits vorweggenommen, da laut dieser Erklärung das Urteil im völligen Einklang mit der EU - Auffassung stehen wird. - Vgl. Diskriminierung und Arbeitsrecht)

Teil 6 24D H. Erklärungen der Republik Österreich
41. Erklärung der Republik Österreich zu Artikel 109 g des EG-Vertrags

Die Republik Österreich nimmt zur Kenntnis, daß die Zusammensetzung des ECU-Währungskorbs unverändert bleibt und daß mit der Teilnahme der Republik Österreich an der dritten Stufe der Wert des Schilling gegenüber der ECU unwiderruflich festgesetzt wird.

Die Republik Österreich wird den Schilling weiterhin stabil halten und auf diese Weise zur Verwirklichung der Wirtschaftsunion beitragen. Der stufenweise Übergang zu einer einheitlichen europäischen Währung wird von der Republik Österreich unterstützt, da die Qualität der geplanten europäischen durch die stabilitätspolitischen Vorbedingungen des EG-Vertrags sichergestellt ist.

(**Anm**. : Wenn sich Österreich verpflichtet die stufenweise Einführung einer einheitlichen Währung zu unterstützen, so ist es (bzw. seine Regierung) bereit, die bisher gültige Währung : den Schilling in absehbarer Zeit dem internationalen Kapital zu opfern. - Die bisherige

Staatsverschuldung wird dann in ECU eingefordert (siehe Festlegung) und durch Übernahmen von Staatsbesitz, Immobilien und anderen Echtwerten kassiert.)

Teil 2 3 48D Österreich

1. Für die Anwendung von Titel III Kapitel I der Verordnung gilt der Bezieher einer Rentenleistung für Beamte als Rentenberechtigter.

2. Für die Anwendung des Artikels 46 Absatz 2 der Verordnung werden Steigerungsbeträge für Beiträge zur Höherversicherung und der knappschaftliche Leistungszuschlag gemäß den österreichischen Rechts-vorschriften nicht berücksichtigt. In diesen Fällen wird der gemäß Artikel 46 Absatz 2 der Verordnung ermittelte Betrag um die Steigerungsbeträge für Beiträge zur Höherversicherung und den knappschaftlichen Leistungszuschlag erhöht.

3. Für die Anwendung von Artikel 46 Absatz 2 der Verordnung gilt bei Anwendung der österreichischen Rechtsvorschriften der Stichtag als Eintritt des Versicherungsfalles.

4. Die Anwendung der Bestimmungen der Verordnung hat keine mindernde Wirkung auf **Ansprüche** auf Leistungen nach den österreichischen Rechtsvorschriften in bezug auf Personen, die aus **politischen** oder **religiösen** Gründen oder aus **Gründen der Abstammung** in ihren sozialversicherungsrechtlichen Verhältnissen **einen Nachteil erlitten haben**.

(**Frage** : Gleiche Rechte für ALLE ? - ausgenommen ......

Das Haus " EUROPA "

Zum besseren Verständnis vergleichen wir das Zusammenleben der Bewohner eines Hauses. - Je nach sozialen Verhältnissen (teurere oder billigere Wohnviertel) gruppieren sich Familien - auch solche aus fremden Ländern, zu einer HAUS-Gemeinschaft die nach ihren Vorstellungen einem friedlichen und gesichertem Zusammenleben entspricht. - Zum Schutz der eigenen Familie wird die Wohnungstüre - bzw. gegen Hausfremde die Haustüre - von allen Bewohnern akzeptiert, versperrt. - Dies entspricht nur dem natürlichen Schutzbedürfnis des Menschen.
Nimmt eine Familie vorübergehend von ihr ausgewählte Gäste oder Personal auf und sorgt auch für deren Unterhalt, - so wird kein anderer Hausbewohner, sofern die Hausordnung eingehalten wird, einen Einwand dagegen erheben.
Wenn jedoch der "gewählte" Hausvertrauensmann - aus welchen Gründen immer - bestimmt, daß - die Türen nicht mehr versperrt werden dürfen, - JEDER Fremde das (einklagbare!) RECHT hat sich im Haus wo es ihm beliebt aufzuhalten, - den Hausbewohnern die Verpflichtung auferlegt wird, nicht nur (menschenwürdige) Wohnmöglichkeiten auf ihre Kosten bereit zu stellen, - und darüber hinaus auch noch für den Unterhalt der (aufgezwungenen) Fremden aufzukommen hat, - so übersteigt dies jedes erträgliche Maß einer Duldung. - Diesem Vertrauensmann würde sofort das Vertrauen entzogen werden - und man würde sich berechtigt fragen, WESSEN Interessen er eigentlich bisher vertreten hat, bzw. vertritt.
Trotz der berechtigten Einwände der Bewohner besteht aber der Vertrauensmann auf sein RECHT, (alle ?) Anordnungen zu treffen, (da er ja von den Hausbewohnern dazu legitimiert bzw. für 4 Jahre gewählt wurde) - und ist nicht gewillt, über einzelne von ihm während dieser Zeit getroffene Maßnahmen - darunter einem "übergeordneten" (internationalen) Vertrauensmann RECHTE der Bewohner abzutreten, bzw. zu gewähren - die Bewohner mitbestimmen zu lassen. Also besteht für diese wieder nur die Möglichkeit - sich selbst zu helfen, - und die Fremden aus ihrem Haus zu entfernen, bzw. fern zu halten.
Die Anwendung von Gewalt, - die Vielen als einzig wirksames Mittel hiezu erscheint, entspringt aber nicht einem Hass auf die Fremden - sondern aus der Wut über die (rechtliche) Ohnmacht gegenüber dem Vertrauensmann der ihr Vertrauen mißbraucht - und der sie überdies noch beschuldigt "fremdenfeindlich" zu sein, bzw. solche Beschuldigungen (durch Dritte) duldet.

Es sei jedem überlassen, über diesen Vergleich nachzudenken!

SCHLAG - Worte

In den Medien und in Gerichtsurteilen werden bei jeder passenden (und unpassenden) Gelegenheit Ausdrücke wie : „Revisionismus„, Holocaust-Leugnung, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Volksverhetzung, Verbreitung von „nationalsozialistischem Gedankengut„, Rechtfertigung des „Nazi-Regimes„ und dgl. angewandt, bzw. publiziert. Um die Rechtmäßigkeit dieser durchwegs im negativen Sinn gebrauchten Schlagworte zu überprüfen, erscheint es notwendig, sich mit deren ursprünglicher Bedeutung näher zu befassen. Dazu können die Definitionen aus Lexika und, auf nachweisbare Fakten beruhende Tatsachen dienen.

Revision = **Nachprüfung**, z.B. einer Steuererklärung, oder einer Behauptung auf ihren Wahrheitsgehalt, überprüfen eines Urteils auf seine Rechtmäßigkeit, usw.. Wer eine solche „Revision„ zu be- oder verhindern versucht, bei dem muß vermutet werden, daß er eine nachweisbare Tatsache verbergen will.

Holocaust-Leugnung : Daß berechtigte, von nahmhaften in- und ausländischen Wissenschaftlern vorgebrachte Zweifel an der Glaubwürdigkeit von Augenzeugen aufgrund technischer Unmöglichkeit deren Aussagen, - die derzeitige Darstellung der Geschehnisse beruht auf solche Zeugenaussagen, bzw. auf interpretierte (vielfach als Fälschung erkannte) Dokumente - werden als „Leugnung„ gerichtlich geahndet. Ein „Sachbeweis„, wie in jedem Kriminalfall obligat, wird wegen „Offenkundigkeit„ aufgrund der von (opportunen ?) Politikern erlassenen Gesetze von der Justiz nicht zugelassen.

Fremdenfeindlichkeit : Wer ist „Fremder„ ? - Ein „Gast„ der sich für einen begrenzten Zeitraum im Lebensbereich des „Gastgebers„ aufhält und sich für diese Zeit dessen Gesetzen und Gebräuchen anpaßt, - wird jederzeit willkommen sein. Sonst gäbe es ja keinen Fremdenverkehr.

Wird jedoch von einem „Gast„ die gewährte „Gastfreundschaft„ dazu mißbraucht, sich des Hab und Gutes des Gastgebers zu bemächtigen oder dessen natürliche Rechte zu schmälern, ist dann eine „Abwehrreaktion„ hierauf als „allgemeine Fremdenfeindlichkeit„ zu bezeichnenen ?

Ist, durch die rasante Zunahme der organisierten Kriminalität z.B. im Fahrzeugdiebstahl, Drogenhandel, Prostitution usw., - Delikte welche

vorwiegend und nachweislich von Ausländern begangen wurden, - eine negative Einstellung zu solchem Personenkreis als „fremdenfeindlich„ zu werten ? Der Ausländer-Anteil an der Gesamtbevölkerung Deutschlands z. B. beträgt rd. 9 %. Bei gleicher Deliktquote bliebe ohne Ausländer auch die Kriminalität auf die leichter kontrollierbaren Inländer beschränkt).

Rechts-Extremismus : Zum Vergleich der Bedeutung dieser Straftaten, in der Kriminalstatistik (wobei nach der derzeitigen Rechtsprechung auch solche wie : Revisionismus, Fremdenfeindlichkeit, Verbreiten von „nationalsozialistischem Gedankengut„, Antisemitismus, Rassismus und dgl. zählen), - einige Zahlen:
In der BRD wurden (lt. FA 99)1997 insgesamt **6,586.165** Straftaten registriert. Davon waren **790** als rechtsextreme und fremdenfeindliche Vorfälle registriert, - **833** wurden von linksextremen Personen begangen.

Rassismus : Angesichts der unzähligen Speise-Restaurant, welche von den unterschiedlichsten Rasse-Angehörigen betrieben (und vom „deutschen Publikum„ mit voller Zufriedenheit besucht werden), - sowie aufgrund der vorangeführten Zahl der „fremdenfeindlichen rechtsextremistischen„ Delikte, scheint das vielfach gebrauchte Wort „Rassismus„ nur als reines „**Schlag** - Wort„ mißbraucht zu werden.

Antisemitismus : Es ist unbestritten, daß eine Zunahme der negativen Einstellung der deutschen Bevölkerung gegenüber den „Juden„ (nicht allgemein gegen Semiten, denn es gibt außer den Juden eine Menge anderer semitischer Völker), festzustellen ist. Dies nicht zuletzt aufgrund des (zu ihrer Zahl unproportionalen) Einflusses, (z.B. Bubis im Vorstand der FDP, Friedman in der CDU) auf (opportune ?) Politiker und dadurch auf die Gesetzgebung.

Daß trotz der bisher geleisteten enormen „Wiedergutmachungs-Zahlungen„ neuerdings auch durch sogenannte „Sammelklagen„ von der Wirtschaft (ohne Nachweis des Anspruchs und der Berechtigung der einzelnen Kläger) weitere Zahlungen mit Billigung (oder Veranlassung ?) des „Jüdischen Weltkongresses„ erpreßt werden, - trägt sicher nicht zu einer positiven Einstellung gegenüber den Juden bei. Ebensowenig wie die „ewige Schuldanlastung„ und Beschimpfung als „Täter-Nation„ über Generationen hinweg.

Verbreitung von „nationalsozialistischem Gedankengut : Es erhebt sich die Frage, was damit gemeint sein soll. Dazu könnte das

„Programm der NSDAP„ von 1920 und die Überprüfung, wieweit dieses auch in der Folge eingehalten wurde, dienen.
Die Punkte 1 - 3 fordern den Zusammenschluß aller Deutschen, die Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen und die Aufhebung der (aufgezwungenen) „Friedensverträge„ von Versaille bzw. St. Germain, sowie die Rückgabe der enteigneten ehemals deutschen Kolonien.

4. „Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.„

5. „Wer nicht Volksgenosse ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und muß unter Fremdengesetzgebung stehen.„

6. Das Recht, über Führung und Gesetze des Staates zu bestimmen, darf nur dem deutschen Staatsbürger zustehen. Daher fordern wir, daß jedes öffentliche Amt, gleichgültig welcher Art, gleich ob im Reich, Land oder Gemeinde, nur durch Staatsbürger bekleidet werden darf. Wir bekämpfen die korrumpierende Parlamentswirtschaft einer Stellenbesetzung nur nach Parteigesichtspunkten ohne Rücksichten auf Charakter und Fähigkeiten.

7. Wir fordern, daß sich der Staat verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeit der Staatsbürger zu sorgen. Wenn es nicht möglich ist, die Gesamtbevölkerung des Staates zu ernähren, so sind die Angehörigen fremder Nationen (Nicht-Staatsbürger) aus dem Reich auszuweisen.

8. Jede weitere Einwanderung Nicht-Deutscher ist zu verhindern. Wir fordern, daß alle Nicht-Deutschen, die seit 2. August 1914 in Deutschland eingewandert sind, sofort zum Verlassen des Reiches gezwungen werden.

9. Alle Staatsbürger müssen gleiche Rechte und Pflichten besitzen.

(Frage : Da Vorstehendes auch vom demokratischen Israel heute - nur mit der Prämisse jüdischen Blutes (anstelle deutschen Blutes) - so gehandhabt wird, schließt diese Punkte wohl als „Nazi-Gedankengut„ aus?)
10. Erste Pflicht jedes Staatsbürgers muß sein, geistig oder körperlich zu schaffen. Die Tätigkeit des einzelnen darf nicht gegen die Interessen der

Allgemeinheit verstoßen, sondern muß im Rahmen des Gesamten und zum Nutzen Aller erfolgen. Daher fordern wir :

11. Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens.

Brechung der Zinsknechtschaft

12. Im Hinblick auf die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die jeder Krieg vom Volke fordert, muß die persönliche Bereicherung durch den Krieg als Verbrechen am Volke bezeichnet werden. Wir fordern daher die restlose Einziehung aller Kriegsgewinne.

13. Wir fordern die Verstaatlichung aller (bisher) bereits vergesellschafteten (Trusts) Betriebe.
14. Wir fordern Gewinnbeteiligung an Großbetrieben.
15. Wir fordern einen großzügigen Ausbau der Altersversorgung.
16. Wir fordern die Schaffung eines gesunden Mittelstandes und seine Erhaltung, sofortige Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser und ihre Vermietung zu billigen Preisen an kleine Gewerbetreibende, schärfste Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden bei Lieferungen an den Staat, die Länder oder Gemeinden.

17. Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke, Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation.

Anmerkung: Gegenüber den verlogenen Auslegungen des Punktes 17. des Programms der NSDAP. Von seiten unserer Gegner ist folgende Feststellung notwendig : Da die NSDAP. auf dem Boden des Privateigentums steht, ergibt sich von selbst, daß der Passus „Unentgeltliche Enteignung„ nur auf die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten Bezug hat, Boden, der auf unrechtmäßige Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls verwaltet wird, wenn nötig, zu enteignen. Dies richtet sich demgemäß in erster Linie gegen die jüdischen Grundstückspekulations-Gesellschaften.

München, d. 13. 4. 1928
gez. Adolf Hitler

Anm.: Die wesentlichsten (und auch real eingehaltenen) Punkte des gesamten Programms die als „NS-Gedankengut„ bezeichnet werden könnten, dürfte im Wortlaut der nachstehenden Punkte liegen.

18. Wir fordern den rücksichtslosen Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tätigkeit das Gemeininteresse schädigen. Gemeine Volksverbrecher, Wucherer, Schieber usw. sind mit dem Tode zu bestrafen, ohne Rücksichtnahme auf Konfession und Rasse.

19. Wir fordern Ersatz für das der materialistischen Weltordnung dienende römische Recht durch ein deutsches Gemeinrecht.

20. Um jedem fähigen und fleißigen Deutschen das Erreichen höherer Bildung und damit das Einrücken in führende Stellung zu ermöglichen, hat der Staat für einen gründlichen Ausbau unseres gesamten Volksbildungswesens Sorge zu tragen. Die Lehrpläne aller Bildungsanstalten sind den Erfordernissen des praktischen Lebens anzupassen. Das Erfassen des Staatsgedankens muß bereits mit dem Beginn des Verständnisses durch die Schule (Staatsbürgerkunde) erzielt werden. Wir fordern die Ausbildung besonders veranlagter Kinder armer Eltern ohne Rücksicht auf deren Stand oder Beruf auf Staatskosten.

21. Der Staat hat für die Hebung der Volksgesundheit zu sorgen durch den Schutz der Mutter und des Kindes, durch Verbot der Jugendarbeit, durch Herbeiführung der körperlichen Ertüchtigung mittels gesetzlicher Festlegung einer Turn- und Sportpflicht, durch größte Unterstützung aller sich mit körperlicher Jugendausbildung beschäftigten Vereine.

22. Wir fordern die Abschaffung der Söldnertruppe und die Bildung eines Volksheeres.

23. Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen die bewußte politische Lüge und ihre Verbreitung durch die Presse. Um die Schaffung einer deutschen Presse zu ermöglichen, fordern wir, daß
a) sämtliche Schriftleiter und Mitarbeiter von Zeitungen, die in deutscher Sprache erscheinen, Volksgenossen sein müssen,
b) nichtdeutsche Zeitungen zu ihrem Erscheinen der ausdrücklichen Genehmigung des Staates bedürfen. Sie dürfen nicht in deutscher Sprache gedruckt werden.

Jede finanzielle Beteiligung an deutschen Zeitungen oder deren Beeinflussung durch Nicht-Deutsche gesetzlich verboten wird, und fordern als Strafe für Übertretungen die Schließung eines solchen Zeitungsbetriebes, sowie die sofortige Ausweisung der daran beteiligten Nicht-Deutschen aus dem Reich.

Zeitungen, die gegen das Gemeinwohl verstoßen, sind zu verbieten. Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen eine Kunst- und Literaturrichtung, die einen zersetzenden Einfluß auf unser Volksleben ausübt und die Schließung von Veranstaltungen, die gegen vorstehende Forderungen verstoßen.

24. Wir fordern die Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden oder gegen das Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen.

Die Partei als solche vertritt den Standpunkt eines positiven Christentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden. Sie bekämpft den jüdisch-materialistischen Geist in und außer uns und ist überzeugt, daß eine dauernde Genesung unseres Volkes nur erfolgen kann von innen heraus auf der Grundlage :

Gemeinnutz vor Eigennutz

Besonders der Punkt 18 wurde strikt durchgeführt, dafür zeugen die zahlreichen Konzentrations-Lager („Arbeit macht frei„).

Diese Punkte entsprechen tatsächlich einer unterschiedlichen Auffassung zur heute geltenden. Was einer „Gemeinschaft„ dienlicher ist, ob das Wohlergehen eines ganzen Volkes gegenüber dem einzelner Personen vorzuziehen ist, mag jeder selbst beurteilen. Könnten diese Punkte als „NS-Gedankengut„ bezeichnet - und die „Verbreitung„ nach heutiger Gesetzgebung möglicherweise geahndet werden ? - Ich weiß es nicht !

Rechtfertigung des „Nazi-Regimes„ : Wer die nachweisliche Tatsache, daß (trotz des Friedensangebotes Deutschlands an England und des Angebotes zur friedlichen Lösung betreffend die Rückgabe der ehemalig deutschen Gebiete in Polen), und daraufhin aufgrund der allgemeinen Mobilmachung in Polen der Einmarsch in Polen erfolgte - England und Frankreich Deutschland den Krieg erklärten, (und nicht umgekehrt, wie üblich kolportiert) begeht vermutlich das Verbrechen der „Rechtfertigung.„

Gleiches gilt für die Richtigstellung (Revision) der allgemein verbreiteten These, Deutschland hätte den Bombenkrieg auf Städte begonnen. Nachstehend die Terminologie aus der „Chronik des 20. Jahrhunderts„.

30.08.1939 Allgemeine Mobilmachung in Polen - Sperrung des Korridors zwischen Ostpreußen und dem Deutschen Reich

01.09.1939 Einmarsch in Polen

03.09.1939 Großbritannien und Frankreich erklären Deutschland den Krieg

04.09.1939 Wilhelmshaven und Cuxhaven werden von britischen Fliegern bombardiert

Frage : Gilt dieser Hinweis als „Rechtfertigung„ ? - Ich weiß es nicht !

Ewig Gesterige bzw. **Unbelehrbare** : So werden nach heutigem Sprachgebrauch alle jene bezeichnet, die sich kritisch mit der „Neuen Zeitgeschichtsschreibung„ aufgrund selbst erlebter Tatsachen auseinandersetzen und die kolportierten „Wahrheiten„ der Nachkriegs-Umerziehung durch die Siegermächte bezweifeln, bzw. besseren Wissens bestreiten.

Möge sich jeder seine eigene Meinung bilden !

Analyse zum Thema „Sammelklagen - eine „Erpressung ?„

Jeder Bürger, der vermeint, daß ihm Unrecht oder Schaden von jemandem zugefügt wurde, hat das Recht diesen zu verklagen. Dazu ist allerdings erforderlich, daß von ihm der Nachweis seines persönlichen Anspruches auf Wiedergutmachung durch den Schädiger erbracht wird. Eine Behauptung des Klägers, wenn sie nicht durch eindeutige, den Einzelfall betreffende Beweise glaubwürdig belegt werden kann, stellt jedoch eine Verleumdung des Beklagten dar.

Im Folgenden soll im Zusammenhang mit den Wiedergutmachungsforderungen von „Holocaust-Opfern„ anhand von besonders signifikanten Teletext-Nachrichten und dokumentierten Fakten aus dem Buch „Deutschlands Ausplünderung„ (FZ-Verlag München), untersucht werden, wie weit diese Forderungen berechtigt sind. Ebenfalls, auf welche Weise die Durchsetzung dieser Forderungen betrieben wurde, bzw. wird.

(Aus vorzitiertem Buch :)

(S. 249 f) ... Die israelische Wissenschaftlerin Professor Sagi schreibt:

Weder verpflichtete das Völkerrecht Deutschland dazu, Israel und dem jüdischen Volk Entschädigung zu zahlen, noch übten die Mächte Druck auf die Bundesrepublik Deutschland aus, sie zu leisten. Es geschah aus eigenem freien Willen heraus, vor allem als Folge des entschlossenen Standpunkts von Bundeskanzler Konrad Adenauer. In der Geschichte der Wiedergutmachung spielte er eine entscheidende Rolle.

Dann eine sehr weitreichende Darstellung aus der Feder der jüdischen Professorin:
Angesichts des Kalten Krieges, als die Vereinigten Staaten entschlossen waren, es nicht zuzulassen, daß Westeuropa vom Kommunismus überwältigt würde, bestand kein Zweifel daran, daß die Bundesrepublik als vollwertiger Partner des Westens aufgenommen worden wäre - selbst wenn sie den Juden keinerlei Wiedergutmachung gezahlt hätte.

Nana Sagi weist auf das Beispiel Österreichs hin, das die Forderungen von Goldmann und Genossen zunächst dilatorisch (auf die lange Bank schiebend) behandelt und dann abgelehnt habe. Nur ein Fonds über 6,5 Millionen Dollar sei eingerichtet worden - »für die Zahlung von Entschädigung an Opfer der NS-Verfolgung aufgrund von Religion oder Rasse«, an dem sich Bundesdeutschland beteiligte. **Am 19. Dezember 1961 schließlich unterzeichnete Nahum Goldmann eine Erklärung,**

in der er sich verpflichtete, keine weiteren Ansprüche an Österreich mehr zu stellen. Die israelische Professorin fährt fort:

Als dann in den siebziger Jahren der Weltverband der NS-Opfer und der Weltverband österreichischer Auswanderer zusätzliche Ansprüche gegen Österreich erhoben, antwortete Kanzler **Kreisky**, der sich auf **Goldmanns Verzichterklärung** stützte, mit einem entschiedenen **Nein.**

04.12.1997 ORF1-Text S. 107 5 h 08

Österreich beim Opfer-Fonds dabei

Österreich hat anläßlich der Nazigold-Konferenz in London erklärt, seinen Anteil Restbeständen an Nazigold im Wert von ungefähr 110 Mio S zur Verfügung zu stellen. Das Geld solle einem Fonds für Holocaust-Opfer zugute kommen. Dies sagte gestern der österreichische Vertreter bei der Konferenz, **Winkler**. Neun weitere Länder haben Anspruch auf die **etwa 6 Tonnen Gold**. Einige andere Länder haben ebenfalls angekündigt, ihre Anteile dem Fonds zu überweisen.

Wie aus Vorstehendem zu ersehen ist, wurden scheinbar die ursprünglichen, **echt** bewerteten Wiedergutmachungsansprüche aufgrund der nach den Verurteilungen im „Nürnberger Prozeß„ und den nachfolgenden KZ-Prozessen in unverschämter Weise in die Höhe getrieben.

Dies trotz der heute bereits von graduierten beeideten Sachverständigen nachgewiesenen, technischen und physikalischen Unmöglichkeiten und „Zeugen-Falschaussagen„ im Bezug auf den „Holocaust„. - Diese Gutachter werden aber als „Revisionisten„ gerichtlich verfolgt und Richter, die jene nicht verurteilen wollen - aus ihrem Amt entfernt.

Seltsame Recht (?) - Sprechung ?

Wie weit durch Einfluß bestimmter Kreise auf die Massenmedien und die Politik Gesetze geschaffen wurden, die jede kritisch Meinung (auch wenn sie noch so begründet und durch Fakten belegt ist) bei Strafandrohung unterdrücken, ist hinreichend bekannt.

Daß aber auch unabhängige Richter, (z.B. der Richter **Orlet** im **Deckert-**Prozess), die in der BRD einen Freispruch fällten, der auch im Revisionsverfahren bestätigt wurde - (erst in einem 3. Verfahren, nach Verlegung des Gerichtsortes fand sich ein Richter der Deckert verurteilte) - oder die ein nach Ansicht gewisser Kreise ein zu mildes

Urteil im Bezug auf "Wiederbetätigungs-Prozesse" sprechen, **persönliche Nachteile** (Ausschluß, Versetzung) zu tragen haben, dürfte nicht allgemein bekannt sein, wie aus nachfolgenden Meldungen zu ersehen ist,.

25.09.1996 Nachrichten ORF - Der Berufschullehrer Richard R. wurde vom Verdacht der Wiederbetätigung freigesprochen. Während des Prozesses wurde aber der 1. Vorsitzende **Richter** Januschke wegen "dem **Verdacht** nicht genügend Distanz zum NS-Regime zu haben", **aus dem Richterverband ausgeschlossen**.

Hingegen hat ein Richter (**Burkhardt Stein** vom Amtsgericht Thübingen) keine Sanktionen zu befürchten, der gegen einen Verlag (Grabert) neben einer Geldstrafe (30.000 DM) **die Einziehung und Verbrennung** eines wissenschaftlich fundierten Buches (sowie der zugehörigen Druckunterlagen) "Grundlagen zur Zeitgeschichte", (Hrg. Ernst Gauss im Verlag Grabert) beschlossen hat. Dies erscheint (zumindest mir) bedenklich, da es an die Verbrennung "mißliebiger" Bücher durch die Nationalsozialisten erinnert.

Zweck dieser Prozesse scheint das Erreichen eines Urteilsspruches zu sein - auch wenn dieser später revidiert wird - der aber vorerst das Ansehen und die materielle Existenzgrundlage des „Beschuldigten„ so schädigt, daß dieser (nach Verlust des Arbeitsplatzes oder durch hohe Geldstrafen) entweder resigniert oder wenn er „uneinsichtig„ ist - einfach durch eine „unbedingte„ Strafe aus dem öffentlichem Leben entfernt wird.

Man erinnere sich an den Fall des beeideten Gerichtssachverständigen und Präsidenten der Österreichischen Bundesingenieurkammer **Dipl. Ing. Lüftl**, der Zweifel an „Zeugenaussagen„ bezüglich ihres Wahrheitsgehaltes aufgrund „technischer und physikalischer Unmöglichkeiten„ hegte und dies auch wissenschaftlich begründete - und der, neben dem finanziellen Verlust, von den Medien diffamiert wurde und daraufhin sein Amt zurücklegte. - Nach 2 ½ Jahren wurde die Voruntersuchung gegen ihn eingestellt, „da ein Grund zur weiteren gerichtlichen Verfolgung nicht vorhanden sei.„

Oder an den Fall des **Dipl. Chemikers Germar Rudolf** der seine Stellung am Max-Plank-Institut verlor, weil er in einer **wissenschaftlichen** Untersuchung die in den Zeugenaussagen behauptete Wirkung des „Zyclon B„ im Zusammenhang mit „Menschen-

Vernichtung„ bezweifelte - und die Ergebnisse seiner Arbeit veröffentlichte.

Oder, wie im Fall Jürgen Graf, der neben der „Geldbuße„ von 8.000 Fr., auch noch von seinem Dienstgeber entlassen wurde und dessen Existenz dadurch zerstört wurde :

10.08.1998 3 Sat-Text S. 661 20 h 16
Fristlos entlassen : Eine Basler Privatschule hat den Holocaust-Leugner und Deutschlehrer, **Jürgen** Graf, fristlos entlassen. Der Schulleiter bestätigte eine entsprechende Meldung der Sonntags-Zeitung. Auslöser der Entlassung war die Publizität im Zusammenhang mit dem Prozeß über die Verletzung des Antirassismusgesetzes.

Es ließen sich noch eine Menge anderer Fälle anführen, wie z.B. der des **Dipl. Ing. Wolfgang Fröhlich**, oder des **Ing. Emil Lachout**, - in diesem Fall **wurde die Republik Österreich** (Justiz) von der Menschenrecht-Kommission mit Urteil vom 03.12.1996 und Bestätigung dieses Urteils durch das EU-Ministerkomitee vom 15.12.1997 wegen **„Menschen-rechtsverletzung„** in seinem Verfahren **verurteilt.**

Frage : Wurde auch darüber in den Medien berichtet ?
Möge sich jeder seine Meinung selbst bilden !

Auch Autoren und Buchhändler, die solche wissenschaftlich begründeten Ansichten und **Tatsachen** veröffentlichen, werden ohne Zulassung des Beweises hiefür, gerichtlich verfolgt und verurteilt. - Der beste Beweis hiefür : die Verurteilung der „Revisionisten„ **Jürgen Graf** und **G. Förster**.

(**Anm.**: Aus dem Fazit des Buches „Auschwitz - Tätergeständnisse und Augenzeugen des Holocaust„, von Jürgen Graf :
... Sowenig wie die Historiker, die Mediencliquen und die Politiker bereit sind, Luftaufnahmen und technische oder chemische Expertisen zur Kenntnis zu nehmen, so wenig lassen sie sich von der Tatsache beeindrucken, daß die Zeugenaussagen, auf denen auch die Gerichtsurteile fußen und mit denen der "Holocaust" steht und fällt, ein Sammelsurium von Unmöglichkeiten und Absurdidäten darstellen. Sie werden bis zu ihrem bitteren Ende von der "Offenkundikeit der fabrikmässig betriebenen Vernichtung jüdischer Menschen im dritten Reich" schwatzen und die drei berühmten Affen spielen, vor denen der

erste nichts sagen, der zweite nichts hören und der dritte nichts sehen will.

Der Grund mag wohl darin liegen, daß, wenn es sich herausstellen sollte, daß die **bisher verbreiteten** Darstellungen des „Holocaust„ ernsthaft angezweifelt werden können - und immer mehr Argumente gibt es hiefür - die Frage und Rechtmäßigkeit der Wiedergutmachung in anderem Licht gesehen werden könnte. Dadurch läßt sich möglicherweise erklären, warum jetzt noch schnell „europaweit„ Forderungen an **Banken**, **Versicherungen** und sonstige Institutionen unter Androhung von „Klagen„ und „Boykott„ gestellt werden.

Der Unterschied zwischen **Einzel** - und **Sammelklage** besteht darin, daß im ersten Fall ein **„Beweis„** des Anspruches und die Höhe dessen erbracht werden muß - hingegen bei Letzterer nur eine **„undetaillierte„** Gesamtsumme als Verhandlungsbasis und ohne **Einzelnachweis** als „**Globalforderung„** eingeklagt wird, die dann üblicherweise mit einem „**Vergleich**„ endet.

Wenn einmal eine solche **Vereinbarung** getroffen wurde - besteht auch ein „gesetzlicher„ **Anspruch** hierauf. - Nun sind aber die vereinbarten riesigen Summen nicht als **Barreserve** der Banken oder Versicherungen vorhanden. Wird aber der Anspruch in Form von **„Aktienanteilen„** der jeweiligen Gesellschaft abgedeckt, so übernimmt der **„Begünstigte„** die **Kontrolle** über diese, **ohne sie mit ihrem Bargeld kaufen** zu müssen.

Dies erscheint (zumindest mir) als der eigentliche Zweck !

Da sich der Nachweis der Anspruchberechtigung einzelner Geschädigter durch die Beibringung von „Beweisen„ als **unergiebig** erwies, wurden durch **„Erpressung„** europäische Banken und Versicherungen - denen durch Androhung von **kostspieligen „Klagen„ und „Boykott**„ ihrer Geschäfte in den **USA** ein großer (Bargeld-) Schaden entstehen würde - zu einem **„Vergleich„ gezwungen**. - Dazu einige Teletext-Nachrichten :

13.10.1997 3-Sat-Text S. 661 0 h 46

Erneute Kritik von Ignatz Bubis

Der Präsident des Nationalrates der Juden in Deutschland, Bubis, hat erneut die Schweizer Banken und den Bundesrat kritisiert. In einem Radiointerview bezeichnete Bubis die Summe von **270 Mio. Fr**. im Holocaust-Fonds als minimal und **völlig unzureichend**. - Nach wie vor werde betreffend der Konten nur das zugegeben, **was unwiderlegbar**

nachgewiesen werden könne, sagte er. - Die bislang vorgelegten Listen von jüdischen Kontoinhabern bei Schweizer Banken in der fraglichen Zeit bezeichnete er als "willkürlich zusammengestellt und einen Scherz". Zudem warf er den Alliierten vor, sich **1950** gemeinsam mit der Schweiz bereichert zu haben.
(**Frage** : Gibt Ihnen eine Bank Geld ohne Berechtigungsnachweis ?)

11.11.1997 3-Sat-Text S. 661 3 h 56
Nazizeit : Banken veröffentlichen Listen
Entgegen ihrer ursprünglichen Absichten hat die Schweizerische Bankiervereinigung die Liste der nachrichtenlosen Vermögenswerte von Ende Oktober nun doch in der Presse veröffentlicht. Die Kehrtwende wird mit der großen Nachfrage begründet. - Die Liste mit **36.876** Namen ausländischer Inhaber von **nachrichtenlosen** Vermögen **vor 1945** wurde in den Ausgaben vom Montag in der "New York Times" und der internationalen Ausgabe der "Zürcher Zeitung" publiziert. - Die Liste umfaßt **6,17 Mio**. Fr. Der Gesamtwert der festgestellten nachrichtenlosen Vermögen von **Nichtschweizern** beläuft sich auf rund **67 Mio. Fr.**

(**Anm**.: Der **Durchschnittsbetrag** der nachrichtenlosen Vermögen ausländischer Konteninhaber **vor 1945** auf der Liste beträgt einschließlich der angelaufenen Zinsen, rund **1.340 S**. oder **167 SFr**. darunter sind sowohl **jüdische, als auch nichtjüdische** Konteninhaber.)

12.03.1998 3Sat-Text S. 116 3 h 06
Bronfman fordert von Bern 3 Mrd. Dollar
Edgar Bronfman, **Präsident des Jüdischen Weltkongresses**, fordert von den Schweizer Banken drei Milliarden Dollar für eine Beilegung des Konflikts um die nachrichtenlosen Vermögen. - In einem Interview mit dem "Jewish Bulletin of Northern California" erklärte Bronfman, **er** habe diese **Globalsumme** gefordert. Nach deren Zahlung würden die Sammelklagen gegen die Schweizer Banken fallengelassen.

Im Falle einer Schweizer Weigerung komme es zu einem "totalen Krieg". Wenn sich Bern weiterhin gegen eine Lösung stemme, müsse er die US-Aktionäre aufrufen, ihre Geschäfte mit der Schweiz zu suspendieren.
(**Anm**.: Kommentar überflüssig !)

03.04.1998 3Sat-Text S. 661 1 h 46
SNB findet acht nachrichtenlose Konten

Die Schweizer Nationalbank **SNB** hat bei ihren Nachforschungen nach nachrichtenlosen Vermögen aus der Nazizeit **acht Konten- und Depotbeziehungen** gefunden. - Nach Angaben der Notenbank geht es um einen **Gesamtbetrag** von rund 15.000 Fr., wovon rund **11.000 Fr. auf ausländische Kunden** entfielen. Die Namen der ursprünglichen Inhaber waren im vergangenen Jahr auf der Liste der Bankiervereinigung veröffentlicht worden. - Die SNB war durch ein Gesetz von 1905 ermächtigt gewesen, im beschränktem Umfang Geschäfte mit Privatpersonen zu tätigen.
(**Anm.:** Vgl. die "3 Milliarden $ Erpressungs-Forderung" vom 12.03.1998)

08.08.1998 Euro-News-Text S. 138 15 h 38
Auch Florida zu Sanktionen bereit
Der US-Bundesstaat Florida wird sich nach Angaben des Jüdischen Weltkongresses WJC den Sanktionen gegen die Schweizer Großbanken anschließen, **falls es bis 1. September** nicht noch zu einer außergericht-lichen Einigung bei der **Sammelklage** von Holocaust-Überlebenden gegen die Banken kommt. Der Finanzchef Floridas, Bill Nelson, habe den Weltkongreß diesbezüglich informiert, sagte ein WJC-Sprecher.

Das Parlament von Florida hatte ein Gesetz verabschiedet, das Nelson ermächtigt, gegen Schweizer Versicherungen und Banken vorzugehen. Zuvor hatten schon andere Bundesstaaten, darunter **New York** und **Kalifornien**, sowie etwa **30 Städte** Sanktionen zugestimmt.

14.08.1998 3Sat-Text S. 661 3 h 30
Bundesrat zu nichts verpflichtet
Die Eidgenossenschaft ist durch den Vergleich von New York laut einer Erklärung des Bundesrates zu nichts verpflichtet. Die Regierung hofft nach der Einigung zwischen den Banken und jüdischen Klägern auf eine Beruhigung der Lage, wie es in der Erklärung weiter heißt. Die eingeleiteten Schritte zur Aufarbeitung der Geschichte will der Bundesrat jedoch weiterführen.
Die **Schweizer Banken zahlen zur Beilegung der Sammelklagen eine Globalsumme von 1,25 Mia. Dollar**. Dies wurde in New York und Zürich bekanntgegeben. Die Banken werden die Summe über drei Jahre verteilt zahlen. Die UBS wird zwei Drittel der 1,25 Mia. Dollar beisteuern, die Credit Suisse ein Drittel.

17.08.1998 3Sat-Text S. 113 3 h 53
Singer : Jetzt kommt Deutschland dran

Nach dem Vergleich mit den Schweizer Großbanken will der Jüdische Weltkongreß WJC den **Druck** auf andere Länder erhöhen, namentlich auf **Deutschland**. In einem Interview mit der „Schweizer Sonntagszeitung„ sagte **WJC-Generalsekretär Israel Singer**, es gehe im weiteren um **Frankreich**, **Belgien**, die **Niederlande**, **Polen**, **Ungarn** und **Norwegen**. - Gemäß dem Zürcher „SonntagsBlick„ will Fagan die Deutsche und die Dresdner Bank auf **25 Mrd. Mark** verklagen. Der Vorwurf lautet, sie hätten von der Nazi-Reichsbank Goldbarren gekauft, die aus geschmolzenem **Zahngold**, Schmuck und aus **Münzen** der Insassen von Konzentrationslagern bestanden hätten. Dabei geht es um 4.700 Kilo im Krieg **erworbenes** Gold.
(**Anm.:** Um 5 h 20 nicht mehr im Teletext enthalten)

17.08.1998 ORF1-Text S. 115 19 h 58
Holocaust : Klage gegen Creditanstalt
Jüdische Überlebende des Holocaust wollen ihre Klagen auf die **Creditanstalt** (**CA**) ausweiten. - Der Münchner Rechtsanwalt **Witti** erklärte heute, die bereits laufende **Sammelklage** gegen die Deutsche Bank und die Dresdner Bank soll auf die **CA** ausgeweitet werden. - Die Klage soll bereits morgen eingebracht werden. Die Summe ist noch nicht bekannt. Schweizer Banken hatten zuletzt **15,6 Mrd. S** als Ausgleichszahlung an US-Angehörige von Holocaust-Opfern angeboten.

18.08.1998 MDR-Text S. 118 4 h 28
Entschädigungs-Forderungen erneuert
Jüdische NS-Opfer haben gestern ihre Entschädigungsforderungen an **deutsche** Banken bekräftigt. Der Münchner Rechtsanwalt **Witti** erklärte in Frankfurt/M., daß es **ohne die von ihm vertretenen 30.000** Mandanten keine Lösung gebe. - Witti verwies darauf, daß den beklagten deutschen Kreditinstituten - Deutsche und Dresdner Bank - jederzeit der von den Schweizer Banken eingeschlagene Weg des **Vergleichs** offenstehe. Witti nannte die „symbolische„ Summe von **32 Mrd. Mark** als Forderung gegen die Banken. - Auch verschiedene **deutsche Konzerne** würden derzeit um Entschädigung **„gebeten„, bevor Klagen erhoben würden**.

(dazu S. 183 des schon erwähnten Buches)
... In der **alliierten Kontrollratsproklamation Nr.2 vom 20. Oktober 1945** hieß es:
Die **deutschen Personen und alle Personen in Deutschland** haben den Alliierten Vertretern in Deutschland **alles Gold** und Silber auszuhändigen, in **Münzen** oder in **Barren**, und alles **Platin** in Barren, **das sich in Deutschland befindet**, und **alle sich außerhalb**

Deutschlands befindlichen Münzen und Barren ..... Die deutschen Behörden und alle Personen in Deutschland haben den Alliierten Vertretern **alle ausländischen Geldscheine und Münzen, die im Besitze irgendeiner deutschen Behörde sind oder irgendeiner Körperschaft, Vereinigung oder Einzelperson, die in Deutschland wohnhaft oder geschäftlich tätig ist,** sowie alle Geldzeichen, die von Deutschland in den von Deutschland früher besetzten Gebieten oder anderswo herausgegeben oder zur Herausgabe vorbereitet wurden, **auszuhändigen.**

Frage : Wie kann jemand nach mehr als 50 Jahren in erpresserischer Weise **etwas verlangen, was** damals **komplett,** einschließlich jener Werte, an denen sich der Staat, die Banken oder Betriebe angeblich **„bereichert„** haben, **von den Alliierten beschlagnahmt wurde ?**

Deutsche Edelmetalle und Banknoten im Milliardenwert fielen in die Hände der Siegermächte. Einen besonderen "Fang" machten die US-Amerikaner mit dem **Goldschatz von Merkers**. Am 24. März 1992 berichteten die Ruhr Nachrichten über Forschungsergebnisse des Dortmunder Militärhistorikers Hermann Pieper zum gigantischen **Edelmetall- , Währungs- und Kunstschätze- Raub**. Tatort:

Das Kalibergwerk von Merkers in Thüringen.

Dort lagerte hinter mächtigen Stahltüren **der Großteil der Goldreserven des Deutschen Reiches, mindestens 220 Tonnen Gold.** Außerdem wurden dort **Milliardensummen an Papiergeld** in deutscher und **ausländischer Währung** aufbewahrt, sowie Hunderte Kisten mit Tausenden Kunstwerken, darunter Gemälde von Dürer, Originalmanuskripte von Goethe u.a., die man ins Bergwerk tief unter Tage gebracht hatte, um sie vor den Verheerungen des Krieges zu retten.

Nach der Besetzung Merkers durch US-Truppen und Entdeckung der Schätze trafen dort US-Oberbefehlshaber **Eisenhower** und Oberst **Bernard Bernstein** von der Finanzabteilung des alliierten Hauptquartiers in Europa ein. Bernstein hatte die Aufgabe, ein Schätzungsgutachten zu erstellen, dessen Wortlaut nie veröffentlicht worden ist.

Zur »**Rechtfertigung**« des Raubes wurde geltend gemacht, beim Schatz von Merkers habe es sich teilweise um zuvor KZ'lern "**von den Nazis**" gestohlene Werte gehandelt.

04.12.1997 3Sat-Text S. 109 4 h 49

Alliierte wegen Nazi-Raubgold gerügt
Die internationale Tragweite des Umgangs mit dem Raub-Gold Nazi-Deutschlands ist am zweiten Tag der Londoner Konferenz deutlich geworden. Der Augenmerk richtete sich unter anderem auf die Alliierten, weil sie Kenntnisse über Opfergold unter dem von ihnen verwalteten Raubgold verheimlicht haben sollen.
Der Jüdische Weltkongreß **WJC** legte ein Dokument vor, das beweisen soll, daß **50 - 60 Tonnen dieses Goldes kein Währungsgold** waren, sondern von **Nazi-Opfern** stammten. - WJC-Geschäftsführer Elan Steinberg warf der Dreimächte-Kommission vor, dieses Gold im Wert von **500 Mio**. Dollar an Zentralbanken **zurückgegeben** zu haben.
(**Anm**.: Vgl. die Mengen des beschlagnahmten Schatzes von Merkers !)

04.12.1997 3Sat-Text S. 110 4 h 56
Viel zu wenig Nazigold an Private
Die Trilaterale Goldkommission TGC hat nach dem Krieg zuviel Naziraubgold an Zentralbanken von Staaten zurückerstattet und viel zu wenig an Private. Dies geht aus US.Dokumenten hervor. Wie WJC-Direktor Steinberg an der Londoner Goldkonferenz darlegte, hat die 1946 eingerichtete TGC **337 t Gold** aus Nazibeständen verwaltet. Dieses Gold galt als "**monetäres Gold**", d.h. Gold aus Staatsbanken besetzter Länder. Entsprechend verteilte sie es an Banken, bis auf einen Rest von rund **5,5t**. Aus den **Dokumenten (?)** gehe aber hervor, daß der Anteil von "**nichtmonetärem**" Gold (Gold von Privaten) viel größer sei; **man schätze** ihn auf **59 - 60 t.**

(**Anm**.: Wenn eindeutige „**Dokumente zum Nachweis**„ vorhanden sind, so brauche **man** nicht „**schätzen !**„)

22.08.1998 Euro-News-Text S. 128 16 h 57
Holocaust-Opfer verklagen Degussa
In den USA haben Holocaust-Opfer das deutsche Unternehmen Degussa verklagt. Es soll den Nationalsozialisten bei der Produktion des **Giftgases** für die Vernichtungslager und bei der Verwertung des von Juden geraubten Goldes geholfen haben. Als Wiedergutmachung **wird das gesamte Firmenvermögen gefordert**. - Der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, begrüßte die Klage. Die Höhe der geforderten Summe halte er jedoch für unangemessen. - Das Giftgas für die Konzentrationslager wurde von der Firma **Degesch** produziert, einer **Tochterfirma der Degussa** und der nach dem Krieg aufgelösten IG-Farben.

(**Anm**.: Die Degussa war und ist eine Gesellschaft, die Edelmetalle zur wirtschaftlichen Verwendung (Bleche, Draht, usw.) be- bzw. umarbeitet.)
(**Frage**: Einschließlich aller Unterlagen der Fa. **Degesch**, die beweisen könnten, **daß Zyklon B nur ein Entwesungs**- (Entlausungs-) Mittel war?)

Möge sich jeder selbst seine Meinung bilden !

Rehabilitation der „revisionistischen Geschichtsforscher„?

Einem „Holocaust-Opfer„, dem Juden Binjamin Wilkomirsky, dem Autor mehrerer Bücher - Vortragendem bei öffentlichen Veranstaltungen, darunter auch solchen vor jungen Studenten in Schulen im In- und Ausland als (angeblicher) Zeitzeuge - Schilderer in FS-Interviews und auch Filmen der ihm selbst widerfahrenen Greuel durch die Nazis im KZ, **wurde nachgewiesen, daß er niemals in einem Konzentrationslager war !** - sondern als Flüchtlingskind von einer Schweizer Familie adoptiert wurde und dort den Krieg überlebte.

Nachstehend die wesentlichste Aussage des jüdischen Autors Daniel Ganzfried aus der TV-Sendung „Wilkomirsky...„ im Sender 3Sat am 17.10.1998 um 19 h 20 :

... **Ich sehe eigentlich die Hauptverantwortung gar nicht bei dem Menschen Bruno Dössecker,** (Anm.: nennt sich Wilkomirsky) **sondern bei der Öffentlichkeit die offenbar weitgehend bereit ist, ihr Denken auszuschalten, ihren gesunden Menschenverstand, ihr eigenes Nachforschen und sich auf die Opfergeschichte beruft und sich auf die Seite der Opfer schlägt, ohne auch nur ein Jota nachgedacht zu haben und sich darin freut auf der richtigen Seite der Geschichte zu stehen ohne auch nur einen Gedanken sich zu machen und es ist für mich ein Umgang mit Geschichte vor dem Hintergrund von Auschwitz, der jeder Verantwortung spottet.**

... Vor dem Hintergrund von Auschwitz ist es mir - **sind die Fakten eigentlich wichtiger als Mythologien** und zwar deswegen, weil Auschwitz ein dermaßen unverständliches und sich unserem Menschenverstand entziehendes Faktum unserer neuesten Geschichte ist, daß es auch heute noch eine streitbare Angelegenheit ist, wie versteht man eigentlich Auschwitz und was ist es, von was reden wir da. **Und wenn jetzt einer kommt und aus diesem Auschwitz eine Mythenmaschine macht** - einen Rohstoff für Basteleien an der eigenen Identität, **dann habe ich die Befürchtung, oder auch die Angst, daß in 10 oder 15 Jahren sich zur Disposition stellt, daß man es genau**

so gut bestreiten und belügen kann, wie man es auch befinden kann.

... **Die Leute müssen sich ja verraten und verarscht vorkommen - sie tun's aber nicht, weil sie dermaßen fest glauben - wenn sie aber ein bißchen Seriösität hätten, würden sie der Geschichte jetzt nachgehen** und diese schweizerische Verschwörung, die die Voraussetzung dafür ist, damit die Geschichte Wilkomirskys stimmen kann, aufdecken.

Fazit : Somit sind alle „Revisionisten„, die als einzige den „Holocaust„ hinterfragen - dafür aber heute noch verurteilt werden, weil sie die „Wahrheit„ suchen, - unschuldig - die Politiker, die Staatsanwälte, die Richter usw. aber sind eigentlich die „Schuldigen„ (da Hauptverantwortliche), weil sie offenbar weitgehend bereit sind, ihr Denken auszuschalten, ihren gesunden Menschenverstand, ihr eigenes Nachforschen - und sich auf die Opfergeschichte berufen und sich auf die Seite der Opfer schlagen, ohne auch nur ein Jota nachgedacht zu haben und sich darin freuen, auf der richtigen Seite der Geschichte zu stehen ohne auch nur einen Gedanken sich zu machen.

07.04.1998 3Sat-Text S. 661 2 h 46
BAK dementiert "Sonntags-Blick"-Bericht
"**Früchte journalistischer Freiheit**" nennt David Streiff, Direktor des Bundesamts für Kultur BAK, die Angaben in der letzten Ausgabe des "Sonntags-Blick" zum Thema Raubkunst in der Schweiz. Die genannte Zahl von **700** Werken, die von den Nazis aus jüdischem Besitz geraubt und in die Schweiz verkauft worden seien, **habe der Autor erfunden**, so Streiff. - Der Artikel bezog sich auf eine vom BAK in Auftrag gegebene Studie. - Das BAK betont dagegen, daß die historische Untersuchung noch nicht abgeschlossen sei und daher keine quantitativen Aussagen möglich seien. Resultate seien erst im Sommer zu erwarten.

(**Frage**: Wurde eine neue Bezeichnung für infame Lügen gefunden ?)

Frage: Besteht ein Zusammenhang mit den Aussagen der "Protokolle"?

Möge sich jeder seine eigene Meinung darüber bilden !

Analyse zum Thema : Sammelklage - NS-Zwangsarbeiter

Anlaß mich mit diesem Thema näher auseinanderzusetzen, waren vor allem nachstehende Teletextmeldungen:

04.03.1998 RTL-Text S. 123 2 h 05
Koalition will NS-Urteile aufheben
Nach monatelangem Streit will die Bonner Koalition nach Informationen der Berliner 'tageszeitung' nun doch **pauschal alle** nationalsozialistischen Strafrechtsurteile aufheben. Wie die Zeitung berichtet, traf die Koalitionsrunde eine entsprechende Vereinbarung. - Bisher gibt es kein einheitliches Bundesrecht zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile. Daher sind viele Richtersprüche aus dieser Zeit noch gültig.

(**Anm**.: Somit sollen "**pauschal alle**" Strafrechtsurteile, wie z.B. auch jene wegen Landesverrat, Schwarzhandel, Sittlichkeitsverbrechen, Devisen-vergehen, Raub, Betrug, Diebstahl, Fälschung, Veruntreuung, Gewaltverbrechen, Drogendelikte, Zuhälterei, usw. aufgehoben werden. - Folglich wären diese "damaligen" Verbrecher als zu unrecht verurteilt und gelten daher als "Opfer der Nazi" mit möglichem Entschädigungs-anspruch !)

23.08.1998 NTV-Text S.164 3 h 23
Auch anderen Unternehmen drohen Klagen
Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Bubis, hat die Klage der vier Überlebenden des Holocaust auf Wiedergutmachung begrüßt. Doch nannte er die Höhe der geforderten Entschädigungssumme unangemessen. Die Kläger verlangen das **gesamte** Firmenvermögen der Degussa. - Einem Bericht des „Spiegel„ zufolge müssen etwa ein Dutzend andere deutsche Unternehmen ebenfalls mit einer Klage rechnen.

29.08.1998 NTV-Text S. 118 1 h 17
Geschichte : Der Präsident des Zentralrates der Juden, Bubis, hat die Bundesregierung aufgefordert, sich an der Entschädigung von Zwangsarbeitern zu beteiligen. Falls die Industrie eine Stiftungslösung finde, sollte sie sich symbolisch beteiligen, sagte Bubis gegenüber der „Braunschweiger Zeitung„.

31.08.1998 ORF1-Text S. 129 17 h 40

NS-Zwangsarbeiter klagen Unternehmen
Überlebende Zwangsarbeiter aus dem Dritten Reich haben in den USA eine Klage gegen mehrere deutsche Unternehmen eingereicht. - Darunter seien Volkswagen, Siemens, Krupp, Daimler-Benz, BMW und Leica, teilte der Anwalt der Kläger, Fagan, in New York mit. Die Industrieunternehmen hätten eine wichtige Rolle beim Holocaust gespielt. - Schon zuvor hatten Holocaust-Überlebende den Frankfurter Degussa-Konzern geklagt. Dieser war mitverantwortlich für die Produktion des Giftgases Zyklon B, das in KZ eingesetzt wurde.

02.09.1998 MDR-Text S. 123 4 h 11
Friedmann für schnelle Entschädigung
Für eine schnelle Entschädigung der Zwangsarbeiter in deutschen Firmen hat sich das Präsidiumsmitglied im Zentralrat der Juden, Friedmann, ausgesprochen. - In den Stuttgarter Nachrichten äußerte sich Friedmann befremdet über die größtenteils zögerliche Haltung der Unternehmen in der Frage der Gründung einer Stiftung, die eine Entschädigung der früheren Zwangsarbeiter koordiniert. - Sollte sich der Bund nicht an einer Stiftung beteiligen, könne das nicht der Notausgang für die Industrie sein. Zudem sei auch die Entschädigungssumme ein Faktor für die Glaubwürdigkeit des Engagements, gab Friedmann zu bedenken.

02.09.1998 MDR-Text S. 124 4 h 19
Bonn : Bundestags-Vizepräsidentin Vollmer (Grüne) hofft auf eine schnelle Einigung bei Entschädigungen für NS-Zwangsarbeiter. Dies liege auch im außenpolitischen Interesse Deutschlands. Als Zeitraum nannte sie die ersten sechs Monate nach dem Wahltag.

04.09.1998 NTV-Text S. 117 8 h 50
Zwangsarbeit : Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma hat gefordert, auch die 2.600 noch lebenden Holocaust-Opfer dieser Volksgruppe für Zwangsarbeit und geraubtes Vermögen zu entschädigen. Sinti und Roma müßten genauso berücksichtigt werden wie jüdische Überlebende, so der Vorsitzende des Zentralrats, Rose, am Donnerstag.

Eine gerechte Beurteilung eines Anspruches ist jedoch nur möglich, wenn man auch die in der damaligen Zeit geltenden Gesetze kennt.

Strafgesetze in der NS - Zeit

Betrachtet man die erschreckende Entwicklung der Straftaten und deren Sühnung durch die Gesetze in der heutigen Zeit, kommt man als älterer Mensch nicht umhin, die frühere (österreichische) Gesetzgebung - mit den Änderungen nach der Eingliederung in den vielzitierten "NS-Unrechts-Staat", - näher zu untersuchen, bzw. mit der heutigen zu vergleichen. Als Quelle wird die Manz'sche Taschen-Gesetzausgabe "Das Strafgesetz", Ausg. 1944 und "Die Strafprozeßordnung" Ausg. 1943 (Wien) verwendet.

Gesetze müssen, damit sie auch ein "normaler Staatsbürger" verstehen kann, einfach abgefaßt sein. Das sind sie auch in der ursprünglichen Form - bis sie, durch unterschiedliche "Interpretationen" und (meist politisch beeinflußten) richterlichen Entscheidungen ihres Grundgehaltes weitgehend entfremdet, und damit dem gesunden Volksempfinden unverständlich wurden.

Als einer, der in jener Zeit gelebt hat, weiß ich, wie hart - besonders in der Kriegszeit - die Strafen für diverse Delikte waren. Ein geflügeltes Wort war damals : "Will'st nach Dachau ins Arbeitslager kommen ?" Strafverschärfend war auch, wenn ein Verbrechen unter Ausnützung der "Verdunkelung" (Luftschutzmaßnahme) oder unter Anwendung von Gewalt begangen wurde.

Ein Vorteil für die Gemeinschaft war allerdings, daß Frauen und Kinder, ohne befürchten zu müssen überfallen oder gar getötet zu werden, auch nachts auf den Straßen sicher waren. Die Anzahl der Gewaltdelikte war im Vergleich zur heutigen Zeit äußerst gering, nicht zuletzt wegen der drakonischen Strafen.

Die Rauschgiftsucht war nicht nur im Volksempfinden verpönt, sondern wurde auch besonders streng geahndet. So stand z.B. im Krieg auf den Besitz von Mohn (als Basis für Morphium, das in Lazaretten an der Front gebraucht wurde), bereits Zuchthaus, in besonders schweren Fällen sogar die Todesstrafe.

Auch Verstöße gegen Gesetze der Kriegswirtschaft aus Gewinnsucht, wie Schwarzschlachten, Devisenvergehen, Paß- oder Reisepapierfälschung und dgl. wurden unter dem Titel "volksschädlich" verfolgt. Hohen Stellenwert nahmen auch die Gesetze zum Schutz "der Reinheit des Blutes" (wie sie damals bezeichnet wurden) ein. Der

geschlechtliche Verkehr mit Juden war in allen Fällen strafbar und es wurden auch die arischen Partner verurteilt.

Vergleichen Sie die Strafen bei Kindesmißbrauch, Vergewaltigung von Frauen, Schändung in der Zeit "damals" (auch vor dem Anschluß), wie auch diese bei Pornografie und Zuhälterei - mit den heute üblichen Strafen.

Gefürchtet war, auch vor dem Anschluß in Österreich, die Einweisung in ein "**Arbeitshaus**". In der NS-Zeit wurden die Strafen in "Zwangsarbeitslagern" (daher auch die Überschrift "Arbeit macht frei") verbüßt, die fast alle in der Nähe von kriegswichtigen Industriebetrieben errichtet wurden. Die allgemeine Bezeichnung für diese Lager war "KZ" (ursprünglich KL, Konzentrationslager)

Die wegen vieler schwerer Delikte ausgesprochene Todesstrafe gilt heute vielfach als "unmenschlich", ausgenommen in einigen "demokratischen" Ländern wie z.B. den USA, Israel, usw., die zwar China und den Iran anprangern, aber selbst die Todesstrafen verhängen und auch vollziehen.

Im Nachstehenden sollen einige der "damals" gültigen Gesetze mit der Rechtsprechung der heutigen Zeit verglichen werden.

Das Strafgesetzbuch

(Auszug aus den wesentlichsten, vor dem Anschluß gültigen Gesetzen)

(Anmerkungen, Hervorhebungen und Unterstreichungen durch H.P.)

Gesetz vom 10. Juni 1932 (BGBl. Nr. 167) über die
Unterbringung von Rechtsbrechern in Arbeitshäusern.
(Auszug)
§ 1. 1)2) (1) Wird jemand wegen einer nach Vollendung des 18. Lebensjahres begangenen Übertretung nach den §§ 1 - 6 des Gesetzes vom 21. Mai 1885, ÖRGBl. 89 verurteilt, so ordnet das Gericht seine Unterbringung in einem **Arbeitshaus** an, wenn sie erforderlich ist, um den Verurteilten an **einen rechtschaffenen und arbeitsamen Lebenswandel zu gewöhnen.**

(2) Das Gericht ordnet eine solche Unterbringung ferner an, wenn jemand, nachdem er mindestens zwei Freiheitsstrafen verbüßt hat, wegen eines nach Vollendung des 18. Lebensjahres begangenen

Verbrechens zu einer mindestens sechsmonatigen Freiheitsstrafe verurteilt wird und **eingewurzelte Abneigung gegen einen rechtschaffenen und arbeitsamen Lebenswandel bekundet**.

1) Die Unterbringung in einem Arbeitshaus dauert solange, als es der Zweck erfordert; sie darf aber im Falle des § 1 Abs. 1 nicht länger als drei Jahre, im Falle des § 1 Abs. 2 nicht länger als fünf Jahre währen. ...

2) Die Unterbringung im **Arbeitshaus österreichischen Rechts** ist, wenn nach § 1 Abs. 1 d.G. erkannt wurde, wie die Unterbringung in einem Arbeitshause des Reichsrechts, und wenn nach § 1 Abs. 2 erkannt wurde, **wie die Sicherheitsverwahrung zu vollziehen**. (AV. RJM. v. 22.7.1940).

(**Anm**.: Wiederholungstäter wurden im KZ neben dem Dreieck in der Farbe der Strafart mit einem weiteren Querstreifen gekennzeichnet, siehe Tafel.)

----

§ 3. (1) Die Unterbringung in einem Arbeitshaus kann das Gericht von Amts wegen oder auf Antrag anordnen. Im Falle des § 1, Absatz 2, kann der Antrag auch von der Sicherheitsbehörde gestellt werden.

(2) Die Anordnung (§ 1) ist in das Urteil aufzunehmen und ebenso wie die Ablehnung eines darauf gerichteten Antrages besonders zu begründen. Die Urteilsausfertigung kann in solchen Fällen nicht durch einen Vermerk nach § 458 StPO ersetzt werden.

(**Anm**.: Es müßte auch heute noch in den Archiven festzustellen sein, **wer** und **warum** jemand auf Grund einer Verurteilung in ein KZ eingewiesen wurde. - Nach Kriegsende hatten plötzlich Leute, von denen jeder im näheren Bekanntenkreis wußte daß sie wegen krimineller Delikte verurteilt wurden, "Opferausweise".
Als solche trugen viele auch ein **rotes Dreieck** als Anstecknadel, zum Zeichen, daß sie wegen "politischer" Verstöße einsaßen. Dieses kann Ihnen jeder der damals gelebt hat, bestätigen.)

----

§ 16. (1) Die in einem Arbeitshaus untergebrachten Personen unterliegen wegen der von ihnen während der Anhaltung begangenen Vergehen und Übertretungen ausschließlich der Disziplinarstrafgewalt des Leiters der Anstalt.
(**Anm**.: Somit der KZ-Lagerleitung)

(2) Ein Strafverfahren ist nur einzuleiten, wenn die Zeit bis zu ihrer Entlassung zur Vollstreckung einer dem Verschulden angemessenen Disziplinarstrafe nicht ausreicht oder wenn die Tat erst nach ihrer Entlastung bekannt wird.

Verbindung einer der Kerkerstrafe angemessenen Arbeit

§ 18. (1) Mit der Kerkerstrafe ist **stets die Anhaltung zur Arbeit** verbunden. Jeder Sträfling muß daher diejenige Arbeit verrichten, welche die Einrichtung der Strafanstalt mit sich bringt.

(2) Bei der Verteilung dieser Arbeiten soll auf den Grad der Kerkerstrafe, die bisherige Beschäftigungsweise und die Bildungsstufe der Sträflinge tunlichst Rücksicht getragen werden.

(**Anm**.: Dieses Gesetz wurde beibehalten. In der Kriegszeit wurden auch Kerkerstrafen den Zuchthausstrafen beim Vollzug gleichgesetzt und waren in der Regel **im Zwangsarbeitslager**, also im **KZ** zu verbüßen.)

Verordnung zur Durchführung der Verordnung über die Vollstreckung von Freiheitsstrafen wegen einer während des Krieges begangenen Tat vom 27.Juni 1940.

Zuchthausstrafen im Sinne des § 1 Abs.2 dieser Verordnung sind auch die Strafen des **schweren Kerkers und Kerkers** von mehr als einem Jahr.

Milderungsgründe:

(Auszug)

§ 46. Milderungsumstände, welche auf die Person des Täters Beziehung haben, sind :

a) wenn der Täter in einem Alter unter zwanzig Jahren, wenn er **schwach an Verstand**, oder seine Erziehung sehr vernachlässigt worden ist;

b) wenn er vor dem Verbrechen eines untadelhaften Wandels gewesen;

(**Anm**.: Weitere Punkte c) - i) hier nicht angeführt)

(**Änderung** v. 25.11.**1941** : Es ist verfehlt, Psychopathen durchweg milder zu behandeln als Gesunde; der geistig minderwertige Mensch muß sich bemühen, seine gemeinschaftsgefährlichen Anlagen durch besondere Anstrengungen auszugleichen. Eine strenge Strafe kann

geeignet sein, ihn auf diese Notwendigkeit besonders eindringlich hinzuweisen.)

Von der Notzucht, Schändung und anderen schweren Unzuchtfällen

Notzucht

§ 125. Wer eine Frauensperson durch gefährliche Bedrohung, wirklich ausgeübte Gewalttätigkeit oder durch arglistige Betäubung ihrer Sinne außerstande setzt, ihm Widerstand zu tun, und sie in diesem Zustande zu außerehelichem Beischlafe mißbraucht, begeht das Verbrechen der Notzucht.

Strafe

§ 126. Die Strafe der Notzucht ist schwerer Kerker zwischen fünf und zehn Jahren. Hat die Gewalttätigkeit einen wichtigen Nachteil der Beleidigten an ihrer Gesundheit, oder gar am Leben zur Folge gehabt, so soll die Strafe auf eine Dauer zwischen zehn und zwanzig Jahren verlängert werden. Hat das Verbrechen den Tod der Beleidigten verursacht, so tritt lebenslanger schwerer Kerker ein.

(**Änderung** vom 14.9.**1941** : § 1. Der gefährliche Gewohnheitsverbrecher und der Sittlichkeitsverbrecher verfallen der Todesstrafe, wenn der Schutz der Volksgemeinschaft oder das Bedürfnis nach gerechter Strafe es erfordern.)

(**Anm.**: Bandenverbrechen wurden besonders hart mit Zuchthaus bestraft, meist auch mit der Todesstrafe. Vgl. Sie die heutige Verfolgung und Bestrafung z.B. ausländischer Menschenschmuggler, Mädchenhändler, Autoschieberbanden, Rauschgifthändler usw., - oder auch die Strafen für Kinderschänder und -Mörder, usw., die weder dem Schutz, noch dem Bedürfnis der Gemeinschaft nach gerechter Strafe Rechnung tragen.)

----

§ 127. Der an einer Frauensperson, die sich ohne Zutun des Täters im Zustande der Wehr- oder Bewußtlosigkeit befindet, oder die noch nicht das vierzehnte Lebensjahr zurückgelegt hat, unternommene Beischlaf ist gleichfalls als Notzucht anzusehen und nach § 126 zu bestrafen.

(**Änderung** vom 14.11.**1941** : Beischlaffähigkeit ist nicht erforderlich.)

Schändung

§ 128. Wer einen Knaben oder ein Mädchen unter vierzehn Jahren, oder eine im Zustande der Wehr- oder Bewußtlosigkeit befindliche Person zur Befriedigung seiner Lüste auf eine andere Art als die im § 127 bezeichnete Weise geschlechtlich mißbraucht, begeht, wenn diese Handlung nicht das im § 129 bezeichnete Verbrechen bildet, das Verbrechen der Schändung, und soll mit schwerem Kerker von einem bis fünf Jahren, bei sehr erschwerenden Umständen bis zu zehn, und wenn eine der im § 126 erwähnten Folgen eintritt, bis zu zwanzig Jahren bestraft werden.

(Änderung vom 12.2.**1943**: Auch die **Verleitung** eines Kindes zur Vornahme einer unzüchtigen Handlung stellt einen geschlechtlichen Mißbrauch des Kindes dar.)

(Anmerkung) :

Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Maßregeln der Sicherung und Besserung vom 24.11.**1933**. Dieses Sondergesetz wird als Ergänzung dem Strafgesetzbuch eingefügt. Bei Aussichtslosigkeit aller Besserungsversuche wird die "**Sicherheitsverwahrung**" für Gewohnheitsverbrecher eingeführt. **Das Gesetz sieht auch die Kastration** (völlige Entfernung der Keimdrüsen) **für gefährliche Sittlichkeitsverbrecher vor.**

(**Anm**.: Heute werden Verbrecher durch Gutachter als - zumindest für die Tatzeit - als unzurechnungsfähig erklärt, psychiatrisch behandelt und wieder auf die Menschheit losgelassen. - Wenn heute anstelle der Todesstrafe für gefährliche Sittlichkeitsverbrecher die Kastration und die lebenslange Einweisung in ein Arbeitslager als Sicherheitsverwahrung - wie damals - angeordnet würde, gäbe es keine Wiederholungstäter, und viele der **Opfer** könnten noch leben.

Zwangsarbeit als Therapie - auch um die Kosten der Unterbringung, der Behandlung und die Schadensgutmachung der Opfer oder der Gemeinschaft zu decken, wird heute als "menschenrechtswidriger Strafvollzug" bezeichnet. Meine Meinung hiezu : Arbeiten kann jeder, - auch ein Psychopat.)

Verbrechen der Unzucht

I. wider die Natur

§ 129. Als Verbrechen werden auch nachstehende Arten der Unzucht bestraft Unzucht wider die Natur, das ist : a) mit Tieren; b) mit Personen

desselben Geschlechts. (§ 175 RStGb ist auf Unzucht zwischen Männern beschränkt)

(Änderung **1940** : Nicht nur beischlafähnliche Handlungen, sondern jede Handlung, die, der Erregung des Geschlechtstriebes dienend, die von der Sitte gezogenen Grenzen überschreitet.)
Strafe.

§ 130. Die Strafe ist schwerer Kerker von einem bis zu fünf Jahren. Wenn sich aber im Falle der eines der im § 125 erwähnten Mittel bedient wurde, so ist die Strafe von fünf bis zu zehn Jahren, und wenn einer der Umstände des § 126 eintritt, auch die dort bestimmte Strafe zu verhängen.

(**Anm**.: Heute treten Politiker(-innen) für die Homosexuellen- und Lesbenehe ein, Fernsehmoderatoren "outen" sich als Homos, sind "in", die "Gesellschaft" toleriert (angeblich) diese "Freiheiten", usw. - welch herrliche Zeit ! - Wie familienfördernd, wie beitragend zum Ansehen der Frauen und Mütter, die "Wa(h)re" Liebe, wie hilfreich der Jugend im Pubertätsalter ! - gegenüber "damals" im Unrechtsstaat. - Aber vielleicht bin ich zu altmodisch, um darin einen Vorteil für die Menschheit und besonders für die Jugend zu sehen.)
(Sexualdelikt-Täter wurden im KZ mit einem rosa Dreieck gekennzeichnet.)

II. Blutschande

§ 131. Blutschande, welche zwischen Verwandten in auf- und absteigender Linie, ihre Verwandtschaft mag von ehelicher oder unehelicher Geburt herrühren, begangen wird. - Die Strafe ist Kerker von sechs Monaten bis zu einem Jahr.

III. Verführung zur Unzucht.
§ 132. Verführung, wodurch jemand eine seiner Aufsicht oder Erziehung oder seinem Unterrichte anvertraute Person zur Begehung oder Duldung einer unzüchtigen Handlung verleitet

IV. Kuppelei in Beziehung auf eine unschuldige Person.

Kuppelei, woferne dadurch eine unschuldige Person verführt wurde, oder wenn sich Eltern, Vormünder, Erzieher oder Lehrer derselben gegen ihre Kinder, Mündel, oder die ihnen zur Erziehung anvertrauten Personen schuldig machen.

(Änderung vom 24.9.**1941** : § 181a. Eine männliche Person, welche von einer Frauensperson, die gewerbsmäßige Unzucht treibt, unter Ausbeutung ihres unsittlichen Erwerbes ganz oder teilweise den Lebensunterhalt bezieht, oder welche einer solchen Frauensperson gewohnheitsmäßig oder aus Eigennutz in Bezug auf die Ausübung des unzüchtigen Gewerbes Schutz gewährt oder sonst förderlich ist (Zuhälter) wird mit **Zuchthaus** bis zu fünf Jahren bestraft.

Strafe.

§ 133. Die Strafe ist schwerer Kerker von einem bis zu fünf Jahren.

(**Anm.**: Heute bekommen solche Personen, egal ob in- oder ausländische, "amtliche Genehmigungen" zum Bertrieb von Sex-Shops, Bordellen, Peep-Shows usw..., - vgl. z.B. Anteil der ausländischen Prostituierten und Zuhälter in unseren Großstädten - und gelten, sofern sie ihre Steuern zahlen, als "ehrbare Bürger".

Zuhälter wurden damals im KZ, - wenn nicht im Zusammenhang mit Verbrechen anderer Art, (z.B. grünem Dreieck), - als Asoziale mit einem schwarzen Dreieck gekennzeichnet, wie auch jene, die keiner geregelten Arbeit nachgehen wollten.)

Gröbliches und öffentliches Ärgernis verursachende Verletzung der Sittlichkeit oder Schamhaftigkeit.

§ 516. Wer durch bildliche Darstellungen oder durch unzüchtige Handlungen die Sittlichkeit oder Schamhaftigkeit gröblich und auf eine öffentliches Ärgernis erregende Art verletzt, macht sich einer Übertretung schuldig, und soll zu strengem Arreste von acht Tagen bis zu sechs Monaten verurteilt werden. Wurde aber eine solche Verletzung durch Druckschriften begangen, so ist sie als Vergehen mit strengem Arreste von sechs Monaten bis zu einem Jahr zu ahnden.

(Änderung vom 9.4.**1943** : Eignung, Ärgernis zu erregen genügt.)

(**Frage**.:Vergleichen Sie die heutige "gesetzlich zugelassene" Pornografie in Zeitschriften, in Filmen, im Fernsehen z.B. "Wa(h)re Liebe", Arabella", die unzähligen "Talk-Shows" über sexuelle Themen, bis hin zur "Telefonsex-Werbung". - Dient dies alles einer gesunden Entwicklung junger Menschen ? - ist dies familienfördernd ? - oder einer Erziehung zu gemeinschaftlichem Denken nützlich ? - oder verbirgt sich dahinter gezielt die Zerstörung einer nationalbewußten Gesellschaft ?

Frage: Könnte ein Zusammenhang mit den "Protokollen", z.B. mit Kapitel 1 Ziffer 5, oder mit Kapitel 1 Ziffer 7, bestehen ? - Ich weiß es nicht !

Verordnung gegen Volksschädlinge v. 5. September 1939

Plünderung im frei gemachten Gebiet.

§ 1. Wer im frei gemachten Gebiet oder in freiwillig geräumten Gebäuden oder Räumen plündert, wird mit dem Tode bestraft. - Die Todesstrafe kann durch Erhängen erfolgen.
(**Anm.**: Dies betrifft besonders auch die Gebiete in Polen nach dem Einmarsch.)

Verbrechen bei Fliegergefahr

§ 2. Wer unter Ausnutzung der zur Abwehr von Fliegergefahr getroffene Maßnahmen ein Verbrechen oder Vergehen gegen Leib, Leben oder Eigentum begeht, wird mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren oder mit lebenslangem Zuchthaus, in besonders schweren Fällen mit dem Tode bestraft.

Gemeingefährliche Verbrechen.

§ 3. Wer eine Brandstiftung oder ein sonstiges gemeingefährliches Verbrechen begeht und dadurch die Widerstandskraft des deutschen Volkes schädigt, wird mit dem Tode bestraft.

Ausnutzung des Kriegszustandes als Strafverschärfung.

§ 4. Wer vorsätzlich unter Ausnutzung der durch den Kriegszustand verursachten außergewöhnlichen Verhältnisse eine Straftat begeht, wird unter Überschreitung des regelmäßigen Strafrahmens mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren, mit lebenslangem Zuchthaus oder mit dem Tode bestraft, **wenn dies das gesunde Volksempfinden wegen der Verwerflichkeit der Straftat erfordert.**

(**Frage** : War es ein Unrecht, daß auch "das gesunde Volksempfinden" bei der Strafbemessung zu beachten war ?)

Verordnung gegen Gewaltverbrecher v. 5. Dezember 1939 (Auszug)

Gewalttaten mit der Waffe.

§ 1. Wer bei einer Notzucht, einem Straßenraub, Bankraub oder einer anderen schweren Gewalttat Schuß-, Hieb- oder Stoßwaffen oder andere gefährliche Mittel anwendet oder mit einer solchen Waffe einen anderen an Leib oder Leben bedroht, wird mit dem Tode bestraft.
Ebenso wird der Verbrecher bestraft, der Verfolger mit Waffengewalt angreift oder abwehrt.

Schutz für Helfer bei der Verfolgung von Verbrechern.

§ 2. Wer sich bei der Verfolgung eines Verbrechers für dessen Ergreifung persönlich einsetzt, genießt dabei denselben strafrechtlichen Schutz, wie er Polizei- und Justizbeamten zuteil wird.

(**Anm**.: Heute wird sogar ein Polizeibeamter "wegen übermäßiger Härte" bei der Festnahme eines Täters bestraft - besonders wenn dieser ausländischer Herkunft ist)

Paßstrafverordnung vom 27. Mai 1942 (Auszug)

§ 3. Mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten oder Zuchthaus wird bestraft, wer
1. eine zum Grenzübertritt erforderliche oder bestimmte Urkunde oder die entsprechenden Formblätter oder Stempelabdrucke verfälscht oder fälschlich anfertigt, oder wer sich eine solche verfälschte oder fälschlich angefertigte Urkunde oder die entsprechenden Formblätter oder Stempelabdrucke verschafft oder von ihnen Gebrauch macht,

2. zur Täuschung des Rechtsverkehrs entweder eine solche Urkunde einem anderen überläßt oder eine solche für einen anderer ausgestellte Urkunde sich verschafft, oder gebraucht,

3. sich eine solche Urkunde erschleicht oder wissentlich von einer solchen Gebrauch macht.

Neben Gefängnis kann auf Geldstrafe, neben Zuchthaus auf Geldstrafe in unbeschränkter Höhe erkannt werden.

§ 5. Der Versuch ist in den Fällen §§ 1 und 3 strafbar.

(**Anm**.: Viele Juden, die versuchten (auf diese Weise illegal) die Grenze zu überschreiten, wurden verhaftet, und meist auch noch im Zusammenhang mit den damaligen strengen Devisenbestimmungen zur Zwangsarbeit verurteilt.)

Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen (1.9.1939)

Im modernen Krieg kämpft der Gegner nicht nur mit militärischen Waffen, sondern auch mit Mitteln, die das Volk seelisch beeinflussen und zermürben sollen. Eines dieser Mittel ist der Rundfunk. Jedes Wort, das der Gegner herübersendet, ist selbverständlich verlogen und dazu bestimmt, dem deutschen Volk Schaden zuzufügen. Die Reichsregierung weiß, daß das deutsche Volk diese Gefahr kennt, und erwartet daher, daß jeder Deutsche aus Verantwortungsbewußtsein heraus es zur Anstands-pflicht erhebt, grundsätzlich das Abhören ausländischer Sender zu unterlassen. Für diejenigen Volksgenossen, denen dieses Verantwor-tungsbewußtsein fehlt, hat der Ministerrat für die Reichsverteidigung die nachfolgende Verordnung erlassen:

§ 1. Das absichtliche Abhören ausländischer Sender ist verboten. Zuwiderhandlungen werden mit Zuchthaus bestraft. In leichteren Fällen kann auf Gefängnis erkannt werden. Die benutzten Empfangsanlagen werden eingezogen.

§ 2. Wer Nachrichten ausländischer Sender, die geeignet sind, die Widerstandskraft des deutschen Volkes zu gefährden, vorsätzlich verbreitet, wird mit Zuchthaus, in besonders schweren Fällen mit dem Tode bestraft.

(**Anm**.: Aufgrund dieses Kriegs-Gesetzes, das am Beginn des Polenfeldzuges erlassen wurde, sind unzählige Menschen verurteilt worden und ins KZ gekommen. - Ich habe selbst (damals strafbar) eine Meldung eines Londoner Senders gehört : "Österreicher harret aus - wir kommen euch befreien vom Joch der Nazis". - Tatsächlich wurden wir befreit - mit Bomben-Erfolg .)

Verordnung über die Vollstreckung von Freiheitsstrafen wegen einer während des Krieges begangenen Tat vom 11.Juni 1940.

§ 1. (1) Ist wegen einer während des Krieges begangenen Tat durch wehrmachtsgerichtliches oder SS- und polizeigerichtliches Urteil auf Zuchthausstrafe oder neben Gefängnis auf Verlust der Wehrwürdigkeit oder auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt, und ist die Strafe im Bereich der Reichsjustizverwaltung zu vollstrecken, so wird die in die Zeit des Kriegszustandes fallende Vollzugszeit in die Strafzeit nicht eingerechnet.

(2) Ist wegen einer während der Kriegszeit begangenen Tat im Bereich der Reichsjustizverwaltung auf Zuchthausstrafe erkannt, so soll die Vollstreckungsbehörde eine Anordnung treffen, die der Rechtsfolge des Abs. 1 Satz 1 entspricht.

§ 3. Diese Verordnung gilt auch in den eingegliederten Ostgebieten.

(**Anm**.: So wurde auch der ehemalige Lagerkommandant des KZ-Lagers Buchenwald, Karl Koch 1944 von einem SS-Gericht wegen Korruption und Tötung von 3 Häftlingen zum Tode verurteilt. Seine Frau, Ilse Koch, wurde mangels an Beweisen von der SS-Gerichtsbarkeit freigesprochen. - Karl Koch wurde von der SS am 5. April 1945 im Lagergelände Buchenwald hingerichtet. - Ilse Koch wurde nach dem Krieg als "Hexe von Buchenwald", nicht zuletzt aufgrund der Behauptung, daß die Koch'schen Familienfoto-Alben in "Menschenhaut" gebunden seien, verurteilt. Allerdings stellte sich zwei Stunden nach der Urteilsverkündung heraus, daß die Alben in normales Kunstleder gebunden waren. - Die Verurteilung blieb dennoch aufrecht.)

Strafe des Verbrechens des Diebstahls.

§ 178. Ist der Diebstahl außerdem, was in den §§ 173 bis 176 zum Verbrechen erfordert wird, nicht weiter beschwert, so soll er mit schwerem Kerker von sechs Monaten bis zu einem Jahr ; bei erschwerenden Umständen aber zwischen einem und fünf Jahren bestraft werden.

(**Anm**.: §§ 173 bis 176 betreffen erschwerende Umstände.)

Die Veruntreuung wird zu einem Verbrechen

§ 181. Als ein Verbrechen ist diejenige Veruntreuung zu behandeln, wenn jemand ein, vermöge seines öffentlichen (Staats- oder Gemeinde) Amtes oder besonderer obrigkeitlichen oder Gemeindeauftrages ihm anvertrautes Gut im Betrage von mehr als **16 RM 67 Rpf**. vorenthält oder sich aneignet.

§ 182. Eine solche Veruntreuung soll mit **schwerem Kerker** von einem bis zu fünf Jahren, wenn sie aber **666 RM 67 Rpf**. übersteigt, mit **schwerem Kerker von fünf bis zehn Jahren** bestraft werden.

Strafe des Verbrechens des Betruges

§ 202. Die Strafe des Betruges ist insgemein Kerker von sechs Monaten bis zu einem Jahr, bei erschwerenden Umständen aber von einem bis zu fünf Jahren.

§ 203. Übersteigt aber der Betrag oder Wert, den sich der Täter durch das Verbrechen zugewendet, oder worauf die Absicht gerichtet gewesen ist, die Summe von 1666 RM 67 Rpf.; oder hat der Verbrecher den Betrug mit besonderer Kühnheit oder Arglist verübt, so ist die Strafe schwerer Kerker von fünf bis zu zehn Jahren.

(**Anm**.: Zum Vergleich : Ein Techniker verdiente damals etwa 270 RM im Monat. Somit entsprach die Strafgrenze für Verfehlungen eines Staatsbediensteten nach dem § 181. damals etwa ein bis zwei **Tages-**Gehälter ! eines Technikers. Vergleichen Sie die heutigen Strafen für die gleichen Delikte in Millionenhöhe ! **Kerkerstrafen** mußten ebenfalls im **KZ-Zwangsarbeitslager** verbüßt werden.)

Verleumdung

§ 209. Wer jemanden wegen eines **angedichteten Verbrechens** bei der Obrigkeit angibt, oder auf solche Art beschuldigt, daß seine Beschuldigung zum Anlasse obrigkeitlicher Untersuchung, oder doch zur Nachforschung gegen den Beschuldigten dienen könnte, macht sich des **Verbrechens der Verleumdung** schuldig.

§ 210. Die Strafe des Verleumders ist in der Regel der schwere Kerker von einem bis auf fünf Jahre; dieser ist aber bis auf zehn Jahre zu verlängern, wenn :
a) der Verleumder sich einer besonderen Arglist, um die Beschuldigung glaubhaft zu machen, bedient; oder
b) den Beschuldigten einer größeren Gefahr aussetzt; oder wenn der Verleumder ein Dienstbote, Hausgenosse oder ein Untergebener des Verleumdeten ist, oder ein Beamter die Verleumdung in seinem Amt ausgeübt hat.

(**Frage** : Wie wird heute z.B. ein solcher Verleumder bestraft, der jemanden bei der "Obrigkeit" wegen dem "Bezweifeln" eines Verbrechens, das technisch und wissenschaftlich nicht nachvollziehbar ist, beschuldigt, was also dem eines "angedichteten Verbrechens" entspricht ? - Ich weiß es nicht !)

Verordnung zum Schutze des Reichsarbeitsdienstes v. 12. März 1940

Aufforderung zum Verweigern der Reichsarbeitsdienstpflicht.

§ 1. Wer öffentlich dazu auffordert oder anreizt, die Erfüllung der Reichsarbeitsdienstpflicht zu verweigern, wird mit Zuchthaus, in minder schweren Fällen mit Gefängnis bestraft.

§ 3. Wer es unternimmt, sich oder einen anderen durch Selbstverstümmelung, durch ein auf Täuschung berechnetes Mittel oder auf andere Weise der Erfüllung der Reichsarbeitsdienstpflicht ganz, teilweise oder zeitweise zu entziehen, wird mit **Zuchthaus**, in minder schweren Fällen mit Gefängnis bestraft. Unternimmt es eine Frau, sich der Erfüllung der Reichsarbeitsdienstpflicht zu entziehen, so ist die Strafe Gefängnis.

Kriegswirtschaftsverordnung vom 4. September 1939 (v.25.3.1942)

(Auszug)

§ 1. (1) Wer Rohstoffe oder Erzeugnisse, die zum lebenswichtigem Bedarf der Bevölkerung gehören, vernichtet, beiseiteschafft oder zurückhält und dadurch böswillig die Deckung dieses Bedarfs gefährdet, wird mit **Zuchthaus** oder Gefängnis bestraft. In besonders schweren Fällen kann auf Todesstrafe erkannt werden.

(2) Dieselbe Strafe trifft denjenigen, der Bescheinigungen über eine Bezugsberechtigung oder Vordrucke hierfür beiseiteschafft, nachmacht oder nachgemachte Bescheinigungen oder Vordrucke in den Verkehr bringt oder sich verschafft.

(3) Hat der Täter in der Absicht gehandelt, sich zu bereichern, so ist neben der Strafe aus Abs. 1 oder Abs. 2 auf Geldstrafe zu erkennen. Die Höhe der Geldstrafe ist unbeschränkt, sie muß das Entgelt, das der Täter für die Tat empfangen und den Gewinn, den er aus der Tat gezogen hat, übersteigen. An Stelle der Geldstrafe kann auf **Vermögenseinziehung** erkannt werden.

Zusammenfassung

Im Vorstehenden wurde nur ein grober Überblick über die in der Zeit des Nationalsozialismus - besonders während der Kriegszeit - gültigen, sicherlich sehr harten Strafgesetze gegeben. Besonders zu beachten ist, daß in der Kriegszeit infolge des Mangels an verfügbaren Arbeitskräften für die Wirtschaft, die verhängten Strafen in Zwangsarbeitslagern (KZ) zu verbüßen waren, was den "Arbeitshäusern" (vor dem Anschluß) gleichgesetzt wurde.

Zur Unterscheidung innerhalb dieser Zwangsarbeitslager ("Arbeit macht frei") wurden die Insassen mit verschiedenfarbigen Dreiecken gekennzeichnet. Sicher kennen Sie nur das rote, für politische Gefangene - ebenso wird seit Kriegsende durch die Medien in einschlägigen Berichten und Filmen versucht dem jüngeren Publikum den Eindruck zu vermitteln, daß diese Lager nur für Juden (zu deren Vernichtung) errichtet und betrieben wurden.

Es könnte der Wahrheitsfindung - die Grundlage jeder historisch haltbaren Geschichtsschreibung - auf einfache Weise dienen, durch eidesstattliche Erklärungen der unzähligen damaligen, **nichtjüdischen** Häftlingen, die in den gleichen Lagern und Arbeitsstätten (wohl in gesonderten Blöcken, aber zur gleichen Zeit) inhaftiert waren, eine Bestätigung der bisher von Gerichten anerkannten, (allerdings von den „Revisionisten„ bezweifelten) "offenkundigen Tatsachen" zu erhalten.

Ein Vergleich mit den wenigen, (vielfach technisch und wissenschaftlich nicht nachvollziehbaren) bisherigen Aussagen von Häftlingen, müßte klare Erkenntnisse bringen. Würde dies nicht am einfachsten die Argumentationen der "Revisionisten" widerlegen können ? - Mir ist bis heute kein Fall bekannt geworden, daß solche Untersuchungen jemals durchgeführt, oder publiziert wurden. - Warum ? - Ich weiß es nicht !

Von den sogenannten "Revisionisten" werden immer wieder zum Beweis ihrer Behauptungen Sachverständigengutachten von fachlich qualifizierten, gerichtlich beeideten, Technikern, Chemikern bzw. Sachkundigen in den anstehenden Fragen, angeführt. Als Beispiele seien genannt :

Das Gutachten des Amerikaners Fred Leuchter, des Konstrukteurs der Gaskammern in den USA,

die Expertise des Chemikers G.Rudolf vom Max-Planck-Institut, (der allerdings mit der Begründung entlassen wurde, auch Wissenschafter hätten das Tabu unserer Zeit zu achten ...),

das Gutachten des österreichischen Dipl. Ing. W. Lüftl, Gerichtlich beeideter Bausachverständiger und Präsident der Bundesingenieurkammer Österreichs, über die technischen Fragen bei Kremierungen, (D.I. Lüftl wurde wegen seiner Zweifel an den Aussagen von "Augenzeugen" geklagt, - wurde zwar freigesprochen - legte aber unter dem Druck der medialen "Öffentlichkeit" sein Amt zurück),

Gutachten und Auswertung der über Auschwitz und anderen Todeslagern während des Krieges entstandenen Luftaufnahmen der Alliierten durch John Ball und auch der Polish Historical Society.

Der Schweizer Zeitgeschichtsforscher Jürgen Graf, Jg. 1951 (also nicht durch zu frühe Geburt belastet), hat in seinem Buch "Auschwitz Tätergeständnisse und Augenzeugen des Holocaust" eine umfassende Zusammenstellung aller Aussagen, Gutachten von Sachverständigen, Widersprüche und technisch-physikalische Unmöglichkeiten in den Aussagen von Zeugen, usw., veröffentlicht. - Meines Erachtens ein Buch, das man vor jeglicher Debatte über den Holocaust gelesen haben müßte.

Interessante Aufschlüsse - im Bezug auf Sachverständigengutachten, Widersprüchen in - und zu Zeugenaussagen, sowie der Beweisführung - gibt auch die 1943 im (damaligen) NS-Staat gültige

Strafprozeßordnung.

§ 3. Alle in dem Strafverfahren tätigen Behörden haben die zur Belastung und die zur Verteidigung des Beschuldigten dienenden Umstände mit **gleicher Sorgfalt** zu berücksichtigen, und sie sind verpflichtet, den Beschuldigten auch, wo es nicht ausdrücklich vorgeschrieben ist, über seine Rechte zu belehren.

(**Anm**.: Vgl. das heutige Gesetz, das keine (neuen) Beweise der Verteidigung wegen "Offenkundigkeit" bzw. "Tatsache" anerkennt.)

Von dem Augenscheine und der Zuziehung von Sachverständigen überhaupt

§ 116. Der Augenschein ist vorzunehmen, so oft dies zur Aufklärung eines für die Untersuchung **erheblichen** Umstandes notwendig erscheint. Wenn sich dies wegen Anerkennung der zu untersuchenden Gegenstände oder zur Erlangung von Aufklärungen als zweckdienlich darstellt, ist der Beschuldigte zuzuziehen. Dem Verteidiger des Beschuldigten kann die Beteiligung bei der Vornahme des Augenscheines nicht versagt werden; auch ist ein bereits bestellter Verteidiger, wenn kein besonderes Bedenken dagegen obwaltet, von der Vornahme des Augenscheins in Kenntnis zu setzen. Wenn es der Untersuchungsrichter für nötig hält oder der Beschuldigte verlangt, sind zwei Gerichtszeugen beizuziehen.

(**Anm**.: Die Mordanklage für ein Massenverbrechen durch Gas ist erheblich !)

§ 117. Das über den Augenschein aufzunehmende Protokoll ist so bestimmt und umständlich abzufassen, daß es eine vollständige und treue Anschauung der besichtigten Gegenstände gewähre. **Es sind demselben zu diesem Zwecke erforderlichenfalls Zeichnungen, Pläne oder Risse beizufügen; Maße, Gewichte, Größen und Ortsverhältnisse sind nach bekannten und unzweifelhaften Bestimmungen zu bezeichnen.**

(**Frage** : Warum werden solche "Sachbeweise" - wie sie allerdings nur von den sogenannten "Revisionisten" vorgelegt werden - heute nicht auf ihre Richtigkeit geprüft, widerlegt, - oder eben anerkannt ?)

§ 118. (1) Dem Augenschein ist erforderlichenfalls ein **Sachverständiger** beizuziehen.

(2) Zwei Sachverständige sind nur dann beizuziehen, wenn es wegen der Schwierigkeit der Beobachtung oder Begutachtung erforderlich ist.

§ 119. Die Wahl der Sachverständigen steht dem Untersuchungsrichter zu. Sind solche für ein bestimmtes Fach bei dem Gerichte bleibend angestellt, so soll er andere nur dann zuziehen, wenn Gefahr am Verzuge haftet, oder wenn jene durch besondere Verhältnisse abgehalten sind, oder in dem einzelnen Falle als bedenklich erscheinen.

§ 120. Personen welche in einem Untersuchungsfalle als Zeugen nicht vernommen oder nicht beeidet werden dürfen, oder welche zu dem Beschuldigten oder dem Verletzten in einem der im § 152, Z. 1, bezeichnetem Verhältnisse stehen, sind bei sonstiger Nichtigkeit des Aktes als Sachverständige nicht beizuziehen. Von der Wahl der Sachverständigen sind in der Regel sowohl der Ankläger, als der Beschuldige vor der Vornahme des Augenscheins in Kenntnis zu setzen; werden erhebliche Einwendungen vorgebracht und haftet nicht Gefahr am Verzuge, so sind andere Sachverständige beizuziehen.

§ 121. (1) Diejenigen Sachverständigen, welche vermöge ihrer bleibenden Anstellung schon im allgemeinen vereidigt sind, hat der Untersuchungsrichter vor dem Beginne der Amtshandlung an die Heiligkeit des von ihnen abgelegten Eides zu erinnern.

(2) Andere Sachverständige müssen vor der Vornahme des Augenscheines eidlich verpflichtet werden, daß sie den Gegenstand desselben sorgfältig untersuchen, die gemachten Wahrnehmungen treu und vollständig angeben und den Befund, sowie ihr Gutachten nach bestem Wissen und Gewissen und nach den Regeln ihrer Wissenschaft oder Kunst abgeben wollen.

§ 122. (1) Die Gegenstände des Augenscheines sind von den Sachverständigen in Gegenwart der Gerichtspersonen zu besichtigen und zu untersuchen, außer wenn letztere aus Rücksichten des sittlichen Anstandes für angemessen erachten, sich zu entfernen oder, wenn die erforderlichen Wahrnehmungen, wie bei der Untersuchung von Giften,

nur durch fortgesetzte Beobachtung oder länger dauernde Versuche gemacht werden können.

(2) Bei jeder solchen Entfernung der Gerichtspersonen von dem Orte des Augenscheines ist aber auf geeignete Weise dafür zu sorgen, daß die Glaubwürdigkeit der von den Sachverständigen zu pflegenden Erhebungen sichergestellt werde.

(3) Ist von dem Verfahren der Sachverständigen die Zerstörung oder Veränderung eines von ihnen zu untersuchenden Gegenstandes zu erwarten, so soll ein Teil des letzteren, insoferne es tunlich erscheint, in gerichtlicher Verwahrung behalten werden.

§ 123. (1) Der Untersuchungsrichter leitet den Augenschein. Er bezeichnet mit möglicher Berücksichtigung der von dem Ankläger und dem Beschuldigten oder dessen Verteidiger gestellten Anträge die Gegenstände, auf welche die Sachverständigen ihre Beobachtung zu richten haben, und stellt die Fragen, deren Beantwortung er für erforderlich hält. Die Sachverständigen können verlangen, daß ihnen aus den Akten oder durch Vernehmung von Zeugen jene Aufklärungen über von ihnen bestimmt zu bezeichnende Punkte gegeben werden, welche sie für das abzugebende Gutachten für erforderlich erachten.

(2) Wenn den Sachverständigen zur Abgabe eines gründlichen Gutachtens die Einsicht der Untersuchungsakten unerläßlich erscheint, können ihnen, soweit nicht besondere Bedenken dagegen obwalten, auch die Akten selbst mitgeteilt werden.

§ 124. Die Angaben der Sachverständigen über die von ihnen gemachten Wahrnehmungen (Befund) sind von dem Protokollführer sogleich aufzuzeichnen. Das Gutachten samt dessen Gründen können sie entweder sofort zu Protokoll geben oder sich die Abgabe eines schriflichen Gutachtens vorbehalten, wofür eine angemessene Frist zu bestimmen ist.

(**Anm.**: Vgl. die bisherige Frist des bei Prof. Dr. Jagschitz bestellten Gutachtens)

§ 125. Ist der Befund dunkel, unbestimmt, im **Widerspruch mit sich selbst oder mit erhobenen Tatumständen oder weichen die Angaben zweier Sachverständiger über die von ihnen vorgenommenen Tatsachen erheblich von einander ab und lassen sich die Bedenken nicht durch eine nochmalige Vernehmung**

beseitigen, so ist der Augenschein, sofern es möglich ist, unter Zuziehung desselben oder derselben Sachverständigen zu wiederholen. Erforderlichenfalls können an ihrer Stelle andere Sachverständige zugezogen werden.

(**Frage** : Gilt heute etwas als "Tatsache" und "erwiesen", was (bisher unwiderlegte) **Gutachten beeideter Sachverständiger als "eindeutig technisch nicht möglich"** feststellen ?
Die Wahl des Sachverständigen stand früher nach § 119. dem Untersuchungsrichter zu. Die Verpflichtung zur Bestellung eines Sachverständigen bei erheblichen Umständen (z.B. Massenmord), war durch § 3. bzw. 116. gegeben.
Warum wissenschaftliche Gutachten "technischer Art" über die "Tatwaffe", den "Tatort" und den "Tathergang" heute vernachlässigt bzw. gar nicht zugelassen werden - ich weiß es nicht !)

----

§ 126. 1) Ergeben sich solche **Widersprüche oder Mängel in bezug auf das Gutachten oder zeigt sich, daß es Schlüsse enthält, welche aus den angegebenen Vordersätzen nicht folgerichtig gezogen sind, und lassen sich die Bedenken nicht durch eine nochmalige Vernehmung der Sachverständigen beseitigen, so ist das Gutachten eines anderen oder zwei anderen Sachverständigen einzuholen**.

2) Sind die Sachverständigen Ärzte oder **Chemiker**, so kann in solchen Fällen das Gutachten einer medizinischen Fakultät (der im Reichsrat vertretenen Länder) eingeholt werden. Dasselbe geschieht, wenn die Ratskammer die Einholung eines Fakultätsgutachtens wegen der Schwierigkeit der Begutachtung nötig findet.

II. Verfahren bei Untersuchungen wegen Tötungen und Körperverletzungen

(**Anm**.: § 127. und 128. betreffen die Vornahme der Leichenbeschau.)

§ 129. (1) Das Gutachten hat sich darüber auszusprechen, was in dem vorliegenden Falle die den eingetretenen Tod zunächst bewirkende Ursache gewesen und wodurch dieselbe erzeugt worden sei.

(2) Werden Verletzungen wahrgenommen, so ist insbesondere zu erörtern:

1. ob dieselben dem Verstorbenen durch die Handlung eines anderen zugefügt wurden, und falls diese Frage bejaht wird,

2. ob diese Handlung
a) schon ihrer allgemeinen Natur wegen,
b) vermöge der eigentümlichen persönlichen Beschaffenheit oder eines besonderen Zustandes des Verletzten,
c) wegen der zufälligen Umstände, unter welchen sie verübt wurde, oder
d) vermöge zufällig hinzugekommener, jedoch durch sie veranlaßter oder aus ihr entstandener Zwischenursachen den Tod herbeigeführt habe, und ob endlich
e) der Tod durch rechtzeitige und zweckmäßige Hilfe hätte abgewendet werden können.

3) Insoferne sich das Gutachten nicht über alle für die Entscheidung erheblichen Umstände verbreitet, sind hierüber von dem Untersuchungsrichter besondere Fragen an die Sachverständigen zu stellen.

§ 131. Liegt der Verdacht einer **Vergiftung** vor, so sind der Erhebung des Tatbestandes nötigenfalls auch ein oder zwei **Chemiker** (§ 118, Abs. 2) beizuziehen. Die Untersuchung der Gifte selbst aber kann nach Umständen auch von den Chemikern allein in einem hiezu geeigneten Lokale vorgenommen werden.

(**Frage**: Warum wird das Gutachten eines Dipl. Chemikers vom Max. Blanck-Institut nicht geprüft - sondern er entlassen ? - Ich weiß es nicht !)

(Wesentliche Bestimmungen zur Vernehmung von Zeugen)

§ 170. Folgende Personen dürfen bei sonstiger Nichtigkeit des Eides nicht beeidet werden;

1. Welche selbst überwiesen sind oder im Verdacht stehen, daß sie die strafbare Handlung, wegen welcher sie abgehört werden, begangen oder daran teilgenommen haben;

2. die sich wegen eines Verbrechens in Untersuchungshaft befinden oder wegen eines solchen zu einer Freiheitsstrafe verurteilt sind, welche sie noch abzubüßen haben;

3. diejenigen, welche schon einmal wegen falschen Zeugnissen oder falschen Eides verurteilt worden sind;

4. die zur Zeit ihrer Abhörung das vierzehnte Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben;

5. welche an einer erheblichen Schwäche des Wahrnehmungs-vermögens, oder Erinnerungsvermögens leiden;

6. die mit dem Beschuldigten, gegen welchen sie aussagen, in einer Feindschaft leben, welche nach Maßgabe der Persönlichkeiten und mit Rücksicht auf die Umstände geeignet ist, die volle Glaubwürdigkeit der Zeugen auszuschließen;

7. welche in ihrem Verhöre wesentliche Umstände angegeben haben, deren Unwahrheit bewiesen ist, und worüber sie nicht einen bloßen Irrtum nachweisen können.

§ 202. Es dürfen weder Versprechungen oder Vorspiegelungen, noch Drohungen oder Zwangsmittel angewendet werden, um den Beschuldigten zu Geständnissen oder anderen bestimmten Angaben zu bewegen. Auch darf die Voruntersuchung durch das Bemühen, ein Geständnis zu erlangen, nicht verzögert werden.

(**Anm**.: Vgl. Oberstgerichtliche Entscheidung in Israel, die Anwendung von Folter gegen "Staatsfeinde" für gerechtfertigt erachtet und erlaubt.)

§ 204. Weichen spätere Angaben des Beschuldigten von den früheren ab, widerruft er insbesondere frühere Geständnisse, so ist er über die Veranlassung zu jenen Abweichungen und die Gründe seines Widerrufs zu befragen.

§ 205. (1) Wenn die Aussagen eines Beschuldigten in erheblichen Punkten von den Angaben eines wider ihn aussagenden Zeugen oder Mitbeteiligten abweichen, so sind ihm diese im Laufe der Voruntersuchung nur dann gegenüberzustellen, wenn es der Untersuchungsrichter zur Aufklärung der Sache für notwendig hält. Bei solchen Gegenüberstellungen ist das in dem § 168, Absatz 3, vorgeschriebene Verfahren zu beobachten.

(2) Die im § 152, Z. 1, angeführten Personen dürfen, wenn sie sich als Zeugen abhören lassen, die Gegenüberstellung mit dem Beschuldigten ablehnen, außer, wenn sie dieser selbst verlangt.

§ 206. **Geständnisse des Beschuldigten entbinden den Untersuchungs-richter nicht von der Pflicht, den Tatbestand soweit als möglich zu ermitteln.** Ist das Geständnis umfassend und durch die übrigen Ergebnisse der Voruntersuchung unterstützt, so hängt die Vornahme weiterer Erhebungen von den besonderen Anträgen des Anklägers ab.

(**Frage** : Entbindet heute die durch ein Gesetz politisch verordnete, - jedoch wissenschaftlich nicht haltbare und daher als solche bestrittene - "Offenkundigkeit" oder "Tatsache" den Untersuchungsrichter von der Verpflichtung den Tatbestand "soweit als möglich" zu ermitteln ?)

----

§ 246. (1) Nach der Vernehmung des Angeklagten sind die Beweise in der vom Vorsitzenden bestimmten Ordnung vorzuführen und in der Regel die vom Ankläger vorgebrachten Beweise zuerst aufzunehmen.

(2) Der Ankläger und der Angeklagte können im Laufe der Hauptverhandlung Beweismittel fallen lassen, jedoch nur, wenn der Gegner zustimmt.

§ 247. Zeugen und Sachverständige werden einzeln vorgerufen und in Anwesenheit des Angeklagten abgehört. Sie sind vor ihrer Vernehmung zur Angabe der Wahrheit zu ermahnen. Sachverständige, welche den Eid bereits abgelegt haben, und Zeugen, welche im Vorverfahren beeidigt wurden, sind an die Heiligkeit des abgelegten Eides zu erinnern.

§ 248. (1) Der Vorsitzende hat bei der Abhörung der Zeugen und Sachverständigen die für den Untersuchungsrichter in der Voruntersuchung erteilten Vorschriften, soweit dieselben nicht ihrer Natur nach als in der Hauptverhandlung unausführbar erscheinen, zu beobachten. Er hat dafür zu sorgen, daß ein noch nicht vernommener Zeuge nicht bei der Beweisaufnahme überhaupt, ein nicht vernommener Sachverständiger nicht bei der Vernehmung anderer Sachverständigen über denselben Gegenstand zugegen sei.

(2) Zeugen, deren Aussagen voneinander abweichen, kann der Vorsitzende einander gegenüberstellen.

(3) Zeugen und Sachverständige haben nach ihrer Vernehmung solange in der Sitzung anwesend zu bleiben, als der Vorsitzende sie nicht entläßt oder ihr Abtreten verordnet. Die einzelnen Zeugen dürfen einander über ihre Aussagen nicht zur Rede stellen.

(4) Der Angeklagte muß nach der Abhörung eines jeden Zeugen, Sachverständigen oder Mitangeklagten befragt werden, ob er auf die eben vernommene Aussage etwas zu entgegnen habe.

-----

§ 254. (1) Der Vorsitzende ist ermächtigt, ohne Antrag des Anklägers oder Angeklagten Zeugen und Sachverständige, von welchen nach dem Gange der Verhandlung **Aufklärung über erhebliche Tatsachen** zu erwarten ist, im Laufe des Verfahrens vorladen und nötigenfalls vorführen zu lassen, und zu vernehmen.

(2) ob eine Beeidigung solcher neuen Zeugen oder Sachverständigen stattfinde, darüber hat nach deren Abhörung und nach Vernehmung der Parteien der Gerichtshof (der Strafkammer) zu entscheiden.

(3) Der Vorsitzende kann auch neue Gutachten abfordern oder andere Beweismittel herbeischaffen lassen, mit dem Gerichte einen Augenschein vornehmen oder hiezu ein Mitglied des Gerichtes abordnen, welches darüber Bericht zu erstatten hat.

(**Frage** : Warum werden heute im Falle der Holocaust-Wahrheitsfindung nicht von den Gerichten die Sachverständigen-Gutachten anerkannter Gutachter - besonders wenn diese den Zeugenaussagen widersprechen nachgeradezu gefordert (!),- wozu sie, (zumindest damals) ermächtigt wurden?)

------

§ 258. (1) Das Gericht hat bei der Urteilsfällung nur auf dasjenige Rücksicht zu nehmen, was in der Hauptverhandlung vorgekommen ist. Aktenstücke können nur insoweit als Beweismittel dienen, als sie bei der Hauptverhandlung vorgelesen worden sind.

(2) **Das Gericht hat die Beweismittel in Ansehung ihrer Glaubwürdigkeit und Beweiskraft sowohl einzeln, als auch in ihrem inneren Zusammenhang sorgfältig und gewissenhaft zu prüfen. Über die Frage, ob eine Tatsache als erwiesen anzunehmen sei, entscheiden die Richter nicht nach gesetzlichen Beweisregeln, sondern nur nach ihrer freien, aus der gewissenhaften Prüfung aller für und wider vorgebrachten Beweismittel gewonnenen Überzeugung.**

(**Anm.**: Damals waren die Richter für das, was sie als **Tatsache** und **erwiesen** annahmen nach Prüfung aller für und wider vorgebrachten Beweismittel **allein verantwortlich**. Heute, im "Rechtsstaat" bestimmt

ein **politisches** Gesetz was als "wahr" und als "Tatsache" zu gelten hat. - Ich verstehe es nicht ! -

Allerdings könnte ich mir vorstellen, daß Richter, welche ein "politisch nicht genehmes" Urteil sprechen, und dafür persönliche Sanktionen zu befürchten haben, eher dazu neigen sich auf ein vorhandenes (politisches Gesetz) zu beziehen, als dafür ihre Berufslaufbahn zu opfern. Nachstehende Meldung - in Erinnerung gerufen - sollte dies darstellen :

25.09.1996 Nachrichten ORF - Der Berufschullehrer Richard R. wurde vom Verdacht der Wiederbetätigung freigesprochen. Während des Prozesses wurde aber der 1. Vorsitzende Richter Januschke wegen "dem Verdacht nicht genügend Distanz zum NS-Regime zu haben", aus dem Richterverband ausgeschlossen.

----

§ 277. Ergibt sich aus der Hauptverhandlung mit Wahrscheinlichkeit, daß ein Zeuge wissentlich **falsch ausgesagt habe**, so kann der Vorsitzende über dessen Aussage ein Protokoll aufnehmen und nach geschehener Vorlesung und Genehmigung von dem Zeugen unterfertigen lassen; er kann auch den Zeugen verhaften und dem Untersuchungsrichter vorführen lassen.

§ 353. Der rechtkräftig Verurteilte kann die Wiederaufnahme des Strafverfahrens selbst nach vollzogener Strafe verlangen :

1. wenn dargetan ist, daß seine Verurteilung durch Fälschung einer Urkunde oder durch falsches Zeugnis oder Bestechung oder eine sonstige strafbare Handlung einer dritten Person veranlaßt worden ist;

2. **wenn er neue Tatsachen oder Beweismittel beibringt, welche allein oder in Verbindung mit den früher erhobenen Beweisen geeignet erscheinen, seine Freisprechung** oder die Verurteilung wegen einer unter ein milderes Strafgesetz fallenden Handlung zu begründen, oder

3. wegen derselben Tat zwei oder mehrere Personen durch verschiedene Erkenntnisse verurteilt worden sind, und bei der Vergleichung dieser Erkenntnisse, sowie der ihnen zugrundeliegenden Tatsachen, die Nicht-schuld einer oder mehrerer dieser Personen notwendig geworden ist.

Nach der besonderen Gesetzeslage und höchstrichterlichen Rechtsprechung heutiger Zeit gilt in der Bundesrepublik Deutschland, laut Bundesgerichtshof :

...kann sich niemand für Äußerungen, mit denen er die **historische Tatsache des Judenmordes** im Dritten Reich leugnet, auf die Gewährleistung der Meinungsfreiheit berufen ... Die **Dokumente** über die Vernichtung der Juden sind erdrückend. ...

Nach den Verschärfungen der 90er Jahre ist die Leugnung des Holocausts in der Bundesrepublik gemäß § 130 Strafgesetzbuch (Volksverhetzung) mit bis zu fünf Jahren Freiheitsstrafe bedroht. Die Strafjustiz in Deutschland verweigert jedem Angeklagten, dem vorgeworfen wird, den Holocaust ganz oder teils öffentlich geleugnet zu haben, für seine Ansichten Beweise vorzubringen. Sie stützt sich dabei auf den § 244 Absatz III Satz 2 der Strafprozeßordnung, der ausführt, daß ein Beweis nicht erhoben zu werden braucht, wenn eine Sache **offenkundig wahr** ist.

Mit Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich Jahrgang 1992, 57. Stück, vom 19.März 1992, unter Nr. 148 wurde in einer Novelle das Verbotsgesetz geändert. Der neu eingeführte § 3 h lautet wie folgt : "Nach § 3 g wird auch bestraft, wer in einem Druckwerk, im Rundfunk oder in einem anderen Medium oder wer sonst öffentlich auf eine Weise, daß es vielen Menschen zugänglich wird, den nationalsozialistischen Völkermord oder andere nationalsozialistische Verbrechen gegen die Menschlichkeit leugnet, gröblich verharmlost, gutheißt oder zu rechtfertigen sucht"

Kennzeichen für Schutzhäftlinge in den Konzentrations-Lagern

	Politisch	Berufs-Verbrecher	Emigrant	Bibel-Forscher	Homosexuell	Asozial
Grundfarben	Rot	Grün	Blau	Violett	Rosa	Schwarz
Abzeichen für Rückfällige						
Häftlinge der Strafkompanie						
Abzeichen für Juden						
Besondere Abzeichen	Jüd.Rasseschänder	Rasseschänderin	Fluchtverdächtigt	2307 Häftlings-Nummer	Rot Rosa Gelb Grün Violett Blau Schwarz	
	P Pole	T Tscheche	Wehrmacht-Angehöriger	Häftling I a		

Opportunisten

In diversen Lexika können Sie die Definition dieses Begriffes nachlesen :

Der "Opportunismus" : (s) Anpassungssinn - (coll) Gesinnungslumperei
Der "Opportunist" : ein auf den eigenen Nutzen bedachter Mensch.
2. (adj.) "opportunistisch", auf den eigenen Nutzen bedacht.

Der Volksmund kennt dafür ein ordinäres, aber treffendes Wort !

Jeder aufrechte Mensch, der eigene Ansichten hat, wird diese erst dann ändern, wenn er durch bessere Argumente oder Erfahrungen im Laufe seines Lebens überzeugt wurde. Jedenfalls wird er seine Meinung vertreten, auch wenn ihm daraus eher ein Schaden, als ein eigener Nutzen entsteht.

Das erfordert schon die persönliche Ehre - ein Begriff der dem Opportunisten fremd ist, denn der geht immer den Weg des geringsten Widerstandes. Soweit dies durch "nach dem Mund reden" als Zeichen der Unterwerfung geschieht um zu zeigen daß man kein Feind ist, mag das zwar nicht gerade ehrenhaft, eher feige, aber noch verständlich sein. Damit wird niemandem anderen Schaden zugefügt außer dem Opportunisten selbst der als solcher erkannt - und daher entsprechend angesehen bzw. behandelt wird.

Anders hingegen ist es, wenn Opportunisten in Führungspositionen um des eigenen persönlichen Vorteils willen andere Menschen belügen, bekämpfen, verleumden, die eigenen Vorfahren zu Verbrechern stempeln lassen indem sie "bereuen was ihre Eltern und Großeltern (angeblich kollektiv !) anderen angetan haben" - und dafür entsprechende Posten und Honorare erhalten.
Betrachten wir die Aussagen namhafter Politiker vor der EU-Wahl, wo dem Volk der tatsächliche Inhalt des EU-Vertrages bewußt verschwiegen wurde, dafür aber die Vorteile eines Beitritts gepriesen wurden. Mehr Arbeitsplätze, mehr Geld für Jeden (1.000 S), billigere Waren durch freien Handel, usw... (Vgl. "Wem nützt die EU ?")

Wer das Ansteigen der Konkurse, den Ausverkauf Österreichs unter dem Titel "Privatisierung", (wobei aber nicht erklärt wird, wie einzelne Privatpersonen mehr Geld erwirtschaften können wie das Heer der Arbeitslosen) - den Verfall des Sozialwesens (den die "verbrecherischen Vorfahren" - siehe oben durch ihre Arbeit geschaffen haben), - die

Beeinflussung durch ausländische Presse- und Fernseh- Meinungen (man denke nur an die "Waldheimkampagne"), die Programmgestaltung der (gleichgeschalteten) Medien, die unzähligen Filme über die "Täter" und die "Opfer", (auch "Verführte" bleiben "Täter") usw. beobachtet, wird sich fragen, wer für diese Entwicklung eigentlich verantwortlich ist ?

Sind es jene, die im Namen des Volkes Spenden als Versöhnungsgeste in Millionenhöhe an ein anderes Volk gewähren (und dafür mit einem Ehrendoktorat belohnt werden) - sind es die, welche sich die eigenen Bezüge selbst erhöhen und dafür dem Volk "Sparpakete" abverlangen - oder jene die dulden, daß das eigene Volk im Ausland als "Nazis" und Volk der „Täter„ beschimpft werden darf ?

Sind es jene, die Gesetze erlassen, die jegliche Untersuchung behaupteter Vorkommnisse in der Kriegszeit auf ihren Wahrheitsgehalt unterbinden, indem "technische Unmöglichkeiten" in den Aussagen von "Zeugen" und auch "Widersprüche in den Gutachten etablierter Historiker" als "erwiesene Tatsachen" bewertet werden müssen ? - (bei sonstiger Bestrafung wegen "Verharmlosung" oder "Leugnung"), (Öst. STGB § 283 a-g BGBL 248/1986 Neuer Paragraph 283 h), -

Sind es jene, die zulassen, daß die nächsten Verwandten, Väter und Großväter der heutigen Generation, die als Soldaten für das Überleben ihrer Familien gekämpft haben, in einer "Ausstellung" (mit nachgewiesen vielfach gefälschten Bildern) Verbrechern gleichgestellt werden ? - und dazu diese Veranstaltung noch "als notwendig zur Wahrheitsfindung" in den Medien gutheißen, - andererseits aber keinen Vergleich mit dem "Bombenterror" und allen anderen nachgewiesenen Kriegsverbrechen der ehemaligen "Feinde" dulden ? -

Zählen auch die höchsten Würdenträger dazu, seien es Präsidenten mit Alkoholproblemen, mit Korruptions- oder Sexskandalen oder jene deren Väter im 3. Reich höchste Ämter innehatten (aber entnazifiziert wurden) und jetzt dieses System als unmenschlich bezeichnen, bzw. im Brustton der Moral behaupten, daß "alle" von den fürchterlichen KZ-Untaten gewußt haben (außer seinem Vater, den er bei seinem Prozeß verteidigte - der nichts gewußt hat) ? - oder einer der im Namen des Volkes "erschüttert" die unmenschlichen, niemals wiedergutzumachenden Taten des von ihm vertretenen Volkes "bereut", (obwohl er bei Kriegsende erst 11 Jahre alt war) ?

Wählen Sie selbst eine passende Bezeichnung für diesen Personenkreis!

Fragen - nichts anderes als Fragen

Frage : Wollen Sie zu jener, im Abschnitt „Rehabilitation der revisionistischen Geschichtsforscher ?„ von dem jüdischen Schriftsteller (zurecht) beschuldigten Öffentlichkeit angehören, ... die offenbar weitgehend bereit ist, ihr Denken auszuschalten, ihren gesunden Menschenverstand, ihr eigenes Nachforschen und sich auf die Opfergeschichte beruft und sich auf die Seite der Opfer schlägt, ohne auch nur ein Jota nachgedacht zu haben und sich darin freut auf der richtigen Seite der Geschichte zu stehen ohne auch nur einen Gedanken sich zu machen. ...?

Frage : Warum werden heute Gutachten von fachlich hochqualifizierten Sachverständigen als Beweis in einer Massenmord-Behauptung nicht zugelassen, oder deren Erkenntnisse zumindest geprüft ?

Frage : Wer hat diese die Wahrheitsfindung verhindernden Gesetze gefordert und welche Politiker haben sie beschlossen ?

Frage : Wem soll so ein solches die Wahrheit verhinderndes Gesetz dienen ?

Frage : Kann ein Verteidiger eines Angeklagten in einem politischen Prozeß heute, - ohne Gefahr zu laufen selbst angeklagt zu werden, - Argumente zu Gunsten seines Mandanten vorbringen ?

11.03.1999 Südwest-Text S. 130 7 h 13
Mannheim : Wegen Verdachts auf Volksverhetzung muß sich derzeit der Rechtsanwalt Ludwig Bock vor dem Landgericht verantworten. Die Anklage lautet auf Leugnung bzw. Verharmlosung des Holocaust. Bock hatte entsprechende Äußerungen als Verteidiger des früheren Vize-NPD-Chefs Deckert aufgestellt.

Frage : Können Richter heute völlig frei in politischen Prozessen entscheiden ?

Frage : Da jeder Verstoß gegen dieses politische Gesetz als "rechtsextremistisch fremdenfeindliche Straftat" registriert wird, wird auch ein "Straftäter" geschaffen. Sollte, - ein fast ungeheuerlicher Gedanke ! - ein Zusammenhang mit den schon erwähnten, anfangs unseres Jahrhunderts als Fälschung deklarierten "Protokollen" bestehen, die in einem der Kernsätze (aus Kapitel 19) ausdrücken :

(Betrifft : "Politische Gegner - Verbrechern gleichsetzen")

... "Um den politischen Verbrechern das Ansehen des Helden zu nehmen, werden wir sie vor Gericht in einer Reihe mit Dieben, Mördern und allen anderen abscheulichen und schmutzigen Verbrechern stellen. Die öffentliche Meinung wird dann in ihrer Vorstellung diese Verbrechen vermengen und sie mit derselben Verachtung brandmarken." ...

Ich weiß es nicht !

Frage : Erfüllen nicht gerade jene, die versuchen jede wissenschaftlich sachlich begründete Meinung unter Strafandrohung (wegen angeblicher Gefährdung der "Demokratie") zu verbieten, die andererseits aber durch teils opportune oder abhängige Medien die Argumente und Ergebnisse der ("revisionistischen", großteils sogar ausländischen) Forscher der Öffentlichkeit vorenthalten - und trotz längs allgemein anerkannter Fakten und besserem Wissen auf widerlegten Unwahrheiten von "Zeugen" beharren, den Tatbestand der "Volksverhetzung" ?

Frage : Sind Sie der Meinung, daß "**pauschal alle**" Strafrechtsurteile die in der NS-Zeit verhängt wurden, wie z.B. auch jene wegen Landesverrat, Schwarzhandel, Sittlichkeitsverbrechen, Devisenvergehen, Raub, Betrug, Diebstahl, Fälschung, Veruntreuung, Gewaltverbrechen, Drogendelikte, Zuhälterei, usw. als "Unrechtsurteile" aufgehoben werden sollen ?

Frage : Sollen auch **diese** zur Zwangsarbeit „verurteilten„ Personen **ohne einzelnen** Nachweis warum sie verurteilt wurden, (bei **Sammelklagen** ist dies nicht erforderlich !) - als „**Opfer**„ entschädigt werden ?

Frage : Wer hat diese Pauschal-Aufhebung gefordert - und warum ?

Frage : Halten Sie Zwangsarbeit als Therapie - auch um die Kosten der Unterbringung, der Behandlung und die Schadensgutmachung der Opfer oder der Gemeinschaft zu decken, für einen "menschenrechtswidriger Strafvollzug" ?

Frage : Halten Sie eine mit Zwangsarbeit verbundene "Sicherheitsverwahrung" und die Kastration (völlige Entfernung der Keimdrüsen) für gefährliche Sittlichkeitsverbrecher für eine dem gesunden Volksempfinden entsprechende gerechte Strafe und Schutzmaßnahme zur Verhinderung weiterer Opfer ?

Frage: Halten Sie die Medien und die verbreiteten Meldungen für unabhängig und wahrheitsgetreu ?

Frage: Könnte die Konzentration der wesentlichen meinungsbildenden Medien (in einer kleinen Bevölkerungsgruppe) mit den „Protokollen„ im Zusammenhang stehen ?

Frage: Kann durch die angeführten Nachrichten eindeutig eine "Kriegstreiberei" durch eine "jüdisch dominierte USA-Regierung", mit einem "erpressbaren" Präsidenten zu erkennen sein ?

Frage : Lassen vorstehende Nachrichten den begründeten Schluß zu, daß dies die Einleitung zu der bereits 1897 "geplanten" Übernahme der Oberregierung im Rahmen der "Neuen Weltordnung" durch die "Israeliten" bzw. "Zionisten" darstellen könnte ?

Frage: Was sind mit Israel abgeschlossene "Friedensverträge" wert ?

Frage : Kennen Sie nun den "Feind der Welt" und warum gerüstet wird ?

Frage : Glauben Sie - aufgrund vorstehender Fakten - daß ein 3.Weltkrieg, ausgelöst im Nahen Osten gegen die Moslemischen (Öl-) Staaten, oder am Balkan gegen Serbien, durch die "freie, demokratische Welt", (vertreten durch die Großmächte USA, Rußland und die NATO-Mitglieder) mit dem Ziel eine "Neue Weltordnung" unter (einer bestimmten Oberregierung) zu schaffen unrealistisch ist ?

Frage : Wer wäre in diesem Falle der "Aggressor" ? - oder der "Kriegsverbrecher-Staat" ? - oder die "Täternation ? - (Die Nazis gibt es ja seit einem halben Jahrhundert und auch die Kommunisten nicht mehr)

Frage : Werden im nächsten "Kriegsverbrecherprozeß" die (jüdischen) Regierungsmitglieder z.B. die Außenministerin der USA, Albright, der Kriegsminister Cohen, usw., genauso verurteilt und "gehenkt" wie der ehemalige Außenminister Deutschlands, Ribbentrop, und andere Regierungsmitglieder in Nürnberg , wegen Vorbereitung eines Angriffkrieges ?)

Frage : Halten Sie die Aussagen der "Zionistischen Protokolle" (Th. Fritsch) im Vergleich mit der Entwicklung innerhalb der nunmehr vergangenen 100 Jahre - für einen strategischen Plan - eine Fälschung anti-jüdischer Propagandisten - eine Utopie - oder für eine bereits eingetroffene Realität ?

Fragen - nichts als Fragen ! - und ich finde keine Antwort !

Frage : Eine letzte Frage, auf die ich auch bei bestem Willen keine Antwort finden konnte :

Wer schützt eigentlich die Welt vor einer Minderheit ?

Ich weiß es nicht !

Bin ich nun, als einer der versucht sich ein möglichst objektives Bild über die tatsächlichen Geschehnisse einer Zeit, die er selbst erlebt hat - und zumindest in bestimmten Fragen eine Art "Zeitzeuge" ist, - zu bilden :

ein **Unverbesserlicher**, ein **Ewig Gesteriger**, ein **Revisionär**, ein **Faschist**, ein **Fremdenfeindlicher**, ein **Antisemit**, ein **Volksaufwiegler**, ein **Leugner**, ein **Verharmloser**, oder gar ein **Neo-Nazi** ?

Ich weiß es nicht !

Fragen, und nichts als Fragen - Möge jeder interessierte Leser das Vorstehende auf seine Richtigkeit überprüfen und sich dann selbst eine Meinung daraus bilden.

Nachwort

Meine Ausführungen sollen lediglich dem Zweck dienen, Fakten in leicht überprüfbarer Form aus allgemein zugänglichen Quellen - und auch die Argumentationen anderer, nicht opportunistischer Autoren, - jenen Lesern zur Verfügung zu stellen, die sich (meist) nur aufgrund einer einseitigen Berichterstattung der Medien bisher informieren konnten, - aber an einer eigenen objektiven Beurteilung des Zeitgeschehens interessiert sind.

Der Verfasser

Worte ehrenhafter Männer

Denken Sie daran: Eine Demokratie hat niemals längere Zeit Bestand. Sie verausgabt sich, begeht Selbstmord. Es hat noch nie eine Demokratie gegeben, die sich nicht letztlich selbst zur Strecke gebracht hätte. Es ist sinnlos zu behaupten, die Demokratie sei weniger eitel, weniger stolz, weniger eigensüchtig oder habgierig als eine Aristokratie oder Monarchie. Das ist sie nicht; die Geschichte bietet kein Beispiel dafür. Alle Menschen unter allen ursprünglichen Regierungsformen werden von den gleichen Leidenschaften beherrscht, die sich, wenn unkontrolliert, in den gleichen Phäno-menen von Lug und Trug, Gewalt und Grausamkeit äußern...

John Quincy Adams (von 1825-1829)

6. Präsident der Vereinigten Staaten

----

§ 3 des „Censurgesetzes„ vom 11. Juni 1781

„Kritiken, wenn es nur keine Schmähschriften sind, sie mögen nur treffen, wen sie wollen, vom Landesfürsten bis zum Untertan, sollen, besonders wenn der Verfasser seinen Namen darunter drucken läßt und sich also für die Wahrheit der Sache dadurch als Bürger dargestellt hat, nicht verboten werden, da es jedem Wahrheits-liebenden eine Freude sein muß, wenn ihm solche auf diesem Wege zukommt.„

Joseph II., Kaiser

Erklärung des Autors

Angesichts der zunehmenden Erkrankungen durch Leukämie, (Blutkrebs) besonders im Kindesalter und der meist nur noch einzigen Möglichkeit der Rettung durch eine **passende** Knochenmarkspende, erkläre ich ehrenwörtlich, auf alle mir zukommenden Autorenhonorare, bzw. Einkünfte aus diesem Buch zugunsten der „Österreichischen Knochenmarkspenderzentrale„ (Univ.-Doz. Dr. A. Rosenmayr) für den Ausbau und Erhaltung eines **Testlabors für Knochenmarkspender**, zu verzichten. Leider gibt es hiefür nur minimale staatliche Unterstützung.

Anlaß hiefür ist nicht zuletzt meine Überzeugung, daß „humanitäre„ Hilfe für Menschen nicht, - wie z.B. im Kosovokonflikt, - durch militärische Maßnahmen wie „Bombardierungen„ eines souveränen Landes durch die „friedenstiftende Völkergemeinschaft„, - ausgeführt von der NATO - liegen kann - sondern darin, erkrankten Kindern als Mensch im Rahmen seiner jeweils besten Möglichkeiten zu helfen und deren **Leben zu retten**.

Als Beispiel sei hier die Initiative einer Wiener Firma angeführt, die **unentgeltlich** das Handling, die Abwicklung, Organisation und Büroarbeit einer Spendenaktion für die **Errichtung des Testlabors** übernommen hat. Alle Aktivitäten und die Koordination der Spendengelder werden permanent von einem Wirtschaftstreuhänder überwacht.

Wenn sich jemand meinem Bemühen, auf diese Weise „Humanität„ zu üben anschließen möchte, nachstehend die beiden hiefür von der „Österreichischen Knochenmarkspenderzentrale„ in Wien 1080, Florianigasse 38 eingerichteten Konten :

Erste Sparkasse, Konto-Nr. 09606688, Blz. 20111

bzw. **P.S.K.** Konto-Nr. 90 501 100, Blz. 60000

Der Autor